

Nr.  
**7**  
Juli  
1987

# Die Neue Gesellschaft

## Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von  
Walter Dirks · Eugen Kogon · Heinz Kühn  
Johannes Rau · Heinz O. Vetter · Hans-Jochen Vogel · Herbert Wehner

1987  
34. Jahrgang

**Redaktion:**  
Peter Glotz (Chefredakteur)  
Rainer Diehl  
Hans Schumacher (verantwortlich)

**Ständige Mitarbeit:**  
Klaus Bloemer  
Tilman Fichter  
Ulrich Gemhardt  
Ferdinand W. Menne

**Verlag Neue Gesellschaft GmbH**  
Postfach 20 13 52  
5300 Bonn 2  
Telefon (02 28) 23 80 83  
Druck: satz+druck gmbh, 4000 Düsseldorf 12

**Anschrift der Redaktion:**  
In der Raste 20-22  
5300 Bonn 1  
Telefon (02 28) 8 83-5 39/5 42  
Telex: 8 85 479 a fest d

*Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-8738 Einzelheft 8,50 DM (zuzüglich 1,50 DM Versandkosten), Jahresabonnement 68,- DM (zuzüglich 12,- DM Versandkosten im Inland bzw. 13,20 DM im Ausland). Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist.

**Redaktionsbeirat:**  
Siegfried Bangert  
Frank Benseler  
Gottfried Erb  
Iring Fetscher  
Bruno Friedrich †  
Ulrich Gemhardt  
Horat von Glzyck

Martin Greiffenhagen  
Norbert Greinacher  
Reimut Jochimsen  
Richard Löwenthal  
Ferdinand W. Menne  
Susanne Miller  
Peter von Oertzen  
Friedrich-Wilhelm Witt

Im Bezugspreis sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.  
Anzeigenpreisliste Nr. 15  
Verantwortlich für Anzeigen: Margret Reichert

## Zum Inhalt

Der Tod ereilte ihn am 20. Juni zwischen zwei Terminverpflichtungen. Bruno Friedrich hat sich bis zuletzt nie selbst geschont, auch dann nicht, als die schwere Herzerkrankung, an der er litt, ihm nahelegte, mehr Rücksicht auf den eigenen Körper zu nehmen.

Fast 19 Jahre lang, seit dem Herbst 1968, gehörte Bruno Friedrich dem Redaktionsbeirat der „Neuen Gesellschaft“ bzw. der seit Anfang 1985 vereinigten Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ an. Ihm, dem langjährigen Redakteur der „Frankenpost“, war es Bedürfnis und Verpflichtung zugleich, über all die Jahre freundschaftlichen Kontakt zur Redaktion dieser Zeitschrift zu halten. Immer war er voller phantasiereicher Pläne für Artikel, die er schreiben wollte und die dann meist doch nicht zustandekamen, weil das aufreibende politische Tagesgeschäft im Bundestag, im Europaparlament und im heimischen Parteibezirk Franken ihm keine Muße ließ.

Wenn er jedoch schrieb, verfehlten seine Artikel ihre Wirkung nie. Ende 1984 etwa geißelte er in dieser Zeitschrift öffentlich den „Organisationspartikularismus“ des damaligen bayerischen SPD-Landesvorsitzenden. Aufsehen erregten im Sommer 1979 zwei Artikel über die Führungsstruktur und die Zukunftsfähigkeit der Sozialdemokratie. Er beklagte darin die geistige Verödung seiner Partei, die ihn, den Schüler und Mitarbeiter Waldemar von Knoeringens, besonders schmerzlich ankommen mußte. „Das Gespräch mit der jungen Generation, mit der Wissenschaft, mit Intellektuellen, mit Künstlern ist so gut wie abgerissen“, schrieb er damals, und er fügte hinzu: „Es geht um eine geistig und moralisch motivierte Partei, die nicht durch eine an Demoskopie orientierte Materialschlacht ersetzt werden kann.“

Die „Zukunftsfähigkeit“ der Sozialdemokratie setzte für Bruno Friedrich die „Wiederherstellung der Atmosphäre der Hoffnung“ voraus. Ihm war klar: „Zügellosigkeit im Wachstum wird die Hoffnungen der Menschen zerstören, nicht erfüllen.“ Und so hatte er denn auch als erster den Mut, ein Tabu zu durchbrechen, indem er das Grundsatzprogramm der SPD zur Disposition stellte: „Falsch wäre es, für die Zukunftsprobleme das Godesberger Grundsatzprogramm als eine Art Bibel zu verwenden.“

Mit einem von ihm initiierten Antrag seines Bezirks Franken auf dem Münchener SPD-Parteitag 1982 brachte er die Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm auf den Weg. Über den Begriff der Politischen Kultur im Irseer Programmentwurf plante er einen grundsätzlicher angelegten Beitrag zu schreiben. Er ist nicht mehr dazu gekommen.

Die Redaktion wird dem Freund Bruno Friedrich ein ehrendes Andenken bewahren.

\*

Zu den Themen, bei denen sich der neue Programmentwurf der SPD am deutlichsten vom alten Godesberger Programm abhebt, gehört zweifellos das der gesellschaftlichen Gleichstellung von Frau und Mann. Zwar wartet der Irseer Entwurf mit einem eigenen „Frauenkapitel“ auf, doch NG/FH-Autorin Annette Kuhn moniert in ihrem einleitenden Beitrag zum Schwerpunktthema dieses Heftes, daß die dort niedergelegten, durchaus richtigen Einsichten in den übrigen Fachkapiteln des Entwurfs keinerlei Niederschlag finden. Viele Leser und wohl auch manche Leserinnen werden diese Kritik aus feministischer Sicht für zu hart oder für überzogen halten – die Diskussion darum wird sicherlich nicht lange auf sich warten lassen.

Nirgendwo sonst tritt die Kluft zwischen Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit, zwischen den verbal proklamierten hehren Zielsetzungen der Gleichstellung und den real praktizierten Machtverhältnissen zwischen den Geschlechtern in unserer Gesellschaft deutlicher zutage. Die weiteren Beiträge zum Schwerpunktthema versuchen dies für die jeweiligen Bereiche der Politik und der politischen Kultur zu belegen.

\*

Die Produktionsbedingungen dieses Heftes (und wohl auch noch des nächsten) sind außerordentlich kompliziert und schwierig. Nach zwölf Jahren muß die Redaktion ihr Domizil in der Godesberger Allee 143 verlassen und just in diesen Tagen in ein neues umziehen. Einstweilen müssen wir uns, als letzte noch in dem trostlos leer gewordenen alten Verlagsgebäude residierend, mit Provisorischem und Improvisiertem begnügen. Wenn dieses Heft seine Leserinnen und Leser erreicht haben wird, beginnt, unter neuer Adresse (siehe Impressum), mitten unter den Umzugskartons bereits die Produktion des nächsten Heftes. Bleibt uns zu hoffen, daß dem Produkt die widrigen Bedingungen seiner Entstehung nicht anzumerken sein werden.

R.D.



# Inhaltsverzeichnis

Seite	Autor	Titel
580	NG/FH-Gespräch mit Eric Hobabawm	Man soll nicht sagen, daß wir nicht weiter an die Befreiung der Menschheit glauben
594	Gérard Sandoz	Vom Kreuzberg zum Montparnasse – Kindheit, Widerstand, Exil
606	Holger Bömer	Dokumentation: Wir müssen handeln, nicht nur reden. Zur Verleihung des Preises „Das politische Buch des Jahres“ am 21. Mai 1987
		Thema: Gleichstellung von Frau und Mann und die politische Realität
611	Annette Kuhn	„Wer die menschliche Gesellschaft will, muß die männliche Gesellschaft überwinden“ – Gedanken zum Irreer Entwurf aus feministischer Sicht
616	Angelina Hermanns	„New Age“ – der neue Weg ins Frauenparadies?
619	Christine Schaumberger	Visionär und konkret: Frauenmacht
624	Annemarie Renger	Freiheit der Lebensgestaltung für Mann und Frau
629	Hortense Hörburger	Papier ist geduldig – Die Umsetzung des EG-Rechts zur Gleichstellung von Frau und Mann in nationales Recht der Mitgliedstaaten
636	Ferdinand W. Menne	LÄßt die „Alma mater“ Ihre Töchter nicht zu sich kommen? Neue Literatur zum Thema „Frauen und Hochschule“
639	Martina I. Kischke	„Ghetto“ oder Chance? Von der Arbeit in der Frauenredaktion einer Tageszeitung
642	Andreas Flitner	Mut zur moralischen Erziehung
646	Helmut Thiele	Nicaragua: Die Landwirtschaft und ihre natürlichen Ressourcen
652	Thomas Fuchs	Aspekte deutscher Identität
657	Klaus Bloemer	Bonanza Berlin (s/w, Whig.)
659	Friedhelm Wollner	Ein Verein wird sechzig. Die Entwicklung eines Arbeitersportvereins
662	Karsten Rudolph	SPD und Umbruch im Revier: Die Nagelprobe steht erst noch bevor
664	Helner Halberstadt/ Bernd Hausmann	Auch die Dienstleistungsgesellschaft ist Teil der Klassengesellschaft
667		Leserbrief
669		Kritik

# Man soll nicht sagen, daß wir nicht weiter an die Befreiung der Menschheit glauben

## Gespräch mit Eric Hobsbawm

*Eric Hobsbawm, geboren 1917 in Alexandria, studierte in Wien, Berlin, London und Cambridge; danach Professor für Geschichte am Birbeck College der Universität London. Hobsbawm trat 1932 in Berlin in den KPD-nahen „Sozialistischen Schülerbund“ ein. Zu seinen Themen gehören u. a. die archaischen Sozialbewegungen im 19. und 20. Jh., die europäischen Revolutionen zwischen 1789 und 1848, die Blütezeit des Kapitalismus (1848–1875), die Klassen in der europäischen Sozialgeschichte, der Marxismus, die Erfolge und Niederlagen der Revolutionen im 20. Jh., die Labour-Party und die KPI.*

**NG/FH:** Mrs. Margret Thatcher hat als erster Premierminister bzw. als erste Premierministerin seit dem 19. Jahrhundert die Wahlen für eine dritte Amtsperiode gewonnen. Was bedeutet dies für Großbritannien?

**Eric Hobsbawm:** Für Großbritannien bedeutet die dritte Thatcher-Regierung genau das, was Frau Thatcher uns programmatisch angekündigt hat, nämlich die systematische Zerstörung der Grundlagen einer regierungsfähigen Labour Party und einer handlungsfähigen Arbeiterbewegung. Darüber hinaus bedeutet der Thatcher-Sieg den systematischen Abbau (soweit das möglich ist) der öffentlichen Sozialfürsorge und der Schulbildung. Dies wiederum bedeutet eine doppelte Offensive:

1. gegen die Organisationen und Stützpunkte der Linken,
2. gegen die Solidarität der Arbeiter und – wie soll ich es nennen? – den Sinn für gesellschaftliche Verantwortung im Volk.

In erster Linie wird der Angriff gegen die Kommunalverwaltungen gehen, in denen die Oppositionsparteien noch einen gewissen Spielraum für unabhängige Initiativen haben. Denn das Paradox dieser Regierung ist es eben, daß der wirtschaftliche und soziale Individualismus praktisch durch eine wachsende Zentralisierung der Staatsmacht angestrebt

wird. Für die nächsten 4 oder 5 Jahre ist die parlamentarische Opposition machtlos.

**NG/FH:** Sie hatten sich für „tactical voting“, also für eine taktische Entscheidung zwischen Labour und der Allianz ausgesprochen. Warum hat diese Empfehlung vieler Intellektueller nicht gegriffen?

**Eric Hobsbawm:** Die Antwort ist leider ganz einfach. Eine Einheitsfront gegen Mrs. Thatcher hätte nur durch die Parteien organisiert werden können, und alle drei Oppositionsparteien hatten sie offiziell abgelehnt. Innerhalb dieser Parteien gab es viele, die für das „tactical voting“ waren, und man kann sogar in manchen Wahlkreisen, in denen die linke Mittelklasse stark vertreten ist, eine gewisse Anwendung des „tactical voting“ feststellen. Aber das war nicht genug, und wir, die sich dafür eingesetzt hatten, glaubten auch nicht, daß es genug sein würde. Vielleicht wird die Logik jetzt endlich die Parteien bekehren. Jedenfalls haben sie leider genug Zeit, um über ihre zerschmetternde Niederlage nachzudenken.

**NG/FH:** Es geht mir um die Situation und die Zukunft der Europäischen Linken. Sie, Professor Hobsbawm, haben 1983 in „marxism today“ folgendes geschrieben: „Es reicht nicht, den Niedergang der Bewegung der guten alten Zeit zu bejammern, wann immer die militanten Aktivisten eine Gelegenheit dazu haben (Generalstreik, Maurice Thorez, Togliatti, Das rote Wien der zwanziger Jahre). Nostalgie bringt die Zeiten nicht zurück; sie sind endgültig vorbei. Wir müssen auf dem Fundament der Vergangenheit bauen, aber das Gebäude muß neu sein. Diese Situation trifft für die Linke in ganz Europa zu, besonders für die sozialistische Linke.“ Ich habe dazu zwei Fragen: Welche Art von Nostalgie haben Sie damals angesprochen – und zweitens: gibt es diese Nostalgie Ihrer Meinung nach in der Europäischen Linken heute immer noch?

**Eric Hobsbawm:** Die Nostalgie, die ich angesprochen habe, ist sozusagen die kämpferische Tradition der alten Arbeiterbewegungen. Wieweit die anderswo existiert, das weiß ich nicht genau, aber hier in England existiert sie sicherlich. Vielleicht sogar noch stärker als anderswo, weil unsere Arbeiterbewegung in gewisser Hinsicht sehr stark war. Wir waren ja doch fast das einzige große Land, in dem wirklich die Mehrheit der Bevölkerung Proletarier waren, was ja anderswo nie der Fall war. Und dazu kommt noch, daß die englische Bewegung sozusagen eine proletarische Solidarität und eine kämpferische Einstellung hatte, die wirklich für die älteren Generationen nicht nur richtunggebend war, sondern an



Professor Eric Hobsbawm im Gespräch mit NG/FH-Chefredakteur Peter Glotz

Fotos: Abel Lagos

der sich sozusagen das ganze Leben orientiert hatte. Wie Sie ja selbst in irgendeiner Ihrer Schriften gesagt haben, das schlägt sich nieder z. B. im großen Bergarbeiterstreik von 1985. Ich glaube schon, daß diese Traditionen auch anderswo existieren; z. B. existiert noch eine gewisse antifaschistische Tradition. Das ist ganz klar in Italien der Fall. Der Widerstand, der es dem italienischen Volke ermöglichte, ganz besonders der Arbeiterklasse ermöglichte, sich von der Hypothek der faschistischen Zeit zu befreien, das ist noch da, und das ist ein wichtiger und positiver Beitrag. Aber, wie ich seinerzeit geschrieben habe: Es genügt nicht, man will die eigene Tradition natürlich nicht ablehnen, und das muß man irgendwo und irgendwie verarbeiten.

NG/FH: Und es gerinnt jetzt zur Nostalgie?

Eric Hobsbawm: Es gerinnt zur Nostalgie, wenn die Leute nicht über die tatsächliche Lage nachdenken, sondern einfach die alten Kompositionen wieder durchspielen wollen. Das kann man im Konzertsaal, das kann man aber nicht in der Politik.

NG/FH: Fangen wir an, über die Gründe der Krise der Europäischen Linken zu reden. Vielleicht

zuerst einmal über die Rahmenbedingungen; und da frage ich einen Marxisten natürlich zuerst nach der *Krise des Weltkapitalismus* und dem, was daraus folgt. Das wirtschaftlich stärkste Land des Westens hat eine ziemlich in Unordnung gebrachte Wirtschaft, vor allem ein horrendes Defizit, das zu hohen Zinsen führt und so Kapital aus der ganzen Welt anzieht. Das heißt also: Wir alle finanzieren dieses amerikanische Defizit zum Teil mit. Zweitens gibt es eine veritable Schuldenkrise bei zwar verbesserten Institutionen des internationalen Krisenmanagements (IWF, Weltbank). Ich glaube zwar nicht an den großen Crash im Kredit- und Eigenkapitalmarkt, sondern ich glaube, daß die erfolgreichen Geschäftsbanken die erfolglosen aus dem Markt drängen werden. Aber trotzdem: Die Lage sieht – jedenfalls für die nächsten vier, fünf Jahre einer vermutbaren Rezession – eher dunkel als hell aus. Kurz und pauschal gefragt: Wie beurteilen Sie die *Krise des Weltkapitalismus* in ihren Auswirkungen auf die Europäische Linke heute? Die Zeit, wo man aus der Verelendungs-Theorie strategische Hoffnungen ziehen konnte, ist wohl vorbei.

**Eric Hobsbawm:** Ja, sehen Sie, ich glaube, das hat nie für die Linke funktioniert. Schließlich und endlich: Wenn es eine systemgefährdende Wirtschaftskrise mal gab, war das die Krise der dreißiger Jahre.

**NG/FH:** Das endete im Faschismus.

**Eric Hobsbawm:** Die endete im Faschismus. Man hatte früher erwartet, daß sie irgendwie automatisch zu einer Radikalisierung führen würde. Das hat sie aber nicht getan, im Gegenteil. Und daher glaube ich, man muß in gewisser Hinsicht wieder zu Marx zurück. Denn Marx und Engels erwarteten von der ersten Weltkrise, nämlich 1857/58 eine Radikalisierung und einen revolutionären Aufschwung oder Umschwung, der kam aber nicht, und ich glaube, seitdem muß man sehr vorsichtig sein mit den Prognosen, daß Krisen, auch sehr ernste Krisen, automatisch zum Crash führen. Ich glaube allerdings, daß es, wie so oft, am Rande des kapitalistischen Systems viel leichter zerbröckelt als im Zentrum. Schließlich und endlich: Es hat ja schon in den siebziger Jahren unseres Jahrhunderts Revolutionen gegeben, z. B. antikoloniale, die portugiesische, das Ende des Faschismus in Spanien, Griechenland und dann natürlich, was weiß ich, Äthiopien, Iran, usw. Von diesen kann man sich nicht automatisch einen Linksruck in der traditionellen Art erwarten, aber man kann nicht sagen, daß es keine Chance revolutionärer Umschwünge gibt, die in gewisser Hinsicht den Weltkapitalismus ein bißchen schwächen. Umgekehrt glaube ich: In Europa ist die Linke heute doch schwächer. Nicht so sehr, weil sie potentiell weniger Anhang hat. Ich glaube, sozusagen, ihre Wählerschaft ist nicht besonders kleiner als sie, sagen wir, früher mal war. Aber ich glaube, die Linke ist schwächer, weil sie in den siebziger und achtziger Jahren kein Programm und kein Projekt für die Krise entwickeln konnte. Das haben Sie ja selbst unterstrichen. Irgendwie hat die Linke die wirtschaftliche, programmatische Initiative einer neoliberalen und neokonservativen Rechten überlassen und in gewisser Hinsicht überlassen müssen, weil ihre eigenen Programmprojekte für die Krise eigentlich nicht geeignet waren.

**NG/FH:** Ich habe versucht, die Situation zu beschreiben mit dem Begriff Zweidrittelgesellschaft. Meine These lautet: Unsere Gesellschaft entwickelt sich zu einer Zweidrittelgesellschaft. Im Grunde ist das eine moderne Version der These von Disraelis „two nations“. Das Problem ist nur: Eine Minderheit der Gesellschaft – die Arbeitslosen und ihre Familien, Kleinrentnerinnen und Kleinrentner, alleinziehende Mütter, die zu Sozialhilfeempfängerin-

nen gemacht werden, die Randbelegschaften, die immer wieder arbeitslos werden können, all die werden nach unten gedrückt; aber eine Mehrheit der Gesellschaft (einschließlich vieler Facharbeiter) sitzen auf sicheren Arbeitsplätzen. Die Gefahr besteht, daß die Oberschicht diesen Teil der Arbeiterschaft einfach „kooptiert“, an sich zieht. Wie kann die Linke das verhindern?

**Eric Hobsbawm:** Da haben Sie recht, mit der Zweidrittelgesellschaft. Sicher ist, daß auch in England, das vielleicht relativ mehr gelitten hat als andere Länder, die Mehrheit der Leute inklusive der Mehrheit der Arbeiterklasse heute nicht schlechter stehen als früher, sondern in gewisser Hinsicht sogar besser. Die Minderheit kann man mehr oder weniger außer acht lassen, außer, daß es in England sozusagen eine geographische Verteilung der Stimmen gibt, die es mehr oder weniger der Arbeiterpartei garantiert, daß sie in Schottland, Nordengland usw. doch überproportional im Parlament vertreten wird. Aber das ist ja nicht das gleiche. Man fragt sich, ob noch genügend von der alten Ethik der Solidarität da ist, die ja die Arbeiterklasse und die Arbeiterbewegung hervorgebracht hat und sie gekennzeichnet hat.

**NG/FH:** Es ist ja sicherlich nicht nur die Ethik. Zum Teil haben wir auch die konkreten sozialen Bedingungen, jedenfalls in der Bundesrepublik, verändert. Nehmen Sie die Auflösung der Arbeiterquartiere, das Hinausziehen der Leute in die Suburbs. Dies alles hat natürlich das Zerbröckeln der Arbeitermilieus begünstigt, jedenfalls bei uns in der Bundesrepublik, wo als einigermaßen geschlossene Arbeiterquartiere nur noch Teile des Ruhrgebiets übrig sind.

**Eric Hobsbawm:** Ja, sehen Sie, ich meine, eine ganze Menge historischer Entwicklungen haben dazu beigetragen, eben diese Solidarität der Arbeiterklasse abzubauen. Für heute haben Sie recht. Zwischen 1880 und 1920, vielleicht sogar zwischen 1880 und der großen Krise, war es ganz umgekehrt. Erstens mal ruhte die Industriegesellschaft auf einem konstanten Zustrom von Arbeitermassen. Diese Leute kamen rein und bildeten tatsächlich diese großen Armeen der Arbeiter. Zweitens, die technologische Entwicklung damals beruhte auf einer Betriebskonzentration, nicht bloß einer Kapitalkonzentration. Es entstanden diese Riesenfabriken, in denen die Arbeiter selbst einander erkannten, also die Tausenden.

Und drittens war es mit Ausnahme der Vereinigten Staaten damals noch nicht zur modernen Konsumgesellschaft gekommen und so wurde die Arbei-

terklasse als ganze – inklusive der gelernten und besorgestellten Arbeiter – mehr oder weniger in eine Art konstantes Ghetto gedrängt. Und daher war ihr Lebensstil gleichförmig und von dem Lebensstil der Bürger und auch des neuen Mittelstandes wie auch der Bauern grundlegend verschieden. Sehen Sie mal, ich habe immer in meinen Kursen den Leuten die Aufgabe gegeben, zu sagen, wann die Arbeiter anfangen, die kleine Arbeiterkappe zu tragen, die ja international zum Kennzeichen des Proletariats wurde. Die Leute haben einander als Klasse erkannt, auch wenn es ziemlich klar war, daß ein hochgelernter, was weiß ich, Mechaniker, viel mehr war als irgendein Hilfsarbeiter auf der Werft. Aber die wurden zusammengedrängt. Im Augenblick, ganz besonders in den Nachkriegsjahrzehnten, geht alles genau umgekehrt.

**NG/FH:** Eigentlich mußten wir die Wohn- und Lebensverhältnisse ja ändern, das war die Leistung der reformistischen Arbeiterbewegung, gleichzeitig entzog sie sich damit selbst die Basis.

**Eric Hobsbawm:** Das ist möglich. Ich glaube, daß die Arbeiterbewegung sich da selbst kein zu schlechtes Gewissen machen muß. Das Umsiedeln z. B. gab es auch bei den Arbeiterbewegungen zwischen den Kriegen. Die Leute wurden in neue Siedlungen ausgesiedelt, das an sich bedeutete nicht, daß sie die Solidarität und das Klassenbewußtsein verloren. Die wurden unter diesen Umständen tatsächlich die Basis eines neuen Proletariats, denn die Ford Motor Company benutzte eben diese Auswanderung dazu, um ihren Hauptbetrieb dort aufzustellen und daher diese Leute wieder in eine Arbeiterbevölkerung zu verwandeln. Was heute stattfindet, ist sozusagen eine Zerbröckelung, eine Zerstreuung der Arbeiterklasse. Ich meine die Tatsache, daß die Leute nicht nur in neue Siedlungen, sondern in neue, aber sozial heterogene Siedlungen abwandern.

**NG/FH:** Der Arbeiter kommt neben einen höheren Angestellten und da sie beide inzwischen oft das gleiche Auto fahren, gibt es Leute, die auch dazu neigen, zu sagen, man müßte auch die andere Partei wählen.

**Eric Hobsbawm:** Ich glaube, eine ganze Menge anderer Sachen tragen doch dazu bei. Z. B. die Konsumgesellschaft, die den Leuten fast die gleichen Konsumgelegenheiten gibt und die sie auch weitgehend privatisiert. Ich meine die Tatsache, daß man heute einfach mehr ausgeben muß, daß das kollektive Leben, sowohl im Betrieb wie außerhalb des Betriebes, eigentlich sehr geschwächt worden ist.

**NG/FH:** Die Klassen „an sich“ sind geblieben

und die Klassen „für sich“ sind verschwunden. Es gibt zwar noch ganz deutliche Klassenunterschiede. Alle sind im Fahrstuhl nach oben gefahren. Der reelle Unterschied zwischen den wirklich besitzenden Klassen und den Arbeitern ist aber nicht geringer geworden. Nur das Bewußtsein hat sich durch diesen Fahrstuhleffekt in der Tat erheblich verändert, so daß dieses Zweidrittelschnittmuster plötzlich möglich wird und Facharbeiter in den Kernsektoren, wo die Arbeitsplätze sicher sind, ich nenne in der Bundesrepublik die Automobilfabriken oder die



Maschinenbaufabriken oder die chemische Industrie, sich psychologisch so sicher fühlen, daß das, was Sie von Ethik der Solidarität vorhin gesagt haben, in ihren Köpfen zum Teil nicht mehr stattfindet.

**Eric Hobsbawm:** Naja, ich weiß nicht wie man das eigentlich beurteilen kann. Es fehlt mir an der Basis des Vergleichs zwischen den dreißiger Jahren und der heutigen Zeit. Was Sie von den siebziger Jahren festgestellt haben, stimmt auch hier. Wenn ein Indu-

striezweig oder ein gesamter Betrieb geschlossen wird, dann kann die Belegschaft mobilisiert werden. Wenn aber nur ein Drittel der Leute an die Luft gesetzt wird, dann gibt man sie preis.

NG/FH: Und dazu werden sie noch geschickt „entlassen“. Die Älteren werden z. B. in den Vorruststand geschickt. Richtig brutal rausgeschmissen wird mindestens in der Bundesrepublik nur selten.

Eric Hobsbawm: Aber wenn Sie sagen, die Klassen bestehen weiter, so kommt es doch dazu, daß die Arbeiterklasse im Sinne des alten Industrieproletariats quantitativ schrumpft. Wie man sagt, naja, die anderen Leute sind „auch nur Angestellte“. Aber ich glaube doch, daß sozusagen existentiell die Leute, die in diesen Büros arbeiten, sich anders fühlen als die Leute, die . . .

NG/FH: . . . am Fließband stehen.

Eric Hobsbawm: Ja, eben. Ich glaube, das hat auch Marx etwas unterschätzt, den Unterschied zwischen Handarbeit und Kopfarbeit. Er hat ihn erkannt, aber unterschätzt hat er die Tatsache, daß Klassenbewußtsein nicht bloß auf dem Lohnverhältnis aufgebaut war, sondern auch aus der Erfahrung der Leute kam, die mit den Händen gearbeitet haben und die sich die Hände waschen mußten. Das ist der Unterschied zwischen blue collar and white collar. Und ich glaube, die handarbeitende Industrie und die Proletarier selbst bieten heute noch immer eine wichtige Komponente, aber als Klasse sind sie ein viel kleinerer Teil der Bevölkerung, als sie es früher mal waren, und sicherlich ein weit kleinerer Teil als es die sozialistische Bewegung am Anfang erwartete. Diese Schrumpfung der Klasse, auf der unsere Bewegung aufgebaut war, ist, glaube ich, das Hauptproblem für die Leute, die sich eben nicht an die neue Lage gewöhnen wollen und noch immer dem alten Proletariat nachtrauern.

NG/FH: Ich versuche noch einmal einige Details zu beschreiben, die wir zur Zeit sozusagen nicht richtig begreifen als Arbeiterbewegung oder als politische Partei. Ich glaube, wir stehen vor einem *Individualisierungsschub*. Das ist in der Bundesrepublik schon besser zu erkennen als in Großbritannien; aber ich denke, es ist eine allgemeine europäische Entwicklung: Die Einkommen sind in den letzten drei Jahrzehnten erheblich gestiegen; die Bildungschancen für die unteren Schichten auch. Es gibt Trends zur Dezentralisierung des Arbeitsorts und zur Flexibilisierung der Arbeitszeit. Dies alles führt dazu, daß der einzelne aus Klassenloyalitäten und Versorgungsbezügen herausgerissen wird; und auf der anderen Seite kommen auf ihn neue Abhängig-

keiten durch seine Abhängigkeit vom Arbeitsmarkt und durch seine Konsumexistenz hinzu. Mein Eindruck: Die Linke reagiert auf diesen Individualisierungsschub dadurch, daß sie ihn zu leugnen versucht. Was ist Ihr Eindruck?

Eric Hobsbawm: Was geleugnet wird, sind die tatsächlich tiefgehenden Änderungen in der sozialen und wirtschaftlichen Struktur der modernen Gesellschaft, ob individualisiert oder nicht. In den Jahren seit, sagen wir mal, seit 1950 ganz besonders. Die Tatsache z. B., daß zum allererstenmal sich Bewährtheit hat, was Marx und andere Leute schon vor hundert Jahren vorausgesagt haben, daß das Bauerntum verschwindet. Bis in die vierziger Jahre wurde das – zu meiner Studentenzeit – noch immer als Argument gegen Marx angeführt, naja, die Bauern sind ja noch nicht verschwunden . . .

NG/FH: In Westeuropa ist die Zahl der Arbeitslosen größer als die Zahl der Bauern.

Eric Hobsbawm: Genau das. Das ist eins. Zweitens selbstverständlich, daß die Arbeiterklasse als solche durch die neuen Technologien etwas anderes geworden ist und daß die alten Industrien runterschrumpfen. Nicht nur das: daß es seit den siebziger Jahren eine neue Weltverteilung der Industrie gibt, in der die gesamte Industrie des 19. und frühen 20. Jahrhunderts nicht mehr in ihren Ursprungsländern so funktionieren kann. Das trifft nicht bloß auf die Kohle und Stahl zu. Ich glaube, das trifft sogar in immer größerem Maße auch auf die Automobilindustrie zu. Sie haben unrecht, wenn Sie sagen, daß deutsche Arbeiter sich darauf verlassen können, daß man immer weiter Volkswagen kauft.

NG/FH: Immer weiter sicher nicht, aber sie haben die Hoffnung, daß die nächsten fünf Jahre . . .

Eric Hobsbawm: Natürlich. Aber Tatsache ist, daß eine Umstellung der entwickelten Industrieländer auf andere Formen der Produktion immer notwendiger wird. Dazu kommen die sozialen Unterschiede. Die sozialen Transformationen. Die wieder sind der unglaubliche Aufschwung der Konsumgesellschaft, der ja außerhalb der Vereinigten Staaten unvorstellbar war, unglaublich, daß die meisten Arbeiter Autos haben könnten bis nach dem Kriege. Ich erinnere mich noch genau, daß ein Genosse anno 1941 nach Coventry kam im Krieg, der sagte: Kinder, wißt Ihr, dort in Coventry haben Arbeiter Autos. Das war wie ein Wunder! Und das war noch in den vierziger Jahren. Na also, ich rede von der Tatsache, daß heute die Ärmsten wie die Reichen leben. Dies ermöglicht eine Jugendkultur, hat also die wirtschaftlichen Grundlagen für eine Altersgruppenkul-



tur geschaffen, die es vor den fünfziger Jahren praktisch nicht gab, weil die Halbwüchsigen einfach kein Geld hatten. All die Änderungen, die Transformationen innerhalb der Familie und die Beziehungen zwischen Geschlechtern und zwischen den Generationen, alle diese Dinge sind nur zum Teil in die Politik der Linken eingearbeitet worden. Darum also auch gewisse Spezialbewegungen, die nicht auf seiten der Linken entstanden sind und nur zum Teil mit der Linken verbunden sind, wie z. B. die Grünen.

NG/FH: Ich habe vorhin den Begriff Individualisierung gebracht. Mein Eindruck ist, daß Sie diesem Begriff gegenüber eher skeptisch sind. Wenn Sie aber so beschreiben, was mit den Leuten eigentlich passiert, dann glaube ich, daß es doch Individualisierung ist, d. h. eine größere Freisetzung. Der einzelne hat mehr Optionen, und auf der anderen Seite hat er auch neue Bindungen, indem er an den Arbeitsmarkt und seine Konsumexistenz auf neue Weise gefesselt wird. Trotzdem will ich nochmal den Begriff Individualisierung benutzen, weil ich glaube, die Sozialdemokratie oder Labour muß sich auf unterschiedliche Lebensstile, auf unterschiedliche Einkommensgrößen stärker einstellen, als sie es in ihrer Kultur bisher tut. Ist diese These richtig oder falsch? Wie sehen Sie das?

Eric Hobsbawm: Ich glaube wohl, daß sie diagnostisch richtig ist, daß sich die Arbeiterbewegung auf eine neue Individualisierung einstellen muß. Wie sie das machen kann, also theoretisch, ist nicht ganz so klar, denn es erscheint mir, daß hier doch eine große Gefahr liegt. Das Hauptproblem scheint mir zu sein, wie diese Individualisierung mit den kollektiven Traditionen und den Traditionen der Solidarität zu vereinbaren ist. Sehen Sie mal, die amerikanische Journalistin Frances Fitzgerald, die eine Studie über verschiedene neue soziale Bewegungen in den USA, Sekten usw. veröffentlicht hat, die stellt fest, daß diese eigentlich keine kollektiven Bewegungen sind, sondern Bewegungen von Leuten, die ihr eigenes Ego mehr oder weniger durch die Mitarbeit in diesen Gruppen realisieren wollen. Die Gefahr liegt darin, daß die Leute eben nicht für andere arbeiten wollen, sondern nur für sich, daß sozusagen das Paradies als rein individuelles Paradies konzipiert wird.

NG/FH: Bezieht sich das auf „Bewegungen“, die das Vorbeiführen einer Straße an der Wohnung bekämpfen, oder handelt es sich z. B. um die Friedensbewegung?

Eric Hobsbawm: Nein, das sind Bewegungen wie auch die Friedensbewegung, aber auch solche aus dem Spektrum des Rechtsradikalismus, und zwar in

den Vereinigten Staaten, wo dieser Individualisierungsprozeß . . .

NG/FH: . . . noch stärker . . .

Eric Hobsbawm: . . . noch weiter vorangegangen ist, wo sogar Leute, die sich als Sozialrevolutionäre ausgeben, irgendwie glauben, daß das, was sie aus dieser Revolution rauskriegen, eigentlich bloß persönlich gültig sei. Ich weiß nicht genau, es gibt eben diese Labilität gewisser ultralinker Bewegungen heute, wo die Leute von einem zum anderen überschwenken und nach ein oder zwei Jahren wieder was ganz anderes suchen. Das scheint mir doch das Zeichen einer fundamentalen Schwäche zu sein. Nun, das große Problem, das Sie selbst ja immer wieder unterstreichen und ich auch, ist genau: Wie verbindet man das mit „Solidarität“, einfach mit der Arbeit für andere Leute.

NG/FH: Wie gewinne ich die wirtschaftlich Starken, um den wirtschaftlich Schwachen zu helfen? Wie erreiche ich, daß sie ihre eigenen Interessen dabei auch zurückstellen? Das ist ja im Grunde nicht mehr vom materiellen Interesse her zu bewegen, sondern man müßte offensichtlich das Bewußtsein der Leute ändern.

Eric Hobsbawm: Man kann das heute nicht bloß auf Grund materieller Interessen wieder aufbauen. Ich glaube, man hat das eigentlich nie ganz tun können.

NG/FH: Damit erweisen Sie sich als nicht ausreichend orthodoxer Marxist. Aber ich glaube, Sie haben recht.

Eric Hobsbawm: Selbstverständlich: Ein Ideal, das nicht auf einer materialen Basis ruht, das ist nutzlos. Aber der Mensch ist ein bewußtes Wesen, und daher wird alles, auch die materiellen Interessen durch das menschliche Bewußtsein ausgedrückt. Durch Ideen. Ich glaube, man kann da nicht einfach die Leute in einer behaviouristischen Art analysieren, als ob sie „automatisch“ reagieren. Sagen wir mal: Je nachdem, ob das Realeinkommen runtergeht bzw. rauhegt. So sind die Menschen nicht, Gottseidank, obwohl man versucht, sie in solche Wesen zu verwandeln. Heute sind die materialistischen Deterministen die Leute in den Publizitätsabteilungen.

NG/FH: Die unterschiedlichen Lebensstile sind nicht mehr nur geprägt durch unterschiedliches Einkommen. Es gibt durchaus unterschiedliche Lebensstile bei relativ gleichem Einkommen. Deswegen muß eine differenzierte Strategie versuchen, diese Menschen mit unterschiedlichen Lebensstilen anzusprechen und sie gleichzeitig zu irgendwelchen poli-



tischen Aktionen zu gewinnen. Das gelingt häufig nicht. Die Integrationskraft dieser großen Sammelparteien wird immer schwächer.

**Eric Hobsbawm:** Das ist ein Punkt, bei dem ich nicht mit Ihnen übereinstimme. Sie sagen, Sie wenden sich gegen eine gewisse Sentimentalisierung der Tradition, des Zurückblickens. Das ist richtig. Trotzdem glaube ich, daß in England einer der Hauptfaktoren heute eben genau darin besteht, daß die Leute nach einer gewissen moralischen Sicherheit suchen. Und zu dieser moralischen Sicherheit gehört die Idee, daß die Welt nicht einfach aus Individuen besteht, die einander bekämpfen, die sich selbst immer nur bereichern. Ich glaube, eine der Schwierigkeiten der Linken besteht darin, daß sie die Suche nach einer guten alten Zeit, die in gewisser Hinsicht die Suche nach einer guten Gesellschaft ist, der Rechten überlassen hat. Ich glaube z. B., eine der stärksten Karten der kommunistischen Bewegung in Italien besteht darin, daß die es dort verstanden haben, den Übergang von einer alten proletarischen zu einer neuen Gesellschaft zu bewältigen. Eine der

stärksten Karten der PCI ist die Tatsache, daß sie für alle Italiener die einzige aufrechte Partei ist, die ehrliche Partei.

**NG/FH:** Wegen ihres Kampfes gegen den Faschismus . . .

**Eric Hobsbawm:** Nicht nur wegen ihres Kampfes gegen den Faschismus, sondern dadurch, daß sie nicht korrupt ist. Die Leute sagen, das ist doch die einzige nicht korrupte Partei, und in dieser Hinsicht hat sie es verstanden, doch irgendwie einen moralischen Appell zu machen. Das ist eine Sache, die nicht rein individualistisch ist. Wir haben das mit wenigen Ausnahmen den anderen überlassen, wir haben den Patriotismus den anderen überlassen.

**NG/FH:** . . . den sozialen Patriotismus . . .

**Eric Hobsbawm:** Die Linke hat Angst, daß sie da irgendwie übertrumpft wird. Sie hat Angst. Ich glaube, für die Solidarität muß eine neue Basis gefunden werden. Aber man soll die alten „Basen“ nicht vergessen.

**NG/FH:** Das heißt: Nicht den Versuch machen, von Geschichte abzusehen. Es gibt da ein neues Ge-



schichtsbewußtsein, offensichtlich auch, jedenfalls in der Bundesrepublik, in der Sozialdemokratie, die in den sechziger Jahren, als sie an die Macht kam, ihre eigene Geschichte völlig weggedrückt hatte, weil sie sich anpassen wollte an das Bürgertum. Jetzt gibt es wieder ein neues Geschichtsbewußtsein. Aber man muß aufpassen, daß es nicht zur Nostalgie entartet.

**Eric Hobsbawm:** Das Geschichtsbewußtsein ist sinnvoll. Die Vergangenheit enthält Elemente, die in die Zukunft eingebaut werden können.

**NG/FH:** Ich bin immer noch bei der Suche nach den Defiziten der Linken. Ich habe den Eindruck, die Leute merken immer mehr, daß wir mit unseren Programmen ihre Interessen nicht mehr bedienen können, sie nicht mehr erreichen. Ich will zwei Beispiele nennen. Es gibt eine Globalisierung des Risikos. Nehmen Sie Tschernobyl als Beispiel. Das ist national gar nicht mehr zu bewältigen, nicht mehr zu bewegen. Auch in der ökonomischen Politik ist es doch eine blanke Illusion, daß man mit den klassischen Beschäftigungsprogrammen keynesianischer Art, auf die die Sozialisten ihre Wirtschaftspolitik über Jahrzehnte aufgebaut hatten, heute gegen die amerikanischen Zinsen, gegen den Eurodollarmarkt, gegen das, was dort in dem internationalen Kapitalverkehr passiert, die Arbeitslosigkeit leicht bekämpfen könnte. Es gibt so viele internationale Determinanten, daß man national nicht mehr handlungsfähig ist. Daraus schließe ich nun: Wenn wir nicht zu einer Europäisierung der Politik kommen, sondern wenn wir weiter die Illusion nähren, daß man die Probleme im Rahmen des alten Nationalstaates bewältigen könnte, dann wird man immer unglaubwürdiger, weil die Leute spüren, daß wir nur noch reden und im Grunde die Instrumente gar nicht mehr haben, um die Politik wirklich zu beeinflussen.

**Eric Hobsbawm:** Da muß ich mit Ihnen gänzlich übereinstimmen. Ich persönlich habe an sich keine große Begeisterung für Europa. Aber die Tatsache, daß es heute unmöglich ist, etwa mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, autonom die Wirtschaftspolitik des eigenen Landes zu prägen, spricht für Ihre These. Für die meisten europäischen Länder, die meisten Länder überhaupt, ist eine nationale Politik nicht möglich. Und da es keine Weltpolitik gibt, ist die einzige Möglichkeit die eines Zusammenschlusses auf größerer Ebene. Unter den obwaltenden Umständen muß das Europa sein. Eine Einheitswährung wäre eine nützliche Sache. Wirtschaftlich ist das also sicherlich notwendig und nützlich und politisch kann es auch eine relative Verständigung zwischen

den Linken in ihren rationalen Bewegungen ermöglichen, die sehr wünschenswert wäre. Aber es kann andererseits natürlich auch die Eurorechte stärken.

**NG/FH:** In England scheint es doch den Linken ganz besonders schwer zu fallen, zu dieser europäischen Orientierung zu kommen. Liegt es nun an den allgemeinen antikontinentalen Traditionen Englands oder woran liegt das?

**Eric Hobsbawm:** Ja, ich glaube, das liegt an den historischen Traditionen. Ich meine, historisch sind wir großgeworden eben nicht durch eine Bindung an Europa. Eine Bindung an Europa war wirtschaftlich z. B. für uns, sagen wir mal, nur ... Mitte des 19. Jahrhunderts wirklich wichtig, wo wir in der Frühzeit der europäischen Industrialisierung, Maschinerie, Technologie usw. an den Kontinent exportierten, bis der Kontinent selbst dann mit uns konkurrierte. Die Basis der englischen Wirtschaft war eine Einstellung auf Übersee und blieb eine Einstellung auf Übersee, und das wiegt ziemlich schwer in der Tradition. Andererseits, es stimmt sicherlich, daß ursprünglich die EWG für England nicht besonders günstig schien. Nur wenn man erkannte, wie schwach die eigentliche wirtschaftliche Lage Englands war, konnte man die wirklichen Argumente für eine Eingliederung Englands in die EWG verstehen. Und bis in die sechziger Jahre, vielleicht sogar bis in die siebziger Jahre, wurde die grundlegende Schwäche der englischen Wirtschaft geleugnet oder auf jeden Fall stark unterschätzt.

**NG/FH:** Aber komisch ist doch, daß Edward Heath auf dieses Problem eher eingegangen ist als Labour, obwohl sie beide die gleichen isolationistischen Inseltraditionen hatten mit ihrer Orientierung auf das Commonwealth und ihrer Antihaltung gegenüber dem kontinentalen Europa.

**Eric Hobsbawm:** Ja, man kann sogar sagen, daß Labour mit einigen wenigen Ausnahmen sich immer in einer gewissen subalternen Stellung festgeschant hat. Sie haben sich immer irgendwie doch als Opposition verstanden.

**NG/FH:** Auch wenn sie regiert haben?

**Eric Hobsbawm:** Auch wenn sie regiert haben. Das ist ein Problem der Arbeiterbewegung. Die Leute sagen: Irgendwer wird schon den Betrieb leiten. Unsere Aufgabe ist das nicht. Das verlangt man von „den Regierenden“.

**NG/FH:** Von den „Oberen“ ...

**Eric Hobsbawm:** Von den Oberen, den Herrschenden. Und ich glaube, hier ist eine historische Schwierigkeit aller Arbeiterbewegungen. Darum ist es in sozialdemokratischen Parteien sehr leicht für

# Erdgas

Wir sorgen für Erdgas. Durch langfristige Verträge mit in- und ausländischen Lieferanten helfen wir, die Erdgasversorgung bis ins nächste Jahrtausend zu sichern.

Wir transportieren Erdgas durch ein unterirdisches Leitungssystem bedarfsgerecht zu unseren Kunden. Und wir engagieren uns beim Energiesparen – damit möglichst viele möglichst sorgsam mit der umweltfreundlichen Energie Erdgas umgehen.

Wir sorgen für Erdgas

**RUHR**  
**gas**

die Leute, auch ihre eigene Führung zu kritisieren, wenn sie erstmal raufkommen. Die denken einfach nicht daran, was sind die Verantwortungen, wenn man die Regierung bzw. die Gesellschaft selbst übernimmt.

NG/FH: ... die Engländer, auch die Arbeiterbewegung konnte doch überhaupt nur über Hitler am Schluß mitsiegen, weil sie diese Qualität hatte, daß sie nicht so sehr auf den Kontinent orientiert war.

Eric Hobsbawm: Ich will die Stärke dieser gewissen Borniertheit und Begrenztheit der englischen Arbeiterbewegung überhaupt nicht unterschätzen. Ich selbst erinnere mich an die Tage im englischen Heer anno 1940, wo ich mir sagte als Intellektueller: Kinder, jetzt sieht's schlimm aus. Man hatte, was weiß ich, vier Maschinengewehre pro Kompanie und sonst überhaupt nichts. Und man sollte damit irgendwie die englische Küste beschützen. Ich sagte, wie geht das nun mal weiter? Und die anderen Soldaten, für die war das einfach kein Problem. Sie sagten: Jetzt machen wir mal weiter. Die Idee, daß es zu einer Niederlage kommen konnte, das kam ihnen einfach nicht in den Sinn. Das hat mich sehr beeindruckt seinerzeit.

NG/FH: Die Vorstellung, daß der Hitler hier rüberkommen konnte, fanden sie unvorstellbar.

Eric Hobsbawm: Daß der rüberkommen konnte, das war ziemlich klar, aber daß die Machtlage in Europa so war, daß ein Sieg für England praktisch ausgeschlossen erschien, das ging ihnen einfach nicht in den Kopf.

NG/FH: Sie schreiben in einer Analyse der englischen Arbeiterklasse, daß die direkte Lebenserfahrung der Arbeiter hier in England eher lokal als national ist. Das bringt mich auf ein Problem, das für die Bundesrepublik jedenfalls sehr wichtig ist: den rapiden Verlust, den die Sozialdemokraten in den großen Städten wie Hamburg, Frankfurt oder München erleiden, d. h., in Städten, in denen es einen hohen Anteil von Dienstleistung gibt und wo die alten Arbeiterquartiere weitgehend abgebaut sind. Und jetzt frage ich den Historiker der Klassenbildungen – es gibt da unterschiedliche Hypothesen –: Liegt es an den regionalen Parteiorganisationen? Spielt die soziologische Veränderung die Hauptrolle? Mischt sich alles? Läßt sich überhaupt noch ein genereller Trend ausmachen? Wie sehen Sie das aus der englischen Erfahrung?

Eric Hobsbawm: Ich glaube nicht, daß das eine deutsche Entwicklung ist. Das ist eine ziemlich allgemeine Entwicklung. Die Großstädte werden entindustrialisiert und die tertiären, hochbezahlten Stel-

lungen, in den Zweidrittelgesellschaften werden immer mehr. Mehr als anderswo. Ich meine in New York, in London. Sie haben sich ja die City angeschaut, die floriert. Meine Frau lehrt in einer Elementarschule, lumpenproletarische Schicht. Diese konträren Klassen wohnen innerhalb eines halben Kilometers voneinander und wissen kaum etwas voneinander.

NG/FH: Die Sozialdemokratische Partei ist etwas völlig anderes als die SFIO war.

Eric Hobsbawm: Genau.

NG/FH: Jetzt greife ich einen Begriff auf, den ich bei Ihnen gelesen habe: Von der Isolation der Aktivisten der Arbeiterpartei. Also davon, daß eine Minderheit von hauptamtlichen und ehrenamtlichen Funktionären und Abgeordneten sich gemeinsam isoliert und abschottet gegenüber der Gesellschaft. Ich glaube, daß einer der Gründe vom Verfall der Sozialdemokraten in manchen Großstädten darin liegt, daß die Sozialdemokratie den Kontakt zur Bevölkerung verliert. Die Aktivisten, die sagen jetzt: Sie haben eine korrekte Linie entwickelt, aber die Leute haben nicht begriffen, daß das die korrekte Linie ist. Man müsse nur einfach bei der korrekten Linie bleiben, solange, bis die Leute das begriffen haben. Solange, bis die Partei wirklich zu einer Sekte wird. Wie kommt das eigentlich zustande und wie sieht das in England aus?

Eric Hobsbawm: Ich glaube, das kommt zustande dadurch, daß die Partei aufhört, Bewegung zu sein, d. h. eine Massenbasis zu haben im täglichen Leben heute, und daher zur Organisation wird, in der die Funktionäre als solche den Spielraum haben. Sie werden nicht mehr kontrolliert von der Basis. Ich glaube, das ist eine allgemeine Erscheinung.

NG/FH: Ist das alles hier in England weiter fortgeschritten als sonstwo?

Eric Hobsbawm: Ja, hier ist es weiter fortgeschritten, weil die Massenbasis der Partei einfach nicht mehr existiert und daher eine Anzahl von Aktivisten zu Funktionären werden, die auch sozial nicht viel mehr mit der Durchschnittsbevölkerung gemeinsam haben. Z. B.: Sie sind viel jünger, sind zum großen Teil unverheiratet, sie arbeiten zum großen Teil in der kommunalen Fürsorgebewegung, und sie sind oft – ich will nicht sagen intellektuell, aber sie sind eben nicht Arbeiter in Betrieben. Es ist nichts da, das sie kontrolliert, weil – wie gesagt – eine Arbeitercommunity nicht mehr da ist.

NG/FH: In Deutschland helfen da viel unsere Betriebsräte, die ja nicht vergleichbar sind mit Euren Shopstewards. Diese Betriebsräte haben soviel

Hautkontakt mit ihren Leuten in den Betrieben, daß es noch eine Erdung in die Wirklichkeit hinein gibt.

**Eric Hobsbawm:** In der Gewerkschaftsbewegung ist das nicht ganz so. Die Gewerkschaftsfunktionäre, die müssen Fühlung nehmen, denn wenn man einen Streik organisiert, müssen die Leute mitgehen. Sonst geht nichts.

**NG/FH:** Ich möchte Sie bitten, einmal auf die deutsche Wirklichkeit von außen zu schauen, von England aus. Sie haben in Berlin gelebt. Wie sehen Sie denn von außen die Entwicklung der deutschen Linken? Ich bitte Sie um eine Ferndiagnose: Wie sieht's denn aus in der Bundesrepublik?

**Eric Hobsbawm:** Naja, es sieht besser aus als hier. Es sieht besser aus erstens mal, weil es den Leuten besser geht, zweitens, weil doch trotz allem die SPD in einer stärkeren Lage ist als die Labour-Party. Weil die SPD sich schon lange darauf eingestellt hat, daß sie in der Wirklichkeit arbeiten muß und nicht „unbedingt“. Z. B.: Sie hat sich auf Koalitionspolitik einstellen müssen. Sie hats vielleicht ungern getan, aber sie hat es tun müssen. Ich glaube, die größte Schwäche der SPD ist die Tatsache, daß sie einen großen Teil ihres ideologischen Anhangs verloren hat, nämlich die Leute, die zu unabhängigen Bewegungen gegangen sind, wie zu den Grünen.

**NG/FH:** In England spaltete es sich nach rechts.

**Eric Hobsbawm:** Ja, nach rechts und nicht nach links. Aber in beiden Bewegungen ist das Hauptproblem die „Verdauung“ dieser „Spaltung“. Man kann nicht einfach ohne diese Leute arbeiten oder denken. Ich sage Ihnen drittens, daß m. E. die Funktion Deutschlands als Bindeglied zwischen Ost und West und als Hauptelement der Entspannung und im Wiederaufbau eines einheitlichen Europa, der Beziehungen zwischen den östlichen und westlichen sozialistischen Bewegungen liegt – für uns Außenstehende ist das vielleicht das wichtigste Element. Viertens: Wir alle bedauern die Ära Kohl. Ich kann aber nicht voraussagen, was in der Zukunft folgt.

**NG/FH:** Lassen Sie zum Schluß eine persönliche Frage stellen. Sie haben ja immer dem Begriff Freiheit im Drehbuch des Sozialismus eine wichtige Rolle zugeschrieben. Sie haben 1956, als die Sowjet-Union in Ungarn einmarschierte, laut protestiert. Wenn ich jetzt nach England komme, dann sehe ich, daß Sie mit Ihren Einstellungen für „tactical voting“ sehr pragmatisch sind. Wenn man weiß, daß Sie nach wie vor Mitglied der Kommunistischen Partei hier sind, dann fragt man sich: Wieso sind Sie das noch?

**Eric Hobsbawm:** Ihre Frage hat zwei Seiten. Die



Göttrik Wewer

### **Sozialdemokratische Wirtschaftsbetriebe**

Eine politikwissenschaftliche Untersuchung  
von parteieigenen Unternehmen  
in der Bundesrepublik Deutschland

1987. 259 Seiten. (Studien zur Sozialwissenschaft,  
Bd. 67.) Kartoniert DM 38,-

Gegenwärtig erleben wir den Ausverkauf der Gewerkschaftsunternehmen, den Niedergang der Gesamtwirtschaft in der Bundesrepublik. Ein ähnlicher Vorgang spielte sich, zeitlich früher, auch bei den Wirtschaftsbetrieben der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in der Hauptsache Zeitungs- und Buchverlage, Druckereien, Werbebüros, aber auch Grundstücksverwaltungsgesellschaften, ab. Dieses Buch zeichnet diesen Vorgang nach und erschließt vielfältiges Material, bis hin zu Handelsregister-Akten, zu einem bisher noch kaum erforschten Gegenstand – den parteieigenen Unternehmen.

Die sozialdemokratischen Wirtschaftsbetriebe sollten, den Unternehmen der Gewerkschaften vergleichbar, eine Art „Gegenmacht“ im kapitalistischen Wirtschaftsgeschehen bilden, ökonomisch und publizistisch. Die Studie zeigt, daß die sozialdemokratischen Wirtschaftsbetriebe mit dem dreifachen Anspruch, nämlich „sozialistische Musterbetriebe“ sein zu sollen, die Interessen sämtlicher Parteigliederungen umfassend zu vertreten und gleichzeitig am Markt Gewinne zu erwirtschaften, um langfristig wieder investieren zu können und sich zu behaupten im Verdrängungswettbewerb, überfordert wurden, und bietet zugleich allgemeinere Hypothesen zu den funktionsbedingungen von Parteiunternehmen an.

Auf eine Skizze der historischen Entwicklung des sozialdemokratischen Wirtschaftsbereichs nach 1945, ergänzt durch einen Exkurs zum beständigen Widerspruch zwischen allgemeinem wirtschaftspolitischen Kompetenzanspruch der Partei und ihren offenkundigen Schwierigkeiten in den eigenen Betrieben, folgt eine relativ aktuelle Bestandsaufnahme des SPD-Konzerns entlang der horizontalen, vertikalen und funktionalen Ausdifferenzierung der Parteiorganisation. In einem weiteren Kapitel werden verschiedene „Grundtypen“ sozialdemokratischer Wirtschaftsbetriebe vorgestellt und im Rahmen des quellenmäßig Möglichen genauer beleuchtet als Vorbereitung der abschließenden Überlegungen zu den grundsätzlichen Möglichkeiten und Grenzen von parteieigenen Unternehmen und insbesondere sozialdemokratischen Wirtschaftsbetrieben im politischen Wettbewerb.

Westdeutscher Verlag  
Opladen/Wiesbaden

erste ist, warum ich eine Öffnung gegenüber der „Allianz“ beflwortet habe. Die Antwort ist ganz einfach: Ich betrachte die Thatcher-Regierung als eine ungeheuer gefährliche Regierung. Schon jetzt ist das neben der türkischen Regierung die reaktionärste in



Europa. Ich möchte das Wort Faschismus nicht leichtfertig verwenden, aber es besteht unter der Thatcher-Regierung wirklich die Gefahr eines starken Rechtsradikalismus, der die gesamte Arbeiterbewegung und auch die gesamte fortschrittliche Bewegung schwächen könnte. Es schien und scheint mir daher absolut die wichtigste Aufgabe in der Politik, diese Regierung zu Fall zu bringen. Zweitens: Warum ich bei der KP geblieben bin? Sehen Sie mal, das frag ich mich auch manchmal. Es war sicher

nach '56 eine Zeitlang sehr schwer. Die englische Partei ist klein. Sie war nicht so stur wie manche andere, denn sonst hätte sie mich rausgeschmissen. Aber sie war so geschwächt, daß sie das jedenfalls nicht konnte und wollte. Aber das ist nicht so wichtig. Sie stellen mir im übrigen eine deutsche Frage. Ich wurde politisch aufgeweckt als Mittelschüler in Berlin anno 1931/33. Ich wurde zuerst mal organisiert in einer kleinen Organisation, die sich damals Sozialistischer Schülerbund nannte, die irgendwie von der KPD abhängig wurde, sogar noch in den schlimmsten Zeiten des Sektierertums. Aber trotzdem: Wenn man seit dem Alter von 15 Jahren irgendwie dabei ist und wenn man in den dreißiger und vierziger Jahren durch die Schule des Antifaschismus gegangen ist, dann möchte man diese Vergangenheit nicht ableugnen. Ich will sogar noch weitergehen. Ich möchte die Genossen nicht ableugnen, die ich gekannt habe und die – oftmals irrtümlich – ihr Leben einer großen Sache hingeben wollten. Es gibt so viele Leute, die aus den kommunistischen Parteien ausgeschieden sind, z. B. in Frankreich, und die dann umgeschwenkt sind und antikommunistisch geworden sind. Zu denen habe ich nie gehört. Es ist vielleicht politisch nicht besonders wichtig, daß man zur englischen Kommunistischen Partei gehört, obwohl diese Partei doch sehr viel beigetragen hat zur englischen Arbeiterbewegung. Es ist eine kleine Partei, aber keine Sekte. Die Tatsache, daß ich noch dabei bin, daß ich nicht rausgeschmissen worden bin, ist schon ein Beweis, daß es keine Sekte war. Das ist eine kleine Partei, die aber doch typisch für die englische Arbeiterbewegung war. Mag sein, das ist nicht mehr besonders wichtig. Die Funktion, die ich jetzt habe, ist eine Funktion, die nicht davon abhängig ist, ob ich in der Kommunistischen Partei bin oder nicht. Und trotzdem möchte ich meine Generation und die Generation der Leute, die älter ist, nicht verleugnen. Die ihr Leben für die Befreiung der Menschheit hingegeben haben und oft getötet wurden dafür, manchmal auch von der eigenen Seite. Ich glaube, es ist wichtig, daß man sagt, ja, das war, das ist eine große Aufgabe. Heute ist sie vielleicht nicht so zu lösen, wie wir seinerzeit gedacht haben, als wir an die Weltrevolution glaubten. Aber man soll nicht sagen, daß wir nicht weiter an die Befreiung der Menschheit glauben.



# VERMÖGENSBILDUNG DARF KEIN FREMDWORT WERDEN

Die staatliche Förderung der Vermögensbildung soll Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen zur regelmäßigen Rücklagenbildung führen.

Diese Aufgabe bleibt weiter wichtig trotz des hohen Bestandes an Geldvermögen von über 2 Billionen DM in der Bundesrepublik. Entscheidend ist seine Verteilung: Gut ein Drittel aller Haushalte hat weniger als 5000 DM Geldvermögen, darunter sind 13 Prozent ohne Ersparnisse.

Deshalb hängt der Erfolg staatlicher Vermögensbildungspolitik in einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung von bestimmten

Voraussetzungen ab. Dazu gehören:

Der Sparer muß die Sparform nach seiner Interessenslage frei wählen können. Die Vorschriften müssen einfach und verständlich sein.

Auch die Wirtschaft hat etwas davon: Aus vermögenswirksamen Spareinlagen und festverzinslichen Wertpapieren erhalten die mittelständischen Unternehmen und der Wohnungsbau Kredite.

Die Sparkassen



## Gérard Sandoz Vom Kreuzberg zum Montparnasse Kindheit, Widerstand, Exil

*Gérard Sandoz ist ein „nom de guerre“, ein Kampfname. Er gehört dem 1914 in Polen geborenen Gustave Stern, der unseren Lesern durch seine zahlreichen Beiträge zur politischen Entwicklung in Frankreich bekannt ist. In den 30er Jahren gehörte Gustave Stern der illegalen Leitung der (trotskistischen) Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD) an und war später langjähriger Redakteur der linksliberalen französischen Wochenzeitung „Le Nouvel Observateur“.*

Im April 1953, acht Jahre nach dem Ende des Krieges, kam ich wieder nach Berlin, das etwa zwanzig Jahre zuvor nicht mehr meine Heimatstadt sein wollte. Zwei kleine Erlebnisse von dieser Reise, die keine Rückkehr war, haben sich mir eingepägt.

Kreuzberg SO 36, Manteuffelstraße 110, dritter Stock; dort habe ich gut 20 Jahre gewohnt. Es war ein altes vierstöckiges Haus, sehr primitiv und sehr eng, fast ausschließlich von Arbeitern bewohnt. Wenn man in unsere Wohnung eintrat, dann war man sogleich im Wohnzimmer, dem einen Zimmer, aus dem die ganze Wohnung bestand. Außerdem gab es nur eine enge Küche mit einem Wasserhahn – für die Suppe und zum Waschen. In der Küche wurde mein Bett aufgestellt. Die Eltern schliefen im Wohnzimmer. Für das ganze Haus gab es eine Toilette im Erdgeschoß, für die jede Mietpartei einen Schlüssel besaß.

1953 stand das Haus noch. Ich bin nicht in den dritten Stock gegangen, wo ein fremder Name an der Tür stand, sondern in den vierten Stock. Im vierten Stock hatte ein Spielkamerad von mir gewohnt; ich klingelte an der Tür, an der immer noch der Name SCHOLZ stand. Die alte Frau, die mir öffnete, hatte mich zuletzt im Jahre 1933 gesehen. Sie sah mich an und sagte sofort: „Das ist ja der Gustav Stern.“ Sie bat mich herein. Sie machte mir Kaffee und lief sogar herunter, um für mich Kuchen zu holen. Als ich fragte: „Was ist denn aus dem Helmut geworden?“, sagte sie nur knapp: „Der ist in Rußland gefallen.“

Ich hatte ein entsprechendes Vorgefühl gehabt und fand es sehr eindrucksvoll, dies gleich bestätigt zu erhalten. Aber noch eindrucksvoller war, daß

Frau Scholz nicht den geringsten Versuch unternahm, von der Vergangenheit zu sprechen. Sie hatte meine Eltern gut gekannt, sie wußte, daß wir Juden waren; die Vergangenheit wollte sie nicht anrühren. Sie tat aber alles, damit ich mich als ihr Besucher wohl fühlte. Auch beim zweiten Erlebnis spielte die Berührungsangst vor der Vergangenheit eine Rolle. Ich suchte aus dem Telefonbuch den Namen eines Mitschülers heraus, der mit mir gemeinsam die Luisenstädtische Oberrealschule in der Dresdner Straße besucht hatte. Der Gesuchte meldete sich auch gleich am Telefon und sagte, als ich meinen Namen nannte: „Ach ja. – Das ist ja schon lange her.“

Das Verhältnis zu jenem Schulkameraden war etwas seltsam gewesen. Er war nämlich der Obmann des NSSB gewesen, des Nationalsozialistischen Schülerbundes. Obwohl ich Jude und Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes war, ist er zu mir menschlich immer anständig gewesen. Allerdings hatte er stets gesagt: „Du bist ja eigentlich kein Jude.“ Denn ich war gut im Sport; spielte in der Fußball- und der Handballmannschaft der Schule, was seinem Judenbild nicht entsprach.

Gesehen hatte ich ihn das letzte Mal im Sommer 1933, und zwar in einer prekären Situation. Ich fuhr zu einem Treffen mit einem Genossen und hatte eine Aktentasche mit illegalem Material dabei. Er sah mich, erkannte und grüßte mich, und dann sprachen wir miteinander, als ob nichts wäre. Als er merkte, daß ich es eilig hatte auszusteigen, sagte er zu mir: „Du brauchst es nicht so eilig zu haben, ich weiß schon, was in deiner Aktentasche ist.“ Ich unterhielt mich noch eine Weile mit ihm und stieg dann unbehelligt aus. Er hatte sich also eine Art Menschlichkeit bewahrt trotz seiner politischen Einstellung. Auch bei unserem Wiedersehen im Jahre 1953 vermittelte er den Eindruck eines ordentlichen Menschen. Über Politik, jetzt über die Vergangenheit, wollte er aber auch diesmal nicht reden.

Ich aber erinnerte mich.

\*

Meine Eltern sind im Jahre 1914 nach Berlin gekommen, als ich wenige Monate alt war. Sie kamen aus Polen, aus einem Milieu, in dem es für Juden sehr schwierig war. Sie lebten dort außerhalb der polnischen Gesellschaft, in sehr ärmlichen Verhältnissen, ohne jede soziale Perspektive. Von Deutschland erhofften sie sich eine neue soziale Existenz. Sie hatten wohl sehr ungenaue Vorstellungen gehabt. In die deutsche Gesellschaft sind sie später nie integriert worden.

Für mich sah es schon ganz anders aus. In der Manteuffelstraße habe ich mit den dortigen Kindern gespielt. Als ich mit sechs Jahren eingeschult wurde, war ich voll integriert. Meine Volksschule lag an der Ecke Manteuffelstraße / Ecke Köpenicker Straße.

Meine Eltern hatten in Kreuzberg ein Geschäft, von dem sie weder leben noch sterben konnten. 1923, als ich gerade neun Jahre alt war, wurden sie durch die Inflation vollständig ruiniert. Sie verkauften Hemden, Strümpfe und allerlei Strickwaren. Am Kanal unweit des Kottbuser Damms gab es dreimal die Woche Markt. Dort besorgten sie sich ihre Waren. Wenn die Schule aus war, kam ich dorthin und half meinen Eltern, ihren kleinen Handwagen bis nach Hause zu ziehen. Neben meinem Vater hergehend zog ich mit an der Deichsel, die Mutter kam hinterdrein. Wir sprachen dann miteinander, und der Vater sagte oft: „Es kommen schon noch bessere Zeiten.“

Meine Hoffnungen auf bessere Zeiten fanden einen aktiveren Ausdruck: im Kommunistischen Jugendverband.

\*

Unser Kiez war eine ausgesprochene Arbeitergend mit großer Armut. Die Menschen liefen in ärmlicher Kleidung herum. Bei den Schulkameraden, zu denen ich kam, zum Spielen oder für Schularbeiten, sah es sehr arm aus. Wer heute das Wort „Proletariat“ ausspricht, hat meist keine Vorstellung davon, was das damals gewesen ist. Ich erinnere mich an Demonstrationen der KPD im Winter 1931/32, wo die Leute ohne Mäntel und Handschuhe, ja teils in Lumpen gehüllt mitliefen.

Die Naunynstraße hatte damals den Spitznamen „Klein-Moskau“. Bei Wahlen hängten die Leute die Fahnen zum Fenster heraus; die Naunynstraße war dann ein einziges rotes Fahnenmeer. Noch bei den Wahlen im März 1933 hingen dort die roten Fahnen, wenn es nun auch schon viele Hakenkreuzfahnen dazwischen gab.

Mein Weg in den sozialistischen Schülerbund und dann in den Kommunistischen Jugendverband war also durch dieses Milieu in SO 36 vorgezeichnet. Doch war ich vorher kurze Zeit Mitglied des jung-jüdischen Wanderbundes, in dem eher zionistische Strömungen vorherrschten. Neben dieser Organisation gab es die Assoziation „Kameraden“, der zumeist Kinder deutsch-assimilierter Juden angehörten. Im Zeichen der großen Krise zu Beginn der dreißiger Jahre kam es zu einer Spaltung in beiden Organisationen, und ein großer Teil ging zum Kommuni-



*Berliner Arbeiterjunge beim Verteilen einer KPD-Zeitung*

stischen Jugendverband über. Jene Gruppe, die „Kameraden“ verließ, nannte sich bezeichnenderweise, in Erinnerung an die Bauernkriege, „Schwarzer Haufen“. Die Abtrünnigen spielten dann später eine bedeutende Rolle in den kommunistischen Reihen.

Die Politisierung hatte mich ein wenig von meinen Eltern entfernt. Sie hatten meine Entwicklung nicht begriffen, sie lebten in einer ganz anderen Welt. Sie hatten sich nie einbürgern lassen, haben daher auch nie gewählt.

Ich erinnere mich an eine kommunistische Demonstration im Jahre 1930, in der ich als 16jähriger mitgelaufen bin. Die Demonstration führte auch

durch die Manteuffelstraße. Vor unserem Haus stand mein Vater. Er entdeckte mich und kam in die Demonstration hineingelaufen, um mich da rauszuholen. „Was machst du denn da?“, rief er. Er wußte zwar, daß ich irgendwelche politischen Geschichten mitmachte, aber nicht wo.

Mir war diese Szene unangenehm, einmal weil alle Leute ringsum das alles mitbekamen. Aber dann auch, weil ich meinen Vater, der ein völlig unpolitischer Mensch war, sehr lieb hatte. Für mich war das eine tragische Situation. Denn ich konnte ihm nicht erklären, daß ich da aus Überzeugung mitmachte. Ich hatte aber auch das Gefühl, so etwas könne ich dem armen Mann nicht antun. Da stand ich nun vor der Entscheidung, weiterzulaufen oder nach Hause zu gehen. Schließlich bin ich in der Demonstration dringeblichen.

Eine ähnlich schmerzliche Situation hat es 1933 gegeben, als ich unseren Kiez, wo ich als Kommunist bekannt war, verlassen mußte. Meiner Mutter konnte ich meine neue Adresse nicht anvertrauen. Ich konnte ihr auch nicht begrifflich machen, warum ich sie ihr nicht sagen konnte. Im Falle eines Falles hätte die Gestapo meine Zuflucht schnell herausgefunden. Meine Mutter aber dachte, ich hätte kein Vertrauen zu ihr.

\*

Meine politische Schulung habe ich unter anderem erhalten in einer Einrichtung der KPD, die sich MASCH nannte: Marxistische Arbeiterschule. Ich erinnere mich noch an das erste Referat, das ich 1930 von dem damals sehr bekannten Theoretiker Professor Hermann Duncker gehört habe. Im Laufe der Geschichte, so sagte er, habe die Menschheit vor zahlreichen Rätseln gestanden. Nach und nach sei es der Wissenschaft gelungen, diese Rätsel zu lösen und die Türen zur Wahrheit aufzustoßen. Und wenn Sie sich mit dem Marxismus befassen, sagte er zu uns 16jährigen, dann werden Sie eines Tages das Gefühl haben, das letzte Rätsel gelöst zu haben. Und wir haben das auch geglaubt.

Das letzte Mal habe ich Hermann Duncker im Mai 1933 in der Untergrundbahn getroffen. Ohne es zu wollen, habe ich ihn länger angeguckt. Der Mann ist zusammengeschrückt. Er hatte gemerkt, daß ihn jemand erkannt hatte und ist an der nächsten Station rasch ausgestiegen. Später ist er wohl in die USA emigriert.

Der Kommunistische Jugendverband, dem ich damals angehörte, hatte verschiedene Formen von dem entwickelt, was man AgitProp nannte, Agita-

tion und Propaganda. Ich erinnere mich an eine Filmvorführung in einem Kino unweit meines Elternhauses. Gezeigt wurde der sowjetische Film *Der Weg ins Leben*. Dieser Film stellte dar, wie sich die Sowjetmacht der *besprisonnyje* annahm, das waren verwahrloste Jugendliche, die im Gefolge des Bürgerkrieges zu Hunderttausenden, teils als kriminelle Banden organisiert, ziellos und bindingslos durch das Land streiften. Die Sowjetmacht, so wollte der Film zeigen, steckte diese Jugendlichen in Heime und in Schulen, gab ihnen eine Ausbildung, integrierte sie in das gesellschaftliche Leben, kurz: wollte Menschen aus ihnen machen. Dieser Film beeindruckte uns Berliner Jugendliche sehr damals, er war für uns die Inkarnation des Sozialismus, er wollte zeigen, daß man die Menschen verändern, verbessern konnte.

Mir war bei dieser Vorführung die Aufgabe zugefallen, den Film agitatorisch auszubeuten. Als der Film aus war, wurden die Leute gebeten, noch etwas dazubleiben. Ich hielt eine kleine Ansprache von drei Minuten, in der ich die Sowjetunion über den grünen Klee lobte und den sowjetischen Sozialismus in leuchtend roten Farben pries.

Es gab auch die Form der Haus- und Hof-Propaganda. Eine Gruppe junger Kommunisten ging in die Hinterhöfe. Mit Rufen im Chor forderten wir die Leute zum Öffnen der Fenster auf, und dann hielt einer eine Ansprache über die Missetaten der Regierung und über die Losungen und Lösungen der KPD. Danach gingen wir in die Häuser, klopfen bei den Leuten an und versuchten, unsere Broschüren und Zeitungen loszuwerden.

\*

Trotz aller Begeisterung verlief meine politische Laufbahn nicht ohne Probleme. Im Jahre 1932 wurde ich mit anderen aus dem Kommunistischen Jugendverband ausgeschlossen: wegen Fraktionsbildung und Trotzismus. Dies war ein Schock und in gewissem Sinne das Ende einer Illusion. Aber ein Bruch mit dem Marxismus als einer der möglichen Erklärungen der Gesellschaft war es nicht.

Wir waren eine ganze Gruppe, die nicht einverstanden war mit der irrsinnigen These, daß angesichts des heraufziehenden Nationalsozialismus die SPD als Hauptfeind zu behandeln sei – bei aller Kritik, die auch wir an der SPD übten.

Dazu kam, daß wir Kenntnis erhielten von fragwürdigen Entwicklungen in der Sowjetunion. Beeinflußt haben mich die Broschüren und Zeitungen der KAPD, der Kommunistischen Arbeiterpartei

Deutschlands, die in Kontakt stand mit oppositionellen Gruppen in der Sowjetunion, zum Teil alten Bolschewiki. Beeinflußt haben mich aber auch die damals zirkulierenden Broschüren von Trotzky. Darin wurden die Entwicklungen in der Sowjetunion kritisiert sowie die Linie der KPD gegenüber der SPD. 1932 kam ich in Kontakt mit einer Gruppe in Berlin, in der auch ein Mann namens Leo Sedow mitwirkte. Dieser war kein anderer als ein Sohn von Trotzky. Mit dieser Gruppe habe ich dann auch in der illegalen Zeit zusammengearbeitet bis 1935.

\*

Das Jahr 1933 sollte für mich ein entscheidendes Jahr werden. Für das Frühjahr stand meine Abiturprüfung an. Das Abitur wurde mir von Hitler gründlich verdorben.

Mein damaliger Klassenlehrer, der Französischlehrer Dr. Kurt Schröder, der ein sehr anständiger Mensch war und der DVP angehörte, ließ mich Anfang 1933 zu sich nach Hause kommen. Dort sagte er: „Es wird jetzt für Sie sehr schwierig werden, vielleicht ist es sogar besser, wenn Sie aus Deutschland weggehen.“

Zu den schriftlichen Arbeiten habe ich mich noch gemeldet und sie absolviert. Zur mündlichen Prüfung wurde ich sozusagen eingeladen. Dr. Schröder

gab mir zu verstehen, daß ich besser nicht käme, weil einige Lehrer gesagt hätten, es wäre ein Skandal, wenn ich da erscheinen würde. Der Musiklehrer der Schule, Kurt Langner, war schon seit 1930 als Mann der Nazis bekannt. Er hatte seinen Einfluß gegen mich geltend gemacht.

Die Situation wurde dadurch kompliziert, daß ich damals das Elternhaus verlassen hatte und schon illegal lebte. Unter diesen Umständen mußte ich darauf verzichten, zur mündlichen Prüfung anzutreten.

Ein Wort zur Rolle der Lehrerschaft: Ich bin der persönlichen Überzeugung, daß diese Schicht als geistige Wegbereiterin wesentlich beigetragen hat zu dem, was ab 1933 geschehen ist. Die Lehrer an meiner Luisenstädtischen Ober-Realschule waren, mit ganz wenigen Ausnahmen, sehr nationalistisch eingestellt. Ich erinnere mich, daß fast alle Lehrer Reklame machten für einen Verein, der VDA hieß, Verein fürs Deutschtum im Ausland, und der für die Rückgewinnung der Kolonien eintrat. Diese Lehrer verbreiteten einen ausgesprochen unangenehmen nationalistischen Geist. Aus meinem Umgang mit Schülern anderer Schulen weiß ich, daß dieser Geist auch an anderen Gymnasien geherrscht hat.

---

*Kommunistische Demonstration in Berlin (1930)*



Meine Freunde und ich waren schon damals der Überzeugung, daß diese Leute eine verhängnisvolle Rolle spielten. Im Laufe des Jahres 1932 konnte man dann erleben, wie immer mehr von ihnen offen zu den Nazis übergingen.

\*

Meine Tätigkeit im Untergrund begann damit, daß ich aus meinem Elternhaus fortzog. In Kreuzberg war ich zu bekannt als „Roter“. Ich zog zu einem Freund an den Viktoria-Luise-Platz. Wenn man so will, war das der erste Schritt ins Exil.

In der illegalen Gruppe, der ich angehörte, gab es gleich nach Hitlers Machtergreifung Diskussionen darüber, was nun zu tun sei. Wir trafen uns in den Wohnungen von Freunden oder in Cafés. Einige wenige fragten sich, ob man sich nicht damit begnügen sollte, zu überleben. Den meisten war klar, daß man etwas unternehmen mußte. Unter den Bedingungen illegaler Arbeit war Hilfe von außen nötig. So wurden einige Leute per politischen Beschluß ins Ausland geschickt, um dort Verbindungen aufzubauen. Ab April 1933 kamen die ersten Zeitungen und Flugblätter aus Prag, von unseren Leuten geholt. In dieser ersten Zeit waren in ganz Deutschland vielleicht 300 Leute für unsere Gruppe aktiv, meistens Leute, die sich wegen politischer Differenzen von der KPD getrennt hatten.

Ich entsinne mich, daß in diesen Zeitungen und Flugblättern gesagt wurde, daß die Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit eine furchterliche Niederlage erlitten hatte, daß man sich auf eine lange Periode der Diktatur einstellen müsse. In den Flugblättern der KPD wurde in der ersten Zeit das Gefühl verbreitet, es handle sich nur um eine kurze Periode, ein solches Regime könne sich nicht lange halten. Wir sagten damals das Gegenteil. Das war keine ermutigende Botschaft, aber es war die Wahrheit.

Wir glaubten nicht, daß wir mit unseren schwachen Kräften diesem Regime viel schaden könnten. Aber wir hatten den moralischen Anspruch, nicht zu denen zu gehören, die sich damit abfinden: Widerstand als Selbstverteidigung. Übrigens haben wir damals nicht das Wort Widerstand gebraucht, sondern wir sprachen immer nur von Opposition.

Ich bin dreimal als Kurier nach Reichenberg ins Sudetenland gefahren. Freunde, die in der Gegend lebten, haben mich über die Grenze geschleust. Das war ein relativ gefährliches Unternehmen. Es ging ganz zünftig mit dem Rucksack durch den Wald. So hat sich meine Wandervogel-Erfahrung doch noch ausgezahlt. Auf der tschechischen Seite wurde ich

von Freunden in Empfang genommen, die mich im Auto nach Reichenberg brachten, wo ich bei einem Rechtsanwalt untergebracht wurde. Außerdem lernte ich dort einen Arzt und einen Historiker kennen, sämtlich Leute, die mit Trotzky sympathisierten. Nach drei Tagen bin ich auf demselben Weg nach Deutschland zurückgeschleust worden.

Die Rückreise über Dresden nach Berlin machte ich mit einem Koffer voller gedruckter Zeitungen, mit Nachrichten aus dem Ausland, Reaktionen auf das Hitler-Regime, Analysen des Faschismus, die auch für Leute ohne politische Schulung verständlich waren. Man kann sich denken, daß die Fahrt mit solch einem Gepäck nicht gerade entspannend und erholend war. Unterwegs und noch auf dem Bahnhof in Berlin konnte man kontrolliert werden. Ich hatte allerdings alle drei Male Glück.

Wir waren natürlich ohne Erfahrung in illegaler Arbeit und haben uns unsere Methoden selber ausgedacht, waren manchmal gewiß auch zu unvorsichtig. Die Flugblätter und Zeitungen wurden durch Kuriere in vielen deutschen Städten verteilt. Ich selber bin zu diesem Zweck nach Essen, nach Magdeburg, nach Leipzig gefahren, wo es sympathisierende Gruppen gab.

Als ich das dritte Mal aus den Sudeten zurückkam, sollte ich den Koffer in die Wohnung eines Freundes bringen. Als ich wie verabredet gegen neun Uhr im dritten Stock klingelte, öffnete niemand. Mehrere politische Freunde hatten zu dem Treffen kommen sollen. Nichts rührte sich. Ich klingelte ein zweites Mal. Da rief eine Frauenstimme durch die Tür: „Wer ist da?“ Ich sagte nicht meinen Namen, sondern nur: „Ich möchte mit Alex sprechen.“ Die Stimme der Frau klang besorgt, mir fuhr der Schreck in die Glieder.

Ich ging schnell auf den Dachboden, um dort den Koffer abzustellen. Dort habe ich zunächst eine Stunde abgewartet. Dann bin ich runter und aus dem Haus gegangen. Die Luft schien rein zu sein. Dann bin ich wieder hoch auf den Dachboden, um den Koffer zu holen, mit dem ich auf dem schnellsten Wege in mein illegales Quartier ging.

Am nächsten Tag rief ich in dem Büro an, in dem mein Freund aus der Volksschule namens Walter Haas arbeitete. Er hätte auch am Vorabend beim Treffen sein sollen. Als ich den Namen am Telefon genannt hatte, hörte ich eine Frauenstimme sagen:

---

*Die Agitprop-Truppe „Roter Wedding“ beim Wahlkampfinsatz in Berlin (1930)*



„Herr Sowieso, da will jemand den Walter Haas sprechen.“ Ich habe schnell aufgelegt; ich hatte verstanden. Am Vorabend waren meine Freunde verhaftet worden. Daß ich nicht festgenommen wurde an jenem Abend zeigt, daß auch die Gestapo-Methoden noch nicht perfekt waren zu diesem Zeitpunkt, Ende 1934.

\*

Im April 1935 war es mit meinem Glück vorbei. Eine Postkarte wurde mir zum Verhängnis. Ich hatte die Verbindung mit einem Mann aus unserer Gruppe verloren. Er war nicht zu einem verabredeten Treffen gekommen. Unser Verabredungssystem sah so aus, daß wir in Telefonkabinen gingen und unter einem bestimmten Namen dort etwas einschrieben. Daß mein Kontaktmann verhaftet worden sein könnte, nahm ich nicht an. Da ich seine Adresse wußte, schrieb ich ihm eine Postkarte: Wir haben uns so lange nicht gesehen; wir sollten mal wieder ein Bier zusammen trinken. Treffen wir uns am Moritzplatz.

Ich hatte eine Stelle in der Nähe des berühmten Lokals Aschinger angegeben, wo man zum Bier gratis Semmeln essen konnte. Das Bier, das ich an diesem gastlichen Ort kurz vor sieben Uhr trank, sollte für lange Zeit mein letztes sein. Und diese Verabredung mein Abschied von Kreuzberg.

Um sieben Uhr abends war der Moritzplatz voller Menschen, die von der Arbeit kamen oder spazierengingen. An der Stelle, wo wir uns verabredet hatten, sah ich tatsächlich meinen Mann stehen. Ich ging auf ihn zu und begrüßte ihn. Er sagte nur: „Wir sind verhaftet.“

Meine erste Reaktion war: „Mach jetzt keine faulen Witze.“ „Nein“, sagte er, „wir sind verhaftet.“ Da wurde mir klar, daß es Realität war und kein Scherz. Nun war ich damals ein junger und sportlicher Mann. Ich setzte zu einem großen Spurt an. Ich lief durch die Menschenmenge hindurch den Lauf meines Lebens.

Als ich lief, hörte ich hinter mir: „Stehen bleiben, Gestapo!“ Ich kümmerte mich nicht darum, sondern lief weiter. Ich hatte schon einen deutlichen Vorsprung gewonnen. Da stellten sich mir Passanten in den Weg und hielten mich fest. Der Platz leerte sich in Windeseile.

Plötzlich war ich sehr allein. Nur zwei Passanten hielten mich fest. Ich sehe heute noch, wie die Gestapo-Leute in Zivil angelaufen kamen, zornentbrannt, mit rotem Gesicht und außer Atem. Sie waren wütend, weil ihnen eine so öffentliche Verhaftung mit

viel Aufsehen unangenehm war. Sie brachten mich zu einem Auto, das mit Chauffeur schon wartete. Ich wurde nach hinten gesetzt zwischen die beiden Wächter. Einer tippte mir während der Fahrt auf die Schulter und sagte nur: „Mein lieber Eduard, du wirst schon noch sehen.“ Denn die fatale Postkarte, die zu dieser Falle geführt hatte, war unterzeichnet mit „Dein Eduard“, mein illegaler Name. Freunde aus jener Zeit nannten mich später noch „Edu“.

Meine Erfahrungen in der Prinz-Albrecht-Straße und im Polizeipräsidium am Alexanderplatz sowie beim Prozeß in Moabit will ich hier übergehen. Erwähnen will ich aber meinen Rechtsanwalt, den Sozialdemokraten Werner Wille, der vor 1933 eigentlich keine große politische Aktivität entfaltet hat. Danach aber hat er vielen Leuten, darunter auch mir, beigestanden, im Gefängnis, vor Gericht und auch als Übermittler von Briefen und Botschaften in beide Richtungen. Ende der dreißiger Jahre ist er dann, als die Zustände immer gesetzloser wurden, selber in die Emigration gegangen.

Im Prozeß stellte sich heraus, daß nicht der ganze Umfang meiner illegalen Tätigkeit bekannt war. Die Taktik von Wille bestand darin, auf eine möglichst geringe Strafe hinzuwirken. Ich wurde verurteilt zu zwei Jahren Gefängnis. Mein Vergehen hieß in der damaligen Amtssprache „Vorbereitung zum Hochverrat“.

Das erste Jahr dieser Strafe habe ich abgesessen im Gefängnis in Brandenburg, das zweite Jahr im Lager Börgermoor bei Papenburg. Das Leben der Moorsoldaten, die Sklavenarbeit, die tagtäglichen Schikanen beim Appell, beim Bettenbauen, bei der Essensausgabe, das alles findet sich beschrieben in einem Buch von Wolfgang Langhoff.

\*

Als ich 1937 aus dem Moorlager entlassen wurde, kam ich zuerst wieder nach Brandenburg. Wäre ich deutscher Staatsbürger gewesen, hätte man mich, wie viele andere, weiterhin festgehalten. Da ich als polnischer Staatsbürger galt, gab man mir die Chance, an die Grenze gebracht zu werden, wenn es mir gelänge, ein Visum zu erhalten.

Freunden von mir gelang es, ein auf vier Wochen befristetes dänisches Visum zu erhalten. So sollte ich nach Dänemark abgeschoben werden. Vorher aber konnte ich von Brandenburg aus mit meinen Eltern telefonieren, um mich für meine Durchreise in Berlin mit ihnen auf dem Bahnsteig zu verabreden. Ich habe auch mit Rechtsanwalt Wille telefoniert, um mich zu bedanken. Ich merkte, daß er am Telefon

sehr allgemein und sehr formell blieb. Er war nämlich schon selber bedroht und bereitete zu dieser Zeit seinen Absprung vor.

Bevor ich in Berlin in den Zug zur dänischen Grenze stieg, konnte ich auf dem Bahnsteig mit meinen Eltern sprechen. Der letzte Eindruck von Berlin 1937 war dieser Bahnsteig und dann der sehr korrekte preußische Beamte, der mich auf dieser Abschiebefahrt begleitete.

Kurz vor dem Kriege habe ich von meinen Eltern in Paris eine Postkarte erhalten. Die Karte kam schon aus Polen, denn sie waren wie die anderen polnischen Juden 1938 aus Berlin an die polnische Grenze gebracht worden. Auf der Karte stand, daß es ihnen in Polen gut ginge.

Später sind sie wohl deportiert worden. Nach dem Krieg war von ihnen keine Spur mehr zu finden.

\*

In der Oberrealschule war ich immer sehr gut in Französisch gewesen. Nach Paris zu kommen war immer schon mein Traum gewesen, wenn auch unter anderen Umständen als 1937. Dabei sollten noch sieben schwierige Jahre vergehen, ehe Paris meine neue Heimatstadt wurde.

Meine damaligen Vorstellungen von Paris waren vor allem durch Lektüren geprägt, in erster Linie Balzac. Aber auch in meinen politischen Vorstellungen spielte Paris eine wichtige Rolle. In meiner damaligen Einstellung war Frankreich in erster Linie das Land der Französischen Revolution, geprägt von Gestalten wie Danton, Robespierre usw. Es war für mich das Land des Fortschritts, der Revolte der Massen, der Pariser Commune. In meinen Vorstellungen flossen doch sehr unterschiedliche Ereignisse zusammen, meist unter dem Stichwort Modernismus, Bewegung, Revolution. Das waren vielleicht etwas naive Vorstellungen, aber so waren sie nun einmal.

Meine Lebensumstände in den nächsten Jahren ließen sich am ehesten im Stile von Voltaires *Candide* erzählen, pikaresk und tragisch, etwa so: „Ein Berliner kommt als Däne nach Paris, wo er die polnische Staatsangehörigkeit verliert und doch Baron von Montparnasse wird“, um es in aller Kürze zu sagen.

Nach meiner Abschiebung aus Deutschland hatte ich einige angenehme Wochen in Kopenhagen verbracht, in einem Kreis von Emigranten, die dort schon längere Zeit waren. Zu ihnen gehörte der Psychoanalytiker Wilhelm Reich, den ich in meinen Kreuzberger Jahren erlebt hatte, als er Vorträge zur

sexuellen Aufklärung vor den Mitgliedern des Kommunistischen Jugendverbandes hielt. Solche Vorträge waren damals übrigens stärker besucht als die rein politischen Schulungsabende.

Für mich hatte es nie einen Zweifel gegeben, wenn es schon zur Emigration kam, daß Frankreich das Zielland sein mußte. Es war aber auch klar, daß die Franzosen mich nicht hereinlassen würden. So gab es nur ein Mittel. Freunde besorgten mir einen falschen dänischen Paß. Und so bin ich als Däne nach Paris gereist, was ohne Problem vonstatten ging. Den falschen Paß habe ich auftragsgemäß gleich nach meinem Eintreffen in Paris vernichtet.

\*

Mein erster Gang durch Paris führte mich sogleich zu einem politischen Rendez-vous. Ich traf mich mit politischen Freunden im Café La Source am Boulevard Saint-Michel. La Source war ein klassisches Caféhaus. Man konnte dort den ganzen Tag mit zwei Tassen Café und viel Wasser verbringen. Studenten arbeiteten dort; und es gab alle Zeitungen zu lesen. Heute ist dort eine Imbißstube.

In Paris habe ich mich sofort für Politik interessiert. Die Leute, mit denen ich zusammenkam, waren auch alle sehr politisch. Es war die Zeit der auslaufenden Volksfront. Ich erinnere mich noch gut an die großen Demonstrationen in dieser Zeit, besonders an eine Demonstration der SFIO über den Boulevard Saint-Michel bis zum Luxembourg, wo gegen den konservativen Senat manifestiert wurde.

Als ich nach Frankreich kam, war ich überzeugt, daß es nicht mehr lange dauern würde bis zum Krieg. Die deutsche Emigration hat in ihren Schriften den Franzosen oft gesagt: Hitler will den Krieg. Die Franzosen blieben skeptisch und dachten: so sind nun einmal die Emigranten. Man hat mir erzählt, wie der emigrierte Sozialdemokrat Rudolf Breitscheid zu Léon Blum gegangen ist, mit dem er befreundet war. Léon Blum hielt dessen Angst vor dem Krieg für etwas übertrieben.

Für die Behörden war ich in Paris als papierloses Wesen sozusagen gar nicht existent. Ich versuchte also zuerst, mich zu legalisieren, was nicht so einfach war. Gelebt habe ich mit einem Papier, man sollte sagen einem Wisch, das sinnigerweise „Refus de séjour“ hieß, also eine Nichtaufenthaltsberechtigung.

Dieses Papier bewirkte eine Aufschiebung der Abschiebung für kurze Zeit, manchmal für 14 Tage, manchmal nur für drei Tage. Es mußte andauernd verlängert werden; als Flüchtling wollten mich die französischen Behörden nicht anerkennen. Ich habe

so bis zum Kriegsbeginn in diesem Zustand der verlängerten Aufschiebung gelebt.

Die Verlängerung meines Nicht-Papiers geschah in der Polizeipräfektur auf der Ile de la Cité, ein Ort, der in Kriminalromanen und Filmen oft als Schauplatz gedient hat. Ich habe damals vor allem den fünften Stock kennengelernt, wo Hunderte von Ausländern auf den Fluren standen.

Immer wenn Staatsbesuche kamen, nahm die Polizei Leute mit unvollständigen Papieren fest und verbrachte sie nach außerhalb von Paris. Als einmal der englische König Georg nach Paris kam, hat mich die Polizei zu Hause nicht angetroffen. Ich war, mit einem Buch bewaffnet, in den fünften Stock gegangen und war dort, im Innern des Spinnennetzes sozusagen, vor der Polizei sicher. Kein Mensch hat mich dort etwas gefragt.

Was man damals an französischer Bürokratie erleben konnte, das ist fast zu schaurig, um es zu erzählen. Massenweise wurden Leute abgeschoben. Wenn sie ein Blatt erhielten, auf dem *expulsion* stand, dann war sozusagen das letzte Stadium erreicht. Einige kamen dann mit diesem weißen Blatt in den fünften Stock. In dem gefalteten Formular, das sie durch den Schalter reichten, lag ein Geldschein. Dann erhielten sie einen Stempel: *Verlängerung*. Es gibt Menschen, die haben ganze Tage auf diesem Flur verbracht.

Im Jahre 1938 wurde in Polen ein Gesetz erlassen, nach dem alle Leute, die eine bestimmte Reihe von Jahren nicht mehr in Polen gewesen waren, der polnischen Staatsbürgerschaft verlustig gingen. Ich begab mich auf das polnische Konsulat, wo mir der Verlust der Staatsbürgerschaft bescheinigt wurde. Mit diesem Papier ging ich wiederum zur Präfektur, wo ich dann offiziell als *apatride* erklärt wurde, als staatenlos. Meine Situation der Polizei gegenüber wurde dadurch noch schwieriger. Dies geschah etwa zu der Zeit, als meine Eltern aus Berlin abgeschoben wurden.

Der Verlust der polnischen Staatsbürgerschaft hat mich davor bewahrt, 1939 in die Regimenter der Pilsudski-Armee gesteckt zu werden, wie es Bekannten von mir ergangen ist, die genau wie ich kein Wort Polnisch sprachen.

\*

Natürlich hatte ich in meiner prekären Papier-Existenz damals keine Arbeitserlaubnis. Um dennoch ein wenig, sehr wenig, zu verdienen, mußte ich mich um verschiedene kleine Gelegenheitsarbeiten bemühen. So unternahm ich Botenfahrten mit dem Fahrrad, und zwar für die Werkstatt eines Emigran-

ten, der seit 1933 in Paris ansässig war. Ich belieferte in der Stadt die Apotheken, denn in dem engen dunklen *atelier*, für das ich ausfuhr, wurden Damenbinden hergestellt.

Eine andere Tätigkeit war origineller. Ein Bekannter von mir hatte einen Straßenstand, auf dem er Mittel gegen Hühneraugen verkaufte. Dieser Verkauf war begleitet von einer ausführlichen Demonstration. Nachdem er auf die stehengebliebenen Passanten eingeredet und sein Mittelchen angepriesen hatte, begann meine Tätigkeit.

Ich trat vor aus der Menge und spielte den ersten Kaufwilligen. Mein Beispiel sollte den Anstoß dafür geben, daß die anderen sich auch zum Kauf entschlossen. Diese Tätigkeit wurde im Argot von Montparnasse als *baron* bezeichnet. Nach meinem Scheinkauf mußte ich natürlich mich entfernen und durfte erst später oder an anderer Stelle wieder den *baron* spielen.

Ich weiß nicht, wie lange ich mich mit Botengängen und ähnlichen Aktivitäten hätte über dem Seine-Wasser halten können. Auf meinem Weg zu einem festen Beruf und zu ordentlichen Papieren gab es zunächst ein Zwischenspiel. Der Kriegsausbruch 1939 änderte für alle Menschen die Verhältnisse, so auch für mich.

Mein Refus de *séjour* war gerade wieder einmal für kurze Zeit verlängert. Da erfolgte am 3. September 1939 die französische Kriegserklärung. Mit dem Durchmogeln war es nun vorbei.

Drei Tage nach der Kriegserklärung wurde ich auf die Präfektur bestellt. Zum ersten Mal stand ich nicht einem anonymen Beamten gegenüber, dem ich meine Papiere durch die Scheibe am Schalter zuschob. Ich wurde in ein Büro gerufen. Dort saß mir ein Beamter gegenüber und hielt mir in etwa folgende Rede: Sie sind hier *interdit de séjour*, Sie sind kein Deutscher und kein Franzose, Sie sind staatenlos. Wir bieten Ihnen die Möglichkeit, in die französische Armee einzutreten. Überlegen Sie es sich, und kommen Sie in drei Tagen wieder. Er ließ keinen Zweifel daran, daß die Alternative in der Einweisung in ein Internierungslager bestanden hätte.

Nach den Erfahrungen im Bürgermoor war ich fest entschlossen, mich nie wieder in ein Lager stecken zu lassen. So habe ich den Vorschlag der französischen Behörden angenommen, in der französischen Armee gegen Hitler-Deutschland zu kämpfen. Zwar erhielt ich nun nicht etwa regelrechte Papiere, aber immerhin einen für einige Monate gültigen „Refus de *séjour*“. Nun war ich ein sozusagen legaler Staatenloser mit fester Tätigkeit: ein sozialer Auf-

stieg, wenn man so will. Die politischen Freunde mit deutscher Staatsangehörigkeit wurden von den französischen Behörden in sogenannte *prestataire*-Lager gesteckt. Sie ähnelten Konzentrationslagern, aber sie waren natürlich trotz aller Härte nicht mit denen zu vergleichen, die von den Hitler-Schergen geschaffen wurden. Arthur Koestler hat sie in seinem Buch „the scum of the earth“ sehr eindringlich beschrieben. Paris leerte sich von deutschen Emigranten.

\*

Im November 1939 bekam ich einen Gestellungsbefehl. Ich sollte mich an einem bestimmten Pariser Bahnhof einfinden, mit einer Tagesration Verpflegung. Unser Zielort was Barcarès bei Perpignan. Ich gehörte nun dem 21. Regiment der Freiwilligen Fremden an, le 21ème régiment de marche des volontaires étrangers.

Das Militärlager bestand aus Baracken, die man direkt auf dem Strand errichtet hatte. Bis zum März 1940 erhielten wir dort eine militärische Ausbildung, von Ausbildern der Fremdenlegion. Unsere horizontblauen Uniformen und unsere Gewehre stammten aus dem Ersten Weltkrieg. Die Ausbildung bestand in Schießübungen und in Dauermärschen.

Im März 1940 wurde unser Regiment ins Elsaß verfrachtet. Als nach dem 10. Mai die deutschen Armeen vorstießen, kamen wir in die Gegend von Scdan, wo wir das Schicksal der gesamten Französischen Armee erlitten.

Zehn Tage liefen wir im Kreise herum.

Die Armee war zerfallen, der gesamten Nation drohte dasselbe Schicksal. Eines Tages wurde deutlich, daß es nicht mehr lange dauern könne. Unser Kapitän sagte mit schönem Heldenmut: „Maintenant, il s'agit de mourir.“ Jetzt heißt es sterben. Aber niemand wollte diese Rolle spielen. Ich sehe noch heute das Bild vor mir, wie aus unseren eigenen Reihen ein Soldat mit weißer Fahne vorgeschickt wurde und zu den Deutschen rüberging, die uns auf 200 Meter gegenüber lagen. Das war die Kapitulation.

Wenig später marschierten Tausende von französischen Soldaten ab in die deutsche Kriegsgefangenschaft. Es wurde ein Gewaltmarsch mit knurrendem Magen. Ich war mittendrin und dachte nur: ich muß da raus. Aber der Versuch, mich abzusetzen, war

---

*Demonstration französischer Arbeiter und deutscher Emigranten in Paris gegen die faschistische Unterdrückung in Deutschland*



aussichtslos. So kam ich in Gefangenschaft auf einer Festung bei Metz, die Fort Queuleuleu hieß. Eine Woche gab es kaum etwas zu Essen. Einige versuchten es mit Pferdeschlachten. Als sich die Versorgungslage besserte, konnte ich wieder an das Wichtigste denken: an die Flucht. Mit drei Leuten habe ich dafür Pläne geschmiedet, unter ihnen ein anderer deutscher Emigrant, der früher in der KPD gewesen war.

Am Vorabend unseres geplanten Ausbruchs geschah etwas sehr Seltsames: ich wurde aus der Anonymität der gefangenen Masse herausgerufen. Denn plötzlich schallte es aus dem großen Lautsprecher: „Gustav Stern, zur Kommandantur!“ Ich bekam einen kleinen Schrecken, den ich nicht vergessen habe.

Wie ich erst nach dem Kriege erfahren habe, hat besagter dritter Mann unsere Pläne verraten. Dieser Mensch hatte einen seltsamen Weg hinter sich. Von der KPD, der er angehörte, war er zur sogenannten Gegenarbeit in die SS geschickt worden. Er wurde enttarnt und erhielt drei Jahre Zuchthaus. Nach dieser Zeit kam er wieder frei und wurde von Genossen im Untergrund nach Prag ausgeschleust. Dort hat er sich aus politischen Gründen allmählich von der Partei entfernt. Er ging nach Paris, wo er bei Kriegsausbruch in die französische Armee eintrat. Als Frankreich 1940 den Krieg verlor, da muß für ihn eine Welt zusammengebrochen sein.

In Kriegsgefangenschaft geraten, hatte er nur eine Idee: ich muß zurück nach Deutschland. Er meldete sich beim Lagerkommandanten und offenbarte seinen Lebensweg und seinen Wunsch. Die Lagerleitung hat ihn aber nicht nach Deutschland geschickt, sondern sah in ihm wohl einen geeigneten Spitzel unter den Kriegsgefangenen. So wurde auch dieser Mensch ein Opfer in dieser wirren Zeit.

Die deutsche Lagerleitung wußte also, wen sie da gefangen hatte. Rückfragen nach Berlin waren gewiß schon unterwegs.

\*

Einige Zeit später fand ich mich in einem gut bewachten Sonderlager wieder, in einer Kaserne bei Morhanges, wohin man Soldaten brachte, die schon einen Ausbruchsversuch unternommen hatten, ein Elitelager, wenn man so will. Da ich nun nichts mehr zu verheimlichen und von den Deutschen nichts Gutes zu erwarten hatte, galten auch in diesem neuen Lager all meine Gedanken der Möglichkeit zu fliehen. Aber dazu brauchte man Zeit und Kameras.

In Morhanges lernte ich zuverlässigere Kameras kennen, darunter einen Arzt aus Pau, der immerhin den Leutnantsrang besaß. Nachdem ich ihm bei einer Krankenvsichte meine Geschichte anvertraut hatte, freundete er sich mit mir einfachem Soldaten an. Mit ihm und noch drei anderen Gefangenen wurden bald Fluchtpläne geschmiedet.

Die nächsten Wochen des Frñhjahrs 1941 gäben Stoff her für zwei Kriegsfilme. Die Ausstattung für den ersten Film, der „Die Flucht durch den Tunnel“ heißen könnte, besorgten wir uns im Fundus der Werkstatt, die für das Theater der Kriegsgefangenen eingerichtet worden war, ich meine Werkzeuge zum Tunnelgraben und Zivilkleider. In tagelanger Arbeit gruben wir einen Tunnel aus dem Keller eines Kantinenraumes bis unter das Gelände der unbelegten Nachbarkaserne. Jede Nacht schlichen wir aus unseren Schlafsälen in jenen Keller, um uns Meter um Meter vorzugraben. Die am Unternehmen Beteiligten waren von besagtem Arzt krankgeschrieben worden.

Eines Nachts war es dann so weit, daß wir mit neuen Kleidern und mit Vorräten aus der Kantine versehen den Ausbruch unternehmen konnten. Für einen von uns stellte sich der Ausschluß als zu eng heraus: er mußte resigniert in den Schlaftsaal zurückkriechen. Uns anderen gelang es, in einen nahegelegenen Wald zu entkommen.

Später haben wir uns bis Nancy durchgeschlagen. Bauern, aber auch Inhaber von kleinen Läden haben uns geholfen. Von Nancy aus gelang es uns, mit neuen Kleidern, etwas Geld und gefälschten Papieren in die unbesetzte Zone, nämlich in die Gegend des Jura ausgeschleust zu werden. In der unbesetzten Zone meldeten wir uns bei einer französischen Militärbehörde, wo wir ordentlich demobilisiert wurden und wo ich reguläre Papiere erhielt.

\*

Ich ahnte, wußte aber nicht sicher, daß meine Frau Klara Paris verlassen hatte, bevor es von den deutschen Truppen im Juni 1940 besetzt wurde. Ich wußte andererseits, daß wir gute Freunde in Grenoble hatten. Ich fuhr nach Grenoble, wo ich in der Tat meine Frau wiedergefunden habe. Dort endet meine erste Flucht. Ich habe erst später erfahren, daß die Leute, die uns in die unbesetzte Zone geschleust hatten, als Franzosen mit dem Intelligence Service zusammenarbeiteten. Daß sie sich ausnahmsweise mit entlaufenen Kriegsgefangenen abgaben, war unser Glück.

Wie eng in dieser Zeit die Spanne zwischen Glück

und Unglück sein konnte, habe ich dann bei meiner zweiten Flucht erfahren. In Grenoble hatte ich eine Arbeit gefunden in der Viskose-Fabrik von Rhône-Poulenc. Wir wohnten in der zum Werk gehörigen Arbeitersiedlung. Im September 1942 kam mich eine unserer Bekannten im Werk aufsuchen. Sie erzählte, daß sie soeben im Londoner Rundfunk gehört habe, daß die Vichy-Regierung die Juden deportieren ließe. Ich ging sofort nach Hause, um bei einem Bekannten unterzutauchen. In der zweiten Nacht klopfte es gegen Morgen an der Tür. Es waren französische Gendarmen. Als sich nichts rührte, sind sie einfach wieder gegangen. Später habe ich auf einem Platz den Bus gesehen, mit dem die von der französischen Polizei zusammengetriebenen Juden in Richtung Deutschland abtransportiert wurden.

Die zweite Flucht begann an Bord eines Kleinlastwagens. Dieser Lastwagen fuhr die Zeitungen aus Grenoble im ganzen Departement herum. Der menschenfreundliche Fahrer brachte darin eine kleine Gruppe von Flüchtlingen an die Schweizer Grenze. In einer Nacht stiegen wir dann über den Stacheldraht. Zuerst ging meine Frau, dann wurde unser drei Monate alter Sohn herüber gereicht, dann kam ich, aber so hastig, daß ich mir dabei die Hosen aufgerissen habe.

Von da an hört das Abenteuer eigentlich auf. Im ersten Haus auf der Schweizer Seite trafen wir freundliche und hilfsbereite Leute, die an solchen Besuch schon gewöhnt waren. Daß wir nicht, wie viele andere, von den Schweizer Behörden wieder zurückgeschickt wurden, verdankten wir wohl der Tatsache, daß wir ein kleines Kind dabei hatten.

Bis Ende 1944 blieb ich dann unter wechselnden Bedingungen in der Schweiz. Erst nach einiger Zeit in einem Arbeitslager konnte ich zu meiner Familie nach Genf gehen.

\*

Die Zeit in Genf bedeutet einen wichtigen Abschnitt in meiner politischen Entwicklung, die aus marxistischen oder leninistischen Anfängen über eine trotzkistische Phase zum demokratischen Sozialismus führte, für den ich dann nach dem Krieg als Mitglied der sozialistischen Partei beigetreten bin.

Im Schweizer Exil brachten wir mit einigen Freunden eine hektographierte Zeitschrift heraus

mit dem Titel „Zur Selbstverständigung“. Darin wollten wir die politischen Erfahrungen seit 1933 verarbeiten, wollten überlegen, welche Werte geblieben waren und mit welchen Konzepten man noch die gesellschaftliche Wirklichkeit erklären konnte. Diese Tätigkeit wurde in der Schweiz von den dortigen Kommunisten kritisiert und von den Behörden mit Mißtrauen verfolgt. Eines der Leitthemen dieser Zeitschrift ist mir noch im Gedächtnis. Es kommt mir fast wie ein Fazit meiner eigenen Erfahrungen in jenen schwarzen Jahren vor: „Demut vor den Ereignissen“.

Als Paris befreit war, hielt es mich nicht länger am Genfer See. Mit einem Freund machte ich mich ohne die notwendige Erlaubnis auf den Weg. Nach einigen Schwierigkeiten, zu denen die vorübergehende Festnahme durch französische Polizisten gehörte, war ich dann endlich im September 1944 in Paris.

Als ich mich dort im Dôme auf dem Boulevard Montparnasse mit politischen Freunden traf, wurde mir bewußt, daß nun eine neue Zeit begonnen hatte: in einer anderen Stadt. Von Kreuzberg nach Montparnasse, von Berlin nach Paris: Ein Historiker dürfte kaum Mühe haben, die Beziehungen zwischen den beiden Städten als geschichtsträchtig zu beschreiben.

Was mich bei diesem Thema bewegt, ist u. a. die Tatsache, daß Deutsche wie Marx, Heine und Tucholsky, um nur diese zu nennen, Paris irgendwie als ihre geistige Heimat betrachtet haben: Vielleicht auch deswegen, weil ihre revolutionären Hoffnungen sich in ihrem Land, und also in Berlin, nicht erfüllten, während sie in Paris einen so berechten Ausdruck gefunden hatten.

Meine persönliche Erinnerung veranlaßt mich, eine andere Feststellung zu treffen: zu Beginn der Dreißiger Jahre war in Berlin wohl nur sehr wenigen bewußt, daß die Barbarei, die sich in Gestalt der Braun- und Schwarzhemden ankündigte, Deutschland und die Welt in ein Tollhaus verwandeln würde. Und als ich im Jahre 1937 in Paris eintraf, wurde mir bald klar, daß auch die intellektuelle Elite, die den Nationalsozialismus verdammte, sich über das Ausmaß der Katastrophe kaum im klaren war: Denn in beiden Städten hatte man wohl Furcht vor einer als „reaktionär“ empfundenen Bewegung, schien aber nicht zu ahnen, daß ein teuflischer Nihilismus zu Fleisch und Blut geworden war.

## Holger Börner Wir müssen handeln, nicht nur reden Zur Verleihung des Preises „Das politische Buch des Jahres“ am 21. Mai 1987

*Holger Börner, geb. 1931, gelernter Betonfacharbeiter, war von 1976 bis 1987 hessischer Ministerpräsident. Er gehört dem Präsidium der SPD und dem Vorstand der Friedrich-Ebert-Stiftung an.*

Den Zeitpunkt der jährlichen Verleihung des Preises des politischen Buchs haben wir bewußt gewählt: Jedes Jahr im Mai soll an die Bücherverbrennung der Nationalsozialisten im Mai 1933 erinnert werden. Dafür, daß die jährliche Erinnerung an eines der finstersten Ereignisse unserer Geschichte nicht zum erstarrten Ritual wird, sorgt das Fortschreiten der Zeit. Jedes Jahr erzwingt neue Entwicklungen, neue Anstrengungen mahrender Rückbesinnung.

Es ist noch nicht ein Jahr her, daß der Berliner Historiker Ernst Nolte mit der Veröffentlichung eines Beitrags in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung eine Diskussion ausgelöst hat, die verkürzt und verharmlosend als „Historikerdebatte“ bezeichnet wird. Es geht hier aber um viel mehr als um ein Fachgespräch zwischen Experten.

Worum es in der Sache geht, muß ich Ihnen, die Sie die Diskussion sicher aufmerksam verfolgt haben, nicht im einzelnen wiederholen. Es reicht hier festzuhalten, daß Nolte die kalt kalkulierte Massenermordung der Juden in die Geschichtsbetrachtung neu einordnen möchte: nicht mehr als ein in seiner ganzen Ungeheuerlichkeit einmaliges, allein von uns Deutschen zu verantwortendes Verbrechen.

Noltes These von der auf andere Verbrechen reagierenden „asiatischen Tat“ blieb zum Glück nicht unwidersprochen. Jürgen Habermas, Eberhard Jäckel, Jürgen Kocka, Hans Mommsen, Heinrich August Winkler haben sich unmißverständlich zu Wort

gemeldet. Aber nur allzu gern lassen sich viele eine Fehleinschätzung bestätigen, zu der man – wie Heinrich August Winkler formuliert hat – „an deutschen Stammtischen schon vor über drei Jahrzehnten angelangt war: daß alle Geschichte eine Geschichte von Verbrechen und an der deutschen Geschichte wenig ist, was negativ aus dem Rahmen fällt“. (Frankfurter Rundschau vom 14. 11. 1986)

Wie die deutsche Rechte das derzeitige geistige Klima ausnutzt, ist alarmierend. Das in Bonn geplante Mahnmal für die Opfer des Krieges und der Gewaltherrschaft soll nach der Vorstellung Alfred Dreggers nicht mehr zwischen Opfern und Tätern unterscheiden. Ich halte es für Blasphemie, wenn Dregger im Deutschen Bundestag zur Begründung des Verzichts auf diese unbedingt notwendige Unterscheidung den „obersten Richter“, „vor dem auch wir einmal stehen werden“, bemüht. Es sei sicher, „daß dieser die Toten nicht nach der Uniform oder Sträflingskleidung beurteilen wird“. Welche ungeheuerliche Anmaßung liegt in solcher Inanspruchnahme!

Dafür differenziert Dregger zwischen „unseren“ Toten und denen der anderen, wobei er bei der Aufzählung der Toten, die zu uns gehörten, der Deutschen, die Opfer der Gewalt geworden seien, in einem Nebensatz auch die *deutschen* Juden rechnet, die in den Konzentrationslagern ermordet wurden. Und die anderen? Nichtdeutsche, Juden, Polen, Russen, Sinti und Roma? Die mögen am Rande ins Gedenken einbezogen werden, aber ausländische Staatsbesucher haben sich nach Dreggers Logik vor *unseren* Toten zu verneigen, wie wir im Ausland vor den ihren.

Rechte und Linke, Konservative und Progressive, Ungläubige und Fromme: sie alle müssen sich in diesem Staat wohlfühlen und frei entscheiden können. Vollkommen verwirklicht war ein solcher Idealzustand des freiheitlichen Nebeneinanders sich gegenseitig ausschließender, aber tolerierender Meinungen noch nie. Immer gab es in Deutschland die Schiefelage – man denke hier auch an die Schulkämpfe in Hessen –, daß sozialdemokratischer Einsatz für Chancengleichheit, Emanzipation und Meinungsvielfalt vom rechten Gegner als „Indoktrination“ diffamiert wird, während die Rechte bei der Unterdrückung abweichender Meinungen vorgibt, die Freiheit zu verteidigen.

In einer solchen Situation muß unsererseits *gehandelt*, nicht nur geredet werden. Das Auseinanderklaffen von Geist und Tat, das sich in der deutschen Geschichte immer wieder verhängnisvoll ausgewirkt hat, ist weder Schicksal noch Naturgesetz.

Lassen Sie mich an einigen Beispielen zeigen, wie solches Handeln bezogen auf den Umgang mit unserer Geschichte aussehen kann. Ich möchte dazu einleitend einige Sätze aus meiner Rede wiederholen, die ich im Hessischen Landtag anlässlich der ersten Lesung des Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen dem Land Flessen und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen gehalten habe: „Der Vertragstext weist auf das ‚historisch bedingte besondere Verhältnis des Landes zu seinen jüdischen Bürgern‘ hin. Diese Formulierung ist der Versuch, die Ermordung von sechs Millionen jüdischer Menschen in die nüchtern-blasse Sprache eines Vertrages zu fassen. Die brutale Wirklichkeit des Geschehens darf nicht aus dem Blick geraten. Verantwortlich waren Menschen, die hier in Deutschland geboren, aufgewachsen und erzogen worden sind – Menschen, die hier ihre Ausbildungswege gegangen sind, Schulen und Universitäten besucht haben, hier ihre soziale, kulturelle und religiöse Prägung erfahren haben. Der Holocaust kann nicht dunklen Mächten oder einem bösen Schicksal zugeordnet werden. Es mag für den einen oder anderen Entlastung bringen, Täter und Taten im Nebel einer höheren Abstraktionsebene verschwinden zu lassen – ehrlich ist es nicht.“ Es geht in diesem Vertrag um viel mehr als nur um die gesetzliche Regelung der Zusammenarbeit des Landes Hessen mit den jüdischen Gemeinden im Lande. Es ging uns vor allem auch darum, einen Impuls zu geben, die unaufhaltsam ablaufende Zeit nicht tatenlos verstreichen zu lassen, sondern sich heute noch an die Arbeit des Auffindens und Sicherens der noch so vielen unentdeckten oder bewußt verschütteten Spuren zu begeben. Die Aufgabe unserer Tage liegt nicht im verharmlosenden Einordnen und Relativieren der Ereignisse der Vergangenheit am Stammtisch oder im Oberseminar, sondern im Aufsuchen der täglich weniger werdenden Zeugen, überlebenden Opfer, Angehörigen der Opfer.

Zum Glück kann man da auf einiges Vorbildliche hinweisen. In vieler Hinsicht beispielhaft ist die Spurensuche, die der Bremer Professor Christoph U. Schminck-Gustavus unternommen hat. Er beschreibt an Hand der Akten eines Sondergerichtsverfahrens im Jahre 1942 das Schicksal eines polnischen Jungen, der mit sechzehn Jahren zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde.

„Das Heimweh des Walerjan Wróbel“ – so der Titel der im J. H. W. Dietz-Verlag 1986 erschienenen Aufzeichnung von Schminck-Gustavus – ist die vielleicht beste Antwort auf Nolte und andere; ein politisches Buch, das diesmal wegen der ausgeschrieben *Themenkreise* nicht zu den preisgekrönten Büchern gehören konnte.

Walerjan Wróbel kam im April 1941 – „kaum sechzehn Jahre alt, arbeitslos, nichts zu essen, Elternhaus verbrannt“ – als Hilfsarbeiter auf einen Bauernhof bei Bremen. Heimwehkrank versuchte er schon nach wenigen Tagen zu Fuß zurück nach Polen zu laufen. Er wurde geschnappt und von der Polizei verwarnt. Den zweiten Versuch, in die polnische Heimat zurückzukommen, gedachte er besser vorzubereiten: Er legte in der Scheune des Bauernhofs ein Feuer, das kaum Schaden anrichtete, und hoffte, nun zur Strafe heimgeschickt zu werden. Welche Fehleinschätzung der damals vorherrschenden deutschen Mentalität! Wróbel erlitt neun Monate Gestapo-Haft im Konzentrationslager Neuen-gamme, wurde in einem Sondergerichtsverfahren am 8. Juli 1942 „wegen Verbrechens nach § 3 der Volksschädlingsverordnung zur Strafe des Todes“ verurteilt und am 25. August 1942 mit dem Fallbeil hingerichtet.

Ich will und kann an dieser Stelle nicht ausführlicher auf diese erschütternde Dokumentation hinweisen, die jeder von Ihnen selbst lesen und möglichst auch weitergeben sollte.

Der Nahnblick auf *ein* Verbrechen, auf das Schicksal *eines* von Millionen Opfern und die Lebensläufe der damals für Wróbel Verantwortlichen, die nie zur Rechenschaft gezogen wurden, offenbaren, wie Hitlers Herrschaft funktionierte. Eberhard Jäckel hat sehr einleuchtend beschrieben, wie Hitler es verstand, noch widerstrebende Führungskräfte zur aktiven Mitarbeit im nationalsozialistischen Sinn zu bewegen. Er betraute mehrere Stellen mit der gleichen Aufgabe und drohte den in seinem Sinn weniger Erfolgreichen mit Entzug der Aufgaben. Eine solche Konkurrenz schuf eine perverse Leistungsbereitschaft, die auch die Arbeit der Justiz prägte. So löste die wenige Monate vor Wróbel's Verurteilung geäußerte Ankündigung Hitlers, die Justiz wegen mangelnden scharfen Durchgreifens als Institution insgesamt abschaffen zu wollen, große Unruhe in der Richterschaft aus. . . Wer wollte schon wegen eines zu milden Urteils gegen irgendeinen Jungen aus Polen riskieren, sein Amt zu verlieren.

Schminck-Gustavus arbeitete bei der Herstellung dieser Dokumentation nicht nur akademisch am

Schreibtisch und im Archiv. Er nahm es auf sich, eine Lebensgeschichte konkret zu Ende zu bringen. Er selbst – dies bildet Teil 3 der Aufzeichnung – trat die schwere Reise nach Polen an, um den wenigen noch lebenden Angehörigen Wróbel's über vierzig Jahre später die Nachricht von Haft, Verurteilung und Hinrichtung ihres Walerjan zu überbringen.

Und erst kürzlich, am 5. Mai dieses Jahres, hat in dem gleichen Saal des Bremer Landgerichts, in dem Walerjan Wróbel vor fast 45 Jahren zum Tode verurteilt wurde, eine Gedenkveranstaltung stattgefunden, an der auch eine Schwester von Walerjan und ein Haftgefährte aus dem KZ Neuengamme teilgenommen haben. Ohne das Engagement des Historikers, der sich auf konkrete Spurensuche begibt, hätte die Schwester nie vom Schicksal ihres Bruders erfahren, hätte es in Bremen keinen Gedenkakt gegeben.

Ähnlich konkret das Projekt einer engagierten Verlegerin, das ich als weiteres Beispiel in die Zukunft gerichteter Beschäftigung mit Vergangenheit hervorheben will. Lisette Buchholz hat Germanistik studiert, ein Fach, mit dem man früher meistens Deutschlehrer wurde und heute nicht selten arbeitslos wird. Angesichts dieser Lage schlug Lisette Buchholz einen Weg ein, für den ich ihr viel Erfolg wünsche. Sie gründete einen Verlag, der sich vorrangig der Verbreitung vergessener und verdrängter Literatur widmen will. Bei der Veröffentlichung noch immer unentdeckter bedeutender Werke der deutschen Exil-Literatur hat sich Lisette Buchholz entschieden, als erste Bücher ihres neu gegründeten persona-Verlags zwei Titel von Frauen zu wählen, die heute kaum noch jemand kennt: Lili Körber und Anne Gmeyer. Daß ohne die Recherchen von Lisette Buchholz „der weibliche Blickwinkel in der neu aufgelegten deutschen Exil-Literatur noch weniger vorhanden wäre, als es durch die Tatsache der ohnehin begrenzten Zahl von emigrierten Autorinnen gerechtfertigt erscheinen mag“, hebt eine jüngst erschienene Würdigung der Arbeit dieser engagierten Verlegerin hervor.

Leider wird manche Spur spät entdeckt und erscheint mancher vergessene Text erst wieder, wenn sein Verfasser nach langen Jahren der Enttäuschung schon gestorben ist. So war das bei Lili Körber, die 85jährig in den Vereinigten Staaten starb, bevor ihr Buch wieder in Lisette Buchholz' persona-Verlag erschien.

Im vorigen Jahr hatte die Arbeitsgemeinschaft der Verleger, Buchhändler und Bibliothekare in der Friedrich-Ebert-Stiftung das Glück, eine Autorin mit dem Preis des politischen Buches auszeichnen

zu können, deren Buch „Mein Weg über die Pyrenäen“ über die Exilzeit in Frankreich spät aber nicht zu spät erschienen war: Lisa Fittko. Heute sitzt als Gast unter uns Henry William Katz, den ich hiermit herzlich begrüße. Katz, 1906 in Galizien geboren und in Thüringen aufgewachsen, war vor dem Dritten Reich Journalist, der für die angesehenen Zeitungen „Berliner Tageblatt“, „Leipziger Volkszeitung“ gearbeitet hat und schließlich als jüngstes Mitglied zur Redaktion der liberalen Berliner Wochenzeitung „Welt am Montag“ gehörte. Seine beiden im französischen Exil geschriebenen Romane „Die Fischmanns“ und „Schloßgasse 21“ sind 1985/86 endlich in der Fischer-Reihe „verboten und verbrannt / Exil“ wieder erschienen.

Begegnungen überlebender Opfer des Nationalsozialismus und von den Nazis ins Exil Getriebener mit jungen Menschen in der Bundesrepublik zu schaffen, ist eine besonders wichtige Aufgabe politischer Bildung. Katz hat gestern in unserem Kurt-Schumacher-Bildungszentrum in Bad Münstereifel mit Lehrlingen des Opelwerkes in Rüsselsheim zusammengenessen. Solche Begegnungen zwischen Alt und Jung, bei denen die Alten aufmerksame Zuhörer und Gesprächspartner finden, bringen den Jugendlichen oft mehr Wissen und Einsicht, als Geschichtsbücher und Geschichtsunterricht zu geben vermögen.

In den zehn Bildungszentren und Heimvolkshochschulen der Friedrich-Ebert-Stiftung hat die Zeitzeugen einbeziehende Auseinandersetzung mit unserer jüngsten Geschichte einen hervorgehobenen Platz. Die Breite des Angebots zeigt schon die Aufzählung einiger Seminarthemen der letzten Zeit: Gedenktagung zum Aufstand im Warschauer Getto, deutsch-israelische Schulbuchkonferenz zur Behandlung des Holocaust in deutschen und israelischen Schulbüchern, Tagungen zu den Saarabstimmungen 1935 und 1955, zum spanischen Bürgerkrieg, zur Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED, zu Person und Werk Julius Lebers, Kurt Schumachers, Gustav Heinemanns, Fritz Eilers, um nur einige dieser Fachtagungen zu nennen. Im Rahmen dieser dem politischen Buch gewidmeten Veranstaltung sei darauf hingewiesen, daß Ende August dieses Jahres eine Tagung in Bad Münstereifel im Beisein Hans Werner Richters und Walter Kolbenhoffs fast auf den Tag vierzig Jahre danach an die Anfänge der „Gruppe 47“ erinnern wird.

So viel Erwachsenenbildung hier zu leisten vermag, sie kann nur schwer das ersetzen, was im Bereich politischer Bildung in der Schule versäumt

worden ist. Deshalb möchte ich auf den lobenswerten Versuch des Lehrers Horst Brandl am Adolf-Reichwein-Gymnasium in Heusenstamm bei Frankfurt hinweisen, seinen Schülern anlässlich des zwanzigsten Geburtstags ihrer Schule deren Namenspatron näherzubringen. Brandl vergegenwärtigt in seiner Rede Werk und Schicksal des am 20. Oktober 1944 als Widerstandskämpfer in Plötzensee ermordeten Pädagogen Adolf Reichwein, „um in der Namensgebung dieser Schule einen Sinn zu finden“. (Frankfurter Rundschau vom 8. 1. 87)

Wir Deutschen tun uns schwer mit Namensgebungen heute. Auch Günter Gaus weist in dem heute hier preisgekrönten Buch „Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung“ darauf hin. Keine Carl-von-Ossietsky-Universität in Oldenburg, keine Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf. Daß „keine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung (...) sich je so weit von den Gefühlen der tonangebenden Kräfte Westdeutschlands entfernt“ hat, im Rahmen einer repräsentativen Namensgebung August Bebel zu ehren, diesen Rüffel von Günter Gaus an uns möchte ich dabei nicht unterschlagen.

Hier ist vor Ort, wie man an den Namen vieler Schulen ablesen kann, zum Glück mehr geschehen. Und wie glücklich kann sich eine Schule schätzen, die Lehrer hat, die das Patronat eines Widerstandskämpfers so ernst nehmen, wie dies die Rede vor den Schülern in Heusenstamm zeigt.

Reichweins mutiger Weg wird beschrieben, nicht zum Vorbild, sondern um zu verdeutlichen, was heute zu tun ist, damit wir nie in Entscheidungssituationen gezwungen werden, die Reichwein und so viele andere bis zum bitteren Ende haben durchstehen müssen.

Das Freilegen zufällig oder absichtlich verschütteter Spuren der Vergangenheit zielt – dies zeigt besonders deutlich die Rede dieses Lehrers an seine Schüler – mehr auf ein neues, verändertes Handeln in Gegenwart und Zukunft als auf die Anklage einzelner Täter damals. Es macht mir Mut, daß manche Jüngere besser als manche meiner Altersgenossen begreifen, wie gefährlich Thesen wie die von Nolte sind. Schriftsteller wie Gert Heidenreich und Peter Schneider, erst in den vierziger Jahren gegen Kriegsende geboren, weisen für sich jegliche „Gnade der späten Geburt“ zurück.

Bemerkenswert auch das Eingeständnis Peter Schneiders (Die Zeit, Nr. 14, vom 27. März 1987), daß seine Generation, die die 68er Studentenbewegung trug, mit der Inflationierung und Ausweitung des Faschismusbegriffs auf die Gegenwart der Bun-

desrepublik der sechziger Jahre unfreiwillig zur Entlastung der im *wirklichen* Faschismus verstrickten Väter beigetragen hat. So wird im selbstkritischen Rückblick deutlich, daß in der *Wirkung* die studentische Argumentation von damals Ähnlichkeiten mit Noltés Faschismusrelativierung hat.

Die 68er Bewegung habe sich zwar gegen die Autorität der Väter gerichtet und, was in der deutschen Entwicklung von außerordentlicher Bedeutung ist, „mit der Kultur des Gehorsams gebrochen“. Im Gebrauch des Faschismusbegriffs habe man aber damals erschreckend ähnlich wie Nolte heute gegen die „Singularität“ der Naziverbrechen ihre „Vergleichbarkeit“ behauptet, allerdings mit dem entscheidenden Unterschied, daß 68 der Spätkapitalismus – und nicht wie heute bei den konservativen Geschichtsrevisionisten der Sowjetkommunismus – Vergleichspunkt war. Schneider resümiert in seinem Aufsatz „Im Todeskreis der Schuld“: „Heute wird deutlich, daß auch die linke Operationalisierung des Faschismus-Vorwurfs der Reflex einer Schonhaltung ist. (...) Solange der deutsche Faschismus eine ‚Verschwörung‘ von ein paar mächtigen Industriellen blieb, waren unsere Eltern, gleichgültig, was sie getan haben, Opfer dieser Verschwörung. Diese Geschichtslüge erspart es uns, uns mit dem jeweils konkreten und persönlichen Schuldanteil der Väter auseinanderzusetzen und folglich mit unserer Verstrickung als deren Söhne und Töchter.“ So bleibe – gerade auch im Blick auf die bis in die Gegenwart wirkenden terroristischen Ableger der Studentenbewegung – der Verdacht, „daß sich die Schuld der Väter gleichsam biologisch auf die Söhne und Enkel weiter vererbt, solange diese Schuld nicht angenommen wird“. Ich glaube, das sind Sätze, denen flotte Zustimmung oder Ablehnung nicht gerecht wird, sondern über die wir alle gründlich nachzudenken haben.

„Es ist kein *neues* Unglück, das uns trifft. Wir werden zurückgeworfen in alte Probleme, die wir verdrängt hatten. Fragen werden wieder gestellt – einige tastend noch, andere schon fordernd –, auf die wir glaubten, die Antwort schuldig bleiben zu können. Unsere Vergangenheit holt uns ein und sagt, sie werde Deutschlands Zukunft bestimmen. Denn die unter uns irrten, die meinten, wir hätten die seelischen Verheerungen des Nationalsozialismus, in dem die Anomalien des politischen Verhaltens der Deutschen seit nun bald hundert Jahren gipfelten, überwunden. Was wir tief beerdigt zu haben dachten, es war nur obenhin zugedeckt vom stetig wachsenden Sozialprodukt.“

Das Zitat stammt aus dem Buch, das hier eben preisgekrönt worden ist: „Wo Deutschland liegt“, von Günter Gaus. Unmittelbar nach der Bestätigung der Wende durch die Bundestagswahl am 6. März 1983, also nun schon vor vier Jahren, hat Gaus die Situation, unter der wir heute leiden, präzise beschrieben.

Dem folgenden Satz aus seinem brillanten Buch möchte ich meine persönliche Schlußbemerkung anschließen: „Fast vierzig Jahre nach der Niederlage, der Befreiung von 1945 – schreibt Gaus – ist kaum noch etwas stimmig von dem, was wir seither im geistigen Überbau unseres Staates und unserer Gesellschaft für wohlfundierten, dauerhaften Besitz angesehen haben.“ Wie wahr ist dies, im Mai 1987! Doch liegt nicht gerade in dieser Offenheit auch unsere Chance?

Heute, in einer Situation der Unsicherheit, aber auch des Aufbruchs zu neuen, noch unbekanntem

Ufern können die in der Vergangenheit freigelegten Spuren uns Pfade in die Zukunft weisen. Walerjan Wróbel's trauriges Schicksal, Adolf Reichweins mutiger Weg: sie zeigen uns, daß Unrecht und Leid regieren, wenn wir Lebensrisiken auf andere, seien es mit uns Lebende oder zukünftige Generationen, abzuwälzen versuchen. Opfer sollte jeder nur sich selbst abverlangen. Die Summe derer, die in dieser Haltung zusammenfinden, ist das Potential für die Gestaltung einer glücklicheren Zukunft. Der Blick zurück in die Anfänge der Arbeiterbewegung zeigt, daß genau diese Art der Verantwortungsbereitschaft das Geheimnis ihrer Kraft war, die wir wiedergewinnen müssen. Mutiges Handeln einzelner im Blick auf die Mitmenschen und die nachfolgenden Generationen; nichts anderes bezeichnet das uns wohl vertraute Schlüsselwort, das es im Blick auf die Zukunft neu zu beleben gilt: Solidarität.

## Sarah Kirsch:

*Schwarz*

*Über die Schmetterlinge im Gebirge  
Trauermäntelchen  
denn der Mond dich verpöbelt hat  
Bist du wer weiß hinter ihm.*

*Sarah Kirsch*

Damit die Schmetterlinge noch lange in den Liebes- und Abschiedsgedichten ihr Wesen treiben und sich nicht endgültig von uns wenden.

Wir helfen Schmetterlingen! Sie auch! Fordern Sie deshalb die ausführliche

- INFOMAPPE (6,- + 2,50 DM Versand) oder das
- BUCH (38,- + 3,- DM Versand) an:

**AKTION SCHMETTERLING**  
Postfach 300220 · 5300 Bonn 3  
Konto 81858-509 · Postgiroamt Köln



**AKTION  
SCHMETTERLING**

Eine Gewerkschaftsaktion von BUND · DBV · DLH · WWF-Deutschland

# Thema: Gleichstellung von Frau und Mann und die politische Realität

## Annette Kuhn „Wer die menschliche Gesellschaft will, muß die männliche Gesellschaft überwinden“ Gedanken zum Irseer Entwurf aus feministischer Sicht

*Prof. Dr. Annette Kuhn lehrt an der Universität Bonn  
Geschichte mit dem Schwerpunkt Frauenforschung.*

### **Feministische Träumereien anstelle von verbindlichen frauenpolitischen Grundsätzen**

Aus Frauensicht ist der Irseer Entwurf in seiner jetzigen Fassung zutiefst verwirrend. An einigen Stellen erweckt er Hoffnungen auf eine Gesellschaft der Gleichheit der Geschlechter; seine zentralen Passagen zur gesellschaftlichen Neuorientierung sind dagegen sexistisch, werten wir die Akzeptanz patriarchalischer Denkweisen und die weitgehende Nichtbeachtung der Geschlechterproblematik als Indiz für eine frauendiskriminierende Sicht der Gesellschaft. So enthält beispielsweise das „Frauenkapitel“ zukunftsweisende Sätze, die auf eine kühne, feministische Gesellschaftsvorstellung verweisen: „Wer die menschliche Gesellschaft will, muß die männliche Gesellschaft überwinden“. Alte Rollendarstellungen, die Spaltung unserer Gesellschaft „in eine ‘männliche’ und eine ‘weibliche’ Welt“ sollen überwunden werden.

Diese feministische und humane Zukunftsvision ist aus der Frauensicht uneingeschränkt zu begrüßen. Doch schleichen sich sofort Bedenken ein, lesen wir die Grundsätze zum männlich konzipierten Menschen, „der sein Leben in der Gemeinschaft mit anderen selbst bestimmt“, genauer durch. Denn hier ist stets nur von dem männlichen Menschen, dem „Natur-, Individual- und Gesellschaftswesen“, niemals aber von dem Mann und der Frau als Ge-

schlechtswesen die Rede. Aus der Geschichte der Neuzeit wissen wir aber, daß dieser scheinbar geschlechtslose Mensch immer ein Mann, niemals eine Frau ist. Denn bei unserem Reden vom bürgerlichen Individuum wird die Geschichte als eine Geschichte der Geschlechterbeziehungen auch gegen unsere Intentionen stillgelegt. Geschlechterkonflikte und Geschlechterantagonismen sind in dieser Sicht der Gesellschaft privatisiert worden; der Platz der Frau ist das Haus. So wollen es die herrschenden Ideologien vom bürgerlichen Subjekt und ihr Pendant: die Ideologie der Weiblichkeit und der Geschlechtscharakter.

Diese verborgenen, antifeministischen Prämissen unserer Gesellschaft und ihre Ideologien dürfen nicht außer acht gelassen werden, gilt es, aus Frauensicht über eine künftige Gesellschaft nachzudenken. Denn ein neues Grundsatzprogramm ist nicht der Ort für feministische Träumereien. Daher müssen wir fragen, wie es sowohl mit den geschlechtsspezifischen Vorurteilen und den anthropologischen Prämissen als auch mit der allgemeinen gesellschaftlichen Verbindlichkeit der frauenspezifischen Ansätze des Entwurfs aussieht. Blamieren sie sich nicht angesichts der harten Wirklichkeit einer patriarchalischen Gesellschaft und den patriarchalischen Traditionen der Sozialdemokratie?

In der gegenwärtigen gesellschaftlichen Wirklichkeit werden Frauen strukturell und ideologisch benachteiligt. Daher muß diese Benachteiligung von den Verfassern des Entwurfs als ein gesellschaftsanalytisches Problem und als eine gesellschaftspolitische Herausforderung wahrgenommen werden. Aber gerade dies geschieht nicht. Wenn beispielsweise in der Tradition des Godesberger Programms von den „Widersprüchen unserer Zeit“ gesprochen wird, bleibt die soziale Ungleichheit der Geschlechter als gesellschaftlicher Widerspruch unerwähnt. Aus der Sicht des Gesamtentwurfs scheint somit die Domestizierung der Frau für die Verfasser in erfolgreicher Weise abgeschlossen zu sein. Nur im „Frauenkapitel“ regt sich Widerstand gegen diesen Ausschluß der Frau aus dem öffentlichen Diskurs um eine menschlichere Gesellschaft.

Die Irritationen beim ersten Lesen dieses frauenfreundlichen und zugleich antifeministischen Ent-

wurfs sind groß. Die postulativen Aussagen im „Frauenkapitel“ zur künftigen Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleich, frei und solidarisch miteinander arbeiten und leben sollen, bleiben abstrakt, im negativen Sinne utopisch. Sie stehen beziehungslos zu den übrigen Kapiteln des Entwurfs. Verkehren sich hier nicht die Absichten des „Frauenkapitels“ in ihr Gegenteil? Werden nicht unversehens aus feministischen Zielvorstellungen Leerformeln, die die Glaubwürdigkeit des „Frauenkapitels“ und des Entwurfs insgesamt untergraben?

Wir müssen fragen, warum es nicht gelingt, die im Frauenkapitel formulierten Forderungen in sich konsistent darzustellen und im Gesamtentwurf als integralen Bestandteil des neuen Grundsatzprogramms auszuweisen? Sind Feminismus und Sozialismus immer noch sich ausschließende Gegensätze? Die Theoriediskussion ist zwar inzwischen weiter. Sie müßte jedoch im Gesamtentwurf Eingang finden.

Gewiß: der Antifeminismus hat sich so tief in unsere Gesellschaft und in unser gesellschaftliches Bewußtsein eingegraben, daß die Dominanz einer frauendiskriminierenden Sichtweise nur schwer aufzubrechen ist. Auch kann von einer konsistenten feministischen Gesellschaftstheorie nicht gesprochen werden. Dennoch gilt es, nach den Ursachen für die Widersprüchlichkeiten dieses Gesamtentwurfs zu suchen. Denn wir können nicht, wie es in diesem Entwurf z. T. geschieht, im Stille des 19. Jahrhunderts von einer sozialpolitisch von oben zu lösenden „Frauenfrage“ ausgehen. Vielmehr sollen die frauenpolitischen Forderungen in ihrem gesamtgesellschaftlichen Anspruch, d. h. überall als Forderungen einer demokratischen Gesellschaft sichtbar werden.

Da Gedanken zur Umstrukturierung unserer Arbeitsgesellschaft, zur Neuverteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, insbesondere zur Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit und zur Neubewertung von Arbeit eine entscheidende Grundlage sowohl der allgemeinen sozialdemokratischen Programmatik als auch des feministischen Entwurfs einer menschlicheren Zukunft bilden, gehen wir zunächst von den Äußerungen zur Arbeitsgesellschaft aus. Wird die Forderung des „Frauenkapitels“ nach einer Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung im Gesamtentwurf konsequent verfolgt? Oder haben wir es bei diesem Angelpunkt sozialdemokratischer Politik mit feministischen Träumereien zu tun? Diese Anfrage soll uns auf die erste, allerdings, wie mir scheint, überwindbare Schwierigkeit mit dem Feminismus aufmerksam machen.

**Die gesellschaftliche Gleichheit von Frau und Mann, nicht die männergerechte Ordnung der Wirtschaft ist das Ziel**

Das „Frauenkapitel“ enthält eine klare Konzeption hinsichtlich einer künftigen Arbeitsgesellschaft und einer möglichen sozialen Gleichheit von Frau und Mann. „Wo in Zukunft nur noch sechs Stunden an täglicher Erwerbsarbeit nötig sein werden, lassen sich Erwerbsarbeit, Familienarbeit und ehrenamtliche Tätigkeit besser miteinander verbinden, für Frauen wie für Männer. Wer nicht nur die Erwerbsarbeit, sondern auch die Eigenarbeit gerecht verteilen will, muß vorrangig die tägliche Arbeitszeit verkürzen“.

In Übereinstimmung mit den allgemeinen Forderungen nach einer Erwerbsarbeitszeitverkürzung fordern auch die Frauen eine Verkürzung der täglichen Erwerbsarbeitszeit. Hier liegt für sie der Hebel für eine Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und für die Neugestaltung der Geschlechterbeziehungen. Wird aber diese Konzeption von dem Gesamtentwurf getragen? Soll auf diesem Wege auch die Aufhebung der strukturellen Ungleichheit der Geschlechter verfolgt werden? Ein Blick auf die entsprechenden Textstellen im neunten Kapitel zur Zukunft der Arbeit lassen erste Zweifel aufkommen.

Die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung wird im neunten Kapitel unter einem familienpolitischen Aspekt begründet: „Mit Rücksicht auf die Familie sollte der Verkürzung der täglichen Arbeitszeit so lange Vorrang gebühren, bis Väter und Mütter ohne Überlastung Berufstätigkeit und Familienpflichten miteinander vereinbaren können“. Wie sieht es aber hier mit den unverheirateten Frauen, mit den alleinstehenden Frauen mit Kindern, mit den geschiedenen und den verwitweten Frauen und mit den Frauen, die in familienähnlichen Partnerschaftsbeziehungen leben, aus?

In diesem Kapitel werden die frauenpolitischen Gesichtspunkte den familienpolitischen Vorstellungen in einem solchen Maße untergeordnet, daß die Zielvorstellung einer ökonomisch selbständigen Frau und eine soziale Gleichheit der Geschlechter im Erwerbs- und im Familienbereich aus dem Blick gerät. Es ist auch nicht zufälligerweise in diesem Kontext nur von dem (männlichen) Arbeitnehmer die Rede, dessen Wunsch nach einer freieren Arbeitszeitwahl entsprochen werden soll. Somit bleibt allem Anschein nach die patriarchalisch bestimmte Familie noch das Vorbild der künftigen Gesellschaft. Auch das „Frauenkapitel“ schafft hier keine

Klarheit; denn auch hier lautet die Überschrift „Familie und Erwerbsarbeit – gesellschaftliche Teilhabe“. Ist der Trauschein weiterhin für die Frau die einzige Legitimation für Erwerbstätigkeit? Frauenerwerbstätigkeit als notwendiges „Zu-Verdienst“? Die Ausführungen hierzu sind zumindest irreführend.

Das Kapitel „Zukunft der Arbeit“ ist ohne Zweifel sexistisch. Hier kommen Frauen weder als individuelle Personen noch als Arbeitnehmerinnen noch als Hausfrauen eigens vor. Somit wird die grundlegende gesellschaftliche Tatsache der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, die unsere kapitalistische Arbeitsgestaltung bestimmt und die als die wichtigste Ursache der strukturellen Ungleichheit der Geschlechter anzusprechen ist, auch hier ignoriert. Aus dieser Weigerung, die strukturellen Ursachen der Geschlechterungleichheit zu analysieren und offen auszusprechen, folgt, daß alle frauenrelevanten Fragen bei den Überlegungen zur humaneren Gestaltung der Arbeitswelt ausgespart bleiben. Die Tatsache der Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern, die Problematik des ungleichen, geschlechtsspezifischen Arbeitsmarkts und der einseitig zu Lasten der Frau gehenden Frauenfamilien- und Hausarbeit finden überhaupt keine Erwähnung. Der Prozeß der fortschreitenden Zerteilung der Arbeit wird ohne Beachtung seiner Folgen für die weitere geschlechtsspezifische Differenzierung der Arbeit und für die fortschreitende Dequalifizierung von Frauenarbeit zur Kenntnis genommen.

Durch den Text wird die Tatsache verdeckt, daß Frauen härter als Männer von den Rationalisierungsmaßnahmen betroffen sind. Insgesamt wird durch diese Sicht unserer Arbeitswelt die durch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung immer wieder aufs neue produzierte soziale Ungleichheit der Geschlechter festgeschrieben. Mehr noch: die gesellschaftliche Produktion dieser strukturellen Ungleichheit der Geschlechter und das Vorhandensein der unentlohnten (bzw. nur indirekt entlohnten) Hausfrauenarbeit werden in einem solchen Maße aus der gesamtgesellschaftlichen Reflexion ausgeblendet, daß Frauenarbeit als gesellschaftliche Arbeit hier gar nicht in den Blick gerät. Die hier verfolgte „Befreiung in der Arbeit“ geht weiterhin zu Lasten der Frauen. Von einem Neuverständnis der Arbeit, das Frauenarbeit einbezieht, kann hier nicht die Rede sein.

Bleibt dieses Verständnis der Arbeit und der „Selbstbestimmung der Arbeitnehmer“ bestimmend, so hat sich für die Frauen in diesem Grund-

satzprogrammmentwurf nichts verändert. Sie werden weiterhin als die industrielle Reservarmee betrachtet, eine scheinbar unerschöpfliche Naturressource, die je nach der wirtschaftlichen Opportunität als Hausfrau oder als Arbeitnehmerin zur freien Disposition steht. Denn so will es die Logik des Kapitels und des Mannes.

Von Hausfrauenarbeit ist im Gesamtentwurf nicht die Rede, dafür aber von „Eigenarbeit“. Allerdings wird nirgends deutlich, was „Eigenarbeit“ ist und wer sie verrichtet. Im Kapitel „Auf dem Weg zur Kulturgesellschaft“ wird von Eigenarbeit „in Haus, Garten und Umwelt“ gesprochen. Hier ist eher an Männerhobbies als an die Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in der Familie gedacht worden. An anderer Stelle heißt es auch: „Erhöhen wird sich auch die Wertschöpfung aus Eigenarbeit“. Es gibt aber keinen Hinweis darauf, daß hier die Frauenhausarbeit gemeint sein könnte. Auch hier drängt sich der Verdacht eines gesellschaftspolitischen Antifeminismus auf. Soll die Hausarbeit doch eine Frauensache ohne anerkannte gesellschaftliche Bedeutung bleiben?

Da, wo Ansätze einer Neudefinition von Arbeit erkennbar sind, gehen diese Bestimmungen eindeu-

spw-Verlag · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65



Detlev Albers/Kurt Neumann (Hg.)

## Über Irsee hinaus Zur Kritik am Programmmentwurf der SPD

Autoren: Wolfgang Abendroth, Detlev Albers, Arno Brandt, Rainer Christ, Diether Dehm, Britta Ernst, Frank Heldenreich, Carla Herbst, Günther Horzetzky, Uwe Kramer, Kurt Neumann, Ull Schöler, Olaf Scholz, Andreas Westphal, Hans Willi Weizen  
92 Seiten, kart., 8,80 DM

tig zu Lasten von Frauen. Denn es wird weiterhin nur von dem Produktionsbereich, nicht aber auch von den Reproduktionsbedürfnissen der Gesellschaft her argumentiert. Die Interdependenz von Produktions- und Reproduktionsarbeit als der Basis der gesellschaftlich notwendigen Arbeitsleistung wird durch eine einseitige gesellschaftliche Perspektive nicht wahrgenommen. Damit reproduziert sich in diesem Entwurf die zweigeteilte Gesellschaft, die gerade aus der Frauensicht überwunden werden soll. Der feministische Traum von einer Gesellschaft, „in der die Verteilung der Arbeit nicht gespalten ist in Erwerbsarbeit einerseits und Haus- und Familienarbeit andererseits“, rückt nach der Lektüre des Kapitels zu einer „demokratischen Wirtschaftsordnung“ in weite Ferne.

Aber auch das „Frauenkapitel“ ist nicht frei von Illusionen. Am bedenklichsten ist der ökonomische Determinismus, der im „Frauenkapitel“, ähnlich wie an anderen Stellen des Gesamtentwurfs, vorherrscht. In einer naiven, postmodernistischen Weise wird von der natürlichen Entwicklung zu einer Gesellschaft der Gleichheit der Geschlechter ausgegangen. „Sozialdemokraten streben eine solche Gesellschaft seit mehr als hundert Jahren an. Heute ermöglicht die Entwicklung der Produktivkräfte ihre Verwirklichung“. Beide Sätze sind in dieser Formulierung falsch.

Es wird verkannt, daß soziale Verbesserungen niemals von alleine, naturwüchsig, im Zuge der Entwicklung der Produktivkräfte den Lohnabhängigen in den Schoß fallen. Dies gilt in besonderer Weise für die Frauen als Lohnabhängige und als Hausfrauen. Obgleich die Entwicklung der Produktivkräfte und die Erfordernisse des Marktes eine Erwerbsarbeitszeitverkürzung möglich oder sogar erforderlich machen, steigt der Mädchen- und Frauenanteil an der Massenarbeitslosigkeit überproportional an, sind Frauen in höherem Maße als Männer von der „Flexibilisierung“ der Arbeit negativ betroffen, trifft die neue Armut Frauen stärker als Männer. Nicht die partnerschaftliche Neuverteilung der Erwerbs- und Hausfrauenarbeit, sondern die neue Mütterlichkeit erscheint unter den Bedingungen der krisenhaften Steigerung der Produktivkräfte der Mehrzahl, Männer wie Frauen, als die naheliegende „natürliche“ Lösung aus der Krise unserer kapitalistischen Arbeitsgesellschaft, die immer weniger „lebendige“ Arbeitskraft braucht und bezahlen will.

Wird eine gesellschaftliche Gleichheit von Frau und Mann angestrebt, so ist es im Sinne des „Frauenkapitels“ richtig, von der Forderung nach einer

Umstrukturierung, einer Neuverteilung und einer Neubewertung der Arbeit auszugehen. Diese Forderungen im „Frauenkapitel“ bleiben im schlechten Sinn postulativ. Das Ziel einer „menschengerech geordneten Wirtschaft“ kann aber von den Männern allein nicht erreicht werden. Der feministische Entwurf könnte aber hier weiterhelfen. Dabei wäre eine Bestimmung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, die Frauenarbeit nicht ausschließt, sondern einbezieht, der entscheidende Ausgangspunkt. Auf dieser Grundlage wäre auch eine Überwindung der alten Rollenvorstellungen möglich. Denn die Überwindung der Geschlechterrollen ist nicht, wie es nach dem „Frauenkapitel“ den Anschein hat, nur eine Frage der Erziehung, der Sozialisation und des Bewußtseins. Sie ist ohne eine Veränderung in der Verteilung und der gesellschaftlichen Anerkennung von Arbeit im weiten Sinn nicht möglich.

**„In der Sprache speichert sich menschliche Erfahrung, in ihr äußert sich geistige Differenzierung“**

Veränderungen in unserer Arbeitswelt und unserem Verständnis von Arbeit sind zwar eine Vorbedingung, um die gesellschaftliche Gleichheit von Frau und Mann zu realisieren. Von gleichrangiger Bedeutung ist aber die Überwindung der herrschenden Männersprache, gilt es, Frauenfragen als eine gesamtgesellschaftliche Angelegenheit zu begreifen. Hier muß jedoch noch ein weiter Weg zurückgelegt werden. Denn der Irseer Entwurf ist in seiner jetzigen Fassung ein alarmierendes Zeichen für unsere gesellschaftspolitische Sprachlosigkeit, gilt es, Grundwerte des demokratischen Sozialismus auch in ihrer Geschlechterspezifika zu formulieren. Zur Solidarität gehört, so heißt es, „daß man die Freiheit des anderen will“. Ist hier auch die Freiheit der Frau als Ehefrau, als Arbeitnehmerin, als Ausländerin, als Partnerin usw. gemeint? Der Text gibt uns keine Hinweise auf eine solche Differenzierung nach dem Geschlecht. Die Tatsache aber, daß die Freiheit des Mannes in unserer Gesellschaft eine andere ist als die Freiheit der Frau, daß die Sicherung der „Freiheit und der individuellen Selbstbestimmung“ des Mannes in der Regel bei der jetzigen Einrichtung unserer Gesellschaft auf Kosten der Freiheit und der individuellen Selbstbestimmung der Frau geht, wird durch die männliche Sprache, die hier unsere Wahrnehmung von Gesellschaft bestimmt, verdeckt. Diese Dominanz der männlichen Sprache hat aber die Sprachlosigkeit der Frauen zur Folge. Wie kann sie überwunden werden?

Bei der Kritik des Entwurfs genügt es nicht, auf

das Überwiegen männlicher Benennungen hinzuweisen. Allerdings wäre auch in dieser Hinsicht eine Neuformulierung, die Geschlechterspezifität beachtet, unverzichtbar. Denn es gehört zu unserer männlich verengten Sichtweise, nur von „Propheten, Philosophen, Dichtern, Volksführern, Gesetzgebern“, „Sklaven, Bauern, Handwerkern“, nicht aber von Prophetinnen, Dichterinnen, Volksführerinnen, Gesetzgeberinnen, Sklavinnen, Bäuerinnen, Handwerkerinnen zu sprechen. Vor allem ist es mehr denn ein Ärgernis, wenn die Arbeiterinnen in der „Geschichte der Arbeiterbewegung“ niemals als Arbeiterinnen eigens angesprochen werden. Sprachliche Innovationen, die auch die Rede von der Geschichte der Arbeiter- und der Arbeiterinnenbewegung ermöglichen, wären hier am Platze. Warum wird auch nicht von der proletarischen Frauenbewegung gesprochen, gilt es, sich auf die Geschichte der Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung zu besinnen?

Die Sprache des Entwurfs ist aber nicht nur in diesem offensichtlichen Sinne sexistisch. In ihr spiegeln sich auch die jahrhundertalten Erfahrungen der Partei mit unserer geschlechtsspezifisch gespaltenen Gesellschaft, einer Gesellschaft, die den Ausschluß von Frauen aus dem öffentlichen Diskurs, die gesellschaftliche Akzeptanz einer männlich und weiblich gespaltenen Werteordnung und die männliche Definitionsmacht in öffentlichen Angelegenheiten zu ihrer Voraussetzung hat, wider. Die hiermit verursachte Sprachlosigkeit der Frauen bei der Veröffentlichung ihrer Angelegenheiten gehört somit geradezu zu den Vorbedingungen unserer politischen Sprache, die auf der Trennung von öffentlich und privat beharrt, mag diese Trennung noch so willkürlich, gegen alle Vernunft und vor allem gegen die Interessen der Frauen sein. Kann aber diese historisch tief verwurzelte, mit dem Selbstverständnis unserer bürgerlichen Gesellschaft eng verbundene Dominanz einer männlichen Sprache in naher Zukunft überhaupt überwunden werden? Kann es den Frauen gelingen, ihre Sprache als öffentliche Sprache zur Geltung zu bringen? Hierin liegt die Kernfrage bei einer Neufassung des Entwurfs.

Diese Problematik einer Männersprache hat gerade in der Geschichte der Parteiprogramme eine längere Vorgeschichte. Schon im Jahre 1791 hatte Olympe de Gouges den Männern der Französischen Revolution, die stellvertretend für die Frauen Menschen- und Bürgerrechte zu formulieren suchten, entgegengehalten: „Mann, bist du fähig, gerecht zu sein... Sag mir, wer hat dir die selbstherrliche Macht verliehen, mein Geschlecht zu unterdrük-

ken?“ Die Erklärung der Bürger- und Menschenrechte war für Olympe de Gouges der Anlaß zu dieser Frage.

Beim genaueren Durchlesen „unserer Grundsätze“ werden Frauen an die skeptische Frage von Olympe de Gouges erinnert. Denn hier wird in einer so abstrakten, erfahrungsarmen und geschlechtsneutralen Weise von dem „Menschen“ gesprochen, daß Frauen, verletzte Frauenrechte, Gewalt gegen die Frau und die Würde der Frau gar nicht zur Sprache gelangen. Bei der Formulierung dieser Grundwerte steht die Partei noch kritiklos in der naturrechtlichen Tradition der Aufklärung, gegen die Frauen wie Olympe de Gouges mit Vehemenz polemisiert haben. Denn in dieser Tradition wird nur der Mann als Mensch, als moralisches Wesen definiert, die Frau dagegen wird als ein „Weibchen des Menschen“, die außerhalb der naturrechtlichen Begründung der gesellschaftlichen Ordnung steht, begriffen. In den Schriften der Aufklärung wird der ehrbare, arbeitende Bürger, der honnête homme, nicht aber die Frau als öffentliches Wesen neu definiert. Die Suche nach der honnête femme, dem weiblichen Gegenpart des honnête homme, bleibt im Schrifttum der Aufklärung vergeblich.

Das sprachliche Resultat dieser naturrechtlichen Sicht der Gesellschaft, in der die Frau biologistisch als reproduktives Wesen definiert und ihr im Sinne einer neuen, vernünftigen, „menschheitlichen“ Ordnung ein Platz „außerhalb“ zugewiesen wird, ist die Gespaltenheit unserer Gesellschaft in einen männlichen und einen weiblichen Bereich, eine Spaltung, die gerade von den Verfasserinnen des „Frauenkapitels“ im Namen einer menschlichen Gesellschaft aufgehoben werden soll. Mit dieser Forderung knüpfen sie an den Widerstand einer Olympe de Gouges gegen diese Spaltung unserer Wahrnehmungsweise und unserer öffentlichen Sprache an. In selbstbewußter Weise hatte Olympe de Gouges die Aufgabe der Frau darin gesehen, den Männern die „Mittel an die Hand“ zu geben, da sie zur Bestimmung des Platzes der Geschlechter „in der Ordnung der Natur“ unfähig seien. In diesem Sinne richtete sie an die Männer die Worte: „Durchlauf die Natur in all ihrer Majestät, die Natur, der du dich nähern zu wollen scheinst, und leite daraus, wenn du es wagst, ein Beispiel für diese tyrannische Herrschaft ab“. Es sei Frauensache, den Weg zur „Natur“ und zur Bestimmung der Rechte der Geschlechter in der Ordnung der Natur“ zu bahnen. Menschenrechte könnten nicht alleine von dem Mann her formuliert werden. Dies sei wider die Vernunft und wider die Natur.

An diese Forderung der Olympe de Gouges, Frauenrechte nicht als Sonderrechte, sondern als allgemeine Rechte zu formulieren, muß bei der Kritik an den Grundsätzen des Irseer Entwurfs wieder angeknüpft werden. Denn die Nichtthematisierung von Frauenbelangen bestimmt den Entwurf in seiner jetzigen Fassung. Dabei ist in erster Linie an das Verschweigen der sexuellen Gewalt in unserer Gesellschaft zu denken, eine Gewalt, die die Würde der Frauen bedroht und ihre Selbstbestimmungsmöglichkeiten verletzt. Die Diskussion um den § 218 ist noch nicht zu Ende. Die Gewalt gegen Frauen nimmt aber in unserer Gesellschaft die vielfältigsten Formen an; sie ist in all den Bereichen zu suchen, in denen die Frauen an ihrer Verwirklichung als Frauen, als Bürgerinnen, als Menschen gehindert werden.

Gilt es in der Sprache, die Erfahrung von Frauen einzuholen, so wird im „Frauenkapitel“ eine Voraussetzung für diese neue Sprechweise sichtbar gemacht. Denn hier wird die Spaltung der Gesellschaft in männliche und weibliche Sphären bewußt gemacht: „Unter der Spaltung zwischen männlicher und weiblicher Welt leiden Frauen wie Männer. Sie deformiert beide, entfremdet beide einander“. Ist aber dieser fortschreitende Deformationsprozeß aufzuhalten oder gar rückgängig zu machen? Finden die Verfasserinnen die Worte, um diesem Spaltungsprozeß entgegenzuwirken? Weisen ihre Forderungen über die männlichen Kulturnormen, die als frauen-diskriminierend erkannt werden, hinaus? Wird es gelingen, weibliche Kulturnormen in ihrer allgemeinen politischen Verbindlichkeit zu formulieren?

Nach dem jetzigen Entwurf gehört zu den in unserer Gesellschaft nie vollendeten Aufgaben die Überwindung aller Klassenvorrechte. Nicht nur aus der Sicht der Frauen, sondern auch im Sinne einer Einlösung der Tradition der Aufklärung in ihrem menschheitlichen Anspruch gehört aber im gleichen Maße und gleichrangig die Überwindung aller patriarchalen Vorrechte. Sonst erliegen wir im Sinne der Analyse von Horkheimer und Adorno der Dialektik der Aufklärung. Wird demokratischer Sozialismus verstanden als „Vollendung von Demokratie in einer Gesellschaft gleicher Lebenschancen“, so muß explizit von gleichen Lebenschancen für Frauen und Männer gesprochen werden. Die erneute Diskussion des Irseer Programms bietet hierzu eine Chance, die genutzt werden sollte.

## Angelina Hermanns „New Age“ – der neue Weg ins Frauenparadies?

*Angelina Hermanns, Jahrgang 1954, arbeitet als freie Autorin und Journalistin in Bonn.*

„Biorhythmik – auch Partnervergleich möglich“, „Rebirthing – bewußtes Atmen“, „Tai Chi Chuan“, „Meditation macht klar“, „Ausbildung zum Bioreleasetherapeuten“, „Schwitzhüttenzeremonie“, „Reiki – universelle Lebenskraft“, „Trance-Reise in die vier Elemente“. Wo frau das alles findet? Sie schlage nur die Seite mit den Kleinanzeigen, Rubrik Psyche, in einer beliebigen Alternativzeitung auf. Keine Frage, der Markt in Sachen Spirituelles hat kräftig zugelegt.

„New Age“, neues Zeitalter, heißt das Zauberwort, das einen Großteil der Wege zum anderen Bewußtsein unter seinem Theoriedach vereint. New Age steht für nichts weniger als den Aufbruch in ein neues Zeitalter, eines, das die alten Gegensätze zwischen Leib und Seele, Geist und Materie, Mystik und Naturwissenschaft, ja, auch von männlichem und weiblichem Denken aufheben und einen neuen, ganzheitlichen Menschen hervorbringen soll, der endlich wieder im Einklang mit der Welt lebt.

Glaubwürdigkeit bezieht dieser Weg aus der Krise vor allem durch die Unterstützung namhafter Naturwissenschaftler und Physiker, etwa Fritjof Capra, dem Einsteinschüler David Bohm oder dem Nobelpreisträger Karl Pribram. Sie alle zielen auf ein neues Modell des Universums hin als ein unteilbares, harmonisches Ganzes, das seine Entsprechung in der Transzendenzphilosophie und östlichen Weisheiten und Denkmodellen hat.

Was macht diese neue Theorie so attraktiv für viele Frauen? Schließlich sind die führenden Köpfe einmal mehr die von Männern. Und die viel gepriesene Weisheit des Ostens hat uns bisher keine Zenmeisterin oder gar eine Derwischin beschert. Verlockend ist sicherlich die ständige Betonung der Bedeutung des weiblichen Prinzips für die New-Age-Bewegung. Die Frau als Schlüsselfigur für ein neues kosmisches Zeitalter, das ist auf den ersten Blick mehr, als alle progressiven politischen Strömungen versprechen. Und für diese wahrlich ungewohnte Macht braucht frau eigentlich gar nichts zu tun, muß nur sein, was sie ist, nämlich Frau. Und falls frau zur

Vervollkommnung ihres Bewußtseins Meditation oder Yoga betreibt, dann ist das allemal leichter durchzusetzen als gleicher Lohn für gleiche Arbeit. „Die sanfte Verschwörung“ heißt ein Hauptwerk der New-Age-Literatur. Es einmal damit zu versuchen, wo die offene Revolte doch so viel Wunden für nur wenig Erfolg hinterläßt, das ist sicher eine Verlockung. Ein Grund mehr, einmal einen tieferen feministischen Blick auf die Theorie, das Weltbild der New-Age-Denker zu werfen.

Ein so weit angelegter Weltentwurf wie der des New Age hat natürlich auch eine Erklärung für die Entstehung des Patriarchats. Verkürzt lautet die These: vor etwa 3000 Jahren gab es in der Menschheitsgeschichte einen notwendigen Wandel vom Primat des Körpers zu dem des Geistes, und dieser Übergang war notwendigerweise der vom Matriarchat zum Patriarchat. Um die Menschheit auf eine neue Stufe des Bewußtseins zu bringen, weg von der dumpfen Mutter Erde, mußten die männlichen Eigenschaften die Oberhand gewinnen. Dieser Prozeß war, folgt frau Ken Wilber, einem der führenden New-Age-Theoretiker, keineswegs ein Akt brutaler sexistischer Unterdrückung. Es war vielmehr ein „natürlicher“ Prozeß, begründet in den natürlichen Unterschieden von Frau und Mann. Eindeutig lehnt Wilber die These von einer kulturell bedingten Rollenverteilung ab.

Die weibliche Konstitution, so Wilber, neigt zu Passivität und Emotionalität, zur freiwilligen Ergebenheit in das Schicksal. Diese Mentalität steht den Frauen im Wege, wenn es um Logik und höhere Rationalität geht. Dem männlichen Prinzip fällt es aus den gleichen „natürlichen“ Gründen leichter, „die segensreichen Formen aktiver Mentalität herauszubilden, die man als Logik, Vernunft und begriffliches Denken kennt.“ „Natürliches Patriarchat“ nennt Wilber seine Theorie. Zwar lehnt auch er die völlige Unterdrückung der Frau in allen gesellschaftlichen Bereichen in der Folge dieses heroischen, männlichen Bewußtseinssprungs ab. Aber er mag nicht „mit dem Badewasser des Sexismus“ die echten Errungenschaften des Patriarchats wegschütten: „... das mentale Ich, ein durch Selbstbewußtsein charakterisiertes Ich höherer Ordnung. Diese Tatsache müssen wir freudig begrüßen, so sehr wir auch die negativen Folgen verdammen.“

Mehr als 3000 Jahre Frauengeschichte stecken hinter diesen lapidaren „negativen Seiten“, 3000 Jahre Frausein als unterdrücktes, rechtloses Wesen, dem das Menschsein weitgehend abgesprochen wurde. In der New-Age-Theorie bekommt dieses

notwendige „Zwischenspiel“ einen zynischen Sinn. Gerade weil Frauen keinen Zugang zur männlichen Geisteswelt bekommen konnten, haben sie sich ihre emotionalen Eigenschaften quasi unverdorben bewahren können, die für die nächste Stufe der Menschheit wieder dringend gebraucht werden. Oder anders ausgedrückt: Frauen werden die Welt heilen, der Preis sind 3000 Jahre Leiden.

Der neue Mensch des neuen Zeitalters wird ein ganzheitlicher sein, intuitiv und rational, männlich und weiblich. Damit sich diese schöne Vision erfüllen kann, müssen also die Frauen vor, denn vom männlichen Prinzip ist ja wahrlich schon genug da. Damit die Rechnung aufgeht, muß eine Voraussetzung klar sein: die der natürlichen Unterschiede von Frau und Mann.

Vor allem die Gehirnforschung wird dabei in der New-Age-Theorie gerne bemüht. Danach gehört den Männern die linke Gehirnhälfte, die für das logisch-analytische Denken und die Sprache zuständig ist, den Frauen bleibt die rechte Hälfte mit der Intuition und der Fähigkeit zur ganzheitlichen Erkenntnis. Somit wären also der scharfsinnige, sprachgewandte Mathematikprofessor und seine gefühlvolle, stille Ehefrau, die stets um das Wohl der ganzen Familie besorgt ist, nicht das Ergebnis von Erziehung und gesellschaftlicher Rollenverteilung, sondern ganz natürliche Produkte der angeborenen Hirnstruktur.

Marilyn Ferguson, pseudo-feministisches Leitbild des New Age, setzt gleich auf eine ganze Reihe natürlicher weiblicher Eigenschaften zur Geburt der neuen Zeit: Sensibilität, Gefühl, Fürsorge, Zuneigung, Mitleid, Kooperation und Geduld. Dazu kommen bei anderen Autoren noch Demut, Einfühlungsvermögen, Nächstenliebe, Versöhnlichkeit, Altruismus und ein Sinn für das Dienen.

Was sich liest wie die Beschreibung einer katholischen Heiligen, ist der New-Age-Bewegung bitterer Ernst: den Frauen gehört die Hälfte des Himmels, aber welche, das konnten und können sie sich nicht beliebig aussuchen, es ist ihnen bestimmt. Kein Gedanke wird daran verschwendet, daß die „natürlichen“ weiblichen Eigenschaften ganz im Sinne patriarchalischen Herrschaftsdenkens den Frauen zudiktieren worden sein könnten. Gleichberechtigung im New-Age-Sinn bedeutet die Gleichrangigkeit von „natürlichen“ weiblichen und männlichen Eigenschaften, nicht den Kampf um eine Gesellschaft, in der Frauen selbstbestimmt jeden Platz einnehmen können.

Letzteres wird von den New-Age-Theoretikern

als Rückfall abgelehnt. Feministinnen sind in dieser Lesart die ewig Gestrigen, die dem Aufbau einer neuen Gesellschaft eher hinderlich sind, da sie nicht versöhnen wollen, also – so der gewagte Schluß – selbst dem überholten männlichen Prinzip huldigen. Oder anders: sie sind eben keine richtigen Frauen. Nicht die Revolte ist angesagt, sondern der Wandel.

Natürlich wäre es selbst in New-Age-Kreisen nicht schlecht, wenn die Frauen für diesen Wandel ein wenig Macht hätten. Die wird ihnen auch zugestanden, allerdings nur als sogenannte „integrierte“ Macht, eine, die auf Versöhnung und Liebe setzt. Und so ist eine wichtige Aufgabe der Frau, dem Mann durch ihr Beispiel zu helfen, den rechten Weg ins neue Zeitalter zu finden. Schließlich sind, so Marilyn Ferguson, „Männer ebenso wie die Frauen die Opfer der Geschichte“. Soll der Mann nun auf dem Weg zu einer ganzheitlichen Persönlichkeit auch das weibliche in sich erkennen und zulassen, so braucht er dafür die ganze Liebe und Geduld der Frau. So schreibt im Erfahrungsbericht einer New-Age-Gruppe ein Teilnehmer: „Ein großer Teil der Transformation ist durch Beziehungen in Gang gekommen. Daß ich Frauen hatte, die mich wirklich liebten, half mir meine sexistische Haltung abzulegen.“ Die Lösung aller Frauenprobleme läge demnach in der vollen Entfaltung einer verständnisvollen Weiblichkeit. Oder umgekehrt: die geschlagene, vergewaltigte Frau hat eben nicht intensiv genug auf das Gute im Manne gewirkt. Aber auf derlei unerfreuliche Begebenheiten geht die New-Age-Literatur erst gar nicht ein.

Lieber spricht sie von einer zweiten wichtigen Rolle der Frau, der als Mutter. Nicht nur als Helferin des Mannes, auch als Gebärende und Erziehende hilft die Frau, das neue Zeitalter zu begründen. In vielen New-Age-Schriften wird die Geburt zu einem mystischen, nur beglückenden Erlebnis für die Frau hochstilisiert, ein Symbol ihres hohen Ranges. So berichtet eine Frau davon als einem „psychedelischen Hoch ohne Drogen, einer Gipfelerfahrung.“ Rigide werden alle Frauen verurteilt, die sich der sanften, der Hausgeburt verweigern, die „Bequemlichkeit“ eines Krankenhauses vorziehen, „wo betäubte Mütter von betäubten Babies entbunden werden, die dem Schock von grellen Lampen und

lauten Geräuschen ausgesetzt, abgenabelt und in Plastikkästen gelegt werden.“ Schon dieses Beispiel aus der New-Age-Literatur zeigt, daß es natürlich nicht nur um die Freude des Gebärens geht, sondern vor allem um die Verantwortung der Frau für „psychisch gesunde“ Kinder. Frausein und Muttersein werden zu einer unauflöslichen Bestimmung.

Wohin solch neuer Mutterkult in der Praxis führen kann, zeigt das Beispiel der „Farm“, einer New-Age-inspirierten Wohngemeinschaft in Tennessee. Stolz verweist die Gemeinschaft auf ihre vielen Kinder, Ehepaare mit sechs oder acht Kindern sind keine Seltenheit. „Spirituelle Hebammen“ verhelfen dem Nachwuchs auf die Welt. Empfängnisverhütung darf nur mit einer Handvoll recht unsicherer natürlicher Methoden betrieben werden. Vor allem der Kinder wegen ist die Ehe zu einem hohen, erstrebenswerten Gut geworden. Schon während der Schwangerschaft sind die Eltern angehalten, ein möglichst ausgeglichenes Zusammenleben anzustreben. Die Farm betreibt eine konsequente Kampagne gegen Abtreibung. Frauen werden über Anzeigen in ganz Amerika dazu aufgefordert, ihre Kinder auf der Farm zur Welt zu bringen, statt abzutreiben. Nach der Geburt kann sich die Mutter entscheiden, ihr Kind selbst großzuziehen oder es an die Farmgemeinschaft abzutreten.

Ganz so rigide wie in dieser Gemeinschaft soll es in der schönen neuen Welt des „New Age“ wohl nicht generell zugehen. Aber eine Welt voll sanfter Mütter, fürsorglicher Lehrerinnen, einfühlsamer Gefährtinnen und in Demut Liebender soll es wohl schon sein.

Ein Lieblingszitat vieler New-Age-Autoren ist eines von Gandhi: „Wenn Geduld die Verhaltensweise der Zukunft ist, dann gehört die Zukunft den Frauen.“ Trotz aller Weisheit hat der große Mann eines nicht verstanden: das Problem der Frauen liegt nicht darin, die Geduld zu bewahren, sondern sie endlich zu verlieren. Mein Lieblings-New-Age-Zitat steht darum bei Habermas: „Das Ansharren vor den unbestimmt avisierten künftigen Wahrheiten läßt ein Vakuum entstehen, in das die unüberprüften Wahrheiten der Religion und der Metaphysik um so unbekümmerter einströmen können.“

# Christine Schaumberger Visionär und konkret: Frauenmacht

*Christine Schaumberger, Jahrgang 1951, Theologin, ist z. Z. als Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Gesamthochschule Kassel tätig. Sie arbeitet in verschiedenen feministischen und feministisch-theologischen Gruppen mit.*

*„Der Entschluß, die Welt zu nähren, ist der einzig sinnvolle Entschluß. Noch keine Revolution hat diese Wahl getroffen. Denn sie verlangt, daß alle Frauen frei sind.“*

*(Adrienne Rich)<sup>1</sup>*

In einer Welt, in der Lebensgrundlagen und Leben von Menschen ausgebeutet und zerstört werden, in der Menschen, wie schon im Brot-und-Rosen-Lied angeklagt, an Herzen und Körpern verhungern, in der die Mehrzahl der Hungernden, Analphabet/innen, Flüchtlinge Frauen und die von ihnen abhängigen Kinder sind, ist der Entschluß von Frauen, nicht die eigene Familie, sondern die Welt zu nähren, utopisch und lebensnotwendig. Er hat zum Ziel: Frauen leisten nicht mehr Zu- und Zwangsarbeit, und wir lassen uns die Früchte unserer Arbeit nicht mehr entreißen und fremdbestimmen. („Arbeiten Sie für die Army, Madam?“ ist Adrienne Rich nach der Geburt ihres zweiten Sohnes gefragt worden.) Sondern wir bestimmen unsere eigenen Bedürfnisse, stellen unsere eigenen Fragen, suchen unsere Lebensorientierungen, denken aus, erfinden, erarbeiten, stellen her und bauen an, entwickeln und lassen wachsen, setzen durch und ernten schließlich, was wir zum Leben brauchen, genießen die Früchte unserer Arbeit, teilen sie und lassen sie wirksam werden.

Der Entschluß, die Welt zu nähren, steht sowohl in Widerspruch zur herrschenden Vorstellung davon, was „realistisch“ und „machbar“ ist, als auch zu den Interessen und der Politik derer, die die Welt regieren und beherrschen: „Anspruch ohne Macht bedeutet wenig. Dem Despotismus ist immer nur eine Grenze gesetzt worden durch die wachsende Macht der Unterdrückten.“<sup>2</sup>

## Die Machtlosigkeit aufgeben

Macht ist für feministische Theologie ein zugleich problematischer und zentraler Begriff. Die Bedenken, Macht zu beanspruchen, teilen feministische

Theologinnen zunächst mit den meisten Feministinnen. Denn Macht verstehen und erleben wir im allgemeinen als Herrschaft, Macht über andere, Unterdrückung, als Macht, die die Machtlosigkeit bzw. die Entmachtung und den Ausschluß anderer voraussetzt und die Machthaber zwar mit Privilegien, Durchsetzungsmöglichkeit und Reichtum ausstattet, aber mit Schuld belädt, als „Männermacht“, die den herrschenden Geschlechterdualismus bestimmt, so daß Weiblichkeit, Machtlosigkeit, Liebe und Schönheit miteinander assoziiert werden. Daher sind die Vorwürfe der Gegner des Feminismus so schlagend: Wollt ihr denn so werden wie die Männer? Wollen Frauen jetzt die Macht an sich reißen und den Spieß umdrehen? Habt ihr euch überlegt, wieviel Menschlichkeit der Welt verlorengehen würde? Immer noch sind Frauen bereit, auf solche Machtfragen mit der Versicherung zu antworten, daß sie „den Männern“ nichts wegnehmen wollen. Was wir fordern, nennen wir lieber Gleichberechtigung oder Gerechtigkeit, Chancen, Teilhabe, Freiheit, Einfluß statt Macht. Dem drohenden Eindruck, egoistisch zu sein und wie Männer zu werden (d. h. unsere „Weiblichkeit“ zu verlieren), versuchen viele von uns dadurch zu entgehen, daß wir lieber in Bescheidenheit und Geduld benachteiligt und ausgeschlossen bleiben als zu riskieren, als machtgerig angesehen zu werden.

Die Auseinandersetzung mit der herrschenden Macht, die Lieblosigkeit, Unterdrückung und Ausbeutung bewirkt und bedingt, verstärkt für feministische Theologinnen unsere ohnehin schmerzvolle Spannung zwischen der Kritik an den Siegertraditionen und den Herrschafts- und Unterdrückungsstrukturen von Kirchen und Theologien einerseits und andererseits dem Anspruch, die größtenteils verschwiegene oder verzerrt dargestellte christliche Frauengeschichte als eine Geschichte von Frauenunterdrückung, aber auch von Widerstand, Befreiung und Macht von Frauen zu entdecken und zurückzufordern<sup>3</sup> und die Frauenerfahrungen, die die Normalität und Selbstverständlichkeit herrschenden Lebens in Frage stellen, die Fragen und Visionen von Frauen als Quellen und Korrektive feministischer Theologie wahrzunehmen.

Theologie und kirchliche Verkündigung haben Erfahrungen mit Macht und Konzepten von Macht sehr unterschiedlich und durchaus widersprüchlich thematisiert: als böse, als gottgewollt, als göttlich, als „weltliche“ Angelegenheit, für die Religion keine Geltung und Gestaltungskraft habe. Die Rede von der Macht Gottes konnte herrschaftskritisch wirken

(weil es nur einen „Herrn“ – Gott – gibt, verlieren die Herren der Welt ihre Legitimation), sie konnte aber auch bestehende Herrschaft legitimieren und eigene Ohnmacht verstärken. Patriarchale Machtausübung über Frauen wird sowohl als Widerspruch zur Schöpfungsordnung als auch als schöpfungsgemäß verstanden, als „natürlich“, als sündiger Zustand der Welt, aber auch als von Frauen selbst verursachte und verdiente Sündenstrafe, als Unheilssituation, aus der Frauen und Männer befreit und geheilt werden müssen, oder als „Prüfung“, die durch Ertragen und Erdulden bestanden werden soll. „Modernere“ Interpretationen des Sündenfalls, die Selbstbehauptung, Stolz und Machtstreben „des Menschen“ als Sünde darstellen, könnten – gerichtet an die Mächtigen – herrschende Macht in Frage stellen. Da die kirchliche Verkündigung jedoch in der Regel von den ohnehin Machtlosen – hauptsächlich Frauen und Kindern – gehört wird, wirken sich solche Interpretationen nicht herrschaftskritisch, sondern – stabilisierend aus: Die Opfer patriarchaler Macht bleiben in ihrer Situation der Machtlosigkeit – nun allerdings nicht im Gefühl des Defizits, sondern im Bewußtsein, sich nicht die Hände „schmutzig“ zu machen, die „besseren“ Menschen zu sein.

Solches theologisches Lob der Machtlosigkeit ist für Frauen verhängnisvoll. Es leitet für uns keinen Umkehrprozeß ein, sondern bestärkt das Verhalten, das Frauen üblicherweise zeigen und das von uns erwartet wird. Es bewirkt keine Veränderung und läßt Frauen in der Opfer- und Objekthaltung. Feministische Theologinnen haben daher betont, daß die Sünde von Frauen nicht im Machtanspruch, sondern eher im Machtverzicht und in der Selbstaufgabe besteht<sup>4</sup> und Umkehr für Frauen Verantwortlichkeit und Einmischung in die Geschäfte der Männermacht bedeutet.

**Wollen wir in der Machtprozession der Männer mit-trotten?**

Doch die gängigen Wege, uns an Macht zu beteiligen und Macht auszuüben, eröffnen Frauen nicht die Befreiung und die Möglichkeit, die Welt zu nähren, sondern setzen den Kreislauf von Herrschaft und Unterordnung fort und drohen die Frauen, die sich auf diese Wege der Macht einlassen, zu korrumpieren. In ihrem 1938 erschienenen Essay „Drei Guineen“ formulierte Virginia Woolf die Frage, ob die Beteiligung der „Töchter der gebildeten Männer“ an den Männerberufen Krieg und Faschismus verhindern könne, als Frage, ob und um welchen Preis wir uns der „Prozession der Söhne der gebildeten Män-

ner“ anschließen wollen: „Da gehen sie, unsere Brüder, die in den Privatschulen und Universitäten erzogen wurden; sie erklimmen jene Stufen, gehen durch jene Turen hinein und wieder hinaus; steigen jene Kanzel hinauf, predigen, lehren, sprechen Recht, üben den Arztberuf aus, tätigen Geschäfte, machen Geld. Es ist immer ein erhebender Anblick – eine Prozession, die aussieht wie eine Karawane, die eine Wüste durchquert. Urgroßväter, Großväter, Väter, Onkel – alle gingen diesen Weg, trugen Talare, trugen Perücken, manche mit über der Brust gekreuzten Bändern, manche ohne. Einer war ein Bischof. Ein anderer ein Richter. Einer war ein Admiral. Ein anderer ein General. Einer war Professor. Ein anderer ein Doktor. Einige verließen die Prozession und das letzte, was man von ihnen hörte, war, daß sie in Tasmanien seien und nichts täten; oder man sah sie, ziemlich schäbig gekleidet, am Charing Cross Zeitungen verkaufen. Aber die meisten von ihnen blieben im Tritt, liefen den vorschrittmäßigen Weg und schafften es, für die Familie, sagen wir irgendwo im Westend, ein Haus zu unterhalten, alle mit Rind- und Hammelfleisch zu verköstigen und Arthur eine Erziehung angedeihen zu lassen. Die Prozession ist ein erhebender Anblick, ein Anblick, der uns oft veranlaßt hat, wie Sie sich vielleicht erinnern, sie seitwärts von einem der oberen Fenster aus zu betrachten, um uns dabei bestimmte Fragen zu stellen. Aber heute [ . . . ] ist es nicht mehr nur ein Schauspiel, eine Photographie, ein Fresko, an die Wände der Zeit gekritzelt, das wir uns mit rein ästhetischem Wohlgefallen ansehen können. Denn dort, am Ende der Prozession, trotten wir selbst. Und das ist ein Unterschied. [ . . . ] Auch wir können das Haus verlassen, können jene Stufen hinaufsteigen, jene Türen hinein- und wieder hinausgehen, Perücken und Talare tragen, Geld machen, Recht sprechen. Denkt nur – eines schönen Tages werdet ihr eine Richterperücke auf dem Kopf tragen, ein Hermelincap auf den Schultern; unter dem Löwen und dem Einhorn sitzen; ein Gehalt von fünftausend im Jahr beziehen und eine Pension, wenn ihr in den Ruhestand tretet. Wir, die wir jetzt nur mit dem simplen Federkiel agieren, können vielleicht in einem oder zwei Jahrhunderten von einer Kanzel aus predigen. Niemand wird dann wagen, uns zu widersprechen; wir werden das Sprachrohr des göttlichen Geistes sein – ein erhebender Gedanke, nicht wahr? [ . . . ] Die Fragen, die wir uns in dieser Phase des Übergangs bezüglich jener Prozession stellen wollen und auch beantworten müssen, sind so wichtig, daß sie sehr wohl das Leben aller Männer und Frauen für immer

verändern könnten. Denn wir müssen uns hier und jetzt fragen, ob wir uns jener Prozession anschließen wollen oder nicht. Unter welchen Bedingungen sollen wir uns dieser Prozession anschließen? Und vor allem, wohin führt sie uns, die Prozession der gebildeten Männer?<sup>5</sup>

Wohin sie uns führt, die Prozession der Männermacht, ob wir in ihr mit-trotten wollen und um welchen Preis – diese Frage wird in der feministischen Diskussion um „Alibifrauen“ und um die Entscheidung „Autonomie oder Institutionalisierung“ wieder aufgegriffen, eine Diskussion, die zwar zu Verletzungen, Vorwürfen, Spaltungen unter Feministinnen geführt hat, aber notwendig ist, weil sie die Macht des Patriarchats, auch noch den feministischen Kampf gegen das Patriarchat zu vereinnahmen und Feministinnen gegeneinander auszuspielen, in den Blickpunkt rückt.

„Alibifrauen“ bekommen Macht gewährt oder haben sich Macht erkämpft, die der großen Mehrheit von Frauen systematisch vorenthalten bleibt. Ihre Alibifunktion besteht darin, über den Ausschluß von Frauen aus Machtpositionen hinwegzutäuschen und den Anschein zu erwecken, es sei Frauen generell möglich, aufgrund eigener Leistung Zugang zu Einfluß, Status, Wohlstand zu erhalten. Für eine solche Position muß eine Frau Vor- und Gegenleistungen erbringen. Ihre „Qualifikation“ besteht im Nachweis, daß sie ein Verhalten, eine Sprache, Regeln und Methoden gelernt hat und beherrscht und innerhalb von Strukturen und nach Kriterien arbeiten kann, die unter Ausschluß von Frauen entwickelt worden sind und weiterhin dem Ausschluß von Frauen dienen. Unter solchen Bedingungen kann sich die feministische Option und der „Außenseiterinnenblick“<sup>6</sup> trüben: die Kritikfähigkeit gegenüber Machtstrukturen und die Ausrichtung auf alle Frauen, um nicht zu vergessen, daß es darum geht, die Welt zu nähren.

Auch dann, wenn Feministinnen die Vereinzelung und Beliebigkeit von Frauen in Machtpositionen durch Institutionalisierung feministischer Projekte überwinden wollen, erscheint es fraglich, ob sich der Aufwand für Vermittlungs- und Überzeugungsarbeit, für „Qualifizierung“, für Strategien, Kompromisse und Kooperation in patriarchalen Strukturen lohnt, der Energie, Zeit und Phantasie von der Arbeit an feministischen Aufgaben und Zielen abzieht. Der „autonomen“ feministischen Arbeit, die weniger Anpassung und Zugeständnisse erforderlich zu machen und weniger der Vereinnahmung und Abschwächung ausgesetzt zu sein scheint,

fehlt dagegen der Kontakt zur großen Mehrheit der Frauen. Vor allem aber kann der Anspruch mancher Feministinnen, aus patriarchalen Strukturen „auszusteigen“, sich „davonzumachen“ aus der Macht-sphäre des Patriarchats nicht eingelöst werden, da die Macht des Patriarchats überall herrscht und Frauen keinen „Freiraum“ läßt. Feministische Theologinnen artikulieren diese Erfahrung in der Beschreibung des Patriarchats als struktureller Sünde.<sup>7</sup> Es gibt nicht Beherrschung und Freiheit, nicht Krieg und Frieden:

„Es ist immer Krieg.

Hier ist immer Gewalt.

Hier ist immer Kampf.

Es ist der ewige Krieg.“<sup>8</sup>

Die Machthaber behaupten immer „dasselbe, dasselbe... Solche unentwegt wiederholten Behauptungen wirken beinahe wie Riesenreklamen für irgendein Mittel, die uns in großen Städten oft jahrelang von allen Mauern, Säulen, Zäunen, entgegen-grinsen, bis sie uns förmlich hypnotisieren, und – fast gegen unseren Willen – kaufen wir.“<sup>9</sup> Die Auswirkungen dieser Gewalt schlagen sich in unserer Umwelt nieder und verletzen uns im alltäglichen Leben. Sie machen aus Lebensgrundlagen Gefährdungen des Lebens. Die krebserzeugenden Abfallprodukte dieser Macht atmen wir mit der Luft ein und nehmen sie mit dem Trinkwasser und dem täglichen Brot in uns auf.

Wir befinden uns in dem Dilemma, daß Frauenbefreiung solange ein fragwürdiges Privileg einer kleinen Gruppe von Feministinnen bleibt und keine grundlegende und umfassende Veränderung bewirkt, solange Feministinnen keinen Einfluß ausüben auf die Bereiche der konzeptuellen Macht, mit der Sexismus legitimiert wird, und der strukturellen Macht, die der Stabilisierung von Gewalt dient. Einige Feministinnen sind daher von der „Entweder Autonomie oder Institutionalisierung“-Alternative abgerückt und entwickeln Doppelstrategien, die sie zum Teil in eigener Person leben: Autonome und institutionelle Arbeit wird aufeinander bezogen und soll sich gegenseitig kritisieren, inspirieren und unterstützen. In den Institutionen verschaffen Frauen den Erkenntnissen, Interessen und Forderungen der autonomen Frauenbewegung Eingang und bewirken eine – schrittweise – öffentliche Problematisierung von Sexismus. In der autonomen Arbeit experimentieren, phantasieren und entwickeln Frauen – relativ unbelastet von strukturellen Verhinderungen und Sachzwängen – eigene Projekte. Diese Doppelstrategie soll die konkrete Situation von Frauen im Blick

behalten und konkret verändern und dennoch die notwendige Arbeit von Feministinnen, die Selbstverständlichkeiten der herrschenden Gesellschaft zu durchbrechen, „kühne Träume zu träumen“<sup>10</sup> und die eigenen Visionen ins Leben zu rufen, fortsetzen. Sie ist dennoch eine riskante Gratwanderung zwischen Gleichberechtigung und Befreiung, Beteiligung und Kritik.

### Zerstörung in Macht verwandeln

Autonom und institutionell arbeitenden Feministinnen geht es nicht darum, im Rahmen des alten Machtgefüges einen Platz für Fraueninteressen zu sichern, sondern um eine befreiende und gerechte Weise des Handelns, Wahrnehmens, Denkens, Gestaltens, also eine grundsätzliche Veränderung von Verhalten, Beziehungen und Strukturen, damit Frauen an Körpern und Herzen überleben können. Da wir diese Veränderung weder durch Übernahme der herrschenden Macht noch durch Beteiligung an dieser Macht bewirken können, kämpfen Feministinnen nicht nur gegen den Ausschluß von Frauen von der Macht und üben nicht nur Herrschaftskritik, sondern arbeiten an Entwurf und Verwirklichung von schöpferischer Macht. Diese ist „keine Macht, die wir in Isolation oder getrennt voneinander und von der Welt erreichen. Sie ist vielmehr eine Energie unter uns, die uns dazu fähig macht und zwingt, uns an dem fortwährenden Kampf für das Wohlergehen der Menschen zu beteiligen. Sie gibt uns die Kraft, für unser eigenes Wohl und für das anderer Menschen zu kämpfen.“<sup>11</sup> Diese schöpferische Macht bewirkt nicht Abhängigkeit, sondern Mündigwerden und Eigenständigkeit anderer, sie wird nicht von wenigen Machthabern wie ein Besitztum verteidigt und Machtlosen vorenthalten, sondern nimmt zu, wenn sie geteilt wird. Sie zielt darauf hin, daß sie anderen – allen – verliehen wird und von allen ergriffen und eingesetzt wird. Solche Macht ermöglicht und braucht Lebensmittel: Nahrung, Wohnung, Bildung ebenso wie Wissen, Erkenntnis, Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeit, Güter und Mittel, aber auch Freundschaft, Liebe, Gemeinschaft und Religion, Erinnerung, Phantasie, Kritik.

Solche Macht wächst aus der Vision von Außen-seiterinnen, die Leiden und Unterdrückung erfahren haben, Brot und Rosen fordern und sich nicht damit begnügen, was ihnen „das Leben bietet“. „Ich liebe noch, um mehr zu wollen als mein Leben, um es für andere zu wollen.“<sup>12</sup> Solche Macht wird aber auch von Frauen partiell erfahren in ihrer Arbeit mit Kindern und Erwachsenen – wenn z. B. aus Kindern ei-

genständige und verantwortliche Menschen werden –, aber auch in künstlerischer, wissenschaftlicher, politischer und sozialer Arbeit. Allerdings wird unter der Herrschaft des Bestehenden solche Macht und Leistung meist nicht anerkannt, unsichtbar gemacht und verschwiegen. Octavia Hill, die für bessere Wohnbedingungen für Arme kämpfte und nach deren Tod in Amsterdam nach dem Octavia-Hill-System eine große Zahl von Wohnungen gebaut wurde, schrieb in einem Brief: „Sie und ich, wir wissen, daß es kaum eine Rolle spielt, ob wir die unsichtbaren, tief in das sumpfige Gelände getriebenen Pfeiler sind, auf denen die sichtbaren Pfeiler ruhen, welche die Brücke stützen. Es kümmert uns nicht, wenn die Menschen hinterher vergessen, daß dort unten überhaupt jemand ist, oder wenn einige bei den Experimenten geopfert werden müssen, bevor man die beste Art, eine Brücke zu bauen, herausgefunden hat. Wir sind durchaus bereit, zu denjenigen zu gehören. Die Brücke ist uns wichtig und nicht unser Platz in diesem Bauwerk.“<sup>13</sup>

Damit aus Einsatz und Einfluß von Frauen Kraft zur Veränderung des Bestehenden und Verwirklichung von Visionen wächst, müssen sie sichtbar und für andere Frauen erkennbar werden („Denn Schweigen und Unsichtbarkeit gehen Hand in Hand mit Ohnmacht.“<sup>14</sup>), müssen sie als Kritik und Störung der Routine der Macht eingesetzt und als Lebensfragen in ihrem Zusammenhang wahrgenommen werden. Deshalb wehren sich die meisten feministischen Theologinnen auch so massiv gegen die Trennung von Theologie als Wissenschaft und feministisch-theologischer „Laiinnenbewegung“, von säkularer und kirchlicher Frauenbewegung, von Religion/Spiritualität und Politik. „Es geht um jede Minute unseres Lebens, vom Träumen angefangen übers Zähneputzen bis zum Unterrichten.“<sup>15</sup> Der Anspruch ist hochfliegend, aber bleibt auf dem Boden des tatsächlichen Frauenlebens.

Jedes Moment der eigenen Lebenssituation ist möglicher und wichtiger Anlaß, um schöpferische Macht zu entfalten: im Kampf ums „Überleben“ in dieser Situation, in der Kritik dieser Situation im Licht der eigenen Vision von einem guten Leben, im Versuch, die Situation in Richtung auf diese Vision hin zu verändern. Anders als die Siegermacht kann sie besonders aus Erfahrungen des Scheiterns und der Störung wachsen. Frauen in den sogenannten Männerberufen stehen z. B. häufig in der Spannung zwischen den Anforderungen und „Sachzwängen“ ihrer Berufsarbeit, den Erwartungen an Frauen als unbezahlte „Beziehungsarbeiterinnen“ auch in die-

sen Berufen, ihren eigenen Erwartungen an ihre Berufsarbeit, der anderen Arbeit, die sie leisten, ihren Ansprüchen an ein vielfältiges Leben, ihrem Wunsch nach Zeit und Energien für sich selbst, ihre Freundinnen/Freunde, ihrem Recht, auch einmal „nichts zu tun“, und den Unterbrechungen ihres Lebensplans durch Krankheiten, Krisen, Schwangerschaft, Erwerbsarbeitslosigkeit und anderen Störungen der Berufsroutine. Daß Frauen im allgemeinen weniger bereit und auch weniger in der Lage sind, „Berufskarrieren“ ohne solche Störungen zu planen und zu verfolgen, muß nicht nur als Verhinderung des Potentials von Frauen gesehen werden, sondern kann sich auch als Quelle für Protest und Macht erweisen. Weil Frauen mit geringerer Wahrscheinlichkeit in diesen Berufen „funktionieren“ können, können sie auch mit klarem, kritischem Außenseiterinnenblick die Relevanz dieser Berufstätigkeiten und ihre Auswirkungen in Frage stellen, sie können diejenigen, die von solchen Berufen ausgeschlossen und gleichwohl von ihnen betroffen sind, in Erinnerung behalten, sie können auch die erzwungenen Unterbrechungen des Berufslebens als kreative und notwendige Lebens- und Arbeitsphasen nutzen.

Vor allem die Erfahrung von Krankheit und Tod kann zum Anlaß werden, die Auswirkung der Zerstörung in Störung und Macht zu verwandeln. Audre Lorde beschreibt die Wandlung von „Schweigen in Sprache und Aktion“ in ihrem Krebstagebuch, in dem sie ihren Brustkrebs nicht als ihr Privatproblem, nicht als Schicksal und nicht als Frauensache, sondern als Folge patriarchaler Macht reflektiert. Als sie nach einer Brustamputation zu ihrem Arzt in die Sprechstunde kommt, wird sie von der Sprechstundenhilfe getadelt, weil sie keine Prothese trägt. Wenigstens bei ihren Arztbesuchen solle sie eine Prothese tragen. „Sonst schadet es der Praxismoral“. Dieses Erlebnis verletzt Audre Lorde, wird aber zum Ausgangspunkt einer Reflexion (und fortgesetzten Aktion) mit dem Ziel, mit anderen brustamputierten Frauen Macht zu entwickeln. Sie versteht nun die fehlende Brust als Wunde einer Kriegerin: „Frauen mit Brustkrebs sind [. . .] Kriegerinnen. Ich selbst war im Krieg und bin es noch. Und desgleichen jede Frau, der eine oder beide Brüste abgenommen werden mußten, weil sie Krebs hatte [. . .] Für mich sind meine Narben ein ehrenhaftes Zeichen der Erinnerung daran, daß ich in diesem kosmischen Krieg gegen Strahlenverseuchung, tierische Fette, Luftverschmutzung, McDonalds „Hamburger“ und Roten Farbstoff Nr. 2 zum Opfer werden könnte, aber noch hält der Kampf an und noch nehme ich an

ihm teil. Ich lehne es ab, hinter Lammwolle oder Silikon-Gel meine Narben zu verstecken oder zur Trivialität werden zu lassen [. . .] Wenn wir die Maske der Prothese annehmen, erklären wir einbrütigen Frauen uns selbst für ungenügend und von einer Vortäuschung falscher Tatsachen abhängig. Wir verstärken unsere eigene Isolation und unsere Unsichtbarkeit füreinander ebenso wie die Selbstgefälligkeit einer Gesellschaft, die es vorzieht, die Resultate ihres eigenen Wahnsinns nicht vor Augen zu haben. Dazu kommt, daß wir uns das gegenseitige Erkennen und die Unterstützung vorenthalten, die eine unschätzbare Hilfe in unserem Bemühen wäre, die Dinge in eine Relation zu bringen und uns selbst zu akzeptieren.“<sup>16</sup>

Zerstörung von Frauen muß nicht Schwäche bedeuten, sondern kann zur Störung und zur Quelle der Macht werden, wenn wir uns entschließen, nicht zu funktionieren, sondern ein Leben in Fülle für alle beanspruchen. Ein unbescheidener Anspruch – doch wir leben nicht, wenn wir uns mit weniger begnügen.

## Anmerkungen

1. Adrienne Rich, *Hunger*, in: Dagmar Schultz (Hg.), *Macht und Sinnlichkeit. Ausgewählte Texte von Adrienne Rich und Audre Lorde*, Berlin 1983, 94-96.96.
2. Hedwig Dohm, zit. nach Marielouise Janssen-Jurreit, *Sexismus. Über die Abtreibung der Frauenfrage*, München-Wien 1976, 15.
3. Vgl. dazu Elisabeth Schüssler Fiorenza, *In Memory of Her. A Feminist Theological Reconstruction of Christian Origins*, New York 1983.
4. Vgl. Valerie Saiving Goldstein, *Die menschliche Situation – ein weiblicher Standpunkt*, in: Elisabeth Moltmann-Wendel (Hg.), *Frauenbefreiung. Biblische und theologische Argumente*, München 1978 (3. veränderte Auflage), 152-173; Judith Plaskow, *Sex, Sin and Grace. Women's Experience and the Theologies of Reinhold Niebuhr and Paul Tillich*, Yale University 1975.

5. Virginia Woolf, *Drei Guineen*, München 1978, 67–69.
6. Adrienne Rich, *Denken wie Männer: Die Funktion der Alibifrau – Mut zum Ketzertum: die Vision der Außen-seiterin*, in: D. Schultz (Hg.), *Macht und Sinnlichkeit*, 128–137.133 f.
7. Vgl. z. B. Rosemary Radford Ruether, *Sexismus und die Rede von Gott. Schritte zu einer anderen Theologie*, Gütersloh 1985, Kap. 7: *Die Erfahrung des Bösen*.
8. Ingeborg Bachmann, *Malina*, Frankfurt 1974, 247.
9. Hedwig Dohm, zit. nach Cheryl Benard, *Die geschlossene Gesellschaft und ihre Rebellen. Die internationale Frauenbewegung und die Schwarze Bewegung in den USA*, Frankfurt 1981, 173.
10. Barbara Starrett, *Ich träume weiblich*, München 1978.
11. Carter Heyward, *Und sie rührte sein Kleid an. Eine feministische Theologie der Beziehung*, Stuttgart 1986, 30.
12. Adrienne Rich, *Hunger*, 96.
13. Virginia Woolf, *Drei Guineen*, 185 f. Anm. 35.
14. Audre Lorde, *Auf Leben und Tod. Krebsstagebuch*, Berlin 1984, 79.
15. *Der Kampf, mir meine Wahrnehmung zu erhalten. Adrienne Rich im Gespräch mit Audre Lorde*, in: Dagmar Schultz (Hg.), *Macht und Sinnlichkeit*, 27–59.50.
16. Audre Lorde, *Auf Leben und Tod*, 77–79.

## Annemarie Renger Freiheit der Lebensgestaltung für Mann und Frau

*Annemarie Renger, Jahrgang 1919, von 1945 bis 1952 Privatsekretärin von Dr. Kurt Schumacher, von 1972 bis 1976 Präsidentin des Deutschen Bundestages und jetzt dessen Vizepräsidentin, ist MdB in der 10. Wahlperiode. Seit 1976 ist sie Vorsitzende der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe.*

„Wenn die politische Demokratie die Gesellschaft vollständig durchdrungen hat, wird auch die Gleichberechtigung der Frau erreicht sein.“ Diesen Satz habe ich vor einigen Jahren geschrieben. Ich möchte ihn ergänzen, indem ich den Umkehrschluß aus ihm ziehe: Erst die gesellschaftliche Gleichberechtigung der Frau vervollständigt die Demokratie.

Vor einem halben Jahrhundert – vom 26. Februar bis zum 1. März 1937 – tagte in Zürich die vom „Weltbund für Frauenstimmrecht und staatsbürgerliche Erziehung“ ausgerichtete „Internationale Studienkonferenz für Frauenstimmrecht und staatsbürgerliche Frauenarbeit“ mit damals vierzig nationalen Frauenverbänden. Deutsche waren allerdings nicht mehr darunter. Die demokratischen Frauenverbände waren im nationalsozialistischen Deutschland verboten und die NS-Frauenschaft verfolgte keine emanzipatorischen Ziele. In seiner Arbeit verstand sich der Weltbund als politisch und

konfessionell absolut neutral im Gegensatz zu den radikaleren Frauenvereinigungen. Unbeschadet seiner ideologischen Einordnung lohnt die Erinnerung an die Forderungen der Züricher Konferenz, sind sie doch trotz ihres gemäßigten Tons noch weitgehend unerfüllt.

Hauptthemen des unter dem Vorsitz von Marjorie Corbett Ashby, der britischen Delegierten und Präsidentin des Weltbundes, tagenden Kongresses waren neben dem Frauenstimmrecht, das 1937 erst in 24 der im Weltbund vertretenen Länder eingeführt war, die Friedenspolitik sowie Frauenarbeit und Frauenarbeitslosigkeit. Die lebhaften Debatten mündeten in mehrere Entschlüsse. So postulierte die Resolution zur Frauenarbeit das gleiche Recht der verheirateten wie der ledigen Frau auf Bildungs- und Berufsmöglichkeiten. Eine der ältesten Forderungen der Frauenbewegung sei das Recht der Frau auf Arbeit. Es könne ihr auch unter dem Vorwand der Krise nicht geraubt werden. Je stärker die Löhne für Frauenarbeit gedrückt würden, desto mehr werde die Frau als Konkurrentin des Mannes empfunden, weshalb es auch im Interesse der Männer liege, gemeinsam mit den Frauen um gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu streiten. Frauen den Weg zur Berufstätigkeit zu versperren, löse nicht das Problem der Arbeitslosigkeit. Ebenso wichtig seien eine Verbesserung der Berufsausbildung für Frauen und die Öffnung von Führungspositionen in der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung.

Nach dem Leitbild des Grundgesetzes verwirklicht sich im demokratischen Rechtsstaat die Menschenwürde durch die freie Entfaltung der Persönlichkeit vor einem Hintergrund allgemeiner Chancengleichheit und sozialer Sicherungen. Gleichstel-

lung der Frauen im Sinne dieser Verfassungswerte bedeutet u. a., daß auch sie die Möglichkeit haben müssen, in der gleichen sozialen Sicherheit wie der Mann berufstätig zu sein, wenn sie dies wollen. Bei der Verwirklichung der Forderung nach gesellschaftlicher Gleichstellung der Frau handelt es sich jedoch um einen der nach wie vor unerfüllten Aufträge unserer Verfassung.

Die Programme der SPD enthalten seit 1875 – mit deutlichen Akzenten in den Jahren 1891 und 1925 – Forderungen nach gesellschaftlicher Gleichstellung der Frau; sie hat der Orientierungsrahmen '85 wieder aufgegriffen. Im jetzt vorliegenden Irseer Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms der SPD nimmt die Frage einen zentralen Platz ein. Es ist kein Zufall, daß es im Parlamentarischen Rat eine Sozialdemokratin, Elisabeth Selbert, war, deren Einsatz die Einfügung des Gleichberechtigungsgrundsatzes in das Grundgesetz wesentlich gefördert hat.

Auch heute lautet das Ziel, daß eines Tages Frauen und Männer Erwerbsarbeit, Haus- und Familienarbeit, gesellschaftliche Arbeit und kulturelle Tätigkeiten miteinander ausüben.

Das setzt eine Anpassung der Arbeitsabläufe an diesen gesellschaftlichen Strukturwandel voraus, wozu entscheidend eine drastische Reduzierung der täglichen Arbeitszeit gehört. Ist es auch unrealistisch, deren kurzfristige Verwirklichung für möglich zu halten, könnten die technologischen Neuerungen hier wertvolle Hilfestellung leisten. Das verlangt aber zugleich eine Erweiterung der Mitbestimmungsbefugnisse und der politischen Kontrolle auf Fragen technischer Investitionen und deren Anwendung, die bisher aufgrund der alleinigen Bestimmung durch die Arbeitgeberseite fast ausschließlich als Rationalisierungsinstrument und damit spezifisch frauenfeindlich gehandhabt wurden. Wer sich dem technischen Fortschritt allerdings grundsätzlich versperrt, statt die ihm innewohnenden Möglichkeiten einer Humanisierung der Arbeitswelt schöpferisch zu nutzen, spielt nicht nur objektiv das Spiel der Rationalisierungsstrategen, sondern verpaßt überhaupt die historische Chance, die sich viele Generationen von Sozialdemokraten erträumt haben.

Die Realität sieht heute allerdings anders aus: Nirgendwo macht die Rationalisierung so rasche Fortschritte wie gerade in den Bereichen, in denen Zehntausende junger Mädchen ausgebildet werden, nämlich Verkäuferin und Bürohilfin. Sechs von zehn Mädchen lernen solche „zukunftlosen“ Berufe, die sich durch niedrige Entlohnung, geringe

Aufstiegsmöglichkeiten und ein hohes Arbeitsplatzrisiko auszeichnen. Schon jetzt sind aber zwei Drittel aller Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz Mädchen. Wenn der Einsatz neuer Bürotechnologien sich weiterhin jeder Beeinflussung durch die Politik entziehen kann, werden in den Europäischen Gemeinschaften im Bürobereich in den nächsten zehn Jahren fünf Millionen Arbeitsplätze verloren gehen.

Heute wie vor fünfzig Jahren arbeiten Frauen genauso viel wie oder – wenn ihre in der Regel gegebene Doppelbelastung einbezogen wird – mehr als Männer; der Unterschied besteht weiterhin darin, daß Frauenerwerbsarbeit weitgehend unterbezahlt ist und Hausfrauenarbeit in keiner Weise entgolten wird. Auch schieben nach wie vor 92 Prozent der Männer die Hausarbeit auf Frauen ab. Dabei bemüht sich der soziale Rang des einzelnen in der Regel nach seiner Stellung im Beruf, die wiederum sich häufig aus seinem Einkommen ableitet. Immer noch

- fangen die niedrigsten Löhne männlicher Arbeiter oft erst da an, wo die höchsten der Arbeiterinnen aufhören,
- verdienen Facharbeiterinnen in der Industrie im Durchschnitt weniger als die männlichen Hilfsarbeiter,
- sind die Gehälter weiblicher Angestellter – bei gleicher Qualifikation – im Durchschnitt um ein Drittel niedriger als die ihrer männlichen Kollegen,
- sind die Frauenlöhne oft zu gering, um für eine eigenständige soziale Sicherung auszureichen, sei es gegen Arbeitslosigkeit, sei es für das Rentenalter,
- sind 60 % der Sozialhilfeempfänger Frauen.

Die Arbeitslosenquote bei den Frauen liegt höher als bei den Männern, sie werden seltener wiederbeschäftigt als diese, ihre Arbeitslosigkeit dauert länger. In der Gruppe der Zwanzig- bis Fünfundzwanzigjährigen stellen die Frauen bereits 52,6 Prozent der Arbeitslosen, in einigen strukturschwachen Gebieten sind 90 % der Mädchen ohne Arbeitsplatz.

Die Misere beginnt mit dem Einstieg in den Beruf. Die sozialliberale Bildungspolitik hatte die Ausbildung der Mädchen bereits verbessert, soweit es um allgemeinbildende Schulen ging. Die Mädchen haben die Jungen bei der Zahl der Realschulabschlüsse (54,7 %) wie bei den Abiturienten (50,3 %) überholt. Im Zeichen der „Wende“ ist aber auch hier eine Rückwärtsbewegung eingeleitet worden. So trifft die Streichung des Schüler-Bafögs tendenziell die Mädchen am härtesten, weil bei begrenztem Familienbudget nach wie vor die Ausbildung der Jungen Vorrang genießt. *Wurden im Jahre 1982 noch 401 916*

*Schülerinnen gefördert, war diese Zahl 1984 bereits drastisch auf 88 574 gesunken.*

Es braucht Mut, statt eines „typischen Frauenberufs“ eine Berufsausbildung mit Zukunft zu beginnen. Dabei müssen schulische Angebote und staatliche Förderungsprogramme helfen. Betriebliche Frauenförderpläne sollen ihren Teil dazu beitragen, die Diskriminierung der Frauen bei Ausbildung, Einstellung und Weiterbildung abzubauen. An den Hochschulen muß der Anteil der Frauen an den Dozenten gezielt erhöht werden.

In der öffentlichen Verwaltung reichen die bisherigen „weichen“ Frauenförderrichtlinien nicht aus. Sie wiederholen in der Regel nur, was Verfassung, Gesetz und die Fürsorgepflicht des Dienstherrn auch bisher bereits vorschrieben. So ist unwahrscheinlich, daß die Verwaltung dem Leistungsprinzip angemessen Rechnung getragen hat, wenn festzustellen ist, daß Frauen schon gemessen an ihrem Anteil an Ausbildungs-, Schul- und Universitätsabgängern in den meisten Bereichen unterrepräsentiert sind, obwohl sie im Schnitt bessere Leistungen erbracht haben als ihre männlichen Mitbewerber.

Frauen, die sich entschieden haben, während der Zeit der Kindererziehung mit ihrer Berufstätigkeit auszusetzen, brauchen dringend ein Programm zur beruflichen Wiedereingliederung. Dazu gehört auch, daß die recht großzügigen Beurlaubungsmöglichkeiten für Beamte generell – nicht nur in einigen Bundesministerien – auf alle Angehörigen des öffentlichen Dienstes ausgedehnt werden. Arbeitssuchende Frauen, die während der Zeit der Mutterschaft und Kindererziehung aus dem Berufsleben ausgeschieden sind, befinden sich regelmäßig in einem Alter, das ohne staatliche Programme auf dem ohnehin engen Arbeitsmarkt Einstellungschancen vereitelt.

Zugunsten berufstätiger Mütter müssen weit mehr Gemeinschaftseinrichtungen zur qualifizierten Kinderbetreuung, aber auch aus Gründen der Sozialisation des Kindes eingerichtet werden; es fehlen Kinderkrippen und -gärten, es fehlen aber auch Ganztagschulen. Überhaupt liegt ein erheblicher Bedarf an zusätzlicher sozialer Infrastruktur vor.

Nach Beendigung des Erwerbslebens setzt sich die Ungleichbehandlung von Mann und Frau fort. 83 % der Bezieher von Niedrigrenten sind Frauen. Mehr als die Hälfte der Witwen in der Bundesrepublik Deutschland müssen sich mit einer Rente unter 700 DM begnügen. Frühere Arbeiterinnen beziehen nach dem Renten Anpassungsbericht vom vergangenen Jahr durchschnittlich 339 DM und frühere An-

gestellte 806 DM Monatsrente. Diese Situation nach Abschluß der aktiven Tätigkeit ist häufig nur eine Fortsetzung der Diskriminierung der Frauen, wie sie sich in der zu niedrigen Entlohnung ihrer Erwerbstätigkeit ausgedrückt hat.

Es darf nicht so bleiben, daß nur den Männern die höher qualifizierten Vollzeitarbeitsplätze mit umfassender sozialer Absicherung zugestanden und eine große Zahl von Frauen als Arbeitsmarktreserve auf weniger qualifizierte und sozial kaum oder überhaupt nicht abgesicherte Teilzeitbeschäftigungen verwiesen werden. Teilzeitarbeit ist nur insoweit akzeptabel, als sie – im Gegensatz zu den Folgen des „Beschäftigungsförderungsgesetzes“ der Regierung – sozial voll abgesichert vor allem erforderlich ist, um gleichzeitig Familienaufgaben wahrzunehmen und die berufliche Qualifikation zu erhalten. Dann allerdings kommt sie Wünschen besonders der Frauen entgegen, die ihre Mutterpflichten erfüllen und gleichzeitig die eigene Lebensplanung verwirklichen wollen, ohne zu warten, bis die allgemeine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit Wirklichkeit geworden ist.

Das Bundesarbeitsgericht hat hier soeben eine wegweisende Entscheidung gefällt: Nach dieser dürfen Betriebe Teilzeitarbeitnehmer nicht von freiwilligen sozialen Leistungen ausschließen, ohne sich einer „mittelbaren Diskriminierung“ schuldig zu machen. Damit hat eine Grundsatzentscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom März 1981 zu dieser Form der Diskriminierung in der höchstgerichtlichen Rechtsprechung der Bundesrepublik Deutschland ihren Niederschlag gefunden. Damals hatte das Luxemburger Gericht entschieden, daß geschlechtsneutral formulierte Leistungsvoraussetzungen im Arbeitsleben, die von Frauen nicht oder nur mit unverhältnismäßigen Schwierigkeiten erfüllt werden können, den Diskriminierungstatbestand erfüllen. Die Kasseler Richter sahen diese Voraussetzungen jetzt als gegeben an, wenn ein Unternehmen eine Betriebsversorgung von einer fünfzehn bis zwanzig Jahre dauernden Vollzeitarbeit abhängig macht. Denn dazu sind Frauen aufgrund ihrer familiären Bindungen und Belastungen sehr häufig nicht in der Lage.

Ein anderes Feld der Diskriminierung ist seit vielen Jahren in der Diskussion: Die frauenfeindliche Bewertung von Erwerbsarbeit als „schwer“ oder „leicht“ muß durch entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen mit empfindlichen Sanktionen bedroht und unterbunden werden. Dazu müssen nicht nur die Gleichstellungsvorschriften der Europäi-

schen Gemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland konsequent umgesetzt und dem Bundestag mindestens alle zwei Jahre – besser jährlich – ein Gleichstellungsbericht zugeleitet werden. Nötig ist ein Gleichstellungsgesetz, das die im Zeichen der konservativen „Frauenpolitik“ vernachlässigte Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt und beim Zugang zu den Ausbildungsplätzen sichern soll. In der vergangenen Wahlperiode hat die SPD-Fraktion dazu ein Gesetz vorgelegt, das bei Diskriminierungen am Arbeitsplatz u. a. eine Beweislastumkehr, Schadensersatzverpflichtungen und Bußgelder vorsah.

Auf hartnäckigen Widerstand der Arbeitgeber stoßen auch weiterhin die Bemühungen der Gewerkschaften, Gewichtungsschlüssel bei der analytischen Arbeitsplatzbewertung in der Konsequenz der von der damaligen sozialliberalen Bundesregierung in Auftrag gegebenen Gutachten von Rohmert und Rutenfranz so zu ändern, daß Momente wie Geschicklichkeit, Ausdauer und Monotonietoleranz nicht unter- und Muskularbeit und Ausbildung nicht überbewertet werden. Hetze, Streß, Konzentration, den ganzen Tag die gleichen Bewegungen, immer die gleiche Körperhaltung, kaum Freiheit, den Arbeitsablauf selbst zu bestimmen: dies kennzeichnet noch immer die angeblich „leichtere“ Frauenarbeit. Nur weil sie Arm- und Beinmuskeln weniger beansprucht als manche „typische Männerarbeit“, wird sie schlechter bezahlt als diese. Um ein Signal zu setzen, habe ich deshalb vor einigen Jahren benachteiligte Frauen öffentlich aufgefordert, die Gerichte anzurufen. Die daraufhin angestrebten Verfahren endeten in der Regel zugunsten der Klägerinnen.

Ebenso ist den gegenwärtigen Erscheinungsformen der „Deregulierungskampagne“, wie den Vorhaben zur „Flexibilisierung der Arbeitszeit“, die nur auf eine bessere Verwertbarkeit der Arbeitskraft von Frauen hinauslaufen, eine Absage zu erteilen. Hierzu zähle ich auch das Vorhaben der Regierungskoalition, die Ladenöffnungszeiten zu verlängern und damit das geltende Ladenschlußgesetz zu lockern. Das ist ebenso familienfeindlich wie die ebenfalls diskutierte Samstagarbeit. Darüber hinaus ist das Konzept der „kapazitätsorientierten variablen Arbeitszeit“ ein Schritt zurück hinter den verfassungsrechtlich garantierten Schutz des Sozialstaats.

Die *Witwenrenten* müssen schrittweise angehoben werden. Dafür gilt es, eine neue Rentenformel zu finden. Im Entwurf eines Rentenreformgesetzes 1985 haben wir das Teilhabemodell vorgeschlagen. Es sah u. a. vor, bei Garantie der selbst erworbenen

Rente 70 % der Anwartschaften beider Eheleute dem überlebenden Partner zu belassen. An diesen Entwurf kann auch in der jetzt begonnenen Wahlperiode angeknüpft werden.

Die Anrechnung von *Kindererziehungszeiten* muß allen Müttern zugute kommen; nicht nur denjenigen, die 65 Jahre alt sind oder jünger und es sich leisten können oder konnten, nach der Geburt ihres Kindes ein volles Jahr mit der Arbeit auszusetzen.

Alles in allem handelt es sich um Forderungen, die die Aktualität der Resolutionen auf der Züricher Konferenz vor fünfzig Jahren belegen. Ein anderer Schwerpunkt der damaligen Diskussionen lag auf der Forderung nach Einführung des Frauenstimmrechts in den Ländern, die Frauen nach wie vor vom Wahlrecht ausschlossen. Unter den Teilnehmern der Züricher Konferenz bestand aber Einigkeit darüber, daß die Einführung des Wahlrechts nur ein Anfang politischer und gesellschaftlicher Emanzipation sein könne. In einem weiteren Schritt müßten die Frauen ihre Kraft und ihre Erfahrungen in den Dienst von Staat und Gesellschaft stellen.

Die heutige Situation zeigt die Berechtigung dieser vorsichtigen Einschätzung: Der Frauenanteil im Deutschen Reichstag betrug 1918 etwa 8 Prozent; in der 10. Wahlperiode war er bei 10 Prozent angelangt. Daß er in der laufenden Bundestagswahlperiode auf 15 1/2 Prozent gestiegen ist, ist auch ein Verdienst der Frauen in der SPD. In der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion wuchs die Zahl der weiblichen Mandate immerhin um mehr als 32 Prozent, so daß sie die Koalitionsparteien weit hinter sich ließ. Bei dem so erreichten Anteil von 16,06 % kann aber auch in der SPD von einem Durchbruch noch nicht gesprochen werden.

Bei den leitenden Positionen in Wirtschaft und Verwaltung ist ebenfalls noch keine entscheidende Verbesserung zu verspüren. Auch ehrenamtliche Tätigkeit in politischen und gesellschaftlichen Organisationen ist weitgehend „Männersache“ geblieben.

Zur Erreichung einer stärkeren Repräsentanz von Frauen in der Politik müssen endlich Änderungen im Wahlrecht zu den Parlamenten auf die Tagesordnung. Dabei sollte genauestens geprüft werden, ob den Frauen nicht zunächst einmal über ein System „begrenzt-offener“ Listen die Möglichkeit gegeben werden kann, Kandidatinnen auf den Listen der Parteien besser zu platzieren. Die bisherigen Erfahrungen mit diesem Modell sind allerdings sehr unterschiedlich ausgefallen; es gibt ermutigende und weniger erfreuliche Beispiele. Mit einer Wahlrechtsänderung würde ein Zeichen gesetzt, daß auch in die-

sem besonders traurigen Bereich der Frauenpolitik etwas in Bewegung geraten ist.

Vor fünfzig Jahren verloren die Delegierten des Züricher Kongresses bei allen Forderungen nicht aus dem Auge, daß die Verwirklichung ihrer Vorstellungen nicht alleine auf der Basis von Gesetzestexten herbeigeführt werden konnte. Die Tradition einer auf den Mann hin orientierten Lebensführung läßt sich nur abbauen, wenn Frauen das über Jahrhunderte eingefübte Lebensmuster nicht mehr als gegeben hinnehmen, sondern die sich bietenden Chancen zur bewußten und gezielten Entfaltung ihrer über den häuslichen Bereich hinausgehenden Fähigkeiten zu nutzen.

Zur Zeit steht bei männlichen Politikern aller Parteien die Frauenpolitik hoch im Kurs. Nicht erstaunlich, wenn man bedenkt, daß Frauen eine deutliche Mehrheit der Wähler stellen. 21 Millionen wahlberechtigten Männern stehen 24 Millionen weibliche Wahlberechtigte gegenüber. Doch auf welche Weise behandelt die Politik dieses Thema? Hören wir genau zu, so stellen wir fest, daß man uns, die Mehrheit, als eine Minderheit einstuft, stimmenmäßig zwar von erheblichem Gewicht, thematisch aber eher eine Nebensache. Seit einiger Zeit instrumentalisieren zudem Politiker, die Frauen bisher allenfalls unter dem Aspekt ihrer den Männern dienenden Funktion betrachtet hatten, den Begriff der „Frauenpolitik“ in nicht ungeschickter Weise für ihre eigenen Zwecke. Auf der Strecke bleibt das ernstliche Bemühen, allen Frauen das gleiche Recht auf allseitige Entfaltung ihrer Persönlichkeit zuzugestehen, wie es Männer für sich in Anspruch nehmen, und die Frauen auch in der Wirklichkeit in die Lage zu versetzen, eine tatsächlich gleichberechtigte Rolle in diesem Staat und in dieser Gesellschaft zu spielen.

Gegen eine solche als einzige diesen Namen verdienende Frauenpolitik laufen die neuen selbsternannten „Frauenpolitiker“ aber – selbstverständlich „im wohlverstandenen Interesse“ der Frauen – Sturm, wittern sie doch die Gefahr, vermeintlich angestammte Privilegien zu verlieren. Dann werden fröhlich altbekannte Rollenbilder aus der Schublade gekramt – von der gefühlskalten, maskulinen Emanze bis hin zur parasitären „Doppelverdienerin“. (Als erste haben im übrigen die Nazis solchen „Doppelverdienerin“ in einem „Erlaß des Führers und Reichskanzlers“ einen Riegel vorgeschoben.) Dem wird die opferbereite selbstlose Hausfrau und Mutter gegenübergestellt und diese Opferbereitschaft für den Mann idealisiert.

Auf diese Weise werden Frauen gegeneinander ausgespielt. Es wird der Anschein erweckt, als ob es heute überwiegend Familien mit drei und mehr Kindern gäbe, die gewiß der Mutter – und des Vaters – bedürften. Tatsache ist aber, daß nur ein Drittel der Familien diese Größe aufweisen, die meisten Geburten vor dem 28. Lebensjahr der Frau liegen und die Frauen mehrere Jahrzehnte an eigener Lebensgestaltung gewonnen haben. Thea von Harnack fragte einmal: „Sollen diese Jahre hingehen wie ein Geschwätz?“

Die Bemühungen dieser Bundesregierung erwecken den Eindruck, daß es ihr weniger um Frauen-, als um eine frauen- und familienpolitisch verbrämte Form von Bevölkerungspolitik geht. Die Sorge um „das Aussterben der Deutschen“ läßt es offenbar konservativen Politikern angeraten erscheinen, in die Familie zu investieren – nicht ohne dabei das Ziel einer Umverteilung zu Lasten der Schwächeren aus dem Auge zu verlieren. Die hohe Arbeitslosigkeit macht es möglich, die aus der Sicht konservativer Politik zweite Aufgabe der Frauen, nämlich eine industrielle Arbeitsmarktreserve zu bilden, in den Hintergrund zu drängen. Für die Million arbeitsloser Frauen wird dagegen nichts getan.

Frau Stüßmuth mag noch so gute Absichten verkünden; diese Bundesregierung benutzt sie allenfalls als Stimmenfängerin für die jüngere Frauengeneration, ohne in der Sache selbst Fortschritte vorweisen zu können. Vorsichtshalber hat man sie von vornherein ohne wesentliche Kompetenzen gelassen. Die Maßnahmen, die die Koalition soeben zur Verkomplizierung des Verfahrens beim Schwangerschaftsabbruch beschlossen hat, sprechen da eine deutliche Sprache. Es fehlt nicht nur am Fortschritt, sondern schon wird bereits Erreichtes wieder rückgängig gemacht.

Sicher sind alle Frauen aufgerufen, aktiv die ihnen rechtlich eingeräumten gleichen Chancen zu nutzen und auch durch ihr eigenes Engagement zum Abbau der alltäglichen Diskriminierung beizutragen. Dem Verfassungsauftrag wird aber nicht gerecht, wer den Frauen aus ideologischen Motiven vorschreiben möchte, was ihre „natürliche Bestimmung“ ist. Am Ende muß die Freiheit der Lebensgestaltung für Mann und Frau in Familie und Gesellschaft stehen, das Miteinander bei der Lösung gemeinsamer Aufgaben, wie es schon vor fünfzig Jahren die Delegierten auf der Frauentagung in Zürich mit ihren Resolutionen anstrebten.

# Hortense Hörburger Papier ist geduldig Die Umsetzung des EG-Rechts zur Gleichstellung von Frau und Mann in nationales Recht der Mitgliedsstaaten

*Dr. Hortense Hörburger ist Auslandskorrespondentin in Brüssel.*

Die Gründungsverträge der Europäischen Gemeinschaft – die Römischen Verträge von 1957 – sind reine Wirtschaftsverträge zwischen Staaten und haben deshalb mit Gleichberechtigung für Frauen nicht viel im Sinn. Um so intensiver setzen sie sich mit Wettbewerb und Wettbewerbsverzerrungen auseinander. Und weil es – rein wirtschaftlich gesehen – natürlich eine grobe Wettbewerbsverzerrung ist, wenn in einem Mitgliedsland der EG Frauen in einem Wirtschaftszweig wesentlich weniger verdienen als Frauen in demselben Zweig in einem anderen Mitgliedsland der EG, kam durch diese Hinterfür auch die „Frauenfrage“ in die Römischen Verträge. Vor und während der Abfassung der Römischen Verträge lagen immer Argumente in der Luft, die besagten, daß Länder, die bereits die Lohngleichheit verwirklicht hätten, gegenüber Ländern, die das noch nicht getan hätten, einen „komparativen“ Nachteil hätten. Deshalb ist logischerweise der Beitrag der Römischen Verträge zur Situation der Frau ein Artikel über die herzustellende Lohngleichheit – eben, um Wettbewerbsverzerrungen zwischen den EG-Mitgliedsstaaten abzubauen. In Artikel 119 der Römischen Verträge heißt es: „Jeder Mitgliedsstaat wird während der ersten Stufe den Grundsatz des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit anwenden und in der Folge beibehalten. Unter Entgelt im Sinne dieses Artikels sind die üblichen Grund- und Mindestlöhne und Gehälter sowie alle sonstigen Vergütungen zu verstehen, die der Arbeitgeber aufgrund des Dienstverhältnisses mittelbar oder unmittelbar in bar oder in Sachleistung bezahlt. Gleichheit des Arbeitsentgelts ohne Diskriminierung des Geschlechts bedeutet: a) daß das Entgelt für die gleiche, nach Akkord bezahlte Arbeit auf-

grund der gleichen Maßeinheit festgesetzt wird; b) daß für eine nach Zeit bezahlte Arbeit das Entgelt bei gleichem Arbeitsplatz gleich ist“.

Soweit, so gut, doch mit der Aufnahme von Artikel 119 in die Römischen Verträge änderte sich an der Lohn- und Gleichstellungspolitik der Mitgliedsstaaten nichts. 1960 veröffentlichte die EG-Kommission eine Empfehlung, in der sie darlegte, daß Artikel 119 die Mitgliedsstaaten verpflichtet, geeignete Maßnahmen zum Abbau von Lohnungleichheit zu ergreifen. Ein Jahr später, 1961, beschloß der Ministerrat – also der europäische Gesetzgeber – daß die Mitgliedsstaaten bis zum 31. 12. 1964 das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern gefälligst abzubauen hätten. Im Standardwerk für Europäische Integration, dem Handbuch „Europa Heute“ heißt es an entsprechender Stelle lapidar: „Der 1961 verabschiedete Zeitplan zur Verringerung der Lohnunterschiede wurde nicht eingehalten“.

Artikel 119 führte ein Schattendasein. Trotzdem war und ist dieser Artikel ein Pfund, mit dem sich frauenpolitisch wuchern ließ und läßt. 1966 war dann die Zeit für konkrete Forderungen reif. In diesem Jahr fand in der belgischen Stadt Herstal der erste Streik für die Durchsetzung des Grundsatzes des gleichen Lohns für gleichwertige Arbeit von Arbeitnehmerinnen aus einem EG-Mitgliedsland statt. Die streikenden Frauen aus Herstal verlangten ausdrücklich die Anwendung von Artikel 119. Der Streik war erfolgreich: die Frauen erreichten eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und eine Neueinstufung der Frauenarbeit in diesem Betrieb.

Und es war wiederum eine Belgierin – Gabrielle Defrenne –, die 1968 vor dem Arbeitsgericht gegen ihre Arbeitgeberin, die Fluggesellschaft SABENA, klagte, weil sie ihre Laufbahn als Stewardess aus Altersgründen abbrechen mußte. Sie wurde nämlich 40 Jahre alt – eine Frau mit 40 Jahren ist ganz offensichtlich nicht mehr attraktiv genug, um an Bord zu arbeiten. Männliche Stewards sind dagegen auch noch dann attraktiv, wenn sie die magische Grenze von 40 überschritten haben. Die Klage ging schließlich zum Europäischen Gerichtshof, der die SABENA zu einer Schadensersatznachzahlung verurteilte, weil Gabrielle Defrenne einen geringeren Lohn als ihre männlichen Kollegen erhalten hatte – das Gericht hatte mit Artikel 119 argumentiert.

Die EG-Kommission ihrerseits legte nach langen Vorarbeiten 1975 dem Ministerrat ein „Memorandum zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Arbeitsleben“ vor. Damit sollte erreicht werden, daß „die Angleichung der Lebens- und Ar-

beitsbedingungen der Arbeitskräfte auf dem Wege des Fortschritts im Rahmen einer ausgewogenen wirtschaftlich-sozialen Entwicklung der Gemeinschaft auch der steigenden Zahl weiblicher Arbeitnehmer zugute kommt.“ Dieser erste Entwurf sah einen ganzen Katalog weitreichender Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Frau vor:

- Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung, d. h. Beseitigung aller auf dem Geschlecht, dem Ehe- und Familienstand beruhenden Benachteiligungen;
- Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung hinsichtlich der Beschäftigung, d. h. Beseitigung von diskriminierenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften; Unwirksamkeitserklärung von diskriminierenden Tarifverträgen; Revidierung von antiquierten Beschäftigungsverboten, die im Grunde nicht mehr dem Schutz der Frau dienen, sondern sie lediglich von bestimmten Berufen fernhalten;
- Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung bei der Berufsausbildung; d. h. Zugang zu allen Stufen des allgemeinbildenden Unterrichts und jeglicher anderer Formen von Weiterbildung entsprechend der Fähigkeit und Wünschen der Betroffenen; das schließt die Aufforderung an die Mitgliedsstaaten mit ein, Maßnahmen zu ergreifen, „damit die Zulassung zum allgemeinbildenden Unterricht etc. zu gleichen Bedingungen zu allen Stufen ohne Diskriminierung des Geschlechts, des Ehe- oder Familienstandes festgelegt und angewandt werden kann“;
- Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung beim beruflichen Aufstieg; d. h. Ergreifen entsprechender Maßnahmen, damit die berufliche Laufbahn auf Grund von persönlichen Fähigkeiten ohne Berücksichtigung von Geschlecht und Familienstand verfolgt werden kann;
- zusätzlich sollten auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit Maßnahmen zur Gleichstellung von Mann und Frau getroffen werden; d. h. es sollten dem Gleichheitsgrundsatz zuwiderläufige Rechts- und Verwaltungsvorschriften in diesem Bereich aufgehoben werden; es sollten diesbezüglich diskriminierende Tarifverträge für unwirksam erklärt werden können; es sollten auch hier Rechts- und Verwaltungsvorschriften auf Schutzbestimmungen durchforstet werden, die im Zuge des technischen Fortschritts nicht mehr zum Schutz von Frauen, sondern realiter eher zu ihrer Diskriminierung beitragen;
- Die Mitgliedsstaaten sollten dafür Sorge tragen,

daß jeder Arbeitnehmer, der sich ungleich behandelt fühlt, seine Rechte gerichtlich geltend machen kann;

- die Mitgliedsstaaten sollten Wege suchen, um einen klagenden Arbeitnehmer vor Entlassung zu schützen;
- alle diese Bestimmungen sollten allen Arbeitnehmern (z. B. durch Aushang am Arbeitsplatz) zur Kenntnis gebracht werden.

Bereits im Vorfeld der Erstellung dieses Memorandums waren jedoch gewichtige Einwände von seiten der Mitgliedsregierungen gemacht worden, die verhinderten, daß sämtliche Gesichtspunkte der Gleichberechtigung im Arbeitsleben Eingang in eine umfassende Richtlinie finden konnten. So wurde 1975 die 1. Richtlinie zur Lohngleichheit abgetrennt – die übrigen Forderungen zur Gleichberechtigung erhielten zunächst einmal die unverbindliche Form einer „Mitteilung an die Kommission“.

Vielleicht – obwohl ich Papier gegenüber immer mißtrauischer werde – hätte das Memorandum in seiner umfassenden Form tatsächlich viel zur Verwirklichung der Gleichbehandlung von Frauen im Arbeitsleben beigetragen. Aber damit waren die Mitgliedsregierungen nicht einverstanden. Die BRD und Großbritannien sträubten sich z. B. gegen die Aufnahme der Gleichbehandlung im Bereich der sozialen Sicherheit, weil dies nichts mit den Arbeitsbedingungen zu tun habe. Dänemark, die Niederlande und wiederum die BRD wehrten sich nachdrücklich gegen eine Verankerung des positiven Rechts der Nicht-Diskriminierung – die Deutschen mit Hinweis auf die Vertragsfreiheit, die dadurch betroffen sei. Hintergrund dieser Haltung war die Rücksichtnahme der damaligen SPD-geführten Regierung auf den Koalitionspartner FDP und auf die wirtschaftlichen Bindungen dieser Partei. Die Kommission wunderte sich: gerade einer liberalen Partei sollte doch wohl die Gleichbehandlung von Mann und Frau sehr am Herzen liegen. Auch im Bereich von Schule und Ausbildung verhielt sich die BRD abweisend – Koedukation könne man nicht fordern und nicht erzwingen. Insgesamt verhielten sich gerade die BRD und die Niederlande in der Frage der Durchsetzung der Richtlinien eher hemmend.

Die erste Richtlinie vom Februar 1975 hatte die Lohngleichheit zum Inhalt, schloß also inhaltlich ganz an Artikel 119 der Römischen Verträge an. Diese Richtlinie forderte die Mitgliedsstaaten auf, innerhalb eines Jahres Gesetze zu erlassen, um alle mit dem Lohngleichheitsgrundsatz unvereinbaren Rechts- und Verwaltungsvorschriften zu beseitigen

und auch um die Lohngleichheit von Frauen in Tarifverträgen abzusichern. Klagende Arbeitnehmerinnen sollten vor Kündigung geschützt werden. Bis 1978 sollten die Mitgliedsstaaten der Kommission über den Stand der Durchführung berichten.

Eine ganze Reihe von Mitgliedsstaaten hatten bereits Gesetze, die den Ansprüchen der Kommission weitgehend entgegenkamen; eine weitere Anzahl von Mitgliedsländern erließ nach Veröffentlichung der Richtlinie mehr oder weniger umgehend entsprechende Durchführungsgesetze. Eine unrühmliche Ausnahme machte vor allem die BRD, die sich mit Hinweis auf das Grundgesetz aus der Durchführungsverantwortung schleichen wollte. Erst auf starken Druck von seiten der Kommission, die mit einem Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof drohte, war die Bundesrepublik schließlich bereit, ein arbeitsrechtliches EG-Anpassungsgesetz zu verabschieden, das allerdings bis heute noch nicht alle Elemente der 1. und 2. Richtlinie enthält.

Eine Richtlinie der EG, die vom Ministerrat einstimmig beschlossen werden muß – und von daher erklärt sich oft die erstaunliche Länge und Zähigkeit von Verhandlungen im Ministerrat – bricht nationales Recht und muß innerhalb einer gesetzten Zeit in nationales Recht umgesetzt werden. Dabei haben – im Gegensatz zu EG-Verordnungen, die wortwörtlich übernommen werden müssen – die Mitgliedsstaaten einen gewissen Spielraum bei der Formulierung ihrer Gesetze. Die Kommission freilich kann und muß – als „Hüterin der Römischen Verträge“ – die Mitgliedsstaaten vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg verklagen, wenn sie der Meinung ist, die Umsetzung in ein nationales Recht entspräche nicht dem Geist einer gegebenen Richtlinie.

Rufen wir uns kurz ins Gedächtnis zurück, welche Forderungen die Richtlinie zum Gleichlohn aufstellt:

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und für eine Arbeit, die als gleichwertig erkannt wird;
- Anwendung dieses Grundsatzes auf alle Entgeltbestandteile und -bedingungen;
- gemeinsame Kriterien für Systeme beruflicher Einstufung;
- Beschaffenheit dieser Systeme muß jegliche Diskriminierung ausschließen.

Zur Durchsetzung dieser Grundsätze müssen die Mitgliedsstaaten die folgenden Maßnahmen ergreifen:

- Beseitigung aller diskriminierenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften;

- Beseitigung oder Nichterklärung aller diskriminierenden Bestimmungen in Einzelarbeitsverträgen;

- Beseitigung oder Nichterklärung aller diskriminierenden Lohn- und Gehaltstabellen.

Zusätzlich waren die Mitgliedsstaaten gehalten, die folgenden positiven Maßnahmen zu treffen:

- Maßnahmen, die die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts gewährleisten;

- Schutz der Arbeitnehmer vor jeder Entlassung, wenn sie sich beschweren oder ihre Rechte einklagen;

- Bekanntmachung der Vorschriften, die die Anwendung der Richtlinie in geeigneter Form gewährleisten, z. B. durch Aushang im Betrieb. Und wie wurde das alles nun in den Mitgliedsländern eingelöst?

*Dänemark:* Das dänische Gesetz vom 4. 2. 1976, also rechtzeitig verabschiedet, ist äußerst knapp gehalten. Es verbietet die Diskriminierung von Frauen mit den folgenden Worten: „Jeder Arbeitgeber, der Männer und Frauen am selben Arbeitsplatz beschäftigt, zahlt diesen den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit. . .“ Alle übrigen Artikel beziehen sich auf die rechtlichen Möglichkeiten des Arbeitnehmers bzw. der Arbeitnehmerin. Das Gesetz beschränkt sich auf die Arbeitsverhältnisse, für die keine tarifvertraglichen Regelungen gelten. Diese tarifvertraglichen Regelungen beziehen in den Begriff „gleicher Lohn“ folgendes mit ein:

- gleicher Standardlohnsatz, einschließlich Teuerungszuschlag;

- alle anderen tariflich vereinbarten Zeitlohnschläge;

- dies mit Ausnahme der Erschwerniszulage;

- die tariflichen Stundensätze des Mindestlohnes und Zuschläge;

- Anwendung der gleichen Grundsätze für die Entlohnung nach Tagen, Wochen, Monaten;

- gleiche Akkordlohnsätze und Prämien.

Die Kommission hat nach Prüfung befunden, daß dieser Gesetzestext zu restriktiv formuliert ist und gegen Dänemark ein Verstoßverfahren eingeleitet. Moniert wurde insbesondere, daß der Begriff gleichwertiger Arbeit nicht genügend berücksichtigt wurde und auch als Begriff weder im Gesetz noch in Tarifverträgen auftaucht.

*Irland:* Irland hat bereits vor Inkrafttreten der Richtlinie den Anti-Discrimination Pay Act im Jahre 1974 eingeführt, der am 31. 12. 1975 in Kraft trat. Dieses Gesetz fordert gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Mit seiner Definition kommt das iri-

sche Gesetz Art. 119 der Römischen Verträge sehr nahe: zum Lohn zählt „jede Zuwendung, ob als Geld- oder Sachleistung, die ein Beschäftigter direkt oder indirekt in bezug auf seine Beschäftigung vom Arbeitgeber erhält“. Auch der Begriff „gleiche Arbeit“ ist sehr genau festgelegt. Das Gesetz bezieht sich auf gleiche Arbeit unter denselben oder ähnlichen Bedingungen, gleichartige Arbeit und gleichwertige Arbeit. Die Kommission sah in diesem Fall die Umsetzung für korrekt an.

**Bundesrepublik Deutschland:** Das EG-Anpassungsgesetz fügt an § 612 BGB folgenden Absatz an: „Bei einem Arbeitsverhältnis darf für gleiche oder gleichwertige Arbeit nicht wegen des Geschlechts des Arbeitnehmers eine geringere Vergütung vereinbart werden als bei einem Arbeitnehmer des anderen Geschlechts“. Zusätzlich heißt es, daß eine geringere Vergütung auch dann nicht gerechtfertigt ist, wenn wegen des Geschlechts des Arbeitnehmers besondere Schutzvorschriften bestehen. Weitere Bestimmungen fehlen, doch hat die Bundesregierung immer auf das Grundgesetz, auf die Überwachungsfunktion der Betriebs- und Personalräte verwiesen, sowie auf die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgesetzes. Die Bundesrepublik hat diesen Anhang an § 612 BGB erst 1980 (und erst nachdem die Kommission ein Verfahren gegen die BRD eingeleitet hatte!) in das Gesetz aufgenommen. Die Klage ist nicht mehr anhängig. Inwieweit die Gleichberechtigung bzgl. des Lohnes „in diesem unserem Lande“ fortgeschritten ist, dürfte bekannt sein.

**Frankreich:** Die französische Regierung unter Giscard d'Estaing hat sich in ihrer Berichterstattung an die EG-Kommission stets auf das Gesetz Nr. 72/1972 berufen, das die Formel „gleicher Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit“ verankerte und gleichzeitig festlegte, daß „alle Arten und Kriterien der Klassifizierung und Beförderung und alle anderen Grundlagen, um Lohn zu berechnen, einschließlich der Arbeitsbewerbung, für die Beschäftigten beider Geschlechter gleich sein müssen“. In demselben Gesetz werden auch eventuell diskriminierende Bestimmungen in Arbeitsverträgen und Tarifverträgen für nichtig erklärt. Anfang 1983 – unter der Regierung Mitterrand – wurden neue Rechtsvorschriften erlassen, die die Rechte der Frauen in bezug auf Lohngleichheit stärken. Die Gewerkschaften haben das Recht, im Fall einer Diskriminierung im Namen einer Arbeitnehmerin zu klagen. Die Kommission ist der Ansicht, daß Frankreich den Grundsatz gleichen Entgelts für gleiche Arbeit angemessen in sein Gesetz von 1972 aufgenommen hat.

**Niederlande:** Die Niederlande haben am 20. 3. 1975 den Gleichlohngrundsatz gesetzlich verankert. In den Begriff des Lohns sind auch Sachleistungen mit einbezogen. Interessant ist die niederländische Regelung in bezug auf den Vergleich der gleichen oder „annähernd gleichwertigen“ Arbeit. Das Gesetz sieht vor, daß die Lohnvergleiche auch auf Arbeitsplätze in anderen Unternehmen derselben Branche beispielsweise ausgedehnt werden können, wenn sich in den Unternehmen selbst keine vergleichbaren Arbeitsplätze befinden, die von einem Arbeitnehmer des anderen Geschlechts besetzt sind. Die entsprechende Bestimmung lautet:

„Wo keine Arbeit von gleichem oder annähernd gleichem Wert in dem Unternehmen, in dem die betroffenen Arbeitnehmer arbeiten, von einem Arbeiter des anderen Geschlechts ausgeführt sind, soll die Grundlage der Lohn sein, den ein Arbeiter des anderen Geschlechts normalerweise erhält, der in einem Unternehmen annähernd der gleichen Art, in derselben Branche Arbeit von gleichem oder von . . . annähernd gleichem Wert verrichtet.“

Diese Bestimmung erlaubt es also, über den Arbeitsplatzvergleich innerhalb eines Unternehmens hinauszugehen – eine Regelung, die sich sonst in keinem anderen Land findet.

**Belgien:** In Belgien ist der Gleichlohngrundsatz in einem für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag verankert. Er definiert Lohn entsprechend EG-Vertrag Art. 119 als alle Entgeltbestandteile und Bedingungen betreffend, einschließlich der Systeme zur Bewertung der Tätigkeiten. Der Grundsatz, daß gleicher Lohn auch für gleichwertige Arbeit zu zahlen ist, ist beachtet.

**Italien:** Die italienische Verfassung bestimmt, daß Frauen bei gleicher Arbeit Anspruch auf das gleiche Entgelt haben wie der Mann. Das Gleichstellungsgesetz vom 9. 12. 1977 präzisiert, daß diese Bestimmung auch auf gleichwertige Arbeit anzuwenden ist. Zudem sind die Einstufungskriterien für Männer und Frauen gleich zu gestalten. Die Gewerkschaften stellen in ihren Berichten fest, daß dieser Grundsatz bei den Einstufungskriterien weitgehend eingehalten wird.

**Großbritannien:** Der Equal Pay Act von 1970 trat erst 1975 in Kraft. In bezug auf die Entlohnung legt er fest, das Gesetz gelte für Lohn und andere Bedingungen der Entlohnung. In bezug auf „gleiche Arbeit“ ist das Gesetz außerordentlich restriktiv. Für den Vergleich „gleichwertiger Arbeit“ muß es tatsächlich einen Arbeitsplatz im selben Betrieb geben, der von einem Arbeitnehmer des anderen Ge-

schlechts besetzt wird. Es gibt aber kein generelles Bewertungssystem. Der EG-Kommission und dem Europäischen Gerichtshof war diese Auslegung zu restriktiv und der EuGH verurteilte Großbritannien, weil das britische Gesetz zu eng ist.

**Griechenland:** Nach griechischem Gesetz gilt der Grundsatz des gleichen Lohns für gleichwertige Arbeit. Im Bericht des Frauenausschusses des Europäischen Parlaments von 1984 heißt es an dieser Stelle für Griechenland: „Unter legislativem Gesichtspunkt gibt es keine unterschiedliche Einstufung nach männlichem und weiblichem Entgelt, aber in der Praxis scheint das Gesetz häufig umgangen zu werden“. Ich fürchte, dieser Satz hat allgemeine Bedeutung!

Gehen wir weiter zur 2. Richtlinie. Es dauerte nach Verabschiedung der ersten Richtlinie ein weiteres Jahr, bis diese 2. Richtlinie verabschiedet werden konnte. Hier ging es inhaltlich darum, daß niemand aufgrund seines Geschlechts, Familien- und Ehestandes im Berufsleben diskriminiert werden darf. Positive Diskriminierung der Frau in bezug auf Schutzbestimmungen sowie insbesondere bei Schwangerschaft und Mutterschaft waren zugelassen. Auch in diesem Bereich haben die Mitgliedsländer eine Reihe von einschlägigen Gesetzen erlassen. Ich will hier gar nicht auf die Problematik eingehen, daß nach wie vor viele Frauen im Beruf einen viel schwereren Start und Stand als Männer haben: unzureichende Ausbildung, mangelnde Mobilität aufgrund familiärer Situation, Doppelbelastung etc. Aber neben einseitiger und ungenügender Ausbildung führen auch direkte Verbote, bestimmte Berufe ergreifen zu können, zu massiven Einschränkungen in der freien Berufswahl. Es gibt nach wie vor – Gesetze hin, Gesetze her – kein einziges Mitgliedsland der EG, in dem eine Frau wirklich „alles“ werden könnte. Die Ausnahmeregelungen sind von Land zu Land verschieden, und wenn ich mir die wenigen Urteile, die zur Frage der Gleichbehandlung beim Zugang zu einem Beruf existieren, anschau, dann habe ich oft das Gefühl, hier habe im Einzelfall das Geschick eines Rechtsanwalts entschieden, nicht aber der entsprechende Rechtstext selber.

Neben dem direkten Verbot zum Zugang einer bestimmten Beschäftigung oder zu einem Beruf bzw. bereits zur Ausbildung in diesem Beruf, erweisen sich nach wie vor die Arbeitsschutzgesetze als hervorragendes Mittel zur Diskriminierung von Arbeitnehmerinnen. Lediglich in der Untertagearbeit ist in allen EG-Mitgliedsstaaten die Beschäftigung von Frauen verboten, ansonsten werden Frauen in je-

dem Land vor etwas anderem geschützt bzw. nicht geschützt. Wie kommentierte 1981 die EG-Kommission so treffend: „Jedenfalls besteht der Gesamteindruck, daß es sich keinesfalls um gemeinsame und konstante Forderungen nach einem besonderen Schutz der Frauen handelt, dessen Notwendigkeit in allen Ländern gleichermaßen anerkannt worden wäre“. Auch die Nachtschutzgesetze sehen nach wie vor von Land zu Land anders aus. Aber eine doppelte Arbeitsmoral gibt es überall: wenn Nachtarbeit generell nicht zuzumuten ist, weil Frauen schutzbedürftiger sind als Männer, dann dürften sie eigentlich auch nicht als Krankenschwestern nachts eingesetzt werden.

Die Kommission legte im März 1987 einen Bericht über die Arbeitsschutzgesetze vor:

„Dieser Bericht hat gezeigt, daß z. B. anstrengende Arbeit oder Arbeiten mit schweren Lasten für alle Frauen verboten sein können, weil Frauen den Männern im allgemeinen an Körperkraft unterlegen sind; Frauen werden von Arbeiten mit bestimmten Stoffen oder Verfahren, die gefährlich für die Fortpflanzung sind, ausgeschlossen, während weder besondere Fälle noch Gefahren für die Fortpflanzungsfunktion beider Geschlechter berücksichtigt werden; und manche Frauen, wenn auch nicht alle, und nur in bestimmten Bereichen, erhalten besonderen Schutz gegen Nachtarbeit. Es könnte gefolgert werden, daß die Gesetze heute im allgemeinen Frauen weniger schützen als ihre Unterschiede aufrechterhalten und daß sie durch Übergehen der Notwendigkeit des Schutzes auch für Männer im Bereich der allgemeinen Präventivpolitik eine negative Auswirkung haben (Halpern-Bericht)“<sup>14</sup>. (EG-Kommission: Schutzgesetze für Frauen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft, Kom(87) 105 endg.)

Die Kommission vertritt daher die Auffassung, daß Schutzgesetze grundsätzlich für beide Geschlechter und alle Beschäftigungsbereiche in gleicher Weise gelten sollten. Die Gleichbehandlungs-Richtlinie hat eine restriktive Ausnahme von diesem Grundsatz zugelassen, die Maßnahmen gestattet, die zum Schutz der besonderen körperlichen Verfassung der Frauen unerlässlich sind. Die Kommission sieht diese physiologische Betrachtungsweise als den Prüfstein der Gesetzgebung zum Schutz von Frauen an, und dieser kompromißlose Ansatz ist vom Gerichtshof bestätigt worden. Es läßt sich daher sagen, daß viele der in diesem Bericht erörterten Schutzmaßnahmen entweder auf beide Geschlechter ausgedehnt oder aber völlig abgeschafft werden müssen.

Die Mitgliedsstaaten werden daher ersucht, die in diesem Bericht enthaltenen Empfehlungen mit dem Ziel zu überdenken, die betreffenden Maßnahmen zu ändern und im zwischenstaatlichen Bereich alles zu tun, was sie in diesem Zusammenhang als notwendig erachten. Soweit die EG-Kommission.

Mich erschreckt ein bißchen diese plötzliche Radikalität. Auf der einen Seite sind arbeitsrechtliche Schutzgesetze, von der Arbeiterbewegung ursprünglich unter großen Opfern zum Wohl von Frauen erkämpft, auch zu einem Hemmschuh der Gleichberechtigung geworden. Das heißt aber nun doch nicht, einfach blindlings die Abschaffung aller Schutzgesetze für Frauen zu verlangen – dort, wo sie sinnvoll sind, müssen sie auf Männer ausgedehnt werden; wo sie ihren Sinn verloren haben, gehören sie ersatzlos gestrichen.

Ich bin in letzter Zeit etwas pessimistisch geworden. Gesetze zur Gleichbehandlung von Frauen scheinen allzuoft nur auf eine Nivellierung – und zwar eine Nivellierung nach unten – hinauszulaufen.

Dies läßt sich zum Teil auch bei der Umsetzung der dritten Richtlinie – der Richtlinie von 1978 zur Gleichbehandlung in den Systemen der Sozialen Sicherheit ablesen. Weil hier eine Überarbeitung der Systeme als besonders schwierig galt, hatten die EG-Mitgliedsstaaten ohnehin 6 Jahre zur Umsetzung Zeit. Positiv hat sich kaum etwas verändert. Da erhält z. B. in Belgien immer noch die arbeitslose Person, die nicht „Familienvorstand“ ist (Familienvorstand ist in der Regel der Mann) weniger Arbeitslosgeld. Ähnliche Regelungen bestehen in Irland: verheiratete Frauen beziehen (Richtlinie hin oder her) geringere Leistungen bei Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfähigkeit und Arbeitsunfällen sowie eine niedrigere Invalidenrente. Die Arbeitslosenhilfe fällt nicht nur geringer aus, sie wird auch kürzer gewährt als bei Männern. Neben dieser ganz offenen Art der Diskriminierung finden wir fast überall die verdeckte: Frauen haben sich weniger Ansprüche erworben, weil sie aus Familiengründen ihre Karriere unterbrechen oder ganz aufgeben mußten. Ähnlich düster sieht es in den Niederlanden aus. Von Durchführung der Richtlinie – keine Spur weit und breit. Und trotzdem macht sich die Richtlinie schon bezahlt: der niederländische Gewerkschaftsbund FNV hat vor dem Europäischen Gerichtshof gegen den niederländischen Staat geklagt (Rechtssache 71/85), weil „eine verheiratete Frau, die weder aufgrund der vom zuständigen Minister nach Anhörung der Centrale Commissie zu erlassenden Bestimmungen als Ernährerin der Familie anzusehen ist noch von ih-

rem Ehemann dauernd getrennt lebt, keinen Anspruch auf Leistungen“ hat.

Eine ähnliche Klage kam aus Irland (Rechtssache 286/85). Fazit der Urteile des EuGH: Frauen haben einen Anspruch darauf, in den Systemen der sozialen Sicherheit genauso wie Männer behandelt zu werden, auch wenn die Richtlinie noch nicht umgesetzt worden ist. Mangels erfolgter Umsetzung, die bis Ende 1984 hätte erfolgen müssen, ist zur Zeit die Richtlinie das einzige gültige Bezugssystem.

Und doch bleibt ein bitterer Nachgeschmack: Wo es etwa etwas kostet, da gibt es keinerlei Fortschritte in punkto Gleichbehandlung – nur dort, wo es nichts kostet. Die belgischen Arbeitnehmerinnen sollen – um dem Wortlaut der Richtlinie Genüge zu tun – jetzt auch erst mit 65 Jahren in Rente gehen dürfen. Gestandene Gewerkschafterinnen haben schon lauthals protestiert; so hätten sie sich die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Arbeitsleben eigentlich nicht vorgestellt: erst keine realen Chancen zu Beginn eines Berufslebens, dann viele Jahre berufliches Zurückstecken und jahrelanges Tragen einer Doppelrolle und zum Dank nun noch eine Verlängerung des Arbeitslebens im Namen der Gleichberechtigung.

Artikel 119 und die drei Richtlinien zur Gleichbehandlung von Mann und Frau im Arbeitsleben sind ein brauchbares aber auch beschränktes Instrumentarium. Wo es couragierte Frauen gibt, und wo es – und das ist leider rar – auch Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte gibt, die den Problemen der Gleichbehandlung offen gegenüberstehen und von der Bedeutung der europäischen Rechtgebung wissen, da ermöglicht der Hinweis auf die Richtlinien oft eine zusätzliche Auslegung nationaler Gesetzgebung durch den Europäischen Gerichtshof. Vorteil eines EuGH-Urteils: das Urteil hat unmittelbare Geltung und ist endgültig. Nachteil: der EuGH ist nicht in der Lage, die Ausführung eines Urteils in diesem sozialen Bereich zu überwachen. Sicher, theoretisch kann die EG-Kommission als Hüterin der Verträge den Ausschluß eines Mitgliedslandes der EG aus der Europäischen Gemeinschaft betreiben – wegen Nichterfüllung von Gemeinschaftsrichtlinien. Doch dazu wird es der Benachteiligung von Frauen im Beruf wegen mit Sicherheit nicht kommen.

Letztlich fehlt dem Europäischen Gerichtshof – und dieses Los teilt er mit dem Europäischen Parlament – immer noch konkrete politische Macht. Auch für Frauen wird in den nächsten Jahren viel davon abhängen, wer in europäischer Politik das Sagen hat: das demokratisch legitimierte Europäische

Parlament oder der Ministerrat, also das Gremium europäischer Regierungen. Es ist wohl ein einmaliger Vorgang, daß gesetzgebende Gewalt und Regierung identisch sind.

Und ich fürchte, wir müssen in der Tat zur Zeit – und zwar überall in Europa – sehr aufpassen, daß nicht einfach Richtlinien zur Gleichberechtigung von Mann und Frau zwar buchstabengetreu irgendwie in Gesetze umgesetzt werden, sich aber gleichzeitig die reale Situation der Frau im Arbeitsleben verschlechtert.

## Ferdinand W. Menne Läßt die „Alma mater“ ihre Töchter nicht zu sich kommen? Neue Literatur zum Thema „Frauen und Hochschule“

*Dr. Ferdinand W. Menne, Jahrgang 1941, ist Professor und Leiter des Instituts für Sozialpädagogik der Universität Dortmund.*

„... Prof. v. Bischof...: Ich halte fest an der Überzeugung, wären die Frauen von der Natur befähigt, an der Kultur der Wissenschaften Teil zu nehmen, längst ständen sie den Männern gleich oder über ihnen. Das kommt mir vor, als sagte jemand: Wären die Proletarier von der Natur befähigt, Austern zu essen und Champagner zu trinken, so würden sie längst ebensoviel oder mehr Austern essen und mehr Champagner trinken als die Grönder“.

Hedwig Dohm 1874

Die heutige Universität als „Alma mater“, als nährende Mutter zu bezeichnen, scheint reichlich altväterlich. Wen kann es noch „an der Weisheit Brüsten mit jedem Tage mehr gelüsten“ („Faust“, I, 1892 f.)? Und doch werden nach wie vor viele gesellschaftliche Chancen über die Hochschulen, insbe-

sondere die Universitäten verteilt. Mehr denn je ist davon auszugehen, daß die gesellschaftliche und kulturelle Geltung der Frauen in Gesellschaften unseres Typs entscheidend auch davon abhängt, wie weit sie als Lernende und Lehrende von der Alma mater angenommen werden. Die Frage, wie die „nährende Mutter“ es mit ihren Töchtern hält und wie sie es mit ihnen halten wird, ist dabei in doppeltem Sinne verstehbar: Zum einen geht es um den Zutritt der Frauen zum Männer- bzw. Herrenhaus „Wissenschaft“ (Hedwig Dohm sprach von einem „Heiligtum“; die Form der Macht wäre dann „Priesterherrschaft“); zum anderen geht die Frage darauf, ob das Herrenhaus so bleiben kann, wie es ist, wenn Frauen darin ohne Diskriminierung Wissen erwerben, produzieren und verteilen sollen. Sind Umbauten nötig, eine Totalrenovierung, Abriss und Neuaufbau?

Die Ausgangslage scheint klar: Wie in anderen Lebensbereichen, die in unserer Gesellschaft als wesentlich definiert sind, als Kern ihres Bestands, so wird auch in der Wissenschaft von den Männern das Eigentliche erwartet. Frauenwerk schafft auch in der Wissenschaft „Hintergrundserfüllung“, ist „Schattenarbeit“ von „dienstbaren Geistern“ (Christine Thürmer-Rohr nennt das „Kraftentnahme durch den Mann“, 152). Die Geschichte der wissenschaftlichen Sieger ist vorerst eine Geschichte männlicher Heroen (und dann und wann die einer „weißen Elefant“). Helga Nowotny verweist auf das organisierte Priestertum und das Militär als Prototypen für die Organisationsformen auch von Wissenschaft (vgl. Hausen und Nowotny, 20).

Auch die Mutter Universität scheint die Frauen über den Mann zu versorgen. Sie hat erkennbar Schwierigkeiten mit ihren Töchtern, gibt sich ihnen gegenüber als „Rabenmutter“, im großen und ganzen läßt sie sie allenfalls als „Hörerinnen des Wortes“ zu sich kommen. Das kann durch neuere Zahlen über Studienanfängerinnen, Studentinnen und weibliches wissenschaftliches Personal belegt werden (einen guten Überblick bis 1985 gibt die Literaturanalyse von Röhrich).

Die Gesamtzahl der Studentinnen hat sich in den letzten fünf Jahren um ein Drittel (33,3 % oder 126 000) erhöht, bei den studierenden Männern betrug die Zunahme nur gut ein Viertel (26,7 % oder 75 000). Die Veränderungen sind uneinheitlich: In Prozenten ist die Zunahme bei Frauen an Universitäten und Kunsthochschulen erkennbar höher als bei Männern; demgegenüber ist an den Fachhochschulen die schon vor fünf Jahren wesentlich höhere

Zahl der Männer in der Zwischenzeit auch prozentual stärker gestiegen als die der Frauen. Die Verteilung nach Fächergruppen ergibt für Männer und Frauen ein unterschiedliches, geschlechtsstereotypes Bild; in der „11. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes“ heißt es: „– Durch bereits frühes anerzogenes Rollenverhalten wählen Frauen an der Hochschule immer noch solche Fächer, die mit ihren (!) spezifischen Arbeitseinstellungen vereinbar sind. Durch ihr Verbleiben in den sprach- und kulturwissenschaftlichen Fächern bzw. in Lehramtsstudiengängen verschärfen sich ihre Bedingungen für den Berufseinstieg. Bei den Studienanfängerinnen ist ein erstes Umdenken zu erkennen. Nach wie vor gibt es weibliche Neigungsbarrieren vor den Ingenieurwissenschaften“ (32).

Und weiter: „– Die Annahme, daß weibliches Leistungsvermögen anders ist als männliches, bestätigt sich nicht. Frauen sind genauso zielstrebig und schätzen ihre Befähigung und Motivation gleich gut ein wie Männer. In der Studienzufriedenheit stehen sie den Männern kaum nach. – Unterschiede liegen bei der berufsbezogenen Einstellung vor. Bei gleicher Einstellung schätzen Frauen ihre Chancen schlechter ein. Karriere- und Statusmotive spielen eine geringere Rolle“ (34).

Insgesamt kann man also sagen: Der Frauenanteil bei den Studierenden an Hochschulen ist insgesamt recht stabil und erheblich, auch wenn er nicht dem Frauenanteil in der Bevölkerung entspricht. Die erkennbaren Entwicklungen zeugen davon, daß die Frauen auf dem langen Marsch in die Institution Hochschule sind. Dieser Situation ganz unangemessen ist jedoch die Repräsentanz von Frauen als wissenschaftliches Personal an Hochschulen. Bei Lernenden wie Lehrenden ist dabei zu berücksichtigen die unterschiedliche Lage in verschiedenen Fächern (die Sammelbände von Hausen/Nowotny und Schlüter/Kuhn enthalten Einzelbeiträge zu verschiedenen Fachwissenschaften). Der Frauenanteil – ganz besonders in den führenden Positionen der Forschung – ist in kaum einer anderen westlichen Industrienation so niedrig wie in der Bundesrepublik.

Die Quote der weiblichen Lehrenden und Forschenden an den Hochschulen hat sich in den letzten Jahren nur unwesentlich verändert. Innerhalb der Hochschulen sind Frauen begehrt als Hilfskräfte; ihr Anteil sinkt mit jeder Qualifikationsstufe und mit jeder Stufe in der Beschäftigungshierarchie. Das „Komitee für Grundrechte und Demokratie“ nennt für 1984 folgende Zahlen: Frauen stellen

- 32,1 % der wissenschaftlichen Hilfskräfte;

- 28,8 % der Lehrbeauftragten;
- 24,4 % der Lehrkräfte für besondere Aufgaben;
- 17,7 % der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter;
- 10,6 % der (Hochschul-)Assistenten;
- 5,2 % der Professoren;
- 2,6 % der C4-Professoren (vgl. Zentraleinrichtung, 192).

Zu den Qualifikationen, die für den „Weg nach oben“ zumindest in der Universität unabdingbar sind, ergab die Untersuchung von Karpen: Nur 22 % der Doktorarbeiten wurden von Frauen geschrieben. An den Habilitationen haben Wissenschaftlerinnen nur noch einen Anteil von rd. 6 %. Karpen führt 5,2 % Professorinnen insgesamt, davon 2,8 % C4-Professorinnen an. Bei 4 399 Habilitierten der Jahre 1980 bis 1985 liegen Geschlechtsangaben vor, danach sind 264 Wissenschaftlerinnen; dies entspricht einem Anteil von 5,8 %. Allerdings ist für die nächsten Jahre ein Anstieg des Anteils der weiblichen Habilitierten zu erwarten. Für 1986/87 wird mit 133 Habilitationen von Wissenschaftlerinnen gerechnet. Das entspricht einem Anteil von 8,7 % (vgl. Karpen, 7 f.).

Diese Zahlen sagen zunächst etwas über die Art, in der Wissenschaft nach Geschlechtern organisiert ist. Doch wenn man Organisation als bedingende Möglichkeit (oder eben Verunmöglichung) eines „Innenklimas“ (in dem etwas gesagt werden kann oder ungesagt bleiben muß, in dem man sich auseinander- oder zusammensetzt, in dem man solidarisch zu sein versucht oder aber gegeneinander ausspielt und ausgespielt wird) begreift, wird man Wirkungen auch für das in der Organisation Hochschule verwirklichte Wissenschaftsverständnis erwarten.

Wissenschaft anders zu verstehen, ist eine der Absichten von Frauenforschung. Frauenforschung geht davon aus, daß traditionelle Wissenschaft männlich bestimmt ist, „androzentrisch“ (auf den Mann als Mitte hingeordnet), „patriarchalisch“ (von Vater-Herrschaft bestimmt), „sexistisch“ (auf dem Geschlecht aufbauend und nach dem Geschlecht Trennungen vornehmend). In der Wissenschaftsgeschichte siegreich sind danach Gegenstandsbereiche, Problemhinsichten und -lösungen, in denen sich nicht eine geschlechtsneutrale Vernunft durchsetzt, sondern das Interesse von Männern, ihr Blick auf Welt und Menschen, die ihnen gemäß Lösung von Problemen. Dagegen setzen Frauen: Forschung von Frauen für Frauen. Das Geschlecht soll dabei nicht als eine Variable unter anderen, „Frauen“ sollen nicht als besondere Gruppe der Abteilung „so-

ziale Probleme“ behandelt werden (wie es die „Soziologie der Frau“ häufig versucht hat), vielmehr soll „aus der differentiellen Wissenschafts-, Sozialisations- und Sozialgeschichte der Frauen eine andere Perspektive auf Frauen und die gesellschaftlichen Zusammenhänge, in denen Frauen stehen“, entfaltet werden (vgl. Clemens u. a., 16).

In einer sich als radikal verstehenden Form erscheint die Aufkündigung des Einverständnisses mit der wissenschaftlichen Männerherrschaft als „Ausbruch aus der patriarchalisch-kapitalistischen Wissenschaftsfestung“ (vgl. Beiträge 11, 5). Über die Notwendigkeit der Unterscheidung zwischen Frauenforschung und feministischer Forschung, über das jeweilige Verständnis beider gibt es schweizerischen Streit: „Die feministische Wissenschaft – mehr Programm noch als entfaltete Forschung – hat also drei Bezugfelder: Die kritische Auseinandersetzung mit der etablierten Wissenschaft, die *soziale Bewegung* der Frauen und die wissenschaftlichen Auseinandersetzungen unter den Frauen“ (Clemens u. a., 20); die Redaktion der „Beiträge . . .“ (vgl. Heft 19, 111) steht zu der Veröffentlichung von Beiträgen, „wenn wir sie für diskussionswert und diskussionsbedürftig halten, auch dann, wenn sie in für Frauen ungewöhnlich scharfem Ton geschrieben sind. . . . Zur Harmonie verpflichtet und als Feministinnen bestrebt, dem patriarchalen Blick keine Schaukämpfe zu liefern, laufen wir nur zu leicht Gefahr, uns selbst und die anderen nicht ernst zu nehmen, wenn wir der Gegnerinnenschaft ausweichen“.

In den Selbstverständigungs-Gruppen von Wissenschaftsfrauen ist die Einsicht gewachsen, daß ein neues Verständnis von Wissenschaft auch eine Auseinandersetzung mit den Organisationsformen fordert, daß Wissenschaftsverständnis und Organisationsformen von Wissenschaft dialektisch miteinander verbunden sind. Es gibt erste Anzeichen eines Geschlechterkampfes um wissenschaftliche Ressourcen, in dem Frauen auf beiden Ebenen Konfliktfähigkeit beweisen: „Frauen müssen die Spielregeln erst genau kennenlernen, um besser mitzuspielen zu können, aber auch um fundierter entscheiden zu können, *nicht* mitzuspielen oder die Spielregeln zu ändern“ (Clemens u. a., 93).

Ein Lehrstück dazu sind Entwicklungen an der Freien Universität Berlin nach dem 2. Juli 1980. An diesem Tag faßte der Akademische Senat der Hochschule einen Beschluß zur Frauenförderung, den man – zumindest auf den ersten Blick – als beispielhaft ansehen kann. Sowohl die Verarmung des Wissenschaftsverständnisses wurde angesprochen

(durch „die bisherige Dominanz von Männern“ seien in vielen Fächern „Forschungsthemen und -methoden zu eng gehalten“ worden) wie Verringerung der Chancen von Frauen durch die Wissenschaftsorganisation. Das Fazit von Gabriele Althaus für diesen Vorstoß ist allerdings niederschmetternd: „Wie es aussieht, hat der taktische Gewinn, den die Regel ‘bei gleicher Qualifikation . . . Frauen’ einbrachte, seit nun im Getümmel jeder auf sie pochen kann, dem strategischen Ziel, den ‘Frauenanteil im Wissenschaftsbetrieb zu erhöhen’ keinen einzigen Schritt nähergebracht“ (vgl. Zentraleinrichtung, 111).

Immerhin scheint es so zu sein, daß einige Männer die Frauensache in einer doch recht folgenreichen Weise zu ihrem Problem gemacht haben. In der Dokumentation der skandalisierten Fälle wird „der Fall W.“ so eingeleitet: „Die Professoren Peter Grotian und Wolf Dieter Narr stellten am 14. 12. 1982 einen Antrag auf Teilzeitbeschäftigung an den Fachbereich Politische Wissenschaft und an den Institutrat des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung“ (Zentraleinrichtung, 29). In diesem Antrag unterbreiteten sie gleichzeitig den Vorschlag, aus den so freiwerdenden Stellenanteilen eine Zweidrittel-Professur für Frauenforschung zu schaffen. Mit diesem Vorgehen der Professoren Grotian und Narr ist der Vorstoß der Frauen umgesetzt in eine Anfrage von Männern an ihr Statusdenken und Rollenbewußtsein, an ihr Selbstverständnis, an den Umgang mit ihrer gesellschaftlichen Macht. Den Charakter eines sozialen Experiments erhält der Vorgang dadurch, daß den Forderungen von Frauen nicht mit warmen Worten und folgenlosen Resolutionen begegnet wird, sondern mit einer strukturellen Vorgabe.

Zu solchen konsequenten Schritten sind bislang nur wenige bereit. Größer ist die Gruppe jener Wissenschaftsmänner, die mit Frauen einig sind darin, das herrschende Wissenschaftsverständnis in Frage zu stellen. Es gehört inzwischen auch unabweisbar zur modernen Wissenschaft, daß die Möglichkeiten zur Analyse sozialer Einrichtungen auf sie selbst angewandt werden. Die „Entzauberung der Welt“ durch Rationalisierung und Intellektualisierung, von der Max Weber gerade auch als von einem Werk der Wissenschaft spricht, wird zu einer Entzauberung dieser selbst weitergetrieben. Die Frauenforschung scheint dazu zu führen, daß in die Selbstbefragung männlicher Wissenschaftler das Problem der Geschlechterdifferenz in der Herstellung und Verteilung von Wissen eingeht. Skeptisch stimmen

allerdings feministische und philofeministische Positionen, in denen weibliches Wissen und weibliche Wissenschaft undialektisch glorifiziert werden. Evelyn Fox Keller, mathematische Biophysikerin und vielfach mit der Beziehung von Geschlechtsspezifik und Wissenschaft befaßt, sagt dazu: „Eine sinnvolle Wissenschaftskritik muß den unbestreitbaren Erfolgen der Wissenschaft ebenso Rechnung tragen wie den Bedingungen, die diese Erfolge möglich gemacht haben“ (Fox Keller, 18). Die Erkenntnis, daß die „Väter der Wissenschaft“ zuweilen recht lächerliche Figuren abgeben, obgleich sie „auf den Schultern von Riesen“ (Robert K. Merton) zu stehen meinen, zuweilen gemeingefährlich werden, kann nicht zum Ersatz einer „männlichen“ durch eine „weibliche“ Wissenschaft führen.

Aus dem Gesagten folgt – so hat Helga Nowotny formuliert – die Forderung „nach nichts Geringerem als nach einem neuen Entwurf für eine menschliche Wissenschaft“ (Hausen und Nowotny, 29). Ganz ähnlich versteht Fox Keller ihre Essays als „die Einforderung einer Wissenschaft, von innen her gesehen, die ein menschlicher und nicht ein männlicher Entwurf ist, und der Verzicht auf Spaltung zwischen emotionaler und intellektueller Arbeit, eine Spaltung, die die Wissenschaft als ein männliches Reservat aufrechterhält . . . Meine Vorstellung von einer von geschlechtsspezifischer Prägung befreiten Wissenschaft ist nicht eine Nebeneinanderstellung oder gegenseitige Ergänzung von männlichen und weiblichen Sichtweisen, noch will sie eine Art von Engstirnigkeit durch eine andere ersetzen. Sie basiert vielmehr auf einer Umformulierung der Kategorien des Männlichen und Weiblichen und dementsprechend von Geist und Natur“ (190). (Wenn Frauen, die sich mit der Frage nach der Männlichkeit der Wissenschaft beschäftigen, von einer menschlichen Wissenschaft sprechen, wird man weniger fürchten müssen, daß sie hinterrücks „menschlich“ und „männlich“ gleichsetzen). In den Entwurf der abkürzend als „menschlich“ bezeichneten Wissenschaft mußte eingehen die Kritik an einem Verständnis von Wissenschaft, das sie als Lieferantin von Herrschafts- und Verfügungswissen für die Gesellschaft sieht (und auch im Wissenschaftsbereich „Weiblichkeit als Putz- und Entseuchungsmittel“ ausnutzt; vgl. Christina Thürmer-Rohr). Aufgabe scheint es also zu sein, dem in der wissenschaftlichen Tradition durchaus formulierten Gleichheitsanspruch wissenschaftlichen Denkens, das mit jedem bevorzugten und bevorzugenden Zugang zur Wahrheit gebrochen hat, gesellschaftliche Geltung zu verschaffen.

Die Auseinandersetzungen um Wissenschaftsverständnis und Wissenschaftsorganisation, zu denen Wissenschaftsfrauen entschlossen scheinen, werden hart. Die derzeitigen Probleme der Arbeitsgesellschaft gefährden das von Frauen und für Frauen erreichte; für die arbeitslosen Akademikerinnen ist es gewiß nur ein schwacher Trost, wenn man ihnen sagt, sie gehörten auch in der Arbeitslosigkeit noch einer privilegierten Minderheit an (vgl. zu den Problemen der Frauen, die aus der Hochschule in die Arbeitslosigkeit entlassen worden sind, die Interviewstudie von Biermann-Schmerl und Ziebell).

Im Inneren der „Alma mater“ hindern die Probleme des „Arbeitsplatzes Hochschule“ selbst die begonnene folgenreiche Thematisierung von Frauenfragen für die entscheidenden Bereiche. Der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz hat darauf hingewiesen, welche katastrophale Lage Sparmaßnahmen des Bundes und der Länder für den wissenschaftlichen Nachwuchs vor allem in bestimmten Bereichen geschaffen hat (er erklärte auch, häufig sei eine Million für einen neuen Computer leichter zu bekommen als ein Zehntel dieses Betrages für die Einstellung eines Nachwuchswissenschaftlers; nicht einmal jede siebente Mark, die in der Bundesrepublik für Forschungsförderung aufgebracht wird, geht an die Hochschulen). Deshalb bedarf es keiner prophetischen Gabe, um vorherzusehen, daß auch jene Wissenschaftsmänner sich zunehmend schwertun werden, die grundsätzlich einer die Frauen einbeziehenden Wissenschaftsorganisation zustimmen, mit ihnen aber um das knappe Gut Anstellung konkurrieren müssen.

Das (etwa von Fox Keller und Nowotny) angezielte Projekt einer als „menschlich“ bezeichneten Wissenschaft hat zweifellos utopische Züge hinsichtlich des Wandels ihres Verständnisses wie ihrer Organisation auf breiter Basis. Die Krisentendenzen der menschlichen Zivilisation schaffen aber eine Lage, die konsensuelle Lösungen zumindest bei produktiven Minderheiten möglich machen sollte. Für diese Minderheiten geht es auch darum, gegenüber den Vertretern einer funktionalisierten und instrumentalisierten Wissenschaft die Lebensdienlichkeit einer kritischen Wissenschaft einzuklagen. Für Evelyn Fox Keller heißt das, durch Wissenschaft nicht „die Zähmung der Natur“ anzustreben, sondern „die Zähmung der Hegemonie“ (191; Vergleichbares auch in den Bänden 18 und 19 der „Beiträge . . .“). In dem Bemühen um eine Kritik der herrschenden und eine Stärkung der kritischen Wissenschaft sollte man sich utopische Energien zu erhalten suchen, in

Erinnerung an eine Feststellung Marcuses, das Utopische sei häufig nicht das, was „keinen Ort“ habe und im historischen Universum auch keinen haben könne, sondern „das, was durch die Macht der etablierten Gesellschaften daran gehindert wird, zu stande zu kommen.“

### Literaturhinweise

1. Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Bd. 6 (1982): Alma mater. Mütter in der Wissenschaft. München: Verlag Frauenoffensive
2. Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Köln: Eigenverlag des Vereins Sozialwissenschaftlicher Forschung und Praxis für Frauen; Bd. 11 (1984, 2. Aufl.): Frauenforschung oder feministische Forschung?; Bd. 18 (1986): Auf der Spur – gegen den Strich; Bd. 19 (1987): Zeit zum Streit
3. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.) (1986), Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. 11. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes, = Schriftenreihe Studien zu Bildung und Wissenschaft 42, Bonn
4. Clemens, B., Metz-Göckel, S., Neusel, A., Port, B. (Hrsg.) (1986), Töchter der Alma mater. Frauen in der Berufs- und Hochschulforschung. = Campus Forschung Bd. 513, Frankfurt/New York: Campus Verlag
5. Fox Keller, E. (1986), Liebe, Macht und Erkenntnis. Männliche oder weibliche Wissenschaft?. München/Wien: Hansa
6. Hausen, K. und Nowotny, H. (Herausgeberinnen) (1986), Wie männlich ist die Wissenschaft?. = Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft Bd. 590, Frankfurt am Main: Suhrkamp
7. Rührich, H. (1986), Die Frau: Rolle, Studium und Beruf. Eine Literaturanalyse, = IHF Bd. 15, München: Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung.
8. Schlüter, A. und Kuhn, A. (Hrsg.) (1986), Lila Schwarzbuch. Zur Diskriminierung von Frauen in der Wissenschaft, Düsseldorf: Schwann
9. Thürmer-Rohr, Ch. (1987), Vagabundinnen. Feministische Essays, Berlin: Orianda Frauenverlag
10. Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauenstudien und Frauenforschung an der Freien Universität Berlin (Hrsg.) (1986), Sechs Jahre danach. Zur Dialektik eines Fortschritts, Berlin: Zentraleinrichtung.

## Martina I. Kischke „Ghetto“ oder Chance? Von der Arbeit in der Frauenredaktion einer Tageszeitung

*Martina I. Kischke, Jahrgang 1935, seit über 25 Jahren bei der „Frankfurter Rundschau“ als Redakteurin tätig, zumeist in Sachen „Frau“; seit Beginn der siebziger Jahre eigenverantwortlich tätig in der „Frauenredaktion“ der Zeitung. (Geheimer Ärger: daß der von ihr so oft attackierte dümmste Spruch in der bundesdeutschen Werbung – „Bauknecht weiß, was Frauen wünschen“ – immer noch nicht aus dem Verkehr gezogen worden ist.)*

Es war zu Beginn der reformerisch geprägten siebziger Jahre, als vor allem die großen überregionalen Tageszeitungen sich plötzlich ungewöhnlich progressiv gaben: die bis dahin fast überall vorhandenen „Frauseiten“ wurden abgeschafft. Denn: Es gäbe ja schließlich auch keine „Männerseiten“. Und die Frauenbewegung wolle doch sicherlich keine solchen „antiquierten Frauenghettos“.

Viele Frauen aus der autonomen Frauenbewegung und aus den Redaktionen waren ganz begeistert, daß die männlichen Redakteure soviel Verständnis... Allgemeines Schulterklopfen, Freude auf beiden Seiten.

In diese Zeit fiel eine erste Tagung über ein besonders wichtiges Thema in der Bundesrepublik: über die Situation alleinstehender Frauen. In einer Republik, die aus leidvollen historischen Gründen einen höheren Frauenanteil unter ihren Bürgern hat, ein notwendiges Diskussionsthema. Eine Kollegin aus der Redaktion einer überregionalen Tageszeitung war zur Berichterstattung hingefahren. Die Tagung war interessant, die Referentinnen und Referenten wußten, was Sache ist, die Diskussionen mit den Betroffenen waren ungewöhnlich lebhaft – die Journalistin war begeistert. Sie fuhr nach Hause, schrieb ihren Artikel und brachte ihn in die Redaktion. Der diensthabende Redakteur war etwas gestreßt. „Hör zu,“ sagte er – „heute ist ziemlich viel los gewesen. Ich hab’ einfach keinen Platz mehr. Deine alleinstehenden Frauen sind schließlich morgen auch noch allein – ich schieb’ die Geschichte noch.“

Die Kollegin war einsichtig (Frauen sind immer so schrecklich einsichtig). Als ihr Bericht allerdings nach acht Tagen immer noch nicht erschienen war, fragte sie in der Redaktion nach. Der diensthabende Redakteur lachte. „Mädchen,“ meinte er gönnerhaft – „falls es dir noch nicht aufgefallen ist: wir sind eine aktuelle Tageszeitung. Ich kann doch keine Geschichte mitnehmen, die schon über 'ne Woche alt ist.“

Das Fazit der Geschichte ist einfach: Frauenthemen fanden nicht mehr statt. Auf elegante Weise hatte sich die Männerrunde eines Bereichs entledigt, der ihr schon seit langem suspekt war. Und die Kolleginnen hatten ja schließlich sogar noch Beifall geklatscht. . .

In ihrer Euphorie, dem Patriarchat den Muff von tausend Jahren aus den Talaren zu klopfen, hatten sich die Frauen selbst einer wichtigen Plattform beraubt. Daß es auf Frauenseiten nicht darum gehen konnte, neue Häkelmuster zu verraten oder das Rezept für die Karottentorte zu veröffentlichen, war klar (dafür gab und gibt es Service-Seiten) – aber wo war der Platz geblieben, auf dem man über die notwendige Reform des § 218 schreiben konnte? Wo war die Seite, auf der das Tabu-Thema „Vergewaltigung“ zur Leserinnen-Diskussion gestellt werden konnte? Es gab und gibt noch immer Themen und Bereiche, von denen Frauen in erster Linie betroffen werden, die aber letztendlich die ganze Gesellschaft angehen.

Es war zu Beginn der siebziger Jahre, daß bundesdeutsche Stammtischrunden noch in wieherndes Gelächter ausbrachen, wenn sie in einer Illustrierten das Foto eines Rotarmisten entdeckten, der beim Stadtbummel neben seiner Frau herging und den Kinderwagen schob. Das Gefühl, daß diese Gesellschaft schon längst ein neues Vaterbild brauchte, war noch kaum vorhanden.

Daß Frauen durchaus die Macht hatten, jene Bereiche, die geändert werden mußten, als Diskussion, als Forderung, als „heißes Thema“ in die Gesellschaft einzubringen, auch unter den Frauen selbst darüber Klarheit zu schaffen, wenn sie die dafür vorhandenen Foren nutzten – das wurde vielen Frauen erst langsam und schmerzlich bewußt. Denn die früher fast überall vorhandenen Foren waren mit eigenem Zutun demontiert worden. Die mögliche Macht, etwas zu bewirken, war selbst beschnitten worden.

„Die Frau ist in der neuen Gesellschaft sozial und ökonomisch vollkommen unabhängig. Sie ist keinem Schein von Herrschaft und Ausbeutung mehr

unterworfen, sie steht nunmehr dem Mann als Freie, Gleiche gegenüber. Sie ist Herrin ihrer Geschicke.“ August Bebel hat das vor nahezu hundert Jahren, 1891, geschrieben. Und Dr. Elisabeth Selbert hat das 1946 in der „Frankfurter Rundschau“ zitiert.

„Herrin ihrer Geschicke“ ist die Frau weder 1891 noch 1946 gewesen – aber immerhin bemühte man sich in der „Frankfurter Rundschau“ seit Bestehen der Zeitung im Sommer 1945, ihrer Situation in der Gesellschaft Rechnung zu tragen. Es war am 8. September 1945, da stand in einer dieser dünnblättrigen Ausgaben, die es zu Zeiten der Papierknappheit gab: „Es soll zunächst hier offen zugegeben werden: die Frau ist in der 'Frankfurter Rundschau' bisher 'zu kurz gekommen'. Das lag nicht in unserer Absicht, und es mag entschuldigt werden mit der Vielheit der Aufgaben und Probleme, vor die sich diese neue Zeitung auf schmalen Raum gestellt sieht. Wer sich entschuldigt, klagt sich an, sagt das bekannte französische Sprichwort, und wir sind ehrlich genug, einzugestehen, daß mancher Leserbrief inzwischen auch schon Verwunderung über diese Lücke im redaktionellen Aufbau unserer Zeitung zum Ausdruck gebracht hat. Es ist höchste Zeit, daß wir die Frau ansprechen. . .“

Soweit man in papierarmen Zeiten überhaupt von einer „Frauenseite“ sprechen kann, hat es so etwas schon in den ersten Monaten seit Bestehen der „Frankfurter Rundschau“ gegeben – mit dem Titel „Die Stimme der Frau“. Und die Seiten spiegelten damals wie heute die gleiche Situation: Probleme, die die Frauen hautnah betreffen, die aber die gesamte Gesellschaft angehen. Am 12. April 1946 ging es um „Ehen im Kriege“ – ein Thema, das für beide Geschlechter wichtig ist. Doch daß es schon bei diesem Bereich um gravierende Nachteile für die eine Gruppe der Gesellschaft, nämlich die Frauen, ging, beweist der Beitrag auf dieser Seite. Elfriede Letsch schrieb da:

„Ehen, die seit Jahren in ihrer äußeren Form bestanden haben und solche, die während des Krieges sozusagen über Nacht geschlossen wurden, fanden durch die Erschütterungen des Krieges ihren endgültigen Bruch. Die meisten Ehescheidungen basieren auf 'Untreue' eines oder auch beider Partner, und beide Geschlechter beschuldigen einander heftig der mangelnden Moral, bezeichnenderweise die Männerwelt in weit aggressiverer Art die Frauen als umgekehrt, nachdem ja auf Grund des in unserer Gesellschaft herrschenden Moralkodex gewöhnlich ein gleiches Tun beim Manne mit 'Draufgängertum', bei der Frau jedoch mit 'Ehrlosigkeit' bezeichnet wird.“

Bekannte Töne? Sehr bekannte Töne – gesamtgesellschaftliche Probleme, jedoch geschlechtsspezifisch gedeutet. Und diese spezielle Leseart findet sich 1987 noch ebenso wie 1946, auch wenn inzwischen am alten Rollen-Klischee schon kräftig gekratzt worden ist.

Seit Beginn der siebziger Jahre hat die „Frankfurter Rundschau“, deren inzwischen verstorbener Chefredakteur und Herausgeber Karl Gerold zu diesem Zeitpunkt auch eine eigenverantwortliche „Frauenredaktion“ installierte, den Seitentitel geändert. In den fünfziger und sechziger Jahren war er in „Die Welt der Frau“ umbenannt worden, jetzt lautet er „Frau und Gesellschaft“ und entspricht damit auch dem redaktionellen Konzept. Denn alle Probleme, die Frauen betreffen, gehen die Gesellschaft insgesamt etwas an – nur muß die Gesellschaft für diese Fragen zumeist erst sensibilisiert werden. Und das ist eine Aufgabe, bei der die Medien, zumal die Tageszeitungen, einen wichtigen Stellenwert haben.

Es ist unbestritten, daß Beiträge, die gelesen, diskutiert werden, auch etwas bewirken können. Insofern mag da auch schon eine Assoziation an die „Macht der Medien“, in diesem Falle also an die „Macht“ der schreibenden Frauen naheliegen. Nur: „Macht“ ist ein sehr männlich geprägtes Wort – „Machtentfaltung“, „Machtmißbrauch“, „Machtausch“ sind Folge-Worte, die weit eher auf den männlichen Teil der Gesellschaft hinweisen. Die „Machtlosigkeit“ dagegen lag bei den Unterdrückten, bei den Frauen. Insofern ist eine mögliche Macht also weit besser als Möglichkeit und Chance zu begreifen, um notwendige gesellschaftliche Reformen und Veränderungen herbeizuschreiben und herbeizudiskutieren.

Ein Bewußtseinswandel – oft erst in Ansätzen – ist aber schon seit Mitte der siebziger Jahre in der Allgemeinheit, in den Familien, in den Redaktionen zu beobachten. „Frauenthemen“ beispielsweise finden sich spätestens seit Beginn der achtziger Jahre auch in anderen Ressorts der Zeitungen: in den Lokalredaktionen, im Wirtschaftsressort, in der Dokumentationsabteilung.

Wozu dann überhaupt noch eine „Frauenredaktion“? Ganz einfach: um diesen Prozeß weiter voranzutreiben. Um neue Themen vorzustellen, den Frauen die Möglichkeit zur Auseinandersetzung zu geben. Und solange Babels Traum von der Frau, die

dem Mann „als Gleiche“ gegenübersteht, noch nicht in allen Bereichen Realität ist, solange halbherzig gewährte Reformen schon wieder ganzherzig reduziert werden – solange sollten Frauen auch nicht das kleinste Stückchen Forum vergeben, auf dem sie Meinung machen und Meinung verbreiten können.

Zumal sich seit einiger Zeit ein Trend andeutet, an den vor zwanzig Jahren wahrscheinlich niemand gedacht hat: Männer wünschen sich eigene „Männerseiten“ in den Zeitungen. Sicher nicht, weil sie „Macht“ postulieren wollen, sondern weil sie entdeckt haben, daß es auch spezielle männliche Probleme gibt, die sie beachtet und diskutiert sehen wollen, und auf die sie letztendlich Antwort von der Gesellschaft erwarten.

Im November des letzten Jahres erhielt der Chefredakteur der „Frankfurter Rundschau“ Post von einem Leser, der sich sorgte, die Belange der Männer würden in dieser Zeitung zu wenig beachtet. Er befand, „gerade in der FR“ werde „ein einseitiges, rationales – gleichwohl falsches – Männerbild geprägt.“ Denn: „Wo kommen bei Ihnen Männer und mit welchen Aussagen vor: im Politik- und Wirtschaftsteil. Eine eigene Seite für Männer, wo ihre persönlichen und gesellschaftlichen Probleme ausbreitet werden könnten, also auch Raum für Gefühle, eine menschlichere Darstellung des Mannes wäre, gibt es nicht.“ Als Beispiel nannte der Leser eine Frauenseite, auf der es um Brustkrebs und die psychischen Folgen für die betroffene Frau gegangen war. Und er fragte: „Wo aber kann ich in Ihrem Blatt nachlesen, was ein Mann fühlt, wenn ihm die Hoden wegoperiert werden, weil sie von Krebszellen befallen waren?“ Das Fazit, das der Leser zog, ist sicherlich nicht mit einer Phrase abzutun, denn es lautet: „Und weil solche Sachen ausgeblendet bleiben oder gelegentlich im naturwissenschaftlichen Teil (Tabu, Tabu) versteckt werden, kann Frau so leicht mit dem Bild des sterilen, unnachgiebigen Schlipsträgers operieren.“

Mißverständnisse und Verständnislosigkeit auf beiden Seiten. Vielleicht kann man eine Seite mit dem Titel „Frau und Gesellschaft“ auch zu einem Forum für den Dialog zwischen den Geschlechtern machen.

Es wäre ganz sicherlich eine menschliche und mögliche Form der Annäherung in dieser Gesellschaft.

## Andreas Flitner Mut zur moralischen Erziehung

*Prof. Dr. Andreas Flitner, geb. 1922, ist Professor für Pädagogik an der Universität Tübingen und gehört der Akademie für Bildungsreform sowie dem August-Bebel-Kreis an.*

„Moralisierende Argumente spielen in totalitären Systemen eine ungleich größere Rolle als in liberalen“. Warum ist das so? Totalitäre Systeme – und politisch motivierte Terroristen – brauchen hochangesezte moralisierende Argumente, so lautet die These von Hermann Lübbe, gerade um die normale Moral, die schlichten bürgerlichen Verhaltenstugenden des Anstandes außer Kraft zu setzen. Die pathetische Moral totalitärer Rhetorik ebenso wie das „überspannte Gewissen“ des politisch motivierten Täters oder Mitläufers ist der Gegenstand von Lübbes Untersuchung\*.

Folgen wir ihm zunächst bei dem Versuch, den Typus des *Gesinnungstäters* und seine moralische Selbstrechtfertigung herauszuarbeiten. Da sind zunächst die Mitläufer und Mittäter der Nazi-Zeit, die man gelegentlich als Immoralisten, als kalte Sachwalter der „instrumentellen Vernunft“ oder auch als Heuchler oder Zyniker angesehen hat. Lübbe zeigt durch Beispiele der Rechtfertigungsmuster, durch Aussagen in den Kriegsverbrecherprozessen, durch Zitate prominenter Nazis, wie weit gerade nicht kalte „Instrumentalität“ oder zynische Unmoral für diese Täter kennzeichnend war, sondern vielmehr das elitäre Bewußtsein und die ideologische Überzeugung: Wir haben die Einsicht in das Notwendige und Zukunftssträchtige; wir sind die Vorzugsrasse oder Vorzugsklasse, die zur Durchsetzung ihrer Herrschaft und damit auch zur Gewalttat legitimiert ist. Im Links- und Rechts-Totalitarismus herrscht das gleiche Muster der Argumentation und die gleiche Beanspruchung des höheren Rechts für die eigene gewaltsame Durchsetzung. Freilich sind Rassen- und Klassentheorie insofern unterschieden, als für die Durchsetzung des Rassischen der Feind nur

unterdrückt oder liquidiert werden kann, während die Klassenideologie ihm noch das Einschwenken, die Umerziehung und den öffentlichen Widerruf abverlangt, die Anerkennung der eigenen „Moral“ also, in womöglich letzter Selbstentwürdigung.

Neben die Superioritätsmoral der Nazi-Täter setzt Lübbe die Argumentation und Selbstrechtfertigung der heute agierenden *politischen Terroristen*. Ihretwegen findet überhaupt der Terror so viel öffentliche Aufmerksamkeit, weil er nicht wie gewöhnliche Verbrechen dem Täter Vorteil verschaffen will. Ein System soll damit getroffen werden: der Staat, die Wirtschaft, der militärisch-industrielle Komplex. Die politische Legitimität wird aufgekündigt, und daher fühlt sich der Staat auch zu so nachdrücklicher und öffentlicher Bekräftigung des Legitimen durch seine politischen Repräsentanten aufgefordert. Er muß die moralischen Grundlagen der gesetzlich-politischen Ordnung als unantastbar zeigen, als nicht zu erschüttern durch die zufällig und unpersönlich getroffenen Repräsentanten des legitimen Systems.

Es sind aber wohl nicht in erster Linie diese Erscheinungen des modernen Terrorismus, die Hermann Lübbe beunruhigen und zu dieser Schrift veranlassen. Es ist offenbar vielmehr das breite *Infragestellen der Staatsloyalität*, was ihn alarmiert: die „verbale Legitimitätsaufkündigung“, wie sie bereits zum Alltag unserer intellektuellen Szene gehöre und einhergehe mit Moralisieren und moralischem Verurteilen in der Politik. „Zur Normalität geordneter politischer Verhältnisse dürfte es doch gehören, daß die moralisierende Form der politischen Argumentation nur in äußersten Ausnahmefällen zugelassen ist“ (S. 54). Moralisieren hat nur Sinn gegenüber verantwortbaren Handlungen und verantwortlichen Personen. Mit der Moralisierung wird versucht, Vorgänge des politisch-gesellschaftlich-wirtschaftlichen Lebens einzelnen zuzurechnen und eine die „gegnerische Personen oder Gruppen disqualifizierende Form der politischen Auseinandersetzung“ (S. 55) zu führen. Die Zunahme der moralischen Reflexion sieht Lübbe als ein modernitätsspezifisches Krisensymptom an. In Deutschland ist sie zusätzlich belastet und pointiert durch die ständige, gewiß nicht überflüssige, aber noch nicht in normalen Bahnen verlaufende Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Epoche.

Auch für diese Auseinandersetzung, für das Bewußtsein der Deutschen von ihrer Geschichte, ist der überzogene, überlastete Moralismus kennzeichnend. Die moralische Einschätzung der NS-Zeit

\**Hermann Lübbe: Politischer Moralismus. Der Triumph der Gesinnung über die Urteilskraft, Wolf Jobst Siedler Verlag, Reihe Corso, Berlin 1987*

brauchte an sich kein Problem darzustellen, die Moralverstöße waren offensichtlich. Als die Antwort auf die NS-Zeit sollte eigentlich die Verfassungs-, Rechts- und politische Praxis der Bundesrepublik gelten können, also der Aufbau eines demokratischen Staats. Wie aber von der folgenden Generation, die nicht mehr unmittelbar von der NS-Zeit und den genannten Antwort-Möglichkeiten betroffen war, die NS-Geschichte jetzt aufgenommen wird, das hat offenbar mehr mit einer Auseinandersetzung zwischen den Generationen zu tun als mit einer sachgemäßen Wertung dieser Epoche. Als Beispiel für das unsachliche Reagieren nennt Lübke die Kritik an der Bonner Erklärung „*Mut zur Erziehung*“. „Das Plädoyer für die sekundären Tugenden des Fleißes, der Sauberkeit, der Arbeitsdisziplin und der Ordnung sei, so wurde nicht in obskuren Zirkeln, vielmehr in Feuilletons der ersten Garnitur erwidert, ein Plädoyer für genau diejenigen Tugenden, die auch schon Adolf Eichmann ausgezeichnet hätten“ (S. 62). Wo man sich im Namen von selbstverständlichen Sozialtugenden, von Rücksichtnahme, von Erhaltung von Anstand und Scham gegen offensichtlich subkulturelle Erscheinungen wandte, also eben nur den selbstverständlichen Anstand in Erinnerung gerufen habe, würden hier in einem grotesken Aufschwung auf eine höhere moralische Ebene just diese Selbstverständlichkeiten attackiert, indem sie als typische Nazi-Eigenschaften gebrandmarkt werden. Ebenso absurd sei die Verherrlichung des *zivilen Ungehorsams*, ebenfalls eine Art Selbstlegitimation in Namen eines höheren Rechts und eine Desavouierung von Institutionentreue und Verfahrensgeltung, die doch die Normalität von Politik und Rechtsleben ausmachen. Auch die linken Utopien institutionenfreier Staatlichkeit unter einer Diskurs-Ethik à la Habermas wird als moralische Überspanntheit angesehen, als eine Empfehlung zur Dauerreflexion anstelle des selbstverständlichen Geltenlassens von Regelungen, Absprachen, Institutionen, die Einordnung und Gehorsam verlangen.

Als ein wesentliches Feld der heute modernen Selbstlegitimierung und moralisierender Gesellschaftskritik wird die Auseinandersetzung mit den modernen Zivilisationsschäden angesehen. Die moralische Entrüstung, in der ein Teil der Bevölkerung die *ökologischen Schäden* und ihre Entstehung durch Industrie, Technik, Zivilisation brandmarkt, sieht Lübke als gefährlichen Irrationalismus an. Zivilisationsschäden sind kein moralisches Übel, sie sind nicht als Absicht und Zurechenbarkeit, sondern als *Nebenfolgen* eines Prozesses entstanden, der für

uns alle selbstverständlich ist und von dem wir alle leben. Gewiß gilt es, den Zivilisationsprozeß neu in den Griff zu bekommen, zu sehen, wie sehr er einem „Grenznutzen“ entgegensteuert oder ihn schon überschritten hat. Aber die Krise der Zivilisation kann man nicht als Zielkrise, sondern nur als Steuerungskrise ansehen. Moralisierende Planer alternativer Lebensziele werden nicht benötigt, sondern Steuerungsexperten. *Die Rettung der Natur ist nicht ein moralisches, sondern ein technisches Problem* – an technischen Antworten auf die hoch komplexen Vorgänge von Luftverschmutzung und Waldsterben mangelt es, nicht an Gesinnungskundgaben (S. 88 u. 95). „Einzig nach vorn sind noch Auswege offen“ (S. 101).

Auch die ökologischen Probleme also lassen sich mit Forderungen einer Hoch- und Ausnahmemoral nicht bewältigen. Man weiß ja aus den östlichen Nachbarländern nur zu gut, wie wenig ein Umsturz der Wirtschaftsordnung, Abschaffung von Privatinteresse und Privateigentum geeignet sind, die Umweltprobleme in Ordnung zu bringen. Auch im real existierenden Sozialismus besteht das Interesse aller wirtschaftenden Einheiten nur an Produktionssteigerung, nicht aber an Beseitigung der Außenschäden. Mit Gesellschaftsänderung oder „Gesinnungsänderung“ operieren zu wollen, ist also ganz illusorisch. Moral ist eine knappe Ressource (S. 106), es ist unmöglich, mit permanentem Gesinnungsdruck eine andere Haltung des Wirtschaftens zustande zu bringen. Man denke sich nur die sämtlichen Wirtschaftler in der täglichen Entscheidung zwischen Verdienst und Verzicht, zwischen Erfolg des eigenen Betriebs und Umweltschutz. Es gilt für die Umweltfragen *politische Lösungen* zu finden, nicht aber Gesinnung zu predigen und an die Moral zu appellieren. Die Zumutung an den Industriellen, auf Konkurrenzfähigkeit zu verzichten, den eigenen Betrieb zu ruinieren, die Arbeitsstellen preiszugeben, beweist nur immer wieder, wie der Verantwortungsbegriff und das Moralisieren in der Ökologiedebatte überdehnt und fehlplaziert werden.

Das gleiche zeigt sich in der Art von Vorhaltungen und Appellen, die an die Wissenschaft gerichtet werden. Der Gang der Wissenschaft ist nicht mit Hinweis auf ihre unabsehbaren Folgen zu stoppen. Er liegt heute auch nicht in der Entscheidung einzelner Personen, sondern forschender Kollektive und ganzer Zünfte. Es bleibt letztlich eher ein politisches oder rechtliches Problem, welche Folgen des Machbaren zuzulassen sind, nicht aber Sache der Wissenschaftler, ihre Forschungen zurückzustellen. In die-

sem Zusammenhang werden einige Fragen der Fertilitätsmedizin, der Gen-Technik, der Atomforschung als Beispiele dafür aufgeführt, daß nicht die Forscher zugleich Spezialisten in Moralproblemen sind oder sich eine solche Rolle anmaßen können, daß sie wohl aber zur Verfügung stehen sollen mit Auskünften darüber, in welche Bereiche und Probleme die Forschung hineinführt. Die Göttinger Erklärung der Atomwissenschaftler wird in nicht gerade überzeugender Interpretation dem letzteren Typus der Stellungnahme zugeordnet.

Politischer Moralismus – so nennt Lübbe vor allem „das appellative Bemühen, die Verbesserung gesellschaftlicher Zustände über die Verbesserung moralischer Binnenlagen, durch pädagogische und sonstige Stimulierung der Gesinnung zu erwarten, statt von einer Verbesserung rechtlicher und ordnungspolitischer Institutionen in der Absicht, uns zu bewegen, auch aus Eigeninteresse zu tun, was das Gemeinwohl erfordert“ (S. 121).

So weit der Versuch, den Gedankengang Lübbes in seinen Hauptschritten nachzuzeichnen. Der Text scheint mir zentrale Positionen des heutigen Konservatismus in den Formulierungen eines seiner philosophischen Hauptvertreter zu enthalten und daher eine genaue Auseinandersetzung zu lohnen. Nicht so sehr aufhalten sollte man sich dabei mit den Parteien, in denen es sich Lübbe leicht macht, indem er sehr simpel argumentierende Gegner angreift, statt sich dort ernstere Partner der Auseinandersetzung zu suchen. Wo den Thesen des Bonner Forums „Mut zur Erziehung“ unterstellt wird, sie wollten nichts anderes als die Tugenden restituieren, die Adolf Eichmann ausgezeichnet hätten, sind die Druckseiten Lübbescher Widerlegung ebenso überflüssig wie dort, wo „Erziehung zum Ungehorsam“ als solche gepredigt oder die Bereitschaft zu zivilem Ungehorsam schon „als Erweis definitiv erlangter antifaschistischer Reife“ (S. 64) eingeschätzt wird. Daß es solche Äußerungen gegeben hat und noch gibt, soll hier nicht in Abrede gestellt werden. Nimmt man sie aber als repräsentativ für die Kritik an den Bonner Thesen, so zeigt das nur, daß man nicht gewillt ist, die ganze politische und pädagogische Debatte zum Thema „Mut zur Erziehung“ (Herrmann 1978, Benner u. a. 1978, Benner 1985, Zdarzil 1986 u. a.) ernst zu nehmen. Es geht doch in dieser Diskussion nicht um die Behauptung, die Sekundärtugenden wie Arbeitsdisziplin, Fleiß, Ordnung, Gehorsam seien obsolet geworden oder geradezu als Eichmann-Tugenden zu qualifizieren. Sondern es geht darum, daß sie *in den Dienst von guten*

*und schlechten Zielen* genommen werden können und daß ihre Tugend-Qualität sich erst von den Zielen her bestimmen läßt. Eine ernsthafte Gegendiskussion hätte sich darüber entfalten können, in welchem Alter oder bei welchen moralischen Problemen Kinder schon in diese Prüfung der Ziele einbezogen werden können, wie also die Relativierung der Sekundärtugenden durch die primären Ziele ein Problem der Schulerziehung und ein Gegenstand des Unterrichts sein kann. Das wäre ein Thema für Argumentation und Präzisierung zwischen konservativen und liberalen Positionen und auch eine Probe darauf, ob sich solche allgemeinen und politischen Thesen und Gegenthesen in konkrete pädagogische Ratschläge hin kleinarbeiten lassen.

Wie weit kann nun die traditionsgeprägte Moral, die Selbstverständlichkeit der Pflichterfüllung, der Sekundärtugenden, für die Lübbes Essay sich stark macht, wirklich ein Leitstern durch die Gegenwartsprobleme sein? Wie weit greift sie in den öffentlichen Auseinandersetzungen heute, z. B. bei der Bewertung der nationalsozialistischen Ära und bei der Beschäftigung mit Fragen unserer ökologischen und industriellen Moral?

Die moralische Stellungnahme zur NS-Herrschaft, so sagt Lübbe, sei gerade von der traditionsgeprägten Moral aus unkompliziert gewesen: Wer von den Morden an Geisteskranken, an Juden, an Sinti gewußt habe, habe nicht nur seine Pflicht zur Gehorsamsverweigerung, sondern auch das Recht zum direkten Widerstand daraus unmittelbar ableiten können. Dieser Widerstand erfolgte nicht im Namen von „hochideologisch formierter Zukunftsmoral“, sondern im Namen von „gemeinsinnsgebundener Herkunftsmoral“ (S. 36). Es war Widerstand gegen Konzentrationslager, Verschleppung, Menschenvernichtung.

Dennoch: es war zugleich Widerstand gegen Obrigkeit und Staatsgewalt, und das in Zeiten eines als nationaler Existenzkampf propagierten und weithin gebilligten Krieges. Die Männer des 20. Juli haben durchaus nicht nur den Auftrag der konventionellen und herkunftsbestimmenden Moral vernommen, sondern sich in mühsamer Arbeit dazu durchgerungen, die Loyalität aufzugeben, Widerstand zu leisten, ja, ein Attentat zu planen. Auch sie mußten eine „höhere Moral“ gegen andere Ziele, die durchaus in der moralischen Herkunft stark verankert waren, abwägen und sich für das höhere Ziel entscheiden, sie mußten sich über konventionelle Grundsätze hinwegsetzen, was manchen von ihnen schwer genug gefallen ist.

Wer den von Hitler begonnenen Krieg miterlebt hat und wer mit einigem Bewußtsein seine moralische Komplexität erfahren hat, der wird in das simple Schema Lübbes – hier moralische Selbstverständlichkeit, traditionsgeprägte Moral der Pflichterfüllung, dort anmaßend ideologische Hochmoral – nicht einstimmen. Die typische Situation der zahllosen Soldaten und Heimatunterstützer des Hitlerkrieges war doch gerade die, daß sie mit Gehorsam und Pflichterfüllung, mit dem ganzen Einsatz ihrer Bravheit und Treue einem kriminellen Regime und welthistorischen Wahnsinnstaten gedient haben. Objektiv waren sie Teil eines verbrecherischen Systems. Die meisten hat ihre schlichte Herkunftsethik nicht in stand gesetzt, den menschenverachtenden Fanatismus, dem sie dienten, wahrzunehmen bzw. sich durch ihre Wahrnehmungen moralisch alarmieren zu lassen. Ihr Gewissen – ebenso wie das vieler Richter, vieler Kirchenmänner, vieler Beamter usw. – hat das schlichte „Tun des Rechten“ nicht gefunden. Und so kam es, daß Millionen das Unrechte unterstützt, ermöglicht und mitverschuldet haben. So kam auch der unerhörte Verschleiß von gutem Willen, von Loyalität und Herkunftsmoral zustande, an dem wir heute leiden. Die schlichte Alltagsmoral der Pflichterfüllung, der Ordnung und Loyalität ist eben scheußlich mißbraucht und damit in ihrer moralischen Qualität zugrunde gerichtet worden. Die damals so unerhört hinter Licht geführten Pflichterfüller, zu deren Sprecher sich Alfred Dregger immer wieder macht, wollen zum Teil bis zum heutigen Tag diesen Verschleiß und Mißbrauch ihrer moralisch beschränkten Bravheit nicht wahrhaben. Hermann Lübbes Buch muß sich fragen lassen, ob es diese Nichtwahrnehmung des geschehenen Tugend-Verschleißes unterstützen will. Wenn der Historiker Andreas Hillgruber (1986), auf den auch Lübbe sich beruft, von den Leuten des 20. Juli gerade nicht als Helden der Alltagsmoral, sondern als von „*Gesinnungsethikern*“ spricht, die keine Aussicht auf politischen Erfolg hatten, wenn er andererseits die Offiziere, Landräte, Bürgermeister, die 1945 noch bis in die letzten Wochen hinein den Krieg fortsetzten, organisierten, verlängerten, als Männer bezeichnet, die in „*verantwortungsethischer Position*“ daran gearbeitet hätten, das Schlimmste zu verhindern (S. 20 f.), so wird die konservativistische Verwirrung der moralischen Debatte grandios. Mit der simplen Unterscheidung traditionsgeprägter, alltagsvernünftiger Herkunftsethik auf der einen, und abgehoben-gefährlicher Zukunftsethik auf der anderen Seite sind die Probleme, in welche uns die NS-Zeit gestürzt hat,

nicht zu fassen und schon gar nicht zu bereinigen.

Und auch nicht die *Gegenwartsprobleme* der Ökologie und der technisch-industriellen Entwicklung. Zuzustimmen ist Lübbe, wenn er darauf drängt, daß *politische* Lösungen gefunden werden müssen: Nur mit einer energischen Steuerungspolitik und mit einer Konzentration der technischen, ökonomischen und politischen Intelligenz auf die Umweltproblematik kann es gelingen, Auswege aus der unerhörten Selbstgefährdung, in die die Menschheit hineintreibt, zu finden. Dafür muß gewiß auch, durch ordnungspolitische Maßnahmen, durch das Steuersystem, durch Ressourcenverteuerung, durch Entwicklungsanreize, durch öffentliche Forschungsmittel dafür gesorgt werden, daß so viele Menschen wie möglich dahin kommen, „aus Eigeninteresse zu tun, was das Gemeinwohl erfordert“.

Doch welche Art von Politik brauchen wir, die eine solche moralische Harmonie wieder herstellen könnte? In welcher Lage befindet sich der Facharbeiter in einem Rüstungsbetrieb, bei Heckler & Koch z. B. oder bei Rheinmetall, wenn er erfährt, wohin die Waffen geliefert werden, denen er seine Arbeitskraft und seine Gewissenhaftigkeit widmet? Was soll der Bundeswehrosoldat tun, wenn er über Airlandbattle und Nuklearstrategien informiert wird und über seine eigene Mitwirkung am „Ernstfall“, d. h. an der Verbrennung Europas und an der Vernichtung seiner Zivilbevölkerung nachdenkt? Wie soll der Schweinezüchter oder Obstbauer handeln, den die EG-Normen drücken und der nur durch Hormon- und Pestizidspritzungen oder Intensivdüngung sein Geld verdienen kann, der aber genau weiß, was er seinen Mitmenschen und was er der kommenden Generation damit antut? Lübbe würde sagen: wir brauchen Steuerungsexperten, das heißt: eine bessere EG-Politik (hoffentlich auch eine andere Rüstungsexport- und Verteidigungspolitik) – die moralisierende Form politischer Argumentation sollte man auf die äußersten Ausnahmefälle beschränken. Für die benannten Situationen, die ganz und gar nicht Ausnahme sind, sondern Hunderttausende dauernd betreffen, empfiehlt er also wohl den Rückzug auf den Gemeinsinn, auf die elementaren Regeln traditioneller Moral und Politik, also offenbar darauf, derlei Probleme überhaupt nicht als moralische wahrzunehmen. Sollen diese Probleme damit samt und sonders auf die Politiker verschoben werden und dort gut aufgehoben sein? Und woher sollen die politisch Verantwortlichen, die Regierenden, die Abgeordneten Maßstäbe und Richtung ih-

rens Handelns nehmen? Die Jahrzehnte wirtschaftlicher Expansion und wachsenden Verbrauchs haben die Bevölkerung der westlichen Industrieländer daran gewöhnt und dazu erzogen, die Verfolgung des Eigeninteresses und das Gemeinwohl für identisch zu halten. Daß es einer gigantischen Anstrengung der Politik und aller Kräfte, die sie tragen und nach denen sie sich richtet, bedarf, um hier eine Änderung anzubahnen, hat offensichtlich erst ein Teil der Zeitgenossen begriffen.

Die politische Anstrengung, die heute allen abverlangt wird, ist eine durchaus moralische. Sie setzt voraus, daß das Eigeninteresse der heute herrschenden Generation empfindlich gestört und zurückgesetzt wird: das Interesse an Wohlstand und Konsum, das Interesse am Erhalt der bisherigen Arbeitsplätze, am weiteren Verbrauch der noch vorhandenen Ressourcen der Natur, der Luft, des Wassers. Diese Anstrengung nenne ich, in bewußter Verwendung des von Lübke desavouierten Begriffs: *Zukunftsmoral*. Das Wort soll diejenige moralische Anstrengung bezeichnen, die unserer Generation abverlangt wird, damit künftige Generationen eine Chance haben, die Erde nicht als Wüstenei, als Müllplatz, als Ort des Kampfs um die verbliebenen Naturressourcen vorzufinden. Es ist das "Prinzip Verantwortung", wie es Hans Jonas (1979) im Blick auf eine moralische Situation, die es in der ganzen Menschheitsgeschichte so noch nicht gegeben hat, formulierte: Verantwortung für den Erhalt des Lebens, für den Frieden um fast jeden Preis, für die Lebenschancen der kommenden Generation.

#### Literatur

*Benner, D.: Die fehlende Pädagogik in den Thesen des Bonner Forums „Mut zur Erziehung“. In: Schweizer Schule 72 (1985), Nr. 9, S. 33-39.*

*Benner, D. u. a.: Entgegnungen zum Bonner Forum „Mut zur Erziehung“. Stuttgart 1978.*

*Herrmann, U.: „Mut zur Erziehung“. Anmerkungen zu einer proklamierten Tendenzwende in der Erziehungs- und Bildungspolitik. In: Z. f. Päd. 24 (1978), S. 221-234.*

*Hillgruber, A.: Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums. Berlin 1986.*

*Jonas, H.: Das Prinzip Verantwortung. Versuche einer Ethik für die technologische Zivilisation. Frankfurt 1979.*

*Zdarzil, H.: „Mut zur Erziehung“. Rückblick auf eine pädagogisch-bildungspolitische Kontroverse. In: Vjschr. f. wiss. Päd. 62 (1986), S. 396-410.*

## Helmut Thielen Nicaragua: Die Landwirtschaft und ihre natürlichen Ressourcen

*Helmut Thielen, geb. 1941, ist Diplomsoziologe und Diplomingenieur. Er studierte zusätzlich tropische Landwirtschaft. Bisher war er als Friedensforscher in Frankfurt, als Landschaftsplaner in der öffentlichen Verwaltung in Berlin (West), als Dozent an der Technischen Fachhochschule und Technischen Universität Berlin tätig. Dort ist er zur Zeit wissenschaftlicher Mitarbeiter; zwei Nicaragua-Aufenthalte Dezember/Januar 1984/85 und Oktober bis Januar 1985/86; Autor mehrerer Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, darunter: Agrarreform in Lateinamerika zwischen Ökonomie und Ökologie. Modellfall Nicaragua, Frankfurt 1985.*

Seit Jahren steht die politische Entwicklung in Nicaragua im Brennpunkt des öffentlichen Interesses. Was dem einen der sowjetisch ferngesteuerte sandinokommunistische Totalitarismus, ist dem anderen die unbefleckte Empfängnis der Revolution. Sowohl der Streit der Meinungen als auch die politisch-militärischen Ereignisse, zuletzt noch die 100 (oder 500?) Millionen US-Dollar für die Kriegsführung der USA und die Unterstellung ihrer Contra-Truppen unter das direkte Kommando der CIA, verdecken eine unvoreingenommene Kenntnisnahme und Beurteilung einfacher Grundsachverhalte, um die es in Nicaragua seit 1979 vor allem geht.

Ein kleines mittelamerikanisches Land von ca. 3 Mio. Einwohnern in den wechsel- bis immerfeuchten Tropen gelegen, ist wenig industriell entwickelt und ohne bedeutsame Rohstoffe und daher zum Leben vor allem auf seine Landwirtschaft angewiesen, die aber traditionell überwiegend für den Weltmarkt und nicht für die einheimische Bevölkerung produziert und zudem durch krasse Gegensätze von arm und reich bestimmt ist. Schließlich ist das Land bis zu den ersten freien Wahlen in seiner Geschichte am 4. November 1984 ohne Chance demokratischer Selbstbestimmung, da es seit 1909 mit geringen Unterbrechungen von US-Truppen besetzt und seit 1936 von der von den USA geschaffenen Nationalgarde mit der Familie Somoza an der Spitze militärisch-diktatorisch kontrolliert wurde. Diese Ausgangslage hätte jeder Reformregierung, ganz unab-

hängig von der ideologischen Ausrichtung, die Aufgaben diktiert, welche die landwirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung der ökologischen Grundlagen gegen wirtschaftlich nachteilige Schäden in den Mittelpunkt alle Reformprogramme und Maßnahmen stellen muß. Eine gerechte Beurteilung der Entwicklung seit 1979 sollte daher von der Kenntnis der landwirtschaftlichen und ökologischen Probleme und davon ausgehen, welche Lösungswege die Verantwortlichen hierfür eingeschlagen haben.

### Die natürliche Gliederung

Schon ein erster Blick auf Nicaraguas topografische Karte zeigt, daß das Land in drei große räumliche Einheiten zerfällt:

1. Zunächst ist da der pazifische Raum, in welchem die beiden Seen (Cocibolca und Xolotlán) und die Vulkankette (Cordillera de los Maribios) liegen. Gegliedert durch diese Vulkane, schließt er die Pazifikebene von Chinandega bis Rivas, die innere Ebene von Chinandega und León und die Ebene um die beiden Seen ein. Er umfaßt 15 % der Landesfläche und über 85 % der Bevölkerung mit den wichtigsten Agrarexportgebieten und den städtischen Ballungszentren auf der Panamericana-Achse: León-Managua-Masaya-Granada-Rivas. Das Jahresmittel der Niederschläge liegt zwischen 800 und 1800 mm, das der Temperatur beträgt 25°–30° C.

2. Nach Osten und Norden schließt das zentralnördliche Bergland an mit Erhebungen bis knapp 2000 m, weiten Tälern und Hochflächen, südöstlich in das Hügelland von Chontales und Rio San Juan auslaufend, im Südwesten und Osten von einer Hügel- und Stufenlandschaft gesäumt. Es handelt sich um die Departaments Jinotega, Nueva Segovia, Esteli und Madriz im Norden und Boaco und Chontales im Zentrum des Landes mit 28 % der Fläche und 10 % der Bevölkerung. Das Jahresmittel der Niederschläge beträgt 1000 – 2500 mm, das der Temperatur 20°–25° C.

3. Mehr als die Hälfte des gesamten Landes wird vom karibischen (atlantischen) Tiefland mit den Departaments Zelaya und Rio San Juan eingenommen, mit sumpfigen Tallagen und kleineren Hügelketten, die Siedlungsgebiete der Miskito-, Sumu- und Ramaindianer und afro-karibische Siedlungen am Küstensaum. Der Bevölkerungsanteil beträgt hier nur 5 %. Die ganzjährig fallenden Niederschläge liegen zwischen 2000 und 4500 mm, die Mitteltemperatur bei 25°–30° C.

### Räumliche Schwerpunkte der Landwirtschaft

Bis heute ist Nicaraguas Landwirtschaft durch die Erblast der Vergangenheit bestimmt. Dies gilt sowohl für das, was es produziert als auch für das, was dabei mit der Natur geschieht. Beschreibt man die Probleme, so fallen einseitige Gewichtungen und Widersprüche auf zwischen Grundnahrungsmittel- und Exportproduktion, zwischen Produktion und Versorgung der Bevölkerung, zwischen landwirtschaftlicher Nutzfläche und ihre Verteilung auf die Bevölkerung und zwischen der natürlichen Eignung der Ressourcen und ihrer tatsächlichen Nutzung. Alle diese Probleme hängen in ihren historischen Ursachen zusammen und verstärken sich in ihren negativen Wirkungen.

Im Pazifikraum überwiegen die Großbetriebe, in erster Linie mit Baumwoll- und Zuckerrohrplantagen in den Ebenen von Chinandega und León bis Rivas, im Norden auch Bananen. Ungefähr ein Drittel der Gesamtproduktion kommt beim Kaffee aus den Bergen von Managua, Masaya und Carazo; Mais, Reis von den Plantagen am großen See und beim Rindfleisch von den schlecht genutzten riesigen Haciendas mit großen Brachflächen in Granada und Rivas. Der Grundnahrungsanbau in Klein- und Kleinstbetrieben wurde mit einem Drittel der Maisproduktion auf die problematischen vulkanischen Berggebiete abgedrängt.

Ursprünglich waren einmal der feuchtgrüne und der trockene laubabwerfende tropische Wald die natürliche Vegetation. In den Ebenen ist er ganz verschwunden, die Hänge, Kuppen und Hochflächen der Vulkangebiete zeigen noch Restbestände.

Das zentrale und nördliche Bergland von Nicaragua ist anstelle der Pazifikebenen zum Hauptanbauggebiet für Mais und Bohnen in kleinen und Kleinstbetrieben geworden. Führend ist es in der Rinderzucht auf großen Haciendas. Ebenso befinden sich hier die wichtigsten Kaffeeanbaugebiete in Matagalpa und Jinotega mit mittleren und großen Betrieben. Schließlich wird fast die Hälfte des Bewässerungsreis' in Boaco und Chontales produziert. Vor allem im Westen sind die tropischen trockenen und regenrünen bis halb-immergrünen Bergwälder weitgehend abgeholzt. Nach Osten hin schließen sich zunehmend größere Waldgebiete an.

Das tropische Tiefland der Karibik ist insgesamt für Ackerbau und Viehzucht nicht geeignet und zeigt die geringsten Produktionsanteile (u.a. Bananen, Zucker, Kakao). Am ehesten sind bodendeckende Dauer- und Baumkulturen möglich. Ökologische Schäden hat die großflächige Entwaldung für den

Holzexport durch ausländische Gesellschaften seit dem Ende des 19. Jahrhunderts und für bäuerliche Siedlungsprogramme unter der Somoza-Diktatur verursacht.

### Die ökologische Situation im Überblick

Mit den historisch gewachsenen, politisch-ökonomisch verursachten Verzerrungen der Produktionsstruktur in der nicaraguanischen Landwirtschaft hängen die schwerwiegenden Schäden an ihren natürlichen Grundlagen zusammen: In den pazifischen Ebenen und den westlichen Hügel- und Bergländern beginnt sich Trockensavanne mit einer Tendenz zur Verwüstung auszubreiten. Ursache ist die vollständige Vernichtung der Waldbestände zugunsten der Monokulturen und extensiven Viehweiden.

In allen Regionen, vor allem aber in den Berglagen und der Pazifikebene, geht die Bodenfruchtbarkeit und die fruchtbare Bodendecke selbst zurück. Hier wirken die Waldvernichtung, die Klimaveränderung und das Abtragen des Bodens durch Wind oder Regenwasser zusammen. Hinzu kommen die Nebenwirkungen bodenverdichtender schwerer Maschinen und der Agrochemikalien. Ökonomische Ursachen sind unangepaßte Holzausbeute, Monokulturen, Brandrodungs-Wanderfeldbau und Viehweide in den Bergen. Nach Erhebungen sind von den 10 % der ackerbaulich genutzten Flächen Nicaragua 30 % schwer erosionsgeschädigt. Im Baumwollanbaubereich von Chinandega/León ist auf einer Fläche von 45 000 ha die einstmals 1,50 m mächtige fruchtbare Vulkanerde auf 20-30 cm zurückgegangen!

Die Waldvernichtung in allen Regionen Nicaraguas ist ein zentraler Faktor der landwirtschaftlich wirksamen ökologischen Veränderung. Sie verringert die Bodenfruchtbarkeit, fördert die Bodenerosion und die Klimaverschlechterung, die ihrerseits wieder die Bodenerosion begünstigt. Von 1952 (Beginn des Baumwollbooms) bis 1973 wurden mehr als ein Drittel (36 %, 26 000 km<sup>2</sup>) der nicaraguanischen Wälder abgeholzt. Setzte man den derzeit noch andauernden Kahlschlag von jährlich 80 000 bis 120 000 ha – die Größe des Nicaragua-Sees – fort, so würden im Jahre 2025 in Nicaragua keine Wälder mehr existieren. Die mittel- bis langfristige Klimaverschlechterung zeigt sich als zunehmende Trockenheit, unregelmäßigere Niederschlagszeiten, häufigere Starkregen. Sie geht auf den sinkenden Waldanteil und seine ökonomischen Ursachen zurück. Sie beeinträchtigt Wachstum und Erträge der landwirtschaftlichen Kulturen und fördert die Bodenerosion.

### Die vor-revolutionäre Situation – Beispiel Baumwolle

Insgesamt gingen von 1950-1960 in der Pazifikebene die Anbauflächen für Mais und Bohnen um 50 % zurück. 1960 bedeckten Baumwollplantagen 16 % der pflanzenbaulichen Nutzfläche. 1977/78 kontrollierten ein knappes Viertel der Baumwollunternehmer 82 % der Baumwoll-Anbaufläche. 1978 lag der Exportanteil der Baumwolle bei 45 %. Schon 1965 hingen die Ertragssteigerungen von Pestizidimporten für ca. 10 Mio. US \$ ab. Seither geriet der Baumwollanbau in eine ökonomisch-ökologische Krise: Von 1965 bis 1969 gingen die Erträge um 30 % zurück; die Schädlingsarten nahmen (von 5 im Jahr 1955 auf 9 im Jahr 1969) zu, ebenso die Populationen, welche auch benachbarte Mais- und Bohnenfelder befielen; 1978/79 gingen 30 % der Devisen und 45 % der Produktionskosten in den Schädlingsgifteinsatz; zugleich fielen die Weltmarktpreise. Ergebnis dieser Entwicklung war, daß 1977/78 die Gesamtkosten sich den Erlösen annäherten und der Somoza-Staat die Baumwollunternehmer mit 77 Mio. US \$ jährlich subventionierte. Nicht berücksichtigt sind darin Sozial- und Umweltkosten, die sich nach Berechnungen der UN-FAO 1973 auf 200 Mio. US \$ beliefen.

### Land verteilen, die Produktion steigern, die Ressourcen schützen – Pläne, Leistungen und Probleme seit 1979

#### Agrarreform

„Agrarreform“ heißt (wie in ganz Lateinamerika) das Stichwort, in dem sich auch in Nicaragua alle Aufgaben und Maßnahmen finden, mit denen seit 1979 versucht wird, die bisher geschilderten Probleme anzupacken. Unmöglich ist es hier, alle Projekte der vergangenen Jahre auch nur aufzuzählen, geschweige denn darzustellen bis hin zu den Maßnahmen, die notwendig wurden, um auch unter verschärften Kriegsbedingungen die erreichten gerechteren Strukturen zu erhalten und die knapper werdenden Güter bevorzugt an die breiten Schichten der Bevölkerung zu verteilen. Daher nur wenige Stichworte.

Die Landverteilung als Bestandteil der Agrarreform ist vielleicht die konservativste von allen bisher bekannten großen Agrarreformen. Auch nach der Novellierung des Gesetzes von 1986 bleibt Privatbesitz ganz unabhängig von der Größe völlig unangetastet, wenn er den jeweiligen regionalen wirtschaftlichen und technischen Bedingungen gemäß produktiv bewirtschaftet wird. Enteignet werden

# NICARAGUA

## ZUR WIRTSCHAFTSSTRUKTUR

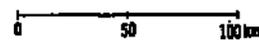
- |  |   |  |   |
|--|---|--|---|
|  | Eisenbahn   |  | Flughafen                                   |
|  | Internat./k. Fernstraße<br>(Gezeiten International) |  | Flughafen                                   |
|  | Wichtige Straßen                                    |  | Seehäfen                                    |
|  | Erdölleitung  |  | Birnenbäume; Hüfen<br>mit lokaler Bedeutung |
|  | Füsse   |  | Städte mit mehr als<br>30.000 Einwohnern    |



- |  |               |
|--|---------------|
|  | Rais          |
|  | Ananas        |
|  | Bananen       |
|  | Baumwolle     |
|  | Erdbeeren     |
|  | Kaffee        |
|  | Kakao         |
|  | Kobaltminen   |
|  | Opalminen     |
|  | Tabak         |
|  | Zitrusfrüchte |
|  | Zuckerrübe    |

- |  |                    |
|--|--------------------|
|  | Erdölraffinerie    |
|  | Zementfabrik       |
|  | Wasserwerk         |
|  | Geoterm. Kraftwerk |
|  | Wärmekraftwerk     |
|  | Eisen              |
|  | Gold               |
|  | Kalk               |
|  | Kupfer             |
|  | Silber             |

- |  |                         |
|--|-------------------------|
|  | Schiffbau               |
|  | Chemische Industrie     |
|  | Holzgerberei            |
|  | Metalverarbeitung       |
|  | Nahrungsmittelindustrie |
|  | — Eisenstein            |
|  | — Zuckerfabrik          |
|  | Tabakindustrie          |
|  | Textilindustrie         |



können nur Ländereien, die verlassen, großenteils verpachtet oder brachgefallen sind oder deren Einrichtungen verfallen oder dekapitalisiert wurden – und auch dies nur auf Antrag der örtlichen Bevölkerung, von der Basis her, über einer Mindestgröße von ca. 50 ha (vor 1986: 350 bzw. 500 ha), in geregeltem Verfahren mit Rechtsmitteln für den betroffenen Eigentümer und gegen staatliche Entschädigung. Ende 1984 waren für 1,4 Mio. ha Land Besitztitel neu vergeben, davon 60 % als Bestätigung für schon bestehende Besiedelung ohne Eigentumsrechte (Precarismo) und 40 % als echte Neuverteilung. 63 % der Böden sind immer noch Privateigentum, der Staatsanteil ist 1982 bis 1984 zugunsten von Kleinbauern und Genossenschaften von 23 auf 18 % gesunken, etwa 20 % entfallen auf den Genossenschaftssektor mit einem ungefähr gleichen Anteil von Produktions- (CAS) und Dienstleistungsgenossenschaften (CCS). Daneben gibt es noch Arbeitsgruppen von Landarbeitern (CT), die in der erntefreien Zeit auf gepachtetem Land Grundnahrungsmittel anbauen und Bauern, die ihre Felder nebeneinander legen, um Nachbarschaftshilfe und gemeinsame Gerätenutzung zu erleichtern (CSM). Rückblickend lassen sich drei Phasen der Agrarreform unterscheiden: 1979 bis 1981 wurden die unerläßlichen Grundlagen in Form leistungsfähiger Behörden und flankierender Hilfsprogramme für die Produktionssteigerungen (wie Kredit, Gesundheit, Bildung, Beratung und Infrastruktur) gelegt und die Bewirtschaftung der Güter des Diktatorenclans Somoza und seiner politisch-militärischen Verbündeten in Staatsbetrieben organisiert. Von 1981 bis 1984 wurde der Genossenschaftssektor, u. a. durch Reprivatisierung von Staatsland, aber auch durch vorsichtige Entscheidungen, aufgebaut. Seit 1984 werden, aufgrund des wachsenden Drucks von Kleinbauern, Pächtern oder Landarbeitern, die ihre eigenen einflußreichen Interessenvertretungen in ATC, der Landarbeitergewerkschaft, und UNAG, dem Pflanz- und Viehzüchterverband, haben, zunehmend Ländereien an private Einzelbauern vergeben.

#### *Produktionssteigerung*

Von Anfang an hat Nicaraguas Agrarreform die Landverteilung in den Dienst der Produktionssteigerung gestellt. Dem dienen einerseits die erwähnten staatlichen Hilfsprogramme, u. a. für die Kleinbauern und für die Genossenschaften, zum anderen spezielle Großprojekte. Stellvertretend für viele seien erwähnt:

– PAN, die Mobilisierung ungenutzter Ländereien für bewässerten zusätzlichen Grundnahrungsmittel-

tel- und auch Gemüse- und Frühlteanbau z. B. im Tal von Sebaco (Gemüse) oder in Jalapa (Mais und Bohnen);

- Plankontingente: Mais und Bohnen als Zwischenfrüchte auf den Baumwollfeldern von Chinandega und León;
- Milchviehproduktionszentrum Chiltepe (Managua-See) und MuyMuy (Matagalpa) und Zuckerproduktion und -verarbeitung „Victoria de Julio/TIMAL“ (in der Ebene zwischen den beiden Seen);
- 1000 ha Kokospalmen und 1750 ha afrikanische Ölpalmen in Zelaya Sur.

#### *Großprojekte und ihre Probleme*

Systematische Entwicklungspolitik im großen Maßstab, wie sie seit 1979 in Nicaragua betrieben wird, sieht sich mit einer Fülle von Problemen konfrontiert, kann zwar Anregungen von außen übernehmen, aber ist ohne Vorbilder auf neue Entscheidungen zwischen Alternativen angewiesen, muß also Fehler machen, um aus ihnen zu lernen. Dafür 3 Beispiele.

Auf Chiltepe, der Halbinsel im Managua-See, dicht bei der Hauptstadt, werden nach kubanischem Muster auf einer Fläche von ca. 5700 ha sieben Betriebe angesiedelt, die mit insgesamt 8500 Milchkuhen besetzt werden sollen. 20 % sind jetzt in Betrieb, schlecht und recht, weil diese durchorganisierte Wirtschaftsweise auch noch an der Unzulänglichkeit der Menschen scheitert. Die besten Ergebnisse – durchschnittlich 131 pro Tag – werden mit der angepaßten Holsteinrasse erzielt (sie wird in Chiltepe aufgezogen), während die Brahmanrasse – ein Zebuabkömmling – die überwiegend im Lande ange-troffen wird, „in freier Wildbahn“ kaum über einen Liter pro Tag hinauskommt, der zum Teil noch von den Kälbern aufgebraucht wird. Allerdings ist dieses Rind auch ein guter Fleischlieferant. Neuerdings besinnt man sich wieder auf die Criollo-Rasse, eine Auslesezüchtung aus unterschiedlichsten Kreuzungen, die sich bereits vor 80 Jahren stabilisiert hatte, und die in freier Natur, also für den kleinen Bauern, den Campesino, eine gute Basis für Fleisch- und Milchertrag sein kann.

Bis zur Jahrhundertwende plant das Ministerium, die Selbstversorgung der Bevölkerung mit Mais, Bohnen und Reis zu erreichen. Ein Instrument, um dieses Ziel zu verwirklichen, ist der „Plan Contingente“. Er organisiert den Bewässerungsanbau von Mais, Bohnen, Sesam und Hirse zwischen zwei Baumwollzyklen in der Pazifikebene bei León auf fruchtbaren vulkanischen Ascheböden. 1983 hat

man mit 7000 ha Mais begonnen. (Ertrag pro Hektar: ca. 70 Zentner.) Seither wurde die Anbaufläche systematisch gesteigert und 1986 betrug die Gesamtproduktion mehr als 20 % auf einer Fläche von weniger als 10 % von der im Jahr 1983. Ziel ist auch, die völlig ungeeigneten Bergstandorte für eine entsprechende Nutzung zu entlasten. Das wäre Wald oder jedenfalls Dauerkulturen.

Die Probleme derartiger Großprojekte lassen sich exemplarisch am Zuckerproduktions-Komplex „Victoria de Julio/Timal“ ablesen. Von 16000 ha Zuckerrohrfeldern, in der Ebene zwischen den beiden Seen gelegen, sollen ab 1988 täglich 1000 t Zucker aus je 7000 t Rohr hergestellt werden. Dachte man ursprünglich, daß nach 10 Jahren der Zuckerexport Netto-Devisen-Erlöse bringen würde, so zeigen neue Berechnungen, daß die Anlage 30 Jahre brauchen wird, nur um die Gesamtkosten von ca. 300 Mio. US \$ wieder einzubringen. Derzeit noch gar nicht abzusehen ist, ob die Umsetzung eines laufenden Planungsvorhabens der Umwelt- und Ressourcenbehörde IRENA ein zunächst überhaupt nicht berücksichtigtes Problem lösen wird: Aufgrund ausgedehnter und intensiver Bodenerosion wie langfristiger Kimaverschlechterung im Wassereinzugsgebiet des Rio Malacotoya, der den Bewässerungsstausee Las Canoas speist, ist das Bewässerungsreservoir für die Felder nicht gesichert. Zudem setzt sich der See mit Schwemmaterial zu.

#### **IRENA – Umweltschutz und Ressourcenplanung unter erschwerten Bedingungen**

Schon im August 1979 wurde IRENA, das Instituto Nicaragüense de Recursos Naturales y del Ambiente, gegründet, zunächst als selbständiges Ministerium, ab 1985 als Abteilung beim Landwirtschaftsminister. Aufgrund gesetzlicher Aufgabenformulierung vom 19. 10. 1979 soll IRENA einen „Generalplan über . . . die Politik von Konservierung und angemessener Nutzung . . . von Umwelt und Naturressourcen mit dem Ziel (erarbeiten, ht.), alle Aktivitäten, die man unter dieser Leitlinie sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor durchführt, zu steuern“ (Artikel 3, Nr. 2). D. h. IRENA soll planerische Vorschläge machen für die ökologische Anpassung sämtlicher Entwicklungsvorhaben in Landwirtschaft, Industrie, Infrastruktur und Bauwesen. Als die wichtigsten Probleme benannte Jorge Jenkins Molieri, der erste Minister, 1981: „Die Verschmutzung des Managua-Sees, die Verschmutzung der Flüsse . . . ; der Kahlschlag unserer Wälder, der beschleunigte Raubbau der Minen

und der Fischressourcen, die ungeheure Wind- und Wassererosion und die zunehmende Austrocknung der westlichen Ebenen . . .“

Entsprechend ausgearbeitete Entwicklungskonzepte liegen inzwischen u. a. vor für das Bergland südlich von Managua. Derzeit bearbeitet werden Vorschläge für die Sanierung des Managua-Sees, die wirtschaftliche Entwicklung der Wassereinzugsgebiete um den Großen Nicaragua-See und für die um den Rio Malacotoya. Durchgeführt wurden umfangreiche Aufforstungen auf vielen tausend Hektar in der nordöstlichen Atlantik-Zone und in Las Segovias sowie ausgedehnte Wind-Erosionsschutzpflanzungen in den nordwestlichen Pazifikebenen. Außerhalb von IRENA, aber gleichfalls in die ökologische Richtung zielend, laufen Projekte des integrierten und biologischen Pflanzenschutzes auf den Baumwollfeldern bzw. im Grundnahrungsmittelanbau, der Einsatz verschiedener Biogas-Anlagen in staatlichen und kleinen Familienbetrieben, der Siedlungsbau mit lokalen naturnahen Materialien und die Konstruktion angepaßter Bewässerungsanlagen.

Ein bedeutender Teil der Geldmittel, aber auch der Fachleute selbst bei IRENA kommt aus dem westeuropäischen Ausland, aus Schweden, Österreich, der Schweiz, Italien, Frankreich, Kanada und der Bundesrepublik Deutschland, von staatlichen Stellen ebenso wie von regierungsunabhängigen Organisationen. Auf diese Hilfe ist IRENA gerade auch in den schweren Zeiten, die das Land gegenwärtig durchmacht, dringend angewiesen, und sie ist angesichts der geschilderten ökonomisch-ökologischen Problemzusammenhänge eine besonders wertvolle Zukunftsinvestition.

#### **Fazit**

Läßt man einmal die politischen Auseinandersetzungen beiseite, so stellt sich Nicaragua als ein Entwicklungsland dar mit charakteristischen, vor allem landwirtschaftlichen und ökologischen Problemen. Wie andere Länder Lateinamerikas und der Dritten Welt überhaupt, so ist auch Nicaragua vom Export weniger Produkte – Kaffee, Baumwolle, Zucker, Rindfleisch vor allem – abhängig. Zugleich fehlen die Böden und Ressourcen, die die Exportproduktion verbraucht, für die inländische Herstellung von Mais, Bohnen und anderem Grundbedarf der Bevölkerung. Überdies hat diese wirtschaftliche Entwicklung schwere soziale und ökologische Probleme mit sich gebracht. Die historische mit der spanischen Eroberung im 16. Jahrhundert in mehreren Etappen erfolgte Umwandlung zunächst der pazifischen Ebe-

nen, später auch von Teilen des Berglandes, in Viehweiden, Zuckerrohr-, Bananen-, Kaffee- und Baumwollplantagen, ebenso die übermäßige flächenhafte Ausbeute von Nutz- und Edelhölzern, bedeutete zugleich immer wieder die Vernichtung großer Wälder und die Vertreibung der Bauern in die Berge und in den Tieflandregenwald. Waldzerstörung setzt ihrerseits Prozesse der Savannenausbreitung, Bodenerosion durch Wind und Wasser und Bodenfruchtbarkeitsverminderung in Gang, der Brandrodungs-Wanderfeldbau der *Campepinos* in den Bergen und im karibischen Tiefland bewirkt das gleiche. Nach 1979 wurde eine umfassende Landwirtschaftspolitik eingeleitet, die mit vielfältigen Programmen und Maßnahmen vor allem das Los der ländlichen Bevölkerungsmehrheit zu verbessern sucht. Neben erfolgreichen auch international gewürdigten Alphabetisierungs-, Erwachsenen- und Gesundheitskampagnen wird die Produktion erhöht. Das geschieht

durch Hilfen für Kleinbauern und Genossenschaften. Durch Großprojekte der Grundnahrungsmittel- und Exporterzeugung. Die Bodenreform hat inzwischen ca. 1,5 Mio. ha Land vergeben, berücksichtigt vor allem Genossenschaften, kleine Einzelbauern und Siedler auf rechtlich unsicherem Boden und hat doch ca. 60 % des Bodens in privater Hand belassen. Ökologisch wurden bis jetzt große Aufforstungen und Erosionsschutzmaßnahmen durchgeführt. Schrittweise werden Pläne für die ökologisch richtige Nutzung aller Regionen ausgearbeitet. Schließlich wurden einige wenige angepaßte Technologien entwickelt und auch angewandt.

Die Beendigung des USA-Contra-Krieges gegen Nicaragua ist vordringliche Bedingung für die Erhaltung dieses die Ressourcen des Landes zum Wohle der Bevölkerungsmehrheit einsetzenden Entwicklungsmodells.

## Thomas Fuchs Aspekte deutscher Identität

---

*Thomas Fuchs, Jahrgang 1958, studierte von 1980-1986 Medizin, Philosophie und Geschichte in München, von 1980-1985 arbeitete er organisatorisch und praktisch in der Friedensbewegung mit; z. Zt. lebt er als Arzt in München. Veröffentlichungen u. a.: Fuchs/Marti/Soldner: Neue Deutsche Ostpolitik und Mitteleuropäische Emanzipation.*

---

### I.

Wohin gehen die Deutschen? – Ob mit Sorge, Interesse oder Erwartung – diese Frage wird gegenwärtig wieder gestellt. Sie bezeichnet eine Situation, in der das Selbstverständnis der Deutschen nicht mehr selbstverständlich, in der die deutsche Identität in eine Krise geraten ist. Ihre Symptome zeigen sich im 'Historikerstreit', in den Versuchen der Neu- und Umdeutung deutscher Vergangenheit ebenso wie im Wiederaufbrechen der 'nationalen' Frage, in den Auseinandersetzungen um einen 'deutschen Sonderweg' und, nicht zuletzt, in der Renaissance des 'Mit-

teleuropa'-Gedankens auch hierzulande. – Wie kam es dazu?

Eine Identität gerät in die Krise, wenn sie sich einerseits äußeren Veränderungen, neuen Anforderungen nicht gewachsen zeigt, andererseits aber schon vorher nicht wirklich geklärt und genügend gefestigt war, um auch in veränderter Lage zu bestehen. – Nun gelten häufig die Teilung und Zweistaatlichkeit als vornehmliches Hindernis einer eindeutigen deutschen Identität, deren Ungeklärtheit sozusagen bereits grundsätzlich fixiert sei; und mit dieser Ansicht geht implizit die Festlegung einher, eine solche Identität könne überhaupt nur eine *nationale* sein. Warum aber wurde dann diese Problematik gerade in einer Phase wieder lebendig, in der die deutsche Zweistaatlichkeit eine von uns wenn nicht völkerrechtlich, so doch politisch-faktisch mehr als je zuvor anerkannte Realität darstellte, in der die DDR zum gleichberechtigten (Handels-)Partner aufgestiegen war, und in der schließlich die bundesrepublikanische Identität als erfolgreiches „Modell Deutschland“ weitgehend gesichert schien? – Herkunft und Bedeutung der Frage nach der deutschen Identität werden wir nur verstehen, wenn wir uns ihre unterschiedlichen Aspekte vor Augen führen, wenn wir erkennen, daß man auf verschiedenen Ebenen von Identität sprechen kann.

## II.

Ihre erste Erscheinungsform fand die jetzige Problematik zu Beginn der 80er Jahre auf der militärisch-strategischen Ebene: die Friedensbewegung und in ihrem Gefolge weite Teile der Bevölkerung sahen die deutsche Identität in erster Linie als die des Opfers eskalierender globaler Konflikte, die Bundesrepublik als Starttrampe fremder Waffensysteme, als ersten Schauplatz der atomaren Katastrophe. Die tödliche Bedrohung, die Vision einer bevorstehenden totalen Negation jeder Identität stellte erstmals die Frage nach dem eigenen Selbstverständnis. Doch läßt es sich auf dieser Ebene niemals begründen – hier konnte man nur zur leeren Identität des schieren Überlebens, des 'Lieber-rot-als-tot-Seins' gelangen.

Von daher richtete sich die Aufmerksamkeit schon bald auf die politisch-staatliche Ebene. Hier war die Identität der Bundesrepublik bislang gleichsam definiert durch Adenauers Konzeption der festen Einbindung ins westliche Staatensystem bzw. – nicht mehr ganz so Adenauerisch – durch die treue Anlehnung an die USA. Nach dem radikalen Bruch mit der eigenen mitteleuropäischen Geschichte konnte in der Nachkriegszeit eine neue Identität nur von außen bezogen werden. Die *Außenorientiertheit* blieb das erste Kennzeichen dieser Ersatzidentität auch dann noch, als sie in den 70er Jahren durch den Ausgleich mit dem Osten abgerundet werden konnte: zur Rolle des ökonomisch erfolgreichen, in West und Ost gleichermaßen angesehenen „Maklers“ im internationalen Geschäft, wie sie Schmidt als Kanzler verkörperte.

Die Außenabhängigkeit dieser Identität wurde ihr jedoch zum Verhängnis, als das Ende der Entspannungsphase zu Beginn der 80er Jahre die internationalen Rahmenbedingungen entscheidend veränderte. Mit dem Bruch im amerikanisch-sowjetischen Verhältnis fand sich die Bundesrepublik unverhofft in einer exponierten Lage zwischen den Fronten, drohte sie zum Instrument, ja zum Spielball des Konfrontationskurses der Supermächte zu werden. Westbindung und Ostgeschäfte gerieten in Widerstreit, und es zeigte sich, daß der westdeutschen Politik keine eigene Kursbestimmung zugrunde lag, sondern lediglich eine vorteilhafte Anpassung an westöstliche Strömungsverhältnisse.

Nun wurde auch deutlich, daß für eine solche Kursbestimmung der Bundesrepublik von Anfang an die eigentliche, *innere* Grundlage fehlte: eine Identität auf der *geistig-kulturellen Ebene*. Sie nach 1945 zu entwickeln hätte erfordert, sich der eigenen

Schuld wirklich zu stellen, sie in eine Aufgabe für die Zukunft zu verwandeln und so die Geschichte annehmen zu lernen. Statt dessen aber vollzog man den radikalen Abschied von der Geschichte, den Bruch mit der mitteleuropäischen Vergangenheit und damit zugleich die Abwendung von Ostmitteleuropa. Die Selbstvergessenheit ließ auch die anderen vergessen – unter Verlust all dessen, worin die kulturelle Bedeutung und Aufgabe der Deutschen in Mitteleuropa bestanden hatte, worauf – längst vor der nationalen Einigung! – ihre Identität gegründet war. Diese wurde nun für die Westdeutschen ebenso zur 'terra incognita' wie die Länder Osteuropas im Äußeren. „Die böhmischen Dörfer sind wirklich böhmische Dörfer geworden“, schreibt Karl Schlögel.<sup>1)</sup>

Auf dieser geistig-kulturellen Ebene, die erst durch die beiden anderen hindurch erreicht werden konnte, besteht also die eigentliche Krise der deutschen Identität. Die Besinnung darauf wird sich auch durch einen Rückfall in die formale Außenorientierung auf die Dauer nicht mehr hintanhaltend lassen: ein neuer Schulterschuß mit den USA steht derzeit nicht einmal mehr zur Diskussion, und für die von der SPD avisierte Anlehnung an Frankreich fehlt sozusagen schon atmosphärisch jede Grundlage.<sup>2)</sup>

Lösungsversuche auf der grundlegenderen Ebene werden dagegen sichtbar in der Neuentdeckung des mitteleuropäischen Raumes und seiner Geschichte, aber auch im Kurzschluß zurück in die Vergangenheit, mit dem von konservativer Seite eine neue *nationale* Identitätsstiftung angeboten wird.<sup>3)</sup> Wenn wir solche Lösungsversuche beurteilen wollen, müssen wir die beiden letzteren der genannten Ebenen noch etwas näher charakterisieren.

## III.

Die geistig-kulturelle Ebene, die Sphäre der Ideen, Utopien, Entwürfe, ist auch die eigentliche Quelle politischer Ideen und Konzeptionen. Hier taucht das Zukünftige zuerst auf, und hier lebt das, was an der Vergangenheit noch nicht vergangen ist. Die Offenheit dieser Sphäre ist aber nicht nur eine zeitliche, sondern auch eine räumliche: die Gehalte der europäischen Kultur einschließlich der politisch-sozialen Ideen waren ursprünglich nie an staatliche Territorien oder besondere Gruppen gebunden, sondern griffen in ihrem universellen Anspruch über die Grenzen hinaus. – So ist auch die Identität auf dieser Ebene letztlich immer eine *offene, bewegliche*, sie lebt aus dem Austausch, nicht der Ausgrenzung.

Könnte man diese Ebene als die des 'werdenden

Geistes' bezeichnen, so arbeitet die politisch-staatliche Sphäre mit 'gewordenem Geist', mit fertigen Konzepten und Programmen. Es wäre durchaus eine Verkennung, von ihr das Neue zu erwarten – ihre Merkmale sind in erster Linie Kontinuität, Berechenbarkeit und Anpassung an vorgegebene machtpolitische Strömungen. So ist auch Identität hier fixiert auf das Gewordene, Bestehende, und sie wird sich in einer formalen Außenorientiertheit erschöpfen, wenn sie nicht aus der geistig-kulturellen Ebene Inhalt und Substanz bezieht.

Von ihren Merkmalen her tragen also die beiden Sphären sowohl die Anlagen zu einem gegensätzlichen wie zu einem komplementären, befruchtenden Verhältnis; und auch historisch finden wir sie in unterschiedlichen Konstellationen zueinander. So orientierte sich im europäischen Mittelalter die politisch-machtmäßige an der geistig-kulturellen Sphäre und ihrer Universalität; sie sah sich – idealerweise – als deren Medium oder weltliche Manifestation. Mit dem Aufkommen der Nationalstaaten, zunächst in Süd- und Westeuropa, begann jedoch die Emanzipation der politischen Sphäre von der geistigen – damit aber auch ihre Verselbständigung: Machiavellis 'principe' orientiert sich nicht mehr an universellen Ideen und Gehalten, sondern an Machterhaltung und Machtgewinn *um ihrer selbst willen*. An die Stelle der mittelalterlichen politischen Macht als Vertreterin der höheren und universellen geistigen Ebene tritt die von vornherein partikuläre Macht des modernen Territorialstaats, die sich nun umgekehrt die geistig-kulturelle Ebene unterzuordnen strebt.

Indem nun die politische Sphäre nach und nach die geistig-kulturelle in ihren Dienst nimmt, bildet sich etwas Neues heraus – die nationalstaatliche Identität und, in ihrem Gefolge, der Nationalismus. Eben weil dabei die geistig-kulturelle Sphäre von den *partikularen* Machtkomplexen instrumentalisiert wird, entsteht etwas, was zu ihrer Universalität eigentlich im Widerspruch steht: der Nationalismus ist ausschließlich, intolerant, ja aggressiv, so wie die partikuläre politisch-staatliche Macht, von der er sich ursprünglich herleitet, immer schon auf der Schwelle zum Imperialismus steht. Die geistig-kulturelle Ebene soll nicht, ihrer eigentlichen Tendenz gemäß, der menschlichen Gemeinschaft als Ganzes angehören, sondern wird für ein begrenztes Kollektiv reklamiert. So geraten schließlich noch die hehrsten Ideale in den Sog des Nationalismus und werden durch seine Vermittlung in den Dienst der skrupellosesten Machtpolitik gestellt.

Aus diesem Grund bezeichnet 1945 für die Deutschen nicht nur das Scheitern der nationalstaatlichen Identität, des 'Deutschen Reichs', auf der machtpolitischen Ebene, sondern gerade auch die Katastrophe der nationalistischen Identität, des 'Deutschen Wesens', auf der geistig-kulturellen Ebene.

#### IV.

Bedeutet dies, es sei in Zukunft auf eine geistig-kulturelle Identität überhaupt zu verzichten? Es sei uns angemessener, wie jetzt ohne sie zu leben bzw. mit einer geborgten, die wenigstens keinen Schaden mehr anrichten kann? Und wir sollten uns künftig allenfalls noch als „Verfassungspatrioten“ fühlen, als Europäer oder am besten gleich als Kosmopoliten? Aber so stellt sich eigentlich die Frage heute gar nicht mehr. Denn die eingangs geschilderte Krise resultiert ja nicht zuletzt gerade aus dem Ungenügen des Versuchs, in totaler Negation der Vergangenheit eine gänzlich neue deutsche Identität aufzubauen, sie im Westen gleichsam neu einzupflanzen. Man mag es bedauern oder begrüßen – die alten Wurzeln werden doch wieder sichtbar; und die Frage muß nun vielmehr lauten: *welche* Aspekte einer künftigen deutschen Identität wollen wir fördern und ausbilden?

Denn dieses brachliegende Feld wird inzwischen auch von anderen Interessenten wieder beackert – Habermas hat sie etwa in der deutschen Geschichtsschreibung ausfindig gemacht und zu stellen versucht, freilich mit seiner 'westlich' orientierten Position im Grunde bereits in der Defensive gegenüber den unverhohlenen Ansätzen zu neuer nationaler Identitätspflege. Das „Nie wieder!“, seit 1945 von einer wachsamem, kritischen Minderheit der stets verdrängungswilligen Mehrheit immer aufs neue entgegengeschleudert – heute genügt es nicht mehr; ja indem es die Vergangenheit nur noch als Mahnmal der Schuld, als Tabu für alle Zeiten fixiert, trägt es schließlich selbst noch zur Verdrängung, zur Geschichtslosigkeit bei. Die Berechtigung der Wachsamkeit ist unbestritten; der jetzt notwendigen differenzierenden Freilegung und neuen Aneignung der Vergangenheit darf sie jedoch nicht im Wege stehen. Zugegeben, diese Ausgrabungsarbeit bewegt sich auf brüchigem Boden, und sie erfordert nicht nur historisches Feingefühl, sondern vor allem auch moralisches Urteilsvermögen und Takt. Aber sie ist unerlässlich für die Suche nach einer tragfähigen und verantwortbaren deutschen Identität und darf nicht den Falschen überlassen werden. Daß sie auch durch-

föhrbar ist, hat kürzlich etwa Karl Schlögel mit seinem Essay über Mitteleuropa bewiesen.<sup>4)</sup>

Woran können wir uns halten bei dieser Suche, welche Richtung sollen wir einschlagen?

Wenn die eigentliche Krise der deutschen Identität wirklich geistig-kultureller Natur ist, dann werden wir auch nur hier den tragfähigen Grund für ein künftiges Selbstverständnis finden. Erinnern wir uns: dies ist die Sphäre des Werdenden, des zur Zukunft hin Offenen; das heißt, wir dürfen hier nicht Fertiges suchen – etwa das, was wir „immer schon sein wollten“ und nicht zu sein wagten – sondern unsere Suche und unsere Haltung bei dieser Suche werden das Gesuchte selbst miterzeugen.

Erinnern wir uns nun weiter an das Verhältnis von geistig-kultureller und machtpolitischer Sphäre und ihre historischen Konstellationen: so müssen wir es nicht als Nachteil, sondern als kaum zu unterschätzenden Vorteil ansehen, daß die deutsche Identität nicht von der politischen Ebene her, nämlich *nationalstaatlich* fixiert ist; und geradezu eine Voraussetzung der Bemühung um geistig-kulturelle Identität werden wir darin erblicken, daß diese nicht mehr von der machtpolitischen Sphäre im nationalen Sinn instrumentalisiert wird. Die Forderung nach Wiedervereinigung aber steuert gerade in dieses gefährliche Fahrwasser; im besten Fall liegt ihr noch eine Verwechslung der Ebenen zugrunde. Nur wenn wir auf eine 'nationale' Lösung (wie sie sich in einer besonderen, von Moskau gebilligten deutsch-deutschen Annäherung schon ankündigen könnte) bewußt verzichten, halten wir den Weg frei zu einer tiefer gegründeten Identität, die doch zugleich, der geistig-kulturellen Sphäre gemäß, offen bleibt.

Offen besonders auch für andere: die Mitteleuropäer im Osten. Denn sie haben mit uns gemeinsam, nicht mehr zu sein, was sie einmal waren, nicht zu sein, was sie heute eigentlich sein könnten. Beide Seiten stehen im Versuch, an die geschichtliche Tradition anzuschließen, vor dem gleichen Dilemma – wir, weil wir es uns beinahe unmöglich gemacht haben; sie, weil es ihnen unmöglich gemacht wird. Wir entdecken heute wieder unseren Anteil an einer Mitte, die ostwärts liegt; sie sehen sich als „occident kidnappé“, als 'entführter Westen'.<sup>5)</sup> So könnten die beiden Wege dort wieder zueinander führen, wo sie sich einmal getrennt haben: in *Mitteleuropa* als der gemeinsamen geistig-kulturellen Identität. Dies ist der Begriff, der allen neuen nationalen Bestrebungen positiv entgegengesetzt werden kann, der die Überwindung der Teilung nicht Deutschlands, sondern Europas in sich schließt.

'Mitteleuropa' wiederentdeckt und mit neuem Leben erfüllt haben zuerst die Ostmitteleuropäer, und für einen deutschen Führungsanspruch, wie er diesem Begriff etwa bei Friedrich Naumann zu Beginn des Jahrhunderts noch anhaftete<sup>6)</sup>, fehlt heute zumindest auf der geistig-kulturellen Ebene jede Grundlage. Wohl aber könnte ein wirkliches Interesse, eine Zuwendung zu den lange vergessenen Menschen in Ostmitteleuropa die Aufgabe darstellen, mit der die Deutschen ihrer geschichtlichen Verantwortung gerecht werden. Dabei bedeutet Zuwendung nicht Kehrtwendung: gerade was wir in den letzten 40 Jahren vom Westen 'gelernt' haben, wäre auch Bereicherung für eine Gemeinschaft, die von der Vielfalt und vom Austausch lebt, wie Mitteleuropa es war und sein würde. So könnten sich die alten Wurzeln in der 'Mittellage', das Erbe und die Verpflichtung von 1945 und die 'bundesrepublikanischen' Erfahrungen seitdem in der mitteleuropäischen Idee zu einer künftigen deutschen Identität verbinden.

## V.

Aber wird denn dieses Mitteleuropa nicht nur eine Art kulturelles Placebo darstellen, um unser Gewissen zu beruhigen und den Ostmitteleuropäern den unabänderlichen Status quo erträglicher zu machen – eine nostalgische „Notgemeinschaft der Teilungsgeschädigten“, wie Peter Bender und Hermann Rudolph es sehen?<sup>7)</sup>

Dies ist im Grunde die Frage nach der Kraft und Wirkungsweise der geistig-kulturellen Sphäre. Sehen wir in ihr nur ein luftiges Gemisch für sich genommen wirkungsloser Ideologien, Meinungen oder Programme, die erst auf der eigentlich „realen“, nämlich machtpolitischen Ebene durchgesetzt werden müssen – dann allerdings käme es darauf an, z. B. eine möglichst breite Massenbewegung ins Leben zu rufen, um „gegen die Teilung“ oder „für Mitteleuropa“ Druck zu erzeugen. – Es erscheint verständlich, wenn gerade 'Mitteleuropäer' wie György Konrád oder Václav Havel Vorbehalte dagegen zeigen, ihren „Versuch, in der Wahrheit zu leben“ in solche politischen Aktionsprogramme umzumünzen<sup>8)</sup>; nicht nur, weil sie ihre Tätigkeit und Wirkung in ganz anderer Weise verstehen, sondern auch, weil sie – schon aus eigener Erfahrung – im unvermittelten Durchschlagen geistig-kultureller Ideen und Gehalte auf die politische Ebene immer die Gefahr des Totalitarismus erblicken.

Eine ähnliche Diskussion entwickelte sich Anfang der 80er Jahre in der Friedensbewegung. Sollte man

die Nachrüstung „politisch nicht durchsetzbar“ machen, indem man die Formel 'Masse x Druck' maximal erhöhte? Oder sie sogar „physisch“ verhindern – durch Blockaden und andere Widerstandsaktionen? Oder beruhte die eigene Wirkung in besonderem Maße auf dem, was man die 'moralische Kraft' der Friedensbewegung genannt hat, auf der Überzeugung weniger durch Worte und Ideen, als durch gewaltfreies, persönliches Einstehen für die eigene Sache, das heißt: auf „symbolischen“ Handlungen?

Wenn wir dies als die tiefste und anhaltendste Wirkung der Friedensbewegung betrachten, erkennen wir auch, wie das Geistig-Kulturelle eigentlich wirkt: nämlich nicht über die Ideen und Gehalte als solche, sondern über die Haltung der Menschen, in denen sie wohnen und sichtbar werden. Die Werte und Ideen sind universell, aber sie vermitteln sich und leben erst durch das individuelle Bild, das 'Vorbild', das Menschen von ihnen geben. Ihr Handeln ist auf dieser Ebene nicht mehr ein 'Durchsetzen von etwas', sondern ein 'Handeln durch Nicht-Handeln', nämlich durch die Weise, wie sie ihr Leben leben, durch ihre Haltung, ihr Sein, ihre – Identität.

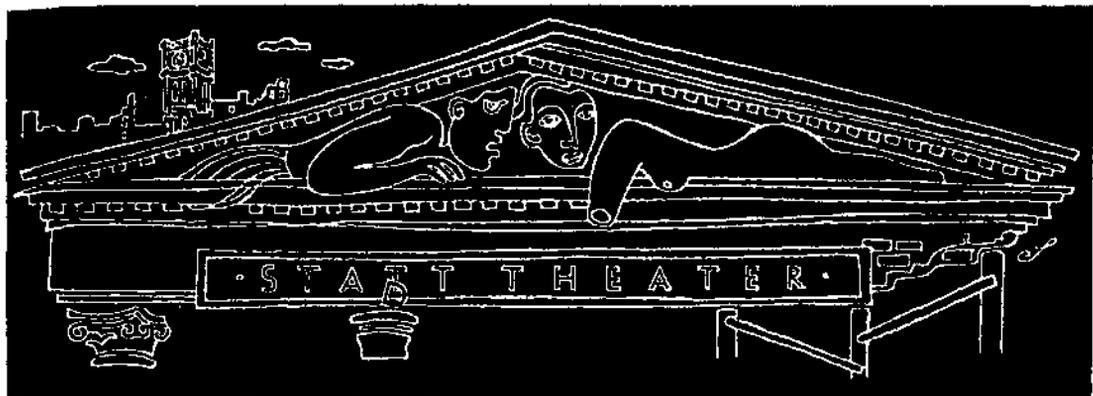
In diesem Verständnis besteht nun das Verhältnis der geistig-kulturellen Ebene zur politischen weder in einem unverbindlichen Nebeneinander – Mitteleuropa als „Opium für die Teilungsgeschädigten“ – noch in einer elitären Abkoppelung, in der Askese einer „Antipolitik“, die sich nicht mit der Ebene der Macht gemein machen will – dann bliebe Mitteleuropa nichts weiter als ein nostalgisch-erbaulicher Mythos. Umgekehrt würde aber die mittelalterliche Unterordnung der politischen unter die geistige Sphäre heute nur in den Totalitarismus münden. Das Verhältnis beider kann also nur eines der Freiheit, der möglichen Befruchtung sein. Diese Vermittlung aber vollzieht sich in den individuellen Haltungen und Lebensformen der Menschen in Europa, die zu Symbolen, zu Leitbildern für künftiges politisches Handeln werden können – gerade dann, wenn die bloße Kontinuitätspolitik in die Krise gerät und offen wird für eine Neubestimmung unter geistig-kulturellem Aspekt.

Milan Kundera hat an der europäischen Kultur den Verlust solcher integrierenden Leitbilder, Menschen mit anerkannter moralischer Autorität, beklagt. Doch gerade in Osteuropa können wir sie heute wieder finden. Für sie ist Europa noch „geteilt zwar in der Politik, doch ungeteilt und unteilbar im Geiste.“<sup>9)</sup> In dem Maße aber, in dem die universelle geistig-kulturelle Sphäre in jedem einzelnen wieder lebendig wird und Kraft gewinnt, wird auch die

Orientierung der politischen Sphäre an ihr nicht ausbleiben. So wird eine künftige deutsche Identität in einem ungeteilten Europa zur persönlichen Aufgabe.

## Anmerkungen

- 1 K. Schlögel, Die Mitte liegt ostwärts – Die Deutschen, der verlorene Osten und Mitteleuropa. – Berlin, Siedler 1986, S. 38.
- 2 Die Reaktion der SPD auf die Krise der bisherigen westdeutschen Außenorientierung sieht unter den Leitmotiven „Neue West-Ost-Politik“ (vgl. hierzu T. Fuchs, J. Marti u. G. Soldner: Neue Deutsche Ostpolitik und mitteleuropäische Emanzipation; K. Voigt: Motive und Ziele der ersten und zweiten Ostpolitik der SPD. Eine Antwort. In: Kommune. Forum für Politik und Ökonomie. Frankfurt, Jg. 3, Nr. 9/1985, S. 33–43) einerseits und „Selbstbehauptung Europas“ andererseits – vgl. dazu zahlreiche Veröffentlichungen etwa in der „Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte“, insbesondere aber auch die Vorschläge H. Schmidts (ders., Europa muß sich selbst behaupten. In: DIE ZEIT Nr. 48/21. 11. 1986, S. 3; s. auch „Schmidt für europäisches Verteidigungssystem“, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 47/26. 1. 1987, S. 9): er sieht die Lösung der transatlantischen Krise des westlichen Bündnisses in einer Art Staatenunion zwischen Frankreich und der Bundesrepublik, „unter entschlossener französischer Führung und bei festem deutschem Willen zur Kooperation“ (DIE ZEIT, l. c.); eine deutsche Führungsstellung komme „offensichtlich aus Gründen der jüngsten Geschichte und wegen der Teilung der deutschen Nation (...) nicht in Betracht“ (ebd.).
- 3 Siehe z. B. „Haus der deutschen Geschichte“ oder verschiedene Äußerungen von H. Kohl, A. Dregger und F. J. Strauß zur deutschen Geschichte in der letzten Zeit.
- 4 Vgl. Anm. 1
- 5 M. Kundera, Un Occident kidnappé. In: le débat, Nr. 27, 11/1983, S. 3–22.
- 6 F. Naumann, Werke Bd. IV, Schriften zum Parteiwesen und zum Mitteleuropaproblem, Köln 1964.
- 7 H. Rudolph, Die Teilungsgeschädigten erinnern an Mitteleuropa. In: Süddeutsche Zeitung Nr. 36/13. 1. 1987, S. 4, wo Rudolph in einem Bericht über eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Berliner Reichstag auch Peter Benders Position nachzeichnet.
- 8 „Es ist ein Alptraum, daß ich jetzt auf der Stelle Millionen sagen müßte, was zu tun sei.“ G. Konrad, Antipolitik. Mitteleuropäische Meditationen. Frankfurt, Suhrkamp 1985, S. 117. – V. Havel, Versuch, in der Wahrheit zu leben. Von der Macht der Ohnmächtigen. Reinbek bei Hamburg, Rowohlt 1980.
- 9 V. Havel, Geteilt zwar in der Politik, doch ungeteilt und unteilbar im Geiste. Rede zur Verleihung des Erasmus-Preises. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 265/14. 11. 1986, S. 11.



## Bonanza Berlin (s/w, Whlg.)

*Es fällt schwer, keine Satire zu schreiben.*  
(Juvenal)

„Berlin, ach, Berlin“ – seufzt Dieter Gütt. Eigentlich kann wohl nur ein mit Spreewasser getaufter Fernberliner – in seinen Sechzigern stehend – so tief Luft holen, sieht er sich das Spektakel an. Wer vor Ort stellte denn mal die Frage: „Ham S'es nich 'n bißchen kleener?“ Man muß sich schon die Hacken seiner Kinderschuhe in der verflochtenen Metropole abgelaufen haben, die alte Liebe kennen, um die Leiden dieses „Doppelten Lottchen“ von Stadt heutzutage recht zu verstehen. Reden wir von „unserem“ Berliner Westen; über den Ostteil sind wir durch die Medien ehrlicher unterrichtet, der wird von Sonn- und Feiertagsrednern nicht hochgejubelt und von Leitartiklern nicht schönfärberisch retuschiert. – Wenn schon ein Fest zum „Geburtstag“ des Spreinsel-Fleckens Cölln (erstmal erwähnt 1237 in einem Kirchensteuerstreit zwischen Markgraf und Bischof von Brandenburg), vom NS-Gauleiter Goebbels vor fünfzig Jahren erkoren zu einer Berliner Jubiläums-Veranstaltung im Zeitgeist von „Glaube und Schönheit“ plus „Kraft durch Freude“ auf dem Maifeld der 36er Olympia-Anlagen, – dann hätte man sich jetzt, anlässlich von fiktiven 750 Jahren, schon eher eine dezentere Feier im engeren Familienkreis gewünscht. Doch die Verhältnisse, sie sind nicht so: Provinzialismus und Verbissenheit (alles um der Sache willen tun) – nur nicht diese Gelegenheit ohne nationale Glaubensbekenntnisse und Geisterbeschwörungen verstreichen lassen – ließen wieder

mal die Parole triumphieren, die Show müsse weitergehen. Diesmal die Queen auf dem Maifeld mit Tropping the Colour zur eigenen Nachgeburtstagsfeier (allemaal natürlich Hitlers „Volkserziehungs“-Ministers HJ und BdM-Aufführung vorzuziehen, weil ihr Erscheinen uns an den 8. Mai 1945 als den Tag der Befreiung erinnern konnte!). Zuvor und danach die drei anderen Souveräne Berlins präsent bei Weizsäcker im Hohenzollernschloß Bellevue bzw. auf dem WP-Gipfel hinter der Mauer im Hotel am Platz der Republik.

Aber Freund Ron, dem alten Sheriff, gelang es doch mal wieder, den mit Peinlichkeiten ausgestopften Vogel abzuschießen – in seiner vielleicht letzten Bonanza (wie gehabt, nach dem Genre von Low-Budget-Film, Hollywoodkategorie B): So bei Besichtigung lebender Trümmerfrauen in der Reichstagsausstellung oder mit seinen aufwühlenden Einlagen vom „Koffer in Berlin“ und „Open the door, Micha!“ just vor der Kulisse des Brandenburg Gate.

Das Porzellan für ein echtes Berliner Geburtstags-treffen, eher nach dem Motto „Hier können Familien Kaffee kochen“ – am Schildhorn und Müggelsee, war da schon längst zerschlagen. Statt dessen politisch kunstgedungter Rummel überall und über alles. Wobei noch der Start der Tour de France am Reichstagsgebäude als wirklich historisch zugleich auch volkstümliches Ereignis ein Glückseinfall war. Wer oder was aber steckt hinter den ganzen Umtrieben und „Unfällen“ dieses Jubeljahres? Ist etwa der fortgeschrittene Lachmuskelschwund, als Folge des Verlustes von Mutterwitz bei den heute in Berlin

*Bild oben: Vignette von Gerhard L. Schulz in der vom Verfasser 1948 gegründeten Berliner Zeitschrift „Der Insulaner“*

Ansässigen daran schuld, daß „Mutterns“ beschwörender Geburtstagswunsch ungehört blieb, politische Streitigkeiten doch einmal beiseite zu lassen? Gewiß: Der Westberliner Hauptbahnhof Zoo ist eine Durchgangsstation; dafür stellt sich die Teilstadt als größte Sozialstation weithin dar. Die Flugplätze sind „off limits“ für deutsche Gesellschaften, während offenbar die unantastbare Elbgrenze dazu beitragen soll, daß der Kahnverkehr zwischen Alster und Landwehrkanal unbehelligt fließt. Pointiert ließe sich das Westberliner Dilemma an drei hierarchischen Positionen festmachen; wenn man so will auch personell: An der Spitze Reagans Vertreter in Bonn, gefolgt von einer „grauen Eminenz“ im Springerkonzern und – darunter – der „Regierende“ im Schöneberger Rathaus (von dessen unseligem Parteichef im Kanzlersessel ganz zu schweigen).

Da sitzt also der wendig-windige Richie Burt auf Posten, um – sein heimliches Vorbild Kennedy („Ich bin ein Berliner“) im Sinne –, die Interessen der „westlichen Hauptschutzmacht“ im strategischen Vorfeld voll wahrzunehmen. An einem Platz, der Amerika, wie auch den drei anderen Siegermächten, zugleich hautnahe Kontakt-, Horch- und Allergietest-Möglichkeiten bietet; aber ihnen vor allem dienlich ist, ihre querulantischen deutschen Freunde politisch wie militärisch an der Kandare zu halten: Berlin als Doppelschraube, die sich lockern, aber auch beliebig anziehen läßt. – Im Springerhaus sitzt Cramer (dicht bei Axel Caesars sel. Witwe), der seinen Vornamen noch „Ernest“ schrieb, als er für den CIC bei der „Amerikanischen Zeitung für Deutschland“ (DIE NEUE ZEITUNG) in München den Aufpasser machte. Auch er ist, ganz im Banne eines Mannes mit über großem Ego tätig, dessen vor dem Brandenburger Tor vergossene Tränen („Macht das Tor auf!“) unvergeßlich bleiben. Der „Adoptivsohn“ – längst wieder zum Ernst Cramer geworden – übt sich journalistisch als Herausgeber der WELT AM SONNTAG, z. B. mit dem Leitartikel „Lehrstück Berlin“. Da lobt er Kohls Worte im Jubiläumszentrum am Funkturm, in denen viel von den gewiß ungepflegten Menschen- und Bürgerrechten in der Oststadt, „mitten in Deutschland“, die Rede war, und von der „offenen deutschen Frage“, die eben Berlin symbolisiert. Daß Honecker sich als geladener Gast solches nicht sehr gerne in der ersten Reihe anhören wollte und so Dieppen gleich noch die Chance bot, seiner – unter Murren der Alliierten – vorschnell angekündigten Teilnahme an der Ostfeier im „Palast der Republik“ nicht entsprechen zu dürfen: Cramer hatte das alles so kommen sehen („Recht zu behal-

ten, ist nicht immer Grund zum Jubeln“). Aber hatte nicht gerade rechtzeitig noch das Berliner Springer-Flaggschiff MORGENPOST mit der Veröffentlichung eines Briefes des Regierenden an alle Länderchefs der Bundesrepublik, sie mögen der Ostberliner Veranstaltung fernbleiben, den DDR-Obernen einen Anlaß für die Ausladung Dieppens zugespielt?

Womit wir bei dem seiner Exzellenz Burt (selbstberufener Schirmherr der Feierlichkeiten) so wensensverwandten Young Urban Professional Eberhard D. vollends auf der unteren Sprosse der Machtleiter von Westberlin gelandet sind. Cool, clever, clean – so schaut er aus und spielt schon mal auf dem subventionierten Freimarkt mit. Ein ansehnlicher, salopper Typ mit seinen Beziehungskisten, der gut in die real existierende Berliner Landschaft zu passen scheint (diese gelegentlich sogar mit liberalen Denkansätzen belebt), kommt er mit Charme und Charisma bei den Schicki-Mickis ebenso an wie bei einer verspießerten Masse; sogar in der Aussteigerszene zeigt man Schwäche für ihn. Der Mann zur richtigen Zeit am richtigen Ort, sollte man meinen. Jedoch als leichtgewichtiger Luftikus enttarnt, der es geschehen ließ, daß Honecker nicht zum Mauerspringer wurde. Wie konnte er nur, der schließlich schon mal so locker war, sich zur politischen Bindungswirkung des Polen-Vertrages zu bekennen und an die Adresse der Stahlhelmer und Vereinigungs-Winkelrieds die Warnung gerichtet hatte, nur ja die Vitalität der DDR nicht zu unterschätzen. Er hätte doch wenigstens Strauß auf seiner Seite gehabt, der noch Mitte März in einem seiner lichten Augenblicke verlautete: Honecker und Dieppen sollten fahren, – der Status von Berlin sei keine heilige Kuh.

Eine verpaßte Chance jedenfalls, ein fürs erste verlorener Sieg aufkeimender pragmatischer Vernunft – ausgerechnet im „Geburtstagsjahr“ des alten Berlin. Denn müßte man nicht hier jede sich bietende Gelegenheit beim Schopfe packen, um in diesem – zweifelsfrei eineiigen – Zwillingzentrum Mitteleuropas ein neues Selbstverständnis von einer Art Hauptstadt deutscher Kulturation erwachsen zu lassen, in der brandenburgisch preußische ebenso wie Reichs-Vergangenheiten in einschlägigen Museen und Archiven endgelagert werden und in Denkmalsgestalten an stillen Parkecken zur Ruhe kommen. Damit sie nicht länger mehr das politische Klima verderben und einer schöpferischen Entwicklung im Wege stehen, die zu dem Neubau eines europäischen Doppelhauses führen sollte!

Daß aber solche Ideen sich leicht als Tagträume erweisen könnten, macht schon ein zufälliger Seiten-

blick auf die Gegenwartsszene sichtbar: Während am Zoo in der x-ten Woche der Oscar-Film PLATOON läuft, schonungslose amerikanische Kriegs-Abrechnung und ebenso mitleidlose Selbstkritik an gesellschaftlichem Mißstand vorführend, wirbt in der BILD-Zeitung eine Großanzeige für die Serie frischgeprägter Gold- und Silbermünzen mit den Köpfen von Helden des Hitlerkrieges. In dem Sammlerangebot fehlt auch nicht der „Blutige Ferdinand“, General Schörner, vom Führer noch am 1. März anno 1945 zum Feldmarschall erhoben, weil

er zum Entsatz der Reichshauptstadt seine Heeresgruppe verheizte und dazu reihenweise seine Soldaten an die Wand stellen ließ. – Kein Thema für unsere Filmwirtschaft, versteht sich. Erinnert man sich doch, wie Remarques verfilmtes *IM WESTEN NICHTS NEUES* flugs verboten worden war, nachdem 1931 (!) braune Stahlhelmpatrioten die Berliner Premiere mit Hilfe von Stinkbomben und weißen Mäusen zum Platzen gebracht hatten.

*Klaus Bloemer*

## Friedhelm Wollner Ein Verein wird sechzig Die Entwicklung eines Arbeitersportvereins

*Friedhelm Wollner, Jahrgang 1949, ist Politologe.*

Ein Wassersportverein, ein normaler Kanuclub, feiert ein Jubiläum. Er wird 60 Jahre alt. Daran ist zunächst nichts bemerkenswert. Ein Blick auf die Ursprünge des Vereins und seine Entwicklung ist dennoch interessant: Der Verein, um den es im folgenden geht, stammt aus der Arbeiterbewegung und war ein Teil der „gesellschaftlichen Verankerung“ der SPD.

Die Sportvereine der Arbeiterbewegung haben sich auf bestimmte Sportarten konzentriert. Rudern z. B. ist eher ein typischer Mittelschichtensport (gewesen?), Paddeln und Kajakfahren ein Bereich, in dem die Arbeiterbewegung stärker vertreten war. Dies läßt sich bereits an den Standorten der alten Kanuclubs ablesen: Sie befinden sich nicht da, wo glünstige Wassersportgelegenheiten sind, sondern da, wo es Industriearbeiterschaft gab. Sie befinden sich z. B. an der oberen Saar, in einem Montagebiet, aber nicht an der weinbaugeprägten Mosel. Sie befinden sich an den industriell geprägten Abschnitten des Niederrheins, nicht aber am landschaftlich interessanten Mittelrhein.

Num wird heute – oft mit einem bedauernden Un-

terton – festgestellt, „daß wir auch deswegen an Kraft verloren haben, weil sich unsere gesellschaftliche Verankerung gelockert hat“ (Hans-Jochen Vogel). H. Scheer beschreibt das so: „Zahlmäßig ist dieses Potential (das klassisch sozialdemokratische) in den vergangenen Jahrzehnten durch industrielle Strukturveränderungen und durch Veränderung großstädtischer Strukturen von Produktions- zu Dienstleistungszentren kleiner geworden, es ist andererseits breiter verstreut, und die Homogenität hat nachgelassen.“ Darin klingt schon an, daß der Prozeß der Auflösung des Bewegungscharakters der Sozialdemokratie nicht eine politische Opportunitätsentscheidung war, sondern letztlich auf wirtschaftliche, kulturelle und soziale Wandlungsprozesse in der Gesellschaft zurückzuführen ist. Am Beispiel des genannten Wassersportvereins läßt sich dies sehr anschaulich ablesen, wenn man die einzelnen Etappen seiner Entwicklung betrachtet.

### *Die Vereinsgründung*

Der Verein, von dem hier die Rede ist, wurde Ende 1926 als „Arbeiter-Wassersport-Verein“ gegründet. Ort: Ein Dorf, unmittelbar vor einer damals mittelgroßen Stadt, die sich im Laufe der Jahrzehnte durch Eingemeindungen und Bautätigkeit erheblich ausgedehnt hat. Das Dorf war teilweise landwirtschaftlich, teilweise von Arbeiterschaft geprägt. Der Einfluß der katholischen Kirche war groß, ebenso die Abgrenzung des Dorfes gegenüber der Stadt und den Nachbardörfern, wenigstens im Bewußtsein der Bewohner.

Die Gründungsmitglieder des Vereins waren ca. dreißig Handwerker, Arbeiter und Gewerkschafter. Ihr Ziel: Die „junge, werktätige Bevölkerung“ auszu-

bilden „zur Ertüchtigung von Körper und Geist“ sowie die Übernahme des Hochwasserdienstes am noch ungestauten Fluß. Ein Zitat aus der Niederschrift der Gründungsversammlung kennzeichnet die Orientierung: „Als besondere Aufgabe des Vereins gilt die Pflege freiheitlicher Gesinnung auf dem Boden der freiorganisierten Arbeiterschaft.“

Auf einem von der Gemeinde überlassenen Grundstück wurde in Eigenarbeit ein Bootshaus errichtet. Es werden sechs Boote gebaut, deren Namen Programm ist: „Vorwärts, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Einigkeit, Solidarität“.

#### *Die Zeit des Nationalsozialismus*

Am 25. März 1933 wurde das Bootshaus beschlagnahmt. Das Inventar ging verloren. Die Immobilien wurden von der Regierung für nur 1 000 Mark an einen Nationalsozialisten verkauft, der einen Umbau zum Wohnhaus vornahm. Der Schriftführer, ein aktiver Sozialdemokrat und Gewerkschafter, wurde verhaftet und in ein Konzentrationslager geschickt. **Mittelbar wichtig ist die Eingemeindung des Dorfes in den 30er Jahren in die sich schon ausdehnende Stadt und das Aufstauen des Flusses, das das Hochwasserproblem mildert und das Ufergelände nutzbarer und wertvoller macht.**

#### *Die erste Nachkriegsentwicklung*

Der Verein wird nach dem Kriege wieder gegründet. Nach einigen Prozeßjahren mit dem „Besitzer“ erhält er sein Bootshaus zurück. Sportbetrieb und Veranstaltungen werden nach und nach wieder aufgenommen. Der Verein, der vor dem Krieg dem „Arbeiter, Turn- und Sportbund“ in Leipzig angehörte, tritt mangels Alternativen dem „Deutschen Kanu-Verband“ und damit dem „Deutschen Sportbund“ bei. Das Bootshaus wird in Eigenarbeit vergrößert und erweitert.

#### *Wandel der Bedingungen und Wandel des Vereins*

Der erste Schriftführer des Vereins war ein bekannter Sozialdemokrat und wurde nach Kriegsende von den Besatzungsmächten in die erste, von allen Parteien gestellte Landesregierung berufen. Er starb nach wenigen Jahren an den Folgen seines KZ-Aufenthaltes. Sein Nachfolger als Vereinsschriftführer wird später für lange Jahre Vereinsvorsitzender, auch Stadtrat, Bürgermeister und schließlich Mitglied des Bundestages.

Die alte, kleine und homogene Mitgliedschaft bleibt ihrem Verein treu, wird aber langsam zu einer kleinen Minderheit. Die Mitgliedschaft ist um andere soziale Gruppen gewachsen und die alten Mitglieder aus der Gründungsphase selbst haben einen „sozialen Aufstieg“ vollzogen, wie er wohl typisch

für die Nachkriegsentwicklung der Bundesrepublik ist. Aus Lehrlingen und jungen Arbeitern sind angesehene und übergewichtige Bürger, Geschäftsführer und Gewerbetreibende geworden, die – im Zweifel in den neuen Vororten – ein eigenes Haus gebaut haben und kein selbstgebautes Paddelboot mehr, sondern ein Motor-Kajütboot besteigen.

#### *Die Anpassung*

Der Verein verliert mit der Zeit den Bezug zu seinen Ursprüngen und ändert sein Selbstverständnis. Diese Anpassung an das gesellschaftliche Umfeld, das natürlich auch nicht mehr das der Gründungszeit ist, zeigt sich sehr anschaulich in der Selbstdarstellung des Vereins. 1966, im Jahre der Bildung der großen Koalition erscheint eine Broschüre zum damals 40jährigen Vereinsbestehen mit einer geschichtlichen Darstellung. Im Entwurf dieser Chronik hieß es wahrheitsgemäß: „Am 13. November 1926 wurde der Arbeiterwassersportverein aus der Taufe gehoben.“ In der gedruckten Fassung wurde das Wort „Arbeiter“ getilgt. Die Ereignisse in der Zeit des Nationalsozialismus werden im Entwurf präzise beschrieben: „Im März 1933 wurde das Bootshaus mit allem Inventar von den Nationalsozialisten beschlagnahmt. Neben dem Mobiliar gingen 10 Paddelzweier, 1 Vierer und eine komplette Werkstatteinrichtung für Bootsbau verloren. Das Haus selbst verkaufte die NS-Regierung für 1 000 Mark an einen PG, der es sogleich in ein Wohnhaus für sich umbauen ließ.“ In der gedruckten Fassung heißt es demgegenüber völlig entstellend und vernebelnd: „Den Wirren der 30er Jahre fiel der Verein und das unter unsagbaren Mühen der Mitglieder errichtete Bootshaus sowie alles Inventar zum Opfer.“

Man kann vermuten: Das soziale Harmoniebedürfnis und der Wunsch nach Respektierung durch eine bürgerliche Umwelt ist bis auf die Darstellung (d. h. die Verleugnung) der eigenen Geschichte durchgeschlagen.

#### *Die heutige Situation*

Die allgemeine Motorisierung und die erhöhte Mobilität haben dazu geführt, daß die Mitglieder des Vereins nicht mehr nur aus dem Dorf kommen. Sie kommen nicht einmal mehr nur aus der Stadt, sondern aus dem ganzen „Verdichtungsgebiet“ genannten Siedlungsbrei.

Die Freizeitwelle hat das Vereinsgelände am Stausee wertvoll gemacht. Zuerst wurden Liegeplätze für die Motorsegelboote der vorhandenen Mitglieder geschaffen, dann hat der Verein irgendwann dem Druck von außen nachgegeben und sich über die Aufnahme anderer neue Einnahmen zur Finanzie-

rung eigener Projekte verschafft. Dies geschah nicht ohne Notwendigkeit: Erweiterung und Instandhaltung der Anlagen können immer weniger in reiner Eigenarbeit geleistet werden. Auch die Aufrechterhaltung des Sportbetriebs ist ein ökonomisches Problem geworden. In den ersten Jahrzehnten wurden Rennboote in Eigenarbeit hergestellt. Dies war gleichzeitig ein Prozeß, der den Zusammenhalt des Vereins und vor allem die Integration der Jugendlichen gefördert hat, auch wenn die typischen autoritären Strukturen gelegentlich zu Streit und Ärger geführt haben.

Für die Teilnahme am sportlichen Wettkampfbetrieb müssen heute auch von einem Amateursportverein Investitionen finanziert werden: Kosten für einen Trainer, ein Motorboot für die Trainingsbegleitung, ein Vereinsbus zum Transport von Sportlern und Booten, jährlich neue Boote, die teuer von Spezialfirmen gekauft werden müssen, sollen die Sportler des Vereins im Wettbewerb konkurrenzfähig sein. Die Bindung der aktiven Sportler an den Verein wird dabei geringer: Sie wechseln u. U. sogar überregional zu Konkurrenzclubs, wenn diese „mehr“ bieten, Entwicklungs- und andere Möglichkeiten bis hin zu finanziellen. Hier sind gewachsene soziale Strukturen von „Marktprinzipien“ abgelöst und verdrängt worden. Die erzwungene Öffnung des Vereins hat den Wandel beschleunigt: Die Mitgliedschaft ist weder vom Wohnort, noch von der Interessenlage, noch von ihrer sozialen Zusammensetzung in irgendeiner Art und Weise homogen. Es gibt keine besondere Art des Zusammengehörigkeitsgefühles mehr – weder ein lokales noch ein „weltanschauliches“ wie in der Gründungsphase. Neben den alten Mitgliedern, die ihre Geselligkeit suchen, gibt es „Fraktionen“: Die traditionelle der am Kanusport interessierten und daneben die neuen starken „Fraktionen“ der Segelbootsbesitzer (mit sportlichem Auto und weißem Dress) und der Wohnwagencamper und Motorbootfahrer. Die „neue“ Mitgliedschaft kennt primär nur noch die eigene Gruppe und hat Interessen an der jeweiligen Nutzung der Vereinsanlagen (und am steuerfreien Getränkeauschank). Die Mitgliederversammlungen, auf denen noch bis vor einigen Jahren der Vorsitzende leicht Konsens und ein Vereinsgefühl herstellen konnte, haben ihren Charakter völlig verändert: Es sind Gruppentreffen geworden, zu dessen Vorbereitung Absprachen und Koalitionsverhandlungen stattfinden und in denen um Budgetanteile gefeilscht wird. Die Abrechnung der Mitgliedsbeiträge und die Verwaltung der Gelder sind auf Datenverarbeitung um-

gestellt worden. Der Verein hat einen Umsatz von 150 000 DM im Jahr.

Eine eigentlich typische sozialdemokratische Karriere wie die des Vorsitzenden der ersten Nachkriegsjahrzehnte ist heute nur noch schwer vorstellbar. Alleine der Zeitaufwand für das Führen eines solchen Vereines ist zu hoch, um nebenher intensiv politisch tätig zu sein.

Heute ist festzustellen: Der Verein hat seinen Charakter als Selbsthilfeeinrichtung einer sozial weitgehend einheitlichen, benachteiligten Gruppe verloren. Die alte Basis hat sich räumlich, einkommens- und interessenmäßig auseinanderentwickelt.

Dieser Wandel geht teilweise zu Lasten eines wichtigen anderen klassischen Bereiches: dem der Jugendarbeit. Wichtigste Form dieser sozialen Tätigkeit war die Betreuung und „Führung“ von Jugendlichen über den Sportbetrieb und die damit zusammenhängende Geselligkeit. Diese Bindung hat in der Regel nur ein paar Jahre gehalten, allerdings in einer für die Jugendlichen wichtigen Lebensphase: von der Endphase ihrer Schulzeit über die Lehrlingsjahre bis in die Lebensjahre der Familiengründungen hinein. Gerade bei Jugendlichen aus „sozial schwachen Verhältnissen“ war diese Möglichkeit der Freizeitbeschäftigung in der Gruppe gleichzeitig ein nicht zu unterschätzender gesellschaftlicher Integrationsfaktor. Dieser Bereich wird zurückgedrängt, weil er einerseits kostenintensiver wird, andererseits die immer schon vorhandenen Spannungen der Gruppe der Jugendlichen mit wachsenden eigenen Ansprüchen und den Gruppen der Älteren zunehmen. Selbstbewusstere Jugendliche mit höheren materiellen Ansprüchen stehen Älteren gegenüber, die die Perspektive dieser Jugendlichen und die Bedeutung des Vereins für deren Entwicklung nicht mehr kennen.

#### Fazit:

Diese sicher subjektive Schilderung zeigt, welche allgemeinen Entwicklungen dazu geführt haben, daß ein Teil der gesellschaftlichen Verankerung der Arbeiterbewegung (die auch dieser Verein ganz sicher einmal dargestellt hat) seinen Charakter völlig verändert hat. Der kleine Arbeiterwassersportverein mit starkem Gruppenbewußtsein ist zu einem Stück „normaler“ Freizeitinfrastruktur geworden. Das Beispiel ist vielleicht nicht ganz untypisch. Die, die diese Infrastruktur heute nutzen, wissen von der Geschichte des Vereins nichts mehr. Die, die davon erzählen könnten, sind oft stolz darauf, daß diese Zeit für sie vorbei und überwunden ist.

## Karsten Rudolph SPD und Umbruch im Revier: Die Nagelprobe steht erst noch bevor

*Karsten Rudolph, geb. 1962, studiert Geschichte und Germanistik an der Ruhr-Universität, Bochum, und ist Bezirksvorsitzender der Jusos Westliches Westfalen.*

Hermann Heinemann macht das Ruhrgebiet als „stabile Festung für die SPD“ aus (NG/FH 4/1987) – der politische Trend in den Dienstleistungszentren laufe hier nicht gegen die SPD, im Gegenteil: die Sozialdemokraten können ihre deutlichen Mehrheiten sogar noch ausbauen (ebd. S. 344). Heinemanns zentrale These: „Dort, wo die Partei nach wie vor in der Bevölkerung ‚verankert‘ ist, sind auch die Wahlergebnisse gut.“ (346) Diese These ist bestechend, greift jedoch, da sie lediglich den Stand konstatiert, zu kurz. Daher vier Thesen zum sich stellenden Hegemonieproblem der Sozialdemokratie im Revier.

### I.

Die SPD im Ruhrgebiet hat es vermocht, sich tief in die regionalen politischen und gesellschaftlichen Strukturen einzugraben. Dies gilt vom Gesangsverein über das örtliche Gewerkschaftskartell bis zur öffentlichen Stadtverwaltung. Diese Strukturen brechen jedoch auf. Geringer wird die Bindekraft des traditionellen gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Milieus, welches beispielsweise dafür sorgt, daß der Arbeiterjugendliche mit 15 seinen Hauptschulabschluß macht, einen Ausbildungsplatz in einem Montanunternehmen, in dem bereits sein Vater arbeitet, findet, in die Gewerkschaft und die SPD eintritt. Die traditionellen Strukturen und Milieus befinden sich in einem rasanten und zudem äußerst krisenhaften Veränderungsprozeß.

Sichtbarer Indikator hierfür ist die veränderte Lebenslage von Jugendlichen im Revier. Die Polarisierung der Lebensweise unter den Jugendlichen und

ihren Altersgenossen hier in anderen Regionen ist signifikant: Im Rahmen eines Projekts der Universität-Gesamthochschule Essen über den Verbleib von 50 037 Jugendlichen im Alter von 14-25 Jahren in Gelsenkirchen wurde eine dramatische Verschlechterung der Lebenssituation und -perspektiven festgestellt. Jugendliche im Revier sind von Arbeitslosigkeit und neuer Armut überproportional betroffen. (Vgl. etwa Daniel Rieser: Thesen zur Situation der Jugend im Revier, in: *Jugend im Revier*, Bd. 1, *Jugend in Gesellschaft & Pädagogik*, Schriftenreihe des Instituts für Jugendforschung und pädagogische Praxis, Essen 1986, S. 27 ff.) Die Umbruchprozesse – und dies ist von entscheidender Bedeutung – verlaufen im Revier krisenhafter als in südlicheren Regionen. Die staatlichen Handlungsspielräume werden systematisch eingegrenzt: durch die allgemeine Krise, durch die spezifische Montankrise, durch die Bonner Umverteilungspolitik zu Lasten Nordrhein-Westfalens und des Reviers, aber auch durch eine Politik der Landesregierung, die Ausbildungsprogramme für Jugendliche gegen Null fahren muß, weil sie keine Umlagefinanzierung in der beruflichen Bildung will, und durch eine verzweifelte kommunale Angebotspolitik, bei der über kurz oder lang soziale Leistungen und ganze Kommunen auf der Strecke bleiben müssen. Neue Ansprüche an ein „anders arbeiten – anders leben“ und erweiterte Lebensbedürfnisse geraten immer schärfer zu den sich verschlechternden Lebensbedingungen in Widerspruch.

### II.

Das Revier läuft *insgesamt* den technischen, ökonomischen, soziostrukturellen und gesellschaftlichen Entwicklungstrends hinterher. Aber diese Trends machen sich dennoch politisch längst bemerkbar. Deutlich wird dies z. B. am regionalen Dienstleistungsgefälle. Städte mit einem relativ großen, modernen Dienstleistungssektor haben in der Regel die schlechteren SPD-Wahlergebnisse. Aber auch so zeigt sich, daß die SPD sich neu verankern muß, weil sich der Boden, auf dem sie sich bewegt, verändert.

Im Vergleich zu 1972 hat die SPD 1987 zwar unterdurchschnittlich, aber immerhin auch in den Städten des Reviers verloren: –6,9 % in Essen, –6,7 % in Dortmund, –4,6 % in Duisburg (Infas-

Wahlberichterstattung 1987). Bleiben wir bei den Dortmunder Wahlergebnissen. Unter den fünf Wahlkreisen mit dem höchsten Grünen-Stimmenanteil im Bezirk Westliches Westfalen befinden sich zwei Dortmunder Wahlkreise – Dortmund I mit 9,43 % und Dortmund III mit 8,36 %. Auch der SPD-Landesdienst Nordrhein-Westfalen analysierte nach der Bundestagswahl: „Das Problem der SPD sind vor allem die Dienstleistungsmetropolen“, während sich die Partei in den „Großstädten mit eher traditioneller Industriestruktur“ (Duisburg, Dortmund, Essen) gut behauptet hat. Man sieht: der Modernisierungsschub traditioneller Strukturen hat im Revier erst begonnen. Der dominierende Dienstleistungsanteil um die Universität Dortmund – aber nicht einmal nur dort – signalisiert sinkenden SPD-Stimmenanteil.

### III.

Die besondere Brisanz der Umbruchprozesse liegt in der spezifischen Krise begründet, die das Revier seit Jahren ergriffen hat und die sich mit der Erosion der traditionellen Montanstruktur aktuell beschleunigt. Hier muß sich also sozialdemokratische Gestaltungsfähigkeit erst noch erweisen. Die Frage ist, ob sich die SPD auf die Herausforderungen frühzeitig und umfassend genug einstellen kann, bevor ihre hegemonialen Ressourcen verbraucht sind. Selbstgefälligkeit und Selbstgenügsamkeit sind da die schlechtesten Ratgeber. Traditionelle Politik, ausgerichtet an traditionellen Strukturen, war die Ursache für den Niedergang des Zentrums und der CDU an der Ruhr.

### IV.

Um den Herausforderungen erfolgreich zu begegnen, sind folgende Punkte, die ich hier nur in Stakka-to-Form skizzieren kann, wesentlich: Die SPD braucht ein konzeptionell ausgewiesenes *Sofortprogramm für das Revier*. Das Programm muß ein regionales Beschäftigungs- und Zukunftsinvestitionsprogramm zum Kern haben, das Arbeitsplätze in ökologisch und sozial ausgewiesenen Bereichen schafft und die Montankrise abfedert. Das Programm muß als weiteren Eckpfeiler ein Vergesellschaftungs- und Demokratisierungskonzept für die Stahlindustrie und den Energiesektor haben sowie klare Maßnahmen zur Frauenförderung und Gleichstellung (z. B. beträgt die Frauenerwerbsquote im Revier lediglich rd. 25 %) und zum Ausbau und zur Umgestaltung soziokultureller Dienstleistungen enthalten.

Die SPD muß zur Kenntnis nehmen, daß sich in den letzten Jahren eine linke, demokratische Infrastruktur und Gegenöffentlichkeit entwickelt hat, die häufig gegen den sogenannten „Genossen-Filz“ Front gemacht hat. Diese Infrastruktur darf nicht ausgegrenzt werden. Ein erfolgsorientiertes sozialdemokratisches Projekt gegen die Krise muß sich mit ihr auseinandersetzen und – um Politik gegen mächtige Interessen durchsetzen zu können – perspektivisch verknüpfen.

Die SPD braucht darüber hinaus eine umfassende *organisationspolitische Reform*. Sie muß den Mut zu neuen Politikformen und einem veränderten Politikstil haben. Damit läßt sich das Gerede vom „Genossen-Filz“ am schnellsten beenden. Der Altersdurchschnitt der Dortmunder Ratsfraktion liegt bei 53 Jahren. Der Frauenanteil ist marginal. Die Partei läuft Gefahr zu einer „Gruffi-Partei“ zu werden, die konserviert, aber nicht verändert. Die Ruhrgebiets-SPD muß sich personell erneuern. Die SPD wird zu einem tönernen Koloß, wenn sie sich auf ihren beiden zentralen Beinen, dem öffentlichen Dienstleistungssektor und dem „Montankomplex“ ausruht. Sie muß sich weiter öffnen: nicht nur den Jugendlichen und den Frauen, auch den modernen Arbeitnehmer(inne)n, den Arbeitslosen und der „technischen Intelligenz“. Denn wie gesagt, die Nagelprobe steht erst noch bevor.

# Heiner Halberstadt/ Bernd Hausmann Auch die Dienstleistungsgesellschaft ist Teil der Klassengesellschaft

*Heiner Halberstadt (58) ist Verwaltungsangestellter bei der Stadt Frankfurt a. M. Er ist stellvertretender Vorsitzender des Gesamtpersonalrats der Stadt und Mitglied im Vorstand der Frankfurter SPD.*

*Bernd Hausmann (38) ist Entwicklungsplaner. Er arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter im „Amt für kommunale Gesamtentwicklung und Stadtplanung“ der Stadt Frankfurt a. M. und ist Mitglied der SPD.*

Es ist in der Tat schon lange notwendig – die kommunalen, Landtags- und Bundestags-Wahlergebnisse haben dies noch deutlicher gemacht –, daß die SPD ihren Standort und vor allem ihre politischen Auftrittformen kritisch überprüft.

Breite und neue Wählerschichten stehen offensichtlich der SPD insgesamt skeptisch oder äußerst zurückhaltend gegenüber. Infolge der wirtschaftlichen und kulturellen (gesamtschaftlichen) Entwicklung in der Bundesrepublik sind die früheren politisch-gewerkschaftlichen Einbindungen, vor allem die von Arbeitnehmern im Dienstleistungssektor, brüchig geworden bzw. haben sich nicht ausreichend herausgebildet. Teilweise halten sie sich – in Widerspruch zu ihren realen sozialen und emanzipatorischen Interessen – zudem im ideologischen Bannkreis der CDU auf.

Die Beiträge von Martin Wentz und Jan von Trott in NG/FH 4/87 liefern zu dieser kritischen Standortüberprüfung wichtige Anstöße. Sie verdienen es deshalb, gründlich diskutiert, aber nicht minder kritisch durchleuchtet zu werden. Dabei muß die Diskussion über den Stand sozialdemokratischen Politikverständnisses – und darüber hinaus sozialdemokratischer Identität schlechthin – in deren Wechselbeziehung zwischen historischem Erbe und Auftrag, von der Gegenwartsgestaltung zum Zukunftsentwurf, grundsätzlicher Art sein.

## Entfremdete Arbeit auch im Dienstleistungssektor

Die Erwerbstätigen – gleich ob im Industrie- oder Dienstleistungssektor, ob Arbeiter oder Angestellte

– haben bei uns in ihrer übergroßen Mehrheit weder privates Eigentum an Produktionsmitteln noch Verfügungsgewalt über die Produktion. Sie sind lohnabhängig, leben von abhängiger Erwerbstätigkeit. Die Ein- und Unterordnung der Arbeitnehmer im Dienstleistungssektor in ein sie bestimmendes Arbeits- und Regelungssystem, das auch weitergehend in ihre sonstigen Lebensbereiche hineinwirkt, ist lediglich in seinen sachlichen Inhalten und räumlich-organisatorischen Umständen und Abläufen von dem der Arbeitnehmer in der Güter- und Warenproduktion unterschieden. Eigenständige Entscheidungsspielräume oder autonome Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten sind für mindestens 80 % dieser Arbeitnehmer nicht gegeben. Im Gegenteil: Die Inanspruchnahme eines derartig autonomen Handelns würde sie in enorme existenzgefährdende Konflikte stürzen.

Auch im Dienstleistungssektor ist feststellbar, daß die dort Arbeitenden überwiegend entfremdete Arbeit leisten: Form, Inhalt und Verwertung dieser Arbeit sind in der Regel vorgegeben. Das Ergebnis der erbrachten Leistung wächst den Arbeitnehmern nicht zu, wird ihnen durch Fremdverfügung entzogen und findet andernorts – z. B. im Produktionsprozeß – die von ihnen nicht mitbestimmte Verwertung. Die Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen im Dienstleistungssektor sind ebenfalls weitgehend in ökonomische Konjunkturabläufe einbezogen. Wirtschaftliche Niedergänge schlagen voll durch, reduzieren naheliegenderweise den Dienstleistungsbedarf im Fall der Einschränkung oder des Stillstands der Produktion.

Es stellt sich also die Frage, was mit dem jetzt häufig verwendeten Begriff „ungebundene Angestellten- und Mittelschichten“ eigentlich gemeint ist. Bei der großen Mehrzahl der Arbeitnehmer im Dienstleistungssektor kann man jedenfalls nach wie vor eine geradezu existentielle Abhängigkeit vom Auf und Ab des wirtschaftlichen Geschehens feststellen, die sich in nicht aufgehobenen Ängsten vor sozialem Abstieg und Ausgeliefertsein zum Ausdruck bringt. Wer von seiner Arbeit ohne gleichwertigen Ersatz „entbunden“ wird, treibt weiterhin dem herkömmlichen Arbeitnehmerschicksal zu: dem sozialen und gesellschaftlichen Aus . . .

Der steigende Anteil von „ausgemusterten“ Angestellten aus dem Dienstleistungsbereich an der Zahl der langfristig oder dauerhaft Arbeitslosen und zunehmend auch der weitere soziale Niedergang vom Arbeitslosen zum Sozialhilfeempfänger sprechen eine eigene beredte Sprache.

## Das herrschende Bewußtsein ist vor allem das Bewußtsein der Herrschenden

Richtig ist, daß noch immer viele Angestellte ein anderes Organisationsverhalten zeigen, als es traditionell gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitern zu eigen ist. So, wie vor allem in preußischen und anderen Zeiten Beamte sich als unmittelbare Vertreter des Staates (des Kaisers, des Führers usw.) wählten, mit einem ihnen eingepflanzten Hochgefühl ihre Hungergehälter kompensierten, so gibt es noch immer eine verbreitete Angestellten-Ideologie (nicht zuletzt von Standes-Gewerkschaften genährt), die „Teilhabe-an-der-Macht“-Gefühle (bezogen auf Betrieb, Verwaltung und Staat) suggeriert, obgleich real solche Teilhabe statusmäßig und sozial längst eine Fiktion (geworden) ist bzw. in weiten Teilen schon immer war.

Die Arbeitsorganisation und die kommunikativen Beziehungen des Betriebes vermitteln den Arbeitern in der Tat in unmittelbarer und in traditioneller Form, daß kollektives Handeln ihren Interessen am besten gerecht wird. Bisher waren in der Geschichte der Bundesrepublik die gesellschafts- und sozialpolitisch gravierendsten Arbeitskämpfmaßnahmen immer betriebliche Kampfmaßnahmen (Mitbestimmung, Notstandsgesetze, 35-Stunden-Woche usw.). Zunehmend verlagern sich aber solche sozialen Kämpfe auch in die Büros und Dienstleistungsverwaltungen. Angestellte verlieren durch Einsicht in ihre tatsächliche Lage ihr sie selbst isolierendes Statusdenken und gewinnen statt dessen gewerkschaftliches Bewußtsein. Dadurch erweitert sich das „Milieu“, zwar auf einer gehobenen sozialen Stufe, doch immer noch in gleicher (Klassen-)Lage, die allmählich den Betroffenen bewußter wird.

Richtig ist, daß wir den überkommenen Klassenbegriff (der früher hauptsächlich auf den manuell tätigen Arbeiter bezogen war) theoretisch, aber vor allem praktisch erweitern und dann in unserer politischen Argumentation und unserem Handeln erweitert berücksichtigen müssen. Vorrangige Aufgabe sozialdemokratischer Politik ist es deshalb, zu helfen, eine noch in vielen Köpfen – besonders im Dienstleistungsbereich – herrschende falsche Ideologie aufzusprenken und das „Lernziel Solidarität“ dorthin zu transportieren und seine Verbreitung zu fördern. Es täte der SPD nicht gut, würde sie statt dessen falsche, spaltende und vor allem auf Illusionen gerichtete Ideologien in ihre Programmatik und ihre politische Werbung aufnehmen.

Wahlarithmetisch begründete Schnell-Lösungen, die durch Ankoppeln an aktuelle, vordergründige

Trends (und zu solchen Trends gehört auch ein Hang zu neo-liberalen Ideologien) zu Mehrheiten kommen wollen, zerstören nicht nur jedwede praktische Solidarität oder moralische Kompetenz, sondern erbringen, selbst wenn sie vorübergehend zum Zuge kämen, für das nachfolgende politische Handeln keine verlässliche Grundlage und Perspektive. Trends zerfallen zudem oder kehren sich wieder um. Was würde uns bei Trendanbindungen an verbindlichen Handlungsmaximen bleiben? Neue Trendsuche – mit wechselnden Symbolen kaschiert – oder ein opportunistisches, den jeweiligen politischen Stimmungslagen Hinterherjagen, durch das jedenfalls die SPD zunehmend in einen Zustand lähmender Zerrüttung und fortschreitenden Zerfalls geraten würde?

Wir stellen dagegen fest: Die SPD (einschließlich ihrer Vorläufer und Abzweiger) ist Ausdruck und Verkörperung des linken Pols der Gesellschaft – jedenfalls in den überschaubar- und absehbaren Gesellschaftsformationen. Wenn die SPD diese historische und gesellschaftliche Rolle aufgäbe, kippte die gesamte Gesellschaft weitgehend nach rechts. Aus dem gegenwärtigen rechts-konservativen „Trend“ könnte dann wieder eine immer stärker werdende Annäherung an zunächst elitäre und dann totalitäre Herrschaftsformen entstehen.

Diese Gefahr ist in herausziehenden ökonomischen und damit gesellschaftlichen Krisensituationen besonders stark; zumal dann die „Herrschenden“ den Staat und elitäre Führungsideologien zum Zwecke ihrer Herrschaftssicherung aktivieren. Die gegenwärtige rechts-konservative Wende-Zeit und ihre Regierungen sind Vorläufer einer solchen Entwicklung. Die „Herrschenden“ erkennen Zeitzeichen viel eher als die „Beherrschten“ – sie handeln entsprechend beizeiten. Die SPD war und ist dagegen das historische Zentrum politischer Gegenmacht, die potentielle Kraft sozialer Demokratie gegen elitäre (Kapital-)Macht. Sie muß es auch bleiben.

Es ist zu erwarten, daß in der gegenwärtig noch laufenden Wendezeit sehr bald die in ihr wirkenden, nicht aufgehobenen ökonomischen und damit auch gesellschaftlich-ideologischen Widersprüche wieder aufbrechen werden. Nur wenn die SPD dann programmatisch – und dazu gehört auch die Entwicklung eines erweiterten Klassenbegriffs, der die große Mehrheit der Arbeitnehmer und Selbständigen auch des Dienstleistungsgewerbes mit einbezieht – gerüstet ist, wenn sie heute bereits ihre gesellschaftlichen Orientierungszeichen setzt, wird der SPD die sich

dann verändernde Stimmungslage und Erwartungshaltung zuwachsen. Die Bekämpfung der herrschenden Ideologie (des Kapitalismus) durch Aufklärung, durch den Ausbau gesellschaftlicher Gegenmacht und durch das Aufzeigen einer verständlichen, nachvollziehbar konkreten Utopie, die eine menschen- und naturfreundliche Gesellschafts- und eine demokratisch-soziale Wirtschaftsordnung zum Inhalt hat, würde dagegen der SPD in absehbarer Zeit wieder Wähler und Mitstreiter zuführen.

#### Wertewandel?

Richtig ist, daß in der SPD und in den Gewerkschaften sich über Jahrzehnte ein Glaube gebildet und verankert hatte, der auf ständigen technischen Fortschritt, auf die Machbarkeit und Beherrschbarkeit aller technischen und sonstigen wissenschaftlichen Entdeckungen und Entwicklungen, auf deren ständig steigende wirtschaftliche Umsetzung (quantitatives Wachstum) fixiert war. Man sah darin die wichtigste Voraussetzung für einen steigenden Wohlstand der Massen: erreichbar durch erkämpfte Teilhabe an technischem Fortschritt und Wachstum. Diese langanhaltende Orientierung war das Credo sozialdemokratischer Politik über eine längere Wegstrecke, war ihre kurzgefaßte, grundsätzliche Analysen zurückdrängende, wirtschaftspolitische Theorie, vor allem aber ihre pragmatische Praxis. Dies führte zugleich für die SPD – was ihre Ausstrahlung und erfäßbare Kraft angeht – zu einem großen Verlust an sozialistischem Gehalt und humaner Utopie.

Nun beginnen wir aus vielerlei unabweisbaren Gründen, diese – historisch teilweise verständliche – Fehlorientierung zu korrigieren und zurückzukehren zu jetzt wieder wie neu erscheinenden „alten Werten“. Eine Politik aber, die den „Weg nach oben“ nur für bestimmte gesellschaftliche Gruppen freigibt oder gar unterstützt, gleich was „unten“ zurückbleibt oder nach unten zurückfällt, wäre in der Tat ohne Moral, würde jegliche gesamtgesellschaftliche Ethik aufgeben und dazu beitragen, daß wir in eine „Wolfs-gesellschaft“ zurückkehren. Insofern dürfen die „traditionellen Werte“ der SPD keineswegs auf ausschließlich materielle Werte reduziert werden.

Die Arbeiterbewegung war immer eine soziale und humanistisch-demokratische Bewegung zugleich. Sie hat die großen Ideen der französischen Revolution – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit –, sie hat die Postulate des deutschen Humanismus, der deutschen Freiheits- und Friedensbewegung in

sich aufgenommen, die das deutsche Bürgertum mehrmals preisgab und verriet. Die SPD, in der Tradition der Arbeiterbewegung stehend, hat heute die bleibende Verpflichtung, die Welt nach diesen humanistischen und demokratisch-sozialen Ideen zu gestalten, damit aus Ideen reale gesellschaftliche Wirklichkeit wird: eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der freie, gleichberechtigte, schöpferische Menschen in solidarischem Zusammenhalt leben und wirken. Dies war und ist die konkrete Utopie der alten Arbeiterbewegung und der modernen SPD.

#### Was ist zu tun – jetzt und heute?

Die SPD ist schon mindestens seit den 50er Jahren, de facto seit Godesberg, programmatisch keine Arbeiterpartei im klassischen Sinne mehr. Sie versteht sich selbst als „linke Volkspartei“. Der SPD ist historisch die Funktion zugewachsen, die demokratischen und sozialen Reformkräfte der BRD zusammenzuführen und zu mobilisieren, die eine Gesellschaft, in der allen Menschen ein Leben in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ermöglicht wird, aufbauen wollen. Nur auf dieser Grundlage – das war und muß zutiefst sozialdemokratische Erkenntnis bleiben – ist auch ein Leben des einzelnen in schöpferischer Selbstentfaltung und Würde möglich.

Gleichwohl hat die SPD die Traditionen, Grundwerte und Ziele der deutschen Arbeiterbewegung in sich aufgenommen. Es widerspricht deshalb der sozialdemokratischen Geschichte, Identität und gesellschaftlicher Weiterentwicklung, wenn man meint, man müsse diese Partei gewissermaßen von den sie einengenden Schalen der „alten Arbeiterpartei“ befreien, wenn man glaubt, man könne die SPD – modernistisch durch „neue Werte“ und „Symbole“ gestylt – handlungs- und mehrheitsfähiger machen. Weder in der alten noch in der heutigen SPD dominier(ten) Arbeiterkader mit einem geschlossenen Weltbild, denen das Kollektiv alles, das Individuum und seine persönlich-schöpferischen Lebensansprüche wenig bedeuten. Die Arbeiterbewegung war immer soziale Befreiungs- und humanistische Emanzipationsbewegung in einem: ihr Kampf für die Herstellung der Menschenrechte galt auch immer den Freiheitsrechten des einzelnen Individuums. In der heutigen SPD sind Arbeitnehmer und Selbständige aus allen Schichten unseres Volkes im gleichen Sinne zu gleichen Zielen vereinigt.

Sicher ist es notwendig, daß die SPD sich noch gezielter dem Dienstleistungssektor zuwendet. Auch ein dauerhafter Dialog vor allem mit kritischen Wis-

senschaftlern aus allen Bereichen der Natur- und Geisteswissenschaften ist gefordert. Für die neuen sozialen Bewegungen, vor allem für die ökologische und die Frauenbewegung muß und kann die SPD ein verlässlicher und vertrauenswürdiger Partner werden. Dies würde dem Charakter der SPD als linker Volkspartei und ihren gesellschaftlichen Zielsetzungen weitgehend entsprechen. Wir haben dazu gute Voraussetzungen; wir haben sie bisher nur unzureichend genutzt.

Der natürlichste Verbündete der SPD sind und bleiben die im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften. SPD und Gewerkschaften sind – jeder für sich – autonom. Sie kämpfen mit unterschiedlichen Mitteln und z. T. auf den gleichen Feldern bei differenzierter Aufgabenstellung, aber immer für dieselben Menschen. Das beim gewerkschaftlichen Kampf für die unmittelbaren sozialen und demokratischen Interessen sich herausbildende Bewußtsein der Arbeitnehmer, ihre zunehmende Einsicht in ihre reale (Klassen-)Lage läßt dort auch das Bedürfnis nach einer veränderten neuen sozialen und demokratischen Gesellschaft über die Kämpfe der Gegenwart hinauswachsen.

Es ist Aufgabe der SPD, dieses Bedürfnis politisch aufzugreifen und den Entwicklungsprozeß, der vom Besonderen zum Allgemeinen führt, zu begleiten. Die Autonomie beider Organisationen enthebt sie nicht der Pflicht zur gegenseitigen solidarischen Kritik auf allen Ebenen ihrer Arbeit. Nicht aufgearbeitete Widersprüche, Fehler und gelegentliche Verir-

rungen werden stets zur Waffe des Gegners gegen das linke Lager insgesamt. Dieser dauerhafte Lern- und Kritikvorgang gerät gelegentlich ins Stocken oder in handfeste Schwierigkeiten. Wenn er aber nicht stattfindet oder vorübergehend aussetzt, erleiden beide Organisationen einen Glaubwürdigkeitseinbruch bei ihren Anhängern. Solidarische Kritik und Hilfe dagegen haben die gemeinsame Frontlinie nie vernebelt oder verzerrt, sondern klarer und überschaubarer gemacht.

Die SPD ist schließlich auch kein „Dienstleistungsladen“. Ihr Politikverständnis muß weiter greifen. Die Menschen, die bei uns sind, zu uns kommen oder auch nur SPD wählen, müssen erkennen können, daß es uns bei unserem praktischen Handeln und bei unserer Perspektive (Utopie) nicht um vordergründige, partielle Einzelinteressen und -dinge geht, auch nicht um die „Macht der SPD“, sondern daß alles, was wir tun, von unseren Grundwerten durchdrungen ist.

Besonders in einer Zeit, in der ökologische und militärische Katastrophen drohen und Zukunftspessimismus grassiert, ausgelöst und gefördert von zu starker Herrschaft gelangten menschen- und naturfeindlichen ideologischen Verwertungs doktrinen, ist die SPD ganzheitlich politisch gefordert. Der Apokalypse und ihren Sekten, dem „Nach-mir-die-Sintflut“-Zynismus müssen und können wir einen „neuen Humanismus“ entgegenstellen und erkennbare, nachvollziehbare Veränderungswege und Annäherungsschritte aufzeigen.

---

## Leserbrief

---

### Zur Fruchtbarkeit der Unverbindlichkeit

Betr.: Thomas Meyer „Fruchtbare Grundlage“ in NG/FH 5/87

Ist die Unverbindlichkeit der SPD-Programmatik leider schon älteren Datums, so ist doch das Ausmaß und die grün-schillernde Draperie eine neue. Schlimm und deshalb der Rede wert ist dies zwar

grundsätzlich, doch kommt man spätestens dann nicht mehr umhin, sie zu kritisieren, wenn diese „Neue Unverbindlichkeit“ in ein programmatisches Fundament gegossen werden soll.

Thomas Meyers recht wolkige Ausführungen zum Irseer Entwurf, an dem er selbst in nicht unwesentlichem Maße beteiligt war, sind zumindest in zwei Hinsichten zu kritisieren: 1. Die Frage nach dem *Warum* einer Programmfortschreibung nach Godesberg ist eigentlich nur damit beantwortet, daß man sich um eine solche bemüht. 2. Die Darstellung der bereits geleisteten Programmarbeit und der Motivation dazu kommt über Floskeln und Worthülsen kaum hinaus – und das angesichts der von Meyer be-

haupteten immensen Weiterentwicklung seit 1959, der er aber genau eine Seite später selbst widerspricht, wenn er meint „Die Grundentscheidungen von Godesberg . . . behalten . . . ihre grundlegende Bedeutung.“

Die im Untertitel bemühten „Leitideen“ sind der deutlichste Ausdruck dessen, was wir als Unverbindlichkeit kritisieren. Meyer insistiert, sie seien das Bindemittel und Herzstück des Entwurfs. Damit verweist er aber nur auf den Kern des Problems: das im Nebel schwebende Konglomerat von „Ideen“ im lockeren Verbund mit geringer Theorie- und noch geringerer Bodenhaftung. Im Anschluß an einen Überblick über vier historische Situationen der Grundsatzdebatte der SPD seit ihrem Bestehen, geht es recht unverbindlich weiter mit gutgemeinten Absichtserklärungen, die dem Entwurf zugrundeliegen sollen. Inwieweit dies dem selbstgewählten Ziel entsprechen soll, bleibt Geheimnis des Autors. „Es geht nicht darum, festliegende Grundsätze zu aktualisieren oder zu konkretisieren. Die mit der jetzt in Gang kommenden Programmdiskussion gestellte Aufgabe zielt vielmehr auf die Revision alt eingebürgertter Voraussetzungen und Hoffnungen im Bereich der grundsätzlichen Überzeugungen selbst.“ Thomas Meyer mag uns verzeihen, daß wir fragen: Aber was heißt denn das? Was sind denn „alt eingebürgerte (!) Voraussetzungen (!)“, was die erwähnten ebenso alten „Hoffnungen“ und was sind „grundsätzliche Überzeugungen“? Wo wird denn das angesprochen? Im Programmmentwurf wird doch über eine Aufzählung möglicher Grundwerte gar nicht hinausgegangen. Im Bestreben um die größtmögliche Integration aller möglichen Sympathisanten werden die Eckpunkte der im Programmmentwurf formulierten Grundwerte so weit gesetzt, daß die über sie herzustellende Identität der Partei gerade verlorengeht. Hier kapriziert sich die Kommission mit großer Mühe darauf, einen gemeinsamen Nenner zu formulieren – der bekannte Dreiklang von Freiheit, Gerechtigkeit/Gleichheit und Solidarität –, in welchem jeder Genosse und auch Nicht-Genosse ein Stück Heimat findet.

Ist also einerseits die Tendenz zu einem Ausdehnen der Grundformel bis zum Rande des Identitätsverlustes festzustellen, so gibt Meyers Artikel andererseits noch einen Hinweis darauf, welch seltsam wabernde Konsistenz diese Gallerte hat (Bindemittel!). Man mag sich dieser Mannigfaltigkeit von Ideen im aseptischen Raum der Programmkommission erfreuen oder sie schätzen als Wundertüte für Versatzstücke von Sonntagsreden, aber sie erbrin-

gen weder Handlungshinweise für konkrete Bereiche politischer Arbeit noch vermitteln sie etwas über Schritte und Etappen auf dem Weg zu einer anderen Gesellschaft, der man sich doch verpflichtet fühlt. Sie dienen in keiner Weise zum Verständnis des Gegenwärtigen, schon gar nicht zur Konzeption der von Meyer bemühten „konkreten Utopie einer Gesellschaft der Gleichen und Freien, die in Solidarität zusammenleben“. Geht der Entwurf am Anfang noch davon aus, den Rahmen zu liefern für Reformen, die auf eine andere Gesellschaftsordnung zielen, so gerinnt diese Zielsetzung unter der Hand zur schlichten Harmonisierung des Kapitalismus. Dies ist insofern nicht verwunderlich, als die anfänglichen globalen Absichtserklärungen, die sich noch allgemeiner Zustimmung sicher sein können, beim Herunterbrechen auf praktisch relevant werden könnende Lösungsvorschläge nur noch so auf einen Nenner zu bringen sind. Alles was weiterführte, würde genau die Fragen aufwerfen, denen man im Grundsätzlichen so erfolgreich aus dem Weg ging. Diese Art von Toleranz ist faktisch gar keine mehr, sondern die Rückwirkung des nach außen gezeigten Populismus auf die eigene Diskussion um das Selbstverständnis und deshalb schädlich (ganz im Gegensatz übrigens zu wirklicher Toleranz). Statt einer sich auf kritischem Hintergrund einstellenden solidarischen Handlungsweise, hat man nur noch ein ziemlich künstlich hergestelltes Korsett, auf das man sich wechselseitig verpflichtet zu fühlen hat – nach dem Motto: Um sich den Ärger inhaltlicher Auseinandersetzungen zu ersparen, darf jeder seinen Glaubenssatz im Programm unterbringen. Tauchen z. B. Begrifflichkeiten in mehrfacher Fassung, mit unterschiedlichen Inhalten auf, dann *scheinen* vorderhand alle zufrieden, *sind* es aber letztlich nicht. Diese großzügige Praxis hat zur Folge, daß der Inhalt mit dem *geringsten* Anspruch die Richtung und den Takt bestimmt.

Meyers Abhandlung über die Fruchtbarkeit thematisiert diese Problemfelder gar nicht (und es wären noch einige weitere zu finden), sondern bescheidet sich mit dem Hinweis, Änderungen der Umwelt wahrzunehmen und sie in Verbindung zu bringen mit dem, was ein rechtschaffener Sozialdemokrat an Grundüberzeugungen mitzubringen hat für einen reibungslosen Umgang mit seinen Mitgenossen – hauptsächlich denen, die fürs Vorwärtsdenken gewählt sind. Wir *gemeinen* Mitglieder erlauben uns, uns querzulegen und querzudenken – ganz unten!

Michael Mangold  
Uwe Hochmuth

### Zuviel politische Abstinenz

Johannes Gerber:

*„Die Bundeswehr im Nordatlantischen Bündnis“*

Band 2 der Reihe *„Die Bundeswehr – eine Gesamtdarstellung“*

Walhalla u. Praetoria Verlag, Regensburg 1985, 338 S., DM 39.–

Johannes Gerber, Generalmajor a. D., promovierter Volkswirt, legt eine Arbeit vor, die eine Gesamtschau der personellen, organisatorischen und finanziellen Verflechtungen der Bundeswehr mit dem Nordatlantischen Bündnis und den Bündnispartnern geben soll. In einem abschließenden Kapitel fügt er eigene Gedanken zur Weiterentwicklung der NATO-Verteidigung in Mitteleuropa hinzu.

Eingang legt Gerber dar, welche Stationen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik zu durchlaufen hatte, welchen Anteil die Bundeswehr an der Steuerung der NATO nimmt und wie die Bundeswehr in die NATO-Verteidigungsstruktur integriert ist. Die folgenden Kapitel beschäftigen sich u. a. mit der Lastenverteilung, der Logistik, der gemeinsamen Ausbildung und der Zusammenarbeit in der EUROGROUP. In einem weiteren Kapitel werden die alliierten Streitkräfte in der Bundesrepublik und in Berlin beschrieben. Ein umfangreicher Anhang enthält Erläuterungen und Dokumente.

Am beschreibenden Teil des Buches ist hervorzuheben, daß er klar gegliedert, reich durch Tabellen und Schaubilder ergänzt und in prägnanter Sprache abgefaßt ist. So aufschlußreich ist die Verknüpfung von Bundeswehr und NATO noch nicht dargestellt worden. (Schade, daß das Buch nicht gerade besonders frei von Druckfehlern und Ungenauigkeiten ist, die

sich beim Satz eingeschlichen zu haben scheinen.) Nicht behandelt ist die Beteiligung der Bundeswehr an Verhandlungen über vertrauensbildende Maßnahmen militärischer Art und an den Truppenreduzierungsverhandlungen in Wien, wie überhaupt die politischen und strategischen Aspekte der NATO ausgeklammert bleiben. Da aber auf diesen beiden Gebieten die Probleme des Bündnisses liegen, entsteht ein rein funktionales Bild, dem die Tiefe fehlt. Warum ein Bundeswehrgeneral, der große Erfahrungen in der NATO und in der Zusammenarbeit mit den französischen Streitkräften besitzt, soviel Abstinenz übt, läßt sich nicht leicht erklären.

Auch in den Gedanken über die Zukunft der NATO-Verteidigung in Mitteleuropa vermißt man die politische Dimension. Die Schlüsselfrage ist für Gerber die Finanzierung der Streitkräfte bei wachsender Bedrohung. Er schlägt vor, dieses Problem durch Einsparungen in der Streitkräftestruktur und durch eine rationellere Verwaltung der Finanzmittel zu lösen. Bei der Streitkräftestruktur glaubt er sparen zu können, indem er einige Führungsebenen wegfällt läßt und die Beweglichkeit der Landstreitkräfte auf ein Minimum reduziert. Das Ergebnis ist ein auf Raketen gestützter Panzerabwehr- und Luftverteidigungsgürtel. Ähnliches hat auch Hannig vorgeschlagen. Das Ganze läuft auf eine Automatisierung des Gefechtsfeldes hinaus, die vorläufig noch utopisch ist und die im Falle von unerwünschten Krisen oder begrenzten Aktionen, z. B. gegen Berlin oder die Flanken der NATO, nutzlos wäre; das aber sind die wahrscheinlichen Einsatzfälle der NATO.

Bzüglich der Verwaltung der Finanzmittel schlägt Gerber vor, daß die an der Verteidigung Mitteleuropas beteiligten Staaten ihre Beiträge für die Verteidigung dieses Abschnitts in einen gemeinsamen Finanzpool einbringen. Die leidvollen Erfahrungen mit gemeinsamen Rüstungsprojekten der NATO zeigen aber, wie gering die Neigung der einzelnen Staaten ist, ihren nationalen Egoismus dem übergeordneten Zweck der gemeinsamen Sicherheit zu opfern. So ruft auch dieser Vorschlag Skepsis hervor.

Insgesamt ist Gerbers Anliegen, die personellen, organisatorischen und finanziellen Verflechtungen der Bundeswehr mit dem Nordatlantischen Bündnis zu schildern, gelungen, wenn auch mit den genannten Einschränkungen. Wer ein Nachschlagewerk über die verästelten und oft nicht leicht überschaubaren Beziehungen zwischen Bundeswehr und NATO sucht, findet es hier.

Christian Krause

### Nachdenken über die Zukunft

Ossip K. Flechtheim:

*„Ist die Zukunft noch zu retten?“*

Verlag Hoffmann und Campe,

Hamburg 1987,

255 S., DM 34.–

„Ist die Zukunft noch zu retten?“ – hinter dieser Frage verbergen sich erdrückende, und für den einzelnen Menschen kaum überschaubare Probleme. In einer Zeit zunehmender Spezialisierung unternimmt der Politikwissenschaftler und Futurologe Ossip K. Flechtheim den ebenso sympathischen wie notwendigen Versuch, die vielzähligen Probleme zusammenzutragen, mit denen sich die Menschheit auseinanderzusetzen hat, wenn sie überleben will. Dieser Versuch muß angesichts der komplizierten Einzelprobleme notgedrungen eine mit groben Strichen entworfene Skizze bleiben.

Flechtheims Ausgangspunkt ist die Wissenschaft von der Zukunft, die sich seit 1943 vor allem in den Vereinigten Staaten entwickelte. Die „Futurologie“ will die „zukunftsweisenden Aspekte“ verschiedener „Zubringerwissenschaften herausarbeiten, sie zusammentragen und so mögliche, wahrscheinliche und wünschenswerte Zukünfte entwerfen“. Es geht also weniger um das Entwickeln von immer

neuen Utopien, sondern eher um eine Analyse der Gegenwart, hinsichtlich ihrer in die Zukunft weisenden Tendenzen. Das Ziel der Futurologie ist es, durch das Nachdenken über die Zukunft, verantwortliches Handeln in der Gegenwart zu bewirken.

Der entscheidend neue Gesichtspunkt, der das Nachdenken über die Zukunft bestimmt, ist die Nukleartechnik, bei der die Atombombe jedoch nur eine Möglichkeit der Anwendung darstellt. Seit Hiroshima und Nagasaki lebt die Menschheit „unter der ständigen Drohung ihrer Auslöschung. Diese Existenzweise ist mit keiner früheren Existenzform gleichzusetzen“. Die mögliche nukleare Vernichtung ist zwar die schwerwiegendste, aber dennoch nur eine, von insgesamt „sieben existentiellen Herausforderungen“, die Flechtheim als „Megakrise“ bezeichnet. Der Autor skizziert eindringlich die einzelnen und für sich genommen kaum zu bewältigenden Teilkrisen: Rüstungswettlauf und Krieg, Bevölkerungsexplosion und Hunger, Bedrohung und Zerstörung der Umwelt, Wirtschaftskrise und Überplanung, Demokratiedefizit und Repression, Kulturkrise sowie Krise der Familie und Identitätsverlust des Individuums.

Die vielen, zum Teil sehr originellen Beispiele, mit denen die Megakrise veranschaulicht wird, zeigen zweierlei: Zum einen ist sie mehr, als nur die Summe der Teilkrisen. Ein Erfolg auf einem Gebiet, etwa dem Rüstungswettlauf, nützt langfristig nichts, wenn Verbesserungen auf den anderen Problemfeldern ausbleiben. Zum anderen wird erkennbar, daß die Megakrise globale, also weltweite Ausmaße hat, der auf Dauer mit einem Denken im Schema des Ost-West-Konflikts nicht beizukommen ist.

Aufgrund dieser Analyse entwirft der Autor, in Anlehnung an Bertrand Russell, drei „mögliche Zukünfte“. Die schlechteste, wenngleich nicht auszuschließende Zukunft, wäre ein Rückfall in die totale Barbarei. Die zweite, ebenfalls negativ bewertete Zukunft, wäre eine Entwicklung in Richtung des Überwachungsstaates, wie ihn George Orwell und Aldous Huxley beschrieben haben. Diesen negativen

Zukünften stellt Flechtheim „eine wünschens- und lebenswerte Zukunft“ entgegen. Die Menschheit, so seine Hoffnung, erkennt die fatalen Konsequenzen ihres gegenwärtigen Handelns und schafft es, grundsätzliche Änderungen ihres Verhaltens herbeizuführen. Dabei kommt es weniger darauf an, das künftige „Paradies“ in allen Einzelheiten auszumalen, als vielmehr nach Wegen aus der Gefahr zu suchen.

Die Wahrscheinlichkeit, daß sich ein „Dritter Weg“ zwischen, vereinfacht gesagt, Kommunismus und Kapitalismus durchsetzt, schätzt der Autor realistischere Weise nicht sehr hoch ein. Dennoch gelingt es ihm, den Leser davon zu überzeugen, daß ein solcher Weg nicht aussichtslos sein muß. „Ein neuer Mut zur Utopie ist spürbar, der aus christlich-pazifistischen, libertärsozialistischen und ökologisch-humanistischen Quellen gespeist wird. [...] Unter der Oberfläche wirken hier und da Kräfte, die höchstens unsere kühnste Phantasie erahnen kann.“

Flechtheims Buch bietet keine grundlegend neuen Erkenntnisse und Vorschläge. Aber der Autor hat aus der Vielzahl der vorhandenen und oft verwirrenden Erkenntnisse eine sinnvolle Auswahl getroffen und in eine überzeugende Ordnung gebracht. Wer einen gut lesbaren und zum eigenen Nachdenken anregenden Überblick sucht, der ist mit diesem Buch bestens bedient.

*Uwe Prell*

## Von Hiroshima nach Tschernobyl

*Alexander von Cube/Günter Neuberger/Ekkehard Sieker:*

*Das Ende des Nuklearzeitalters (Dietz-Taschenbuch Nr. 21)*

*Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Berlin und Bonn 1987, 288 S., DM 19,80*

Der Jahrestag des Reaktorunfalls von Tschernobyl hat uns kürzlich noch einmal dramatisch die Risiken und Folgen der „friedlichen“ Nutzung der Kernenergie vor Augen geführt. Die Diskussion um die militärische Denuklearisierung Europas beschäftigt seit Monaten nicht nur Politiker in Ost und West. Doch wenn Experten das Für und Wider prüfen, Naturwissenschaftler sich über Restrisiko, Strahlenwerte, Spätfolgen, Plutoniumwirtschaft oder Ausstieg aus der Kernenergie streiten und Gegner wie Befürworter der Kernkraft sich gegenseitig apokalyptischer Endzeitstimmungen bezichtigen, bleibt die sachliche Information für den interessierten Laien allzuoft auf der Strecke.

Wer sich, ohne über große naturwissenschaftliche Fachkenntnisse zu verfügen, mit den Grundlagen und Techniken des Nuklearzeitalters beschäftigen möchte und auch an den politischen, ideologischen und historischen Bedingungen und Entwicklungen seit dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki interessiert ist, dem kann jetzt zur ersten Orientierung ein Buch von drei Autoren empfohlen werden, die schon durch frühere Publikationen einschlägig bekannt sind. Cube, Neuberger und Sieker erklären nicht nur anschaulich und übersichtlich, wie die zivile und militärische Nutzbarmachung der Kernenergie „funktioniert“, sondern sie führen den Leser auch zurück in die Laboratorien und Experimentierstätten der 30er und 40er Jahre, wo vor fünfzig Jahren die Grundlagen eines Zeitalters geschaffen wurden, das nach Überzeugung der Autoren zu Ende gehen muß, damit sich die Menschheit nicht unsagbaren Gefährdungen aussetzt.

Die Autoren schärfen den Blick dafür, daß die Gefahr eben nicht nur von akuten Störfällen ausgeht. Uranbergbau in der Dritten Welt mit Vernichtung von Kulturen, Umweltschäden, Kernwaffentests mit verheerender Zerstörungswirkung, Unlösbarkeit des Problems der Weiterverbreitung von Kernwaffen, Fragen der „Sozialverträglichkeit“ von Kernenergie und die Gefahr eines die Demokratie zerstörenden „Atomstaats“ lassen ein pointiertes Urteil zu: eine Technik, die dem Menschen keinen einzigen Fehler mehr erlaubt, ist nicht beherrschbar – eine Technik, die den Menschen zum Risikofaktor degradiert, ist nicht wünschbar.

Wünschbar ist das Umschalten auf den sanfteren Weg: Ausstieg aus dem Nuklearzeitalter. Zu 22 damit im Zusammenhang stehenden Fragen (Voraussetzungen, Wege, Folgen) stellen die Autoren schließlich in ihrem Schlußkapitel die bekannt unterschiedlichen Positionen vor, die um einige sehr allgemein gehaltene Vorstellungen („Ohne Abrüstung ist alles nichts“) und unspezifische Erfordernisse („weltweite Koalition der Vernunft“) ergänzt werden.

Das Buch will denjenigen Argumentationshilfe geben, die die militärische und zivile Nutzung der Kernenergie als einen für die Menschheit existenzbedrohenden Irrweg interpretieren und ihn deshalb verlassen wollen. Dieses Mehr an Information soll den Manipulationsspielraum einengen und den Widerstand gegen den Marsch in den Atomstaat stärken, so heißt es im Vorwort der Autoren.

Soweit die technischen Grundlagen der Kernenergienutzung beschrieben werden, gelingt es den Autoren, teilweise sehr komplexe und komplizierte Sachverhalte für den Laien illustrativ darzustellen. Risiken, Gefahren und Probleme, die sich aus der Anwendung der Kernenergie ergeben, werden plastisch und verständlich dargelegt. Kommt das Buch in diesen Teilen seinem breiten Informationsanspruch nach, vermißt man bei den historischen Ausführungen zuweilen die Souveränität einer sachlich gebotenen Auseinandersetzung. Obwohl das Kapitel über die Atomenergieforschung

im Dritten Reich („Der Traum von der deutschen Atombombe“) spannend geschrieben und der beinahe kriminalistisch zu nennende Spürsinn der Journalisten hervorzuheben ist, bleibt unverständlich, warum sie sich bei ihren Bewertungen immer wieder auf den mehr als streitbaren englischen Historiker David Irving berufen, dessen Einschätzungen bekanntlich von der internationalen Forschung kaum geteilt werden. Auch in der Beschreibung der politischen Wege, die aus der heute gebotenen Beendigung des Nuklearzeitalters führen sollen, wirken die Autoren nur für diejenigen nicht hilflos, die sich unter „einem Bündnis aller Vernünftigen und Einsichtigen“ und unter der Forderung nach „einem umfassenden nationalen und internationalen Demokratisierungsprozeß“ mehr als politisches Wunschdenken vorstellen können.

Trotzdem: Das mit zahlreichen Abbildungen und Tabellen sowie einem hilfreichen Sachregister ausgestattete Buch verschafft dem interessierten Laien einen ersten Blick durch das Dickicht einer komplizierten Materie, mit der sich jeder Zeitzeuge in Grundzügen vertraut machen sollte, will er der breiten Diskussion um das „Ende des Nuklearzeitalters“ folgen.

*Hans-Josef Legrand*

## Zwischen Nutzbarkeit und Nützlichkeit

*Sven Papcke (Hg.):*

*Ordnung und Chaos. Beiträge zur Geschichte der Soziologie in Deutschland. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1986, 458 S., DM 98,-*

Es muß daran liegen, daß sie von Geburt an so umstritten war und deswegen stets die Zwangsvorstellung hatte, sich überall und andauernd zu rechtfertigen, ihre Seriosität als Wissenschaft belogen zu müssen – da erscheinen dann Rückbesinnungen auf und Eingeständnisse von Irrwegen immer gerade unangebracht; für manche von Anfang an bis heute. Und so hat sich die Soziologie zwar immer schon des langen und breiten über ihre Ursprünge und Vorläufer, ihre Großväter und Väter von Comte bis Durkheim, von der Aufklärung bis zu Max Weber ausgelassen, aber über ihre engere, vor allem also neuere Geschichte befließt sie sich einer bemerkenswerten Zurückhaltung.

Vor allem der Einbruch des Nationalsozialismus in ihr seinerzeit noch ungefestigtes Fach wird bis heute in einem Maße ignoriert, das System dahinter vermuten läßt. In den drei führenden Fachblättern der Soziologie in Deutschland finden sich im Zeitraum von 1948 bis 1979 z. B. ganze fünf Beiträge zu diesem Problem. Man könnte das als typisches Verdrängungsverhalten abbaken, wenn dahinter nicht eine eigentümliche Tradition steckte: Auch in den Jahren 1922 bis 1933 ist auf vier Soziologentagen, wo sich alles traf, was damals Rang und Namen hatte, der Nationalsozialismus als politische Bewegung nicht ein einziges Mal zur Diskussion gestellt worden.

Diese Informationen kann man einem Sammelband zu Aspekten der Soziologie in Deutschland entnehmen, den der Münsteraner Soziologe Sven Papcke jetzt – man muß sagen: endlich – herausgegeben hat. An Fallstudien zur Fachgeschichte, an biographischen Beispielen, aber auch an theoretischen Grundlegungen entlang weisen Papcke und seine 16 Mitarbeiter in ihren Bei-

trägen nach, was für enorme Defizite das Selbstverständnis der Soziologie als einer Wissenschaft bestimmen, die sich ja nicht nur über die Gesellschaft äußert, sondern zugleich auch in ihr und von ihr lebt.

Max Weber, einer ihrer Klassiker, hat sie einmal als eine Wissenschaft definiert, die „soziales Handeln deutend verstehen und dadurch in seinem Ablauf und seinen Wirkungen ursächlich erklären will“. Allerdings dürfte dies nur unter dem Gebot der absoluten „Werturteilenthaltbarkeit“ geschehen – und damit geriet die Soziologie in ein doppeltes Dilemma: Die Politiker förderten sie mit der erklärten Absicht, Entscheidungshilfen für ihr Tun und Lassen geliefert zu bekommen, während die Professoren dafür um so höher in die dünne Luft des rein akademischen Disputes abhoben, um bloß die Unberührtheit ihrer Disziplin von den Anfechtungen der Politik zu bewahren. Heraus kam dabei eine großenteils recht „weltferne Wissenschaft“, und so nennt Papeke auch seinen Aufsatz über die deutsche Soziologie der Zwischenkriegszeit.

Wie er, umkreist auch Karl-Siegbert Rahberg in seinem Beitrag über die theoretischen Auseinandersetzungen zur Rolle der Soziologie diesen Widerspruch zwischen „Deutungswissen der Moderne oder ‚administrativer Hilfswissenschaft‘“. Es ist der Streit zwischen jenen, die jeden Versuch der Soziologie, eine „Theorie der Gesellschaft“ zu entwerfen, als in die Irre

schweifende Sozialphilosophie abtun, und denen, die in der historisch-politischen Auseinandersetzung mit ihrem Gegenstand erst dessen Stellenwert zu bestimmen versuchen.

Erinnert sei da nur an jenes schlimme Verdikt des damaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden Helmut Schmidt, der Ende der sechziger Jahre die Soziologie kurzerhand zum „unanständigen“ Fach deklarierte, indem er allen Eltern empfahl, ihre Kinder lieber etwas „Anständiges“ studieren zu lassen: Dahinter steckte nicht etwa nur der Zorn eines konservativen Linken auf die „Systemveränderer“ von damals, sondern auch der gehörige Widerwille eines Politikers gegen den Anspruch einer Wissenschaft, mehr liefern zu wollen als eine Anhäufung von Daten und Zahlen über alle möglichen Vorgänge in unserer Gesellschaft, soweit sich diese eben in Zahlen und Daten fassen lassen. Gerade mit letzteren bewies sie aber stets nur ihre *Nutzbarkeit*, kaum aber schon ihre *gesellschaftliche Nützlichkeit*.

Im Sinne dieser Nutzbarkeit wurde die Soziologie aber konsequenterweise von den Nazis gleichgeschaltet, wie Carsten Klingemann nachweist. Genau dies wollten die „historischen Denkmalpfleger“ der Soziologie allerdings nie wahrhaben: Vielmehr hätten sie nach 1945 eine „Dämonisierung des Nationalsozialismus als des eingefleischten Feindes der Aufklärungswissenschaft Soziologie“ betrieben, und dieser Mythos von der angebli-

chen Liquidierung des Faches im Dritten Reich halte sich so hartnäckig, wie er offenbar falsch sei: Die verschiedenen NS-Machteliten hätten die Soziologie vielmehr gefördert, solange sie sich eine erfolgreiche Politikberatung von ihr versprochen hätten.

Diese für die Integrität ihres Faches schmerzhaft Erfahrung bleibt allerdings nicht auf die Nazizeit beschränkt. Die Politik versucht praktisch in jedem System, sich die Soziologie dienstbar zu machen. Das geht natürlich am besten, wenn man sie regelrecht professionalisiert, gerade auch außerhalb der Universitäten. Anders herum muß man sehen, daß sich die Soziologie schwerlich fest etablieren läßt, wenn sie keinerlei Berufsperspektiven in den verschiedensten Bereichen unserer Gesellschaft eröffnet. Genau dieser Dialektik wird aber zu gern ausgewichen, statt das Produktive an diesem Widerspruch zu nutzen, d. h. weder im Elfenbeinturm zu sitzen, noch im politischen Interessensgerangel untergehen zu müssen.

Die in diesem Band versammelten Soziologen leiten daher die Existenzberechtigung ihrer Disziplin allein aus dem Anspruch her, daß sie nicht der verlängerte Arm der Planungsabteilungen in den Ministerien sein darf, sondern einen „wertenden Reformauftrag“ und die Fähigkeit zum Entwerfen von Lösungsstrategien für soziale Probleme besitzt.

Klaus Kamberger